

Hinterland

48/2021 4,50 euro

raum

We talk!

Gewaltschutz für
geflüchtete Kinder und Mütter



... berät geflüchtete Frauen, Ehrenamtliche und Unterstützer*innen rund um das Thema Gewaltschutz und bildet Frauen mit und ohne Fluchthintergrund in einer Qualifizierungsreihe aus, um Frauen, Mütter und Kinder in Unterkünften zu beraten und zu unterstützen.

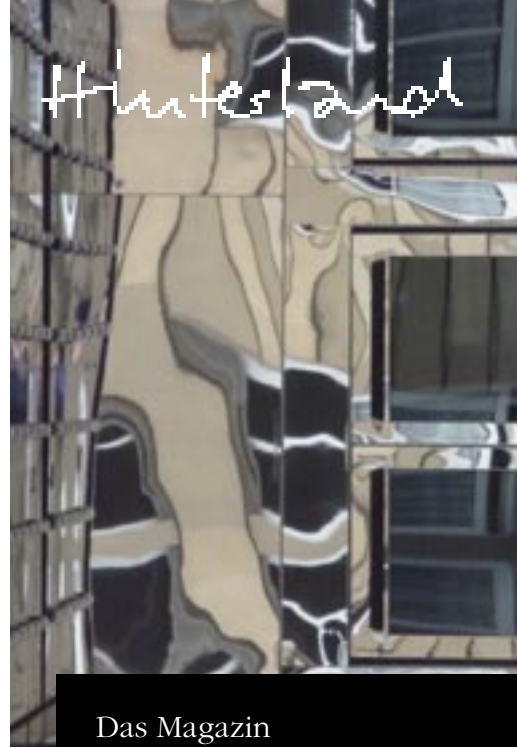
wöchentliche Telefonsprechstunde
(Mittwoch 10.00 - 12.00 Uhr)
Tel. 089 - 260 252 99

frauen@fluechtlingsrat-bayern.de



www.fluechtlingsrat-bayern.de/projekte/we-talk/

Hinterland



Das Magazin
für kein ruhiges.

Hinterland #48
Frühjahr 2021

IMPRESSUM

Titel: rasso rottenfusser, 2021

Herausgeber:

Bayerischer Flüchtlingsrat
Westendstraße 19, Rgb
80339 München

Verantwortlich für diese Ausgabe:

Elena Stingl, Caroline Mulert

Redaktion: Agnes Andrae, Başak Özdemir, Caroline Mulert, Christine Wolfrum, Elena Stingl, Florian Schäfer, Hedwig Fuß, Laura Pöhler, Marianne Walther, Matthias Weinzierl, Pit Kühnöhl, Sebastian Schulke, Tabea Danner
(Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wiedergeben.)

Kontakt: redaktion@hinterland-magazin.de

Gestaltung: Matthias Weinzierl, Agnes Andrae

Druck: deVega Medien GmbH, Eitzenberger, Media Druck Logistik, Eisele Druck
Anwaltinger Straße 10, 86165 Augsburg

Auflage: 1.500 Stück

Website: Anton Kaun

Anzeigen: anzeigen@hinterland-magazin.de

Jahresabo: 21,00 Euro

Abo-Bestellung: abo@hinterland-magazin.de

www.hinterland-magazin.de

Eigentumsvorbehalt:

Diese Zeitschrift ist solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur Habe-Nahme ist keine persönliche Ausbändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht ausgehändigt, so ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtausbändigung in Form eines rechtsmittelfähigen Bescheides zurückzusenden.

*„Don't be fooled by the rocks that I got /
I'm still, I'm still Jenny from the block“*

(Jennifer Lopez)

*„In Luftschlössern wohnt man nicht /
Man kann nur Miete zahlen“*

(Pascow)

*Liebe Leser*innen,*

es ist ein (T)Raum. Wie passend es doch ist, dass ausgerechnet die Hinterland-Ausgabe mit dem Schwerpunktthema „Raum“ diejenige ist, die am meisten Raum einnimmt. Mit 140 Seiten ist dies die umfangreichste Ausgabe, die wir jemals gemacht haben. Das ist ja ein dickes Ding.

*Ein dickes Ding ist auch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) zum Berliner Mietendeckel. Das Gericht hat einer Klage der Korruptionsgewinnler von Union und FDP gegen die Beschränkung von Höchstmieten stattgegeben, wodurch nun hunderttausende Berliner Mieter*innen darum bangen müssen, ob sie künftig ihre Wohnungen noch bezahlen werden können – damit ereilt sie dasselbe Schicksal wie die Menschen in München, Frankfurt oder Hamburg, wo die Mieten seit Jahren in absurde Höhen steigen. In der Begründung des BVerfG hieß es allerdings nicht, dass ein Mietendeckel an sich verfassungswidrig sei, sondern dass die Gesetzgebung in Berlin dies nicht beschließen könne und dass dies durch ein Bundesgesetz geregelt sein müsse.*

Es gibt eben doch Möglichkeiten der Politik, regulativ in den Wohnungsmarkt einzugreifen. Und das Grundgesetz bietet noch mehr: Denn in Artikel 14 GG heißt es nicht nur, dass „Eigentum verpflichtet“, sondern auch, dass „eine Enteignung [...] nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig“ ist – und Wohnen dient ja wohl dem Wohle aller. Sollte der Staat also einmal nicht nur als ideeller Gesamtkapitalist agieren, stünden Mittel und Wege offen ...

Doch das Thema Wohnen ist nur ein kleines Feld in den unendlichen Weiten des Raums, den diese Ausgabe der Hinterland untersucht. Vom privatesten

Raum über öffentliche Räume über Schutzräume und Räume des Gedenkens bis hin zu den Weiten des Meeres und sogar bis zum Weltraum ist alles vertreten.

Apropos Weltraum: Zum Mond schießen lässt sich auch die Corona-Politik der deutschen Regierungen. Während im Privaten die Einschränkungen immer strenger werden, wird der Wirtschaft jeglicher Raum gelassen. Während ein Treffen im Privaten nur mit einer Person erlaubt ist, darf man in überfüllten U-Bahnen, in denen kaum Raum zum Atmen bleibt, in die Arbeit fahren. Dort darf man dann in schlecht belüfteten Räumen am Fließband, im Schlachtbof, im Call-Center oder am Schreibtisch neben dutzenden anderen buckeln. Nicht einmal eine Testpflicht gibt es, nur ein Testangebot. Wenn die Politik den Laden einfach für drei Wochen zusperren würde, dann hätten wir auch wieder mehr Spiel- und Freiraum.

Doch die Isolation hat zumindest den kleinen Vorteil, dass somit mehr Zeit bleibt, die Hinterland zu lesen.

Und dass diese Ausgabe wieder eine ganz besondere ist, haben wir auch dem großartigen rasso rottenfusser zu verdanken, der an der Gestaltung mitgewirkt hat. Nicht nur das Titelbild hat er beige-steuert, auch viele Illustrationen und Designelemente von ihm ziehen sich durch das gesamte Heft und nehmen Raum ein, machen Raum deutlich. Und einen eigenen Raum bekommen ab jetzt auch die neuen Kolumnen „Tabea teilt aus“ von Tabea Danner und „Es bleibt kompliziert“ von Jan Kavka.

Bis dahin: Hört nicht auf, euch Freiräume zu erkämpfen!

*Eure Raumwunder von der
Hinterland-Redaktion*



6	g e d e n k R a u m	81	p o d p e o p l e
zitiert & kommentiert		Bezahlbares Wohnen	
Von Hubert Heinhold		kollektiv umsetzen	115
		<i>Wie Wohnprojekte gelingen und sozial gestaltet werden können</i>	Faṭadā/Fassade
g r e n z R a u m		Von Simon Georg Fiedler	<i>Interview mit der Journalistin Olga Felker</i>
7			Von Elena Stingl
Die eingeschränkte Unendlichkeit	41	s c h u t z R a u m	
<i>Über Gefängnis- und Quarantäne-schiffe für Geflüchtete auf See</i>	140qm Kampf		
Von Judith Gleitze	gegen den Normalzustand	84	
	<i>Erinnern heißt verändern. Die Initiative 19. Februar Hanau</i>	Fundis von der Straße fegen – Alerta Feminista!	122
	Von Karin Zennig	<i>Kein Raum für radikale Abtreibungsgegner*innen</i>	Wehrhafte Gäste
		Von Antisexistische Aktion München	– bleibender Eindruck
13	46		<i>Aus Arbeit-Bewegung-Geschichte. Zeitschrift für historische Studien</i>
Wenn Migrant*innen und Geflüchtete gewaltsam verschwinden	hausen, wüste, jungle	91	Von Simon Goeke
<i>... und die Verantwortlichen sich nicht verantwortlich fühlen</i>	<i>Zu kolonialistischen Praktiken und historischen Kontinuitäten</i>	Über sichere Räume im unsicheren System	
Von Barbara Lochbihler	Von Miriam Rainer	<i>Gewaltschutz für geflüchtete Frauen in Unterkünften</i>	d r a m a
		Von Simone Eiler	127
r e s t R a u m	52	r a u m P l a n	Flüchtlingsgespräche #8
	Die Gedenkstätten, eine unendliche deutsche Erfolgsgeschichte?		<i>Die afghanischen Brudis plaudern weiterhin hochintellektuell über dies und das</i>
19	<i>Wir brauchen eine antifaschistische, radikal-demokratische Praxis der Gedenkstättenarbeit</i>	98	Von Human
Schorschs Rakete	Von Ines Brachman, Cornelia Chmiel, Jennifer Farber, Jens Hecker, Anke Hoffstadt und Lisa Schank	hinter – grund – risse	
<i>Von unbestimmten Stadträumen und dem Seelenleben der Stadt</i>		>16/2.1 – XII. aggregat<	t a b e a t e i l t a u s
Von Dorothee Rummel		<i>grundrisse von menschlichen bauten als platzhalter</i>	129
	q u e e r R a u m	von rasso rottenfusser	So laut, so überhört
ö f f e n t l i c h e r R a u m	58	s c h u t z R a u m	<i>Von Bürokratie, Brutalität, Femiziden und Dick-Pics</i>
	Mind the gap oder: Was wir sehen, wenn wir nichts sehen		Von Tabea Danner
26	<i>Wie der rosa Winkel aus dem Internationalen Mahnmal in Dachau verschwand</i>	102	
Meldeadresse:	Von Gabriele Fischer und Katharina Ruhland	Epileptopia.	l e s e n
Erstes Schaufenster links		Abseits der medikalen Dominanz	132
<i>Wenn die Straße zum Wohnraum wird</i>	62	<i>Ver-Räumlichungen einer Epilepsie</i>	Überfahrt
Von Sarah McHardy	Von Gendersternchen und anderen Türsteherinnen	Von Lisa Ness	– im Containerschiff nach China
	<i>„Wir sind mehr als Sterne ...“</i>	l i c h t R a u m	<i>Rezension des Buchs von Autor Roman Ehrlich und Fotograf Michael Disqué</i>
w o h n R a u m	Von Zara Jakob Pfeiffer	108	Von Christine Wolfrum
	f r e i R a u m	Jeder Lichtstrahl zählt	
32	70	<i>... und was Nachtfalter damit zu tun haben</i>	e s b l e i b t k o m p l i z i e r t
Vom Wohntraum und fehlendem Wohnraum	Krieg den Palästen in unseren Hütten	Von Sebastian Schulke	138
<i>Wie sich die Situation für Geflüchtete zuspitzt</i>	<i>Machtverhältnissen auch räumlich entgegentreten</i>	l e t t e r s f r o m r i t s o n a	Lauf, Forrest, lauf!
Von Corinna Höckesfeld	Von Leon Witzel	113	<i>Gedanken zu sozial unverträglicher Selbstertüchtigung</i>
		Who is a refugee?	Von Jan Kavka
36	76	<i>Geschichten, die selten ihren Weg aus dem Lager Ritsona finden</i>	
„Man leiht sich gegenseitig den Rasenmäher aus“	Mietshäusersyndikat:	Von Parwana Amiri	
<i>Interview mit Tobias Vorburg vom Verein Seite an Seite e.V. – Wegbegleitung für Flüchtlinge</i>	Das Wohnprojekt Ligsalz 8		
Von Hedwig Fuß	<i>Interview mit Yorg Runte</i>		
	Von Matthias Weinzierl		

*„Wer auf ein Visum angewiesen ist,
hat in München ein Problem.
Die Ausländerstelle ist überfordert,
Anträge versanden, Dokumente
verschwinden.“*

(Süddeutsche Zeitung, 11. Februar 2021)

Von Hubert Heinhold



Hubert Heinhold
ist Rechtsanwalt
und im Vorstand
von Pro Asyl.

Meine erste Erfahrung mit den Ausländerbehörden liegt Jahrzehnte zurück. Damals war das Ausländeramt München im Polizeipräsidium in der Ettstraße untergebracht. Das passte, denn das Ausländerrecht war Teil des Polizeirechts. Ausländer*innen galten als Gefahrenquelle. Als junger Anwalt klopfte ich an. Keine Reaktion. Auch ein zweites Pochen blieb erfolglos. Als ich schließlich unaufgefordert eintrat, schallte mir ein lautes „RAUS!“ entgegen.

Mit den Zeiten änderte sich die Haltung der Behördenmitarbeiter*innen – und auch der Zugang zu deren Räumlichkeiten. Nachdem Peter Gauweiler und Hans-Peter Uhl (beide CSU) als Kreisverwaltungsreferenten abgedankt hatten, wurden aus den Ausländern Kunden. Mit den Anwälten*innen wurde nun ein kommunikativer Umgang gepflegt; Einzelfälle konnten besprochen, gemeinsam Lösungen erarbeitet werden. Eine Vorsprache war jederzeit möglich.

Tempora mutantur. Seit etwa zwei Jahren ist es wieder anders. Lange Wartezeiten sind die Regel. Und Zugänge blockiert. Es kostet Mühe, eine*n Ansprechpartner*in zu finden, telefonisch ist niemand erreichbar, die Sachbearbeitung zieht sich ewig hin. Eine Umorganisation beseitigte klare Zuständigkeiten. Wenn jede*r im Sachgebiet für einen Fall zuständig sein kann, fühlt sich keine*r angesprochen. Auf mündliche Absprachen kann man sich nicht mehr verlassen.

Die Pandemie-Einschränkungen haben die Lage – auch bei anderen Ausländerämtern – zusätzlich verschärft. Auf die Verlängerung von Aufenthaltserlaubnissen muss man Monate warten. Dies führt zu Problemen mit Arbeitgebern*innen, die nicht wissen, ob die Arbeitnehmer*innen weiterbeschäftigt werden dürfen, mit den Arbeitsagenturen, Sozialämtern, Familien- und Kindergeldkassen, die Zahlungen verweigern, mit Vermieter*innen und manchmal auch mit der Polizei. Die statt einer Aufenthaltserlaubnis für die Zeitspanne der Sachbearbeitung vom Gesetz vorgesehen „Fiktionsbescheinigungen“, die immerhin einen rechtmäßigen Aufenthalt bescheinigen (und auch erst nach Monaten ausgestellt werden), werden von manchen Ausländerämtern durch selbst gebastelte „Fortbestandsbescheinigungen“ ersetzt. Die sind kein amtliches Ausweisdokument und werden daher oft nicht akzeptiert.

In den Feuilletons wird darüber gerätselt, welche Langzeitfolgen die Pandemie hervorbringen wird. Eine ist schon jetzt abzusehen: Die Behörden werden den schönen Zustand, ihr Arbeitstempo selbst zu bestimmen und den lästigen Publikumsverkehr zu vermeiden, nicht ohne weiteres aufgeben. Aus Kunden werden wieder lästige Bittsteller*innen. Und aus den Räumen schallt es „RAUS“, bevor man überhaupt angeklopft hat.<



Quarantäneschiff außerhalb des Hafens von Palermo, Herbst 2020



„Libertà – Liberté“
Tunesische Geflüchtete, 2011

Die eingeschränkte Unendlichkeit

„Raumpatrouille Orion“ – am Rande der Unendlichkeit. So beschrieb die 1966 erstmals ausgestrahlte Fernsehserie den Raum der Zukunft. Der Raum der Gegenwart jedoch stellt sich oftmals ganz anders dar: als Gefängnis, Ort der Segregation, Raum der Angst und der Diskriminierung. Über Gefängnis- und Quarantäneschiffe für Geflüchtete auf See. Von Judith Gleitze

Europe II nennt sich das Ausflugsboot der maltesischen Firma *Captain Morgan Cruises*. Normalerweise schippert es Tourist*innen zwischen den Inseln Malta und Gozo hin und her. Doch am 8. April 2020 verkündete Malta, dass seine Häfen für gerettete Geflüchtete aufgrund der Covid-19-Pandemie gesperrt seien. So wird die von der Regierung angemietete *Europe II* neben drei weiteren kleinen Schiffen der *Morgan Cruises* zum schwimmenden Gefängnis für gerettete Geflüchtete. Bis zu fünf Wochen müssen die Geretteten zwischen dem 30. April und dem 7. Mai 2020 auf diesen Schiffen ausharren, 425 Menschen, seekrank, ohne Zugang zu Asylverfahren, Rechtsbeiständen, psychosozialer Versorgung, ohne adäquate Unterbringung, denn die Schiffe verfügen nicht über Kabinen. Schließlich scheint es die erschöpfte Crew zu sein, die aus Angst vor Protesten um ein Ende der für alle Beteiligten untragbaren Situation bittet.

Die Geschichte der schwimmenden Gefängnisse beginnt nicht mit den maltesischen *Captain Morgan*-Schiffen. Schon neun Jahre zuvor nutzt die italienische Regierung Fähren, um tunesische Geflüchtete einzusperren. Noch spricht man nicht vom Hotspot-System zur Trennung von potentiellen Asylsuchenden und sogenannten Wirtschaftsmigrant*innen, dieses wird erst 2016 mit der europäischen Migrationsagenda eingeführt.

Schwimmende Gefängnisse

Wir schreiben das Jahr 2011. Die Zeit der Aufstände im nordafrikanischen Tunesien. Hochzeit für Ankünfte von über See Geflüchteter in Italien. Am 11. Februar 2011 erreichen etwa 1.400 Tunesier*innen Lampedusa, am darauffolgenden Tag verhängt die italienische Regierung den Notstand, den sie Anfang April auf „Nordafrika“ erweitert. (Es bedarf eigentlich keiner Erwähnung, dass ein Staat keinen Notstand über einen anderen Staat verhängen kann.) Diese Notstandsregelung erlaubt letztendlich auch die Inhaftierung der Ankommenden auf Fährschiffen. Die italienische Regierung mietet vier Schiffe der *Moby Lines*, gut erkennbar an ihren bunten Comiczeichnungen auf dem Schiffsrumpf. Erstmals werden Schiffe, Sinnbild der Fahrt in die Weite des Raumes zwischen Wasser und Himmel, in Europa zu Gefängnissen für Geflüchtete.

Ende September 2011 protestieren die über 700 auf vier Schiffen eingesperrten Menschen und verlangen, freigelassen zu werden. Was an Bord wirklich passiert, dringt kaum nach draußen, niemand darf sich den dort Gefangenen nähern. Als eine der Fähren im Hafen von Palermo liegt, versuchen die dort Eingesperrten mit handgeschriebenen Plakaten und hochgehaltenen Händen in Handschellen auf sich aufmerksam zu machen. Auch Kinder und mindestens eine Frau

befinden sich Ende September auf einem der Schiffe. Rücksicht auf besondere Schutzbedürftigkeit und den psychischen wie physischen Gesundheitszustand nimmt niemand.

Knapp 25.000 Tunesier*innen erreichen Italien zwischen Januar und Oktober 2011, allein 14.000 sind es im Monat März. Erst am 25. Oktober 2011 gibt die italienische Regierung bekannt, dass das außerordentliche Rückführungsabkommen, welches am 5.

April zwischen Tunesien und Italien geschlossen worden war, mit der letzten Abschiebung von 60 Tunesier*innen per Charterflug abgeschlossen sei. Damit endet

auch der erste Teil der unrühmlichen Geschichte schwimmender Gefängnisse.

Der Plan der schwimmenden Hotspots

Die vermehrten Ankünfte über die Balkanroute haben Europa im Jahr 2015 erschreckt. Italien macht einen Vorstoß und schlägt 2016 schwimmende Hotspots vor. Die Identifizierung mit Fingerabdrucknahmen und biometrischen Daten für die *Eurodac*-Datenbank und Registrierung von Asylsuchenden soll direkt auf dem Schiff erfolgen, das rettet. Ausgegangen wird hier vor allem von Rettungen durch Marine und Küstenwachtsschiffe. Wird der Asylantrag im Schnellverfahren abgelehnt, könnten von hier auch beschleunigte Abschiebungen stattfinden. Denn nach der Schließung der Balkanroute befürchtet die italienische Regierung höhere Ankunftsahlen aus Libyen. Schon einmal hatte die EU das Land gerügt, zu viele Geflüchtete ohne Kontrollen durchzulassen. Was wäre also einfacher, als sie gar nicht erst an Land kommen zu lassen? Der geschlossene Raum des Schiffes auf hoher See wird erneut als Mittel der Migrationskontrolle gedacht.

Doch die Idee setzt sich nicht durch. Es ist rechtlich und auch faktisch kaum umsetzbar, da die Polizei sowie Vertreter*innen der Asylkommissionen an Bord der Schiffe präsent sein müssten.

Die Pandemie – Raumreduzierung auf Quarantäneschiffen

Im Januar 2020 wird deutlicher, dass sich das Coronavirus immer weiterverbreitet. Ende des Monats erlässt die italienische Regierung eine Notstandserklärung. Eine direkte Folge daraus ist die Schließung der Häfen für ausländische zivile Rettungsschiffe am 7. April. Geflüchtete gelten als Gesundheitsgefahr und sollen nicht mehr nach Italien gebracht werden können. Aber

zivile Seenotrettungsschiffe versuchen trotz der massiven Behinderung durch den italienischen Staat so viele Rettungssätze wie möglich zu fahren, und die Geretteten müssen nach Seerechtskonvention in einen

sicheren Hafen gebracht werden.

Nach Libyen darf sie ein europäisches Schiff aufgrund des Zurückschiebungsverbotes (Non-refoulement Gebot der Genfer Flüchtlingskonvention) nicht bringen, Malta verweigert sich konsequent – bleibt nur Italien. So beschließt der italienische Zivilschutz am 12. April 2020 die Einrichtung von Quarantäneschiffen ausschließlich für Geflüchtete, die auf See gerettet werden. Die ersten Schiffe im Frühjahr sind eine Fähre der *Tirrenia* und eine der schon bekannten *Moby Lines*. Derzeit sind fünf Fähren der *Grandi Navi Veloci* (GNV) als Quarantänefähren in Betrieb.

Rechtsverletzung und Diskriminierung

Über 10.000 Menschen werden seit der Inbetriebnahme der Quarantäneschiffe auf diesen interniert. Die Kritik daran bezieht sich nicht auf die Durchführung einer notwendigen Quarantäne, sondern auf das Wie. Das Festhalten von Migrant*innen führt zur einer Einschränkung des Rechtes auf Bewegungsfreiheit. Nun könnte man sagen, das beträfe alle, die sich während der Pandemie in Quarantäne begeben müssen. Doch gibt es da einen kleinen, aber bedeutenden Unterschied: Nur Geflüchtete werden aus der Gemeinschaft ausgeschlossen und in diesen anderen Raum verbannt. Mit dem Vorwand, eine Gesundheitskrise bewältigen zu wollen, wird eine bestimmte Gruppe von Menschen ohne jegliche Information sowohl für die Betroffenen selbst als auch für die Öffentlichkeit weggesperrt. Was auf den Schiffen vor

Der geschlossene Raum des Schiffes wird Mittel der Migrationskontrolle

sich geht, bleibt erneut im Dunklen. Somit wird das gesamte Quarantäne-Dispositiv umdefiniert und zu einem Instrument der Diskriminierungspraxis.

„Von Anfang an zogen Expert*innen aus unterschiedlichen Bereichen und aus unterschiedlichen Gründen diese Maßnahmen in Zweifel. Dabei rückten vor allem die Frage der Rechte und der Würde der festgehaltenen Personen sowie die Frage der Effizienz der Maßnahme überhaupt in den Blick. Auch der erhebliche ökonomische Aufwand wurde kritisiert: Die Anmietung von privaten Schiffen kostet deutlich mehr als die Einrichtung entsprechender Strukturen an Land“, heißt es in einem am 14. Dezember 2020 veröffentlichtem Dokument mit Forderungen zur Abschaffung der Quarantäneschiffe, welches mehr als 150 Organisationen und Einzelpersonen erstunterzeichneten.

Hinzu kommt, dass auf den Schiffen Frauen, Kinder, Männer und auch unbegleitete minderjährige Geflüchtete untergebracht werden, ohne auf die besondere Schutzbedürftigkeit Einzelner Rücksicht zu nehmen. Das Ganze treibt unglaubliche Blüten, als die Regierung im Herbst 2020 auch Geflüchtete aus

Aufnahmezentren aus ganz Italien auf die Schiffe bringt. Menschen, die seit Jahren in Italien leben und plötzlich aus ihrer Umgebung herausgerissen werden. Aufgrund ihrer Abwesenheit verlieren einige der Geflüchteten nach der Quarantäne ihre Unterbringungsplätze und stehen auf der Straße. Nach der massiven Kritik von Flüchtlingsorganisationen sollen unbegleitete Minderjährige und Geflüchtete aus Zentren an Land nicht mehr auf die Schiffe verbannt werden. Es bleibt jedoch die Frage, was mit begleiteten Kindern und besonders Schutzbedürftigen geschieht.

Angst, Wut, Trauma, Tod

Überhaupt keine Rücksicht wird auf die Angst der Geflüchteten genommen, die nach der Rettung auf See plötzlich zu einem weiteren Aufenthalt auf einem Schiff gezwungen werden. Für viele Menschen ist dies aus unterschiedlichen Gründen mit einer (Re-)Traumatisierung verbunden. Nicht an Land gebracht zu

werden bedeutet, sich immer noch nicht in Sicherheit zu befinden. Gerade für Geflüchtete mit traumatisierenden Erfahrungen auf der Flucht und in libyschen Gefängnissen bedeutet das Eingesperrtsein auf einem Schiff, das sie theoretisch jederzeit wieder nach Libyen bringen könnte, eine weitere Folter. Hinzu kommt die nicht vorhandene Informationspolitik an Bord. Dort ist das *Rote Kreuz* tätig, aber gerade in Zeiten, in denen mehrere Hundert Menschen an Bord sind, wird auf das Individuum wenig Rücksicht genommen. Für die Geflüchteten aus Tunesien, die einen Großteil der Angekommenen im Jahr 2020 ausmachen, ist die Angst, nicht an Land gebracht zu werden, mit dem Wissen um mögliche direkte Abschiebungen verbunden.

Italien und Tunesien haben ein Rückübernahmeabkommen. In Lampedusa angekommen werden sie gezwungen, ein so genanntes „foglio notizie“, einen Infozettel, zu unterzeichnen, der sie als „ökonomische Migrant*innen“ abstempelt. Sie haben meist keine

Ahnung, was sie da unterschreiben, die Möglichkeit einer Asylantragstellung ist vor allem für Geflüchtete aus Maghreb-Ländern gering. Das Projekt *InLimine* des italienischen Anwaltsvereins zur Migration ASGI hat mit mehr als 50

Tunesier*innen Interviews geführt. Diese bestätigen, was Unterstützer*innen bei jeder Entlassung aus den Quarantäneschiffen an den Bahnhöfen erleben: Vor allem Tunesier*innen, aber auch hier und da Menschen anderer Nationalitäten, erhalten nach dem Verlassen eines Quarantäneschiffes sofort ihre Ausweisungsverfügung. Andere werden auch vom Schiff direkt in die Abschiebehafte überführt und abgeschoben.

Diese Nachrichten machen natürlich auch in Tunesien die Runde und die Angst der Ankommenden wird größer. Im Mai 2020 springt der 22-jährige Bilel Ben Masoud aus Panik, abgeschoben zu werden, von Bord der vor Palermo liegenden *Moby Zazà*. Er überlebt den Sprung nicht. Ende Oktober 2020 schlucken neun Tunesier Rasierklingen und Glasscherben auf der vor Palermo liegenden GNV-Fähre *Rhaspody*, einige verletzen sich mit einem Messer, um endlich an Land gebracht zu werden. Verzweiflungstaten, ausgelöst auch von der schwierigen sozialen und gesund-

Einige Geflüchtete verletzen sich mit einem Messer, um endlich an Land gebracht zu werden

Judith Gleitze ist seit mehr als 25 Jahren in der Flüchtlingsarbeit aktiv. Seit 2009 leitet sie die Außenstelle von **borderline-europe** in Palermo, Sizilien.

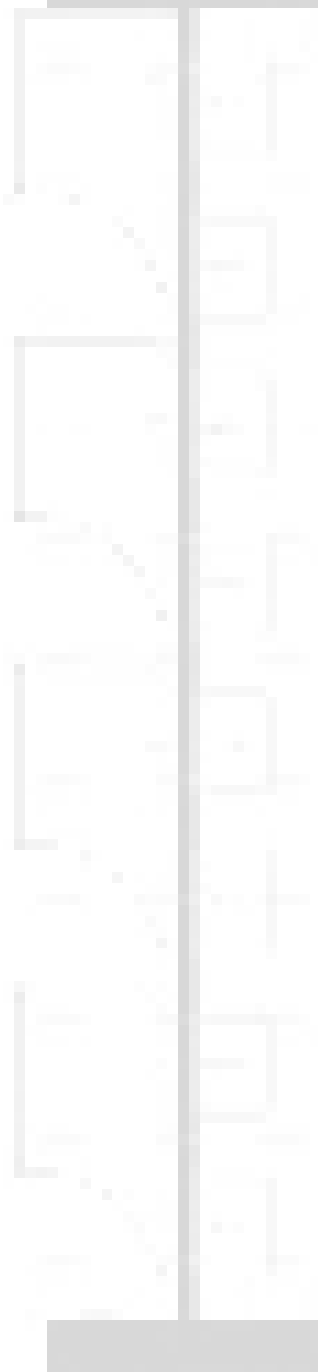
heitlichen Situation an Bord, die keine Zukunft verspricht.

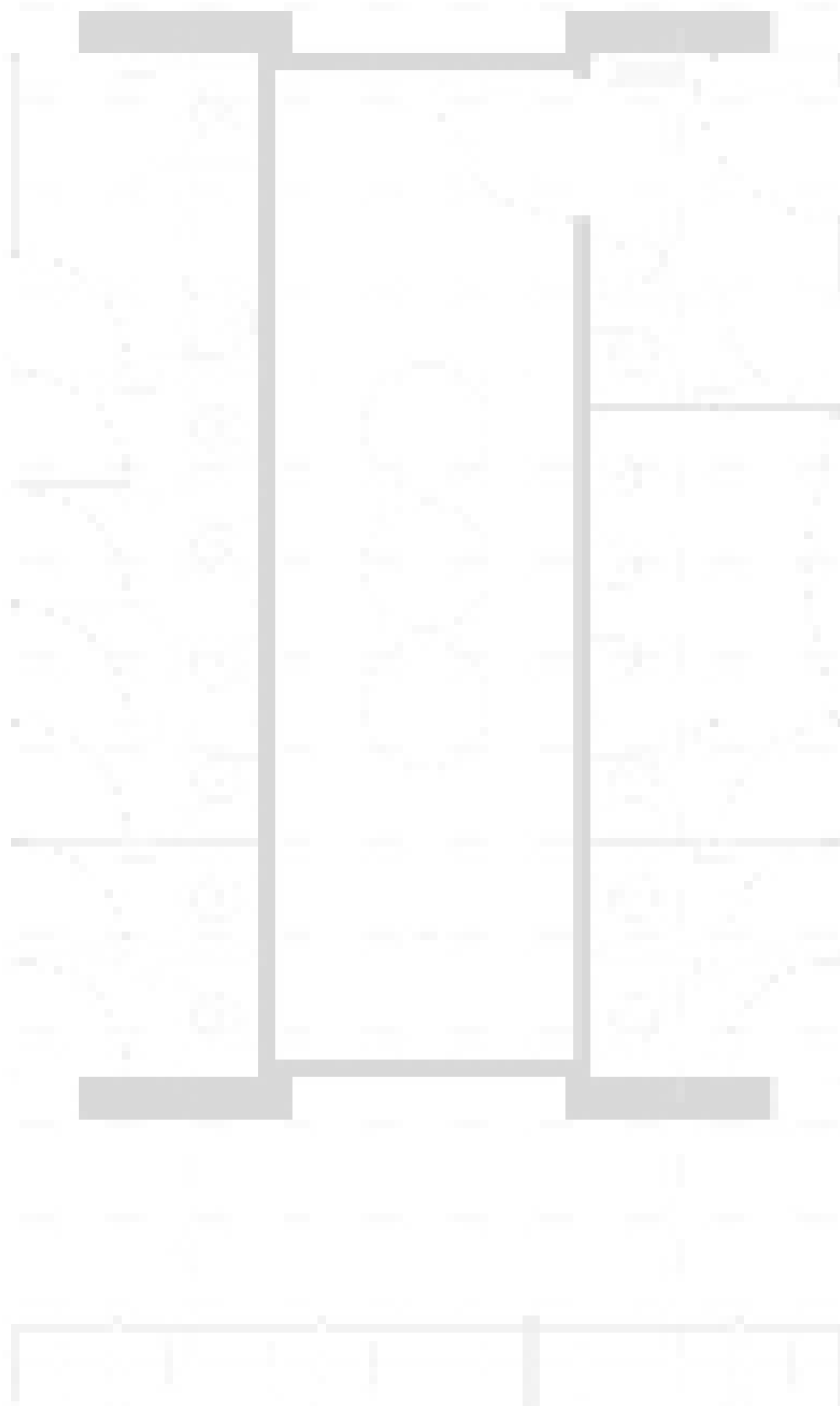
Bisher haben wenige Personen über ihre Arbeitserfahrungen auf den Quarantäneschiffen berichtet, doch Heiligabend erscheint ein Artikel der Presseagentur *Redattore Sociale* mit der Aussage von zwei jungen freiwilligen Mitarbeiter*innen, die mehrere Wochen an Bord des Quarantäneschiffes *Allegra* gearbeitet haben. *Allegra* – fröhlich – ist hier nichts. „Isolation war unmöglich, das Schiff verlassen konnte man auch nicht. Eine absurde Situation, es waren nur wenige Ärzt*innen und Krankenpfleger*innen an Bord für all diese Menschen. Da sieht man, dass diese Schiffe keine Probleme lösen, sie garantieren dir nicht einmal eine echte Quarantäne. Die Menschen hocken aufeinander, wenn auch in getrennten Sektoren. Oftmals müssen die schließlich negativ Getesteten mit den noch Positiven zusammenbleiben. Somit verlängert sich die Isolation auf ein Unendliches.“

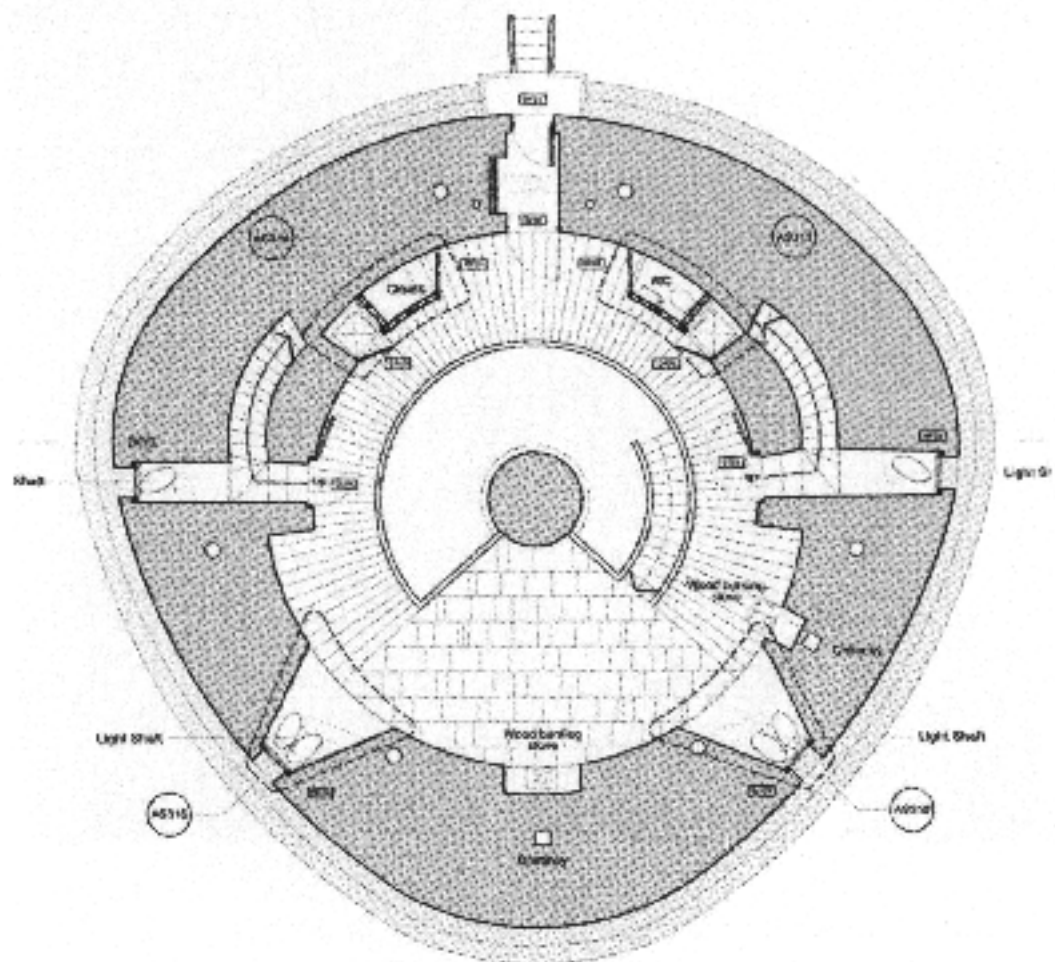
Die beiden ehemaligen Mitarbeiter*innen sind im September 2020 auch an Bord, als vom zivilen Seenotrettungsschiff *Open Arms* in Sicherheit gebrachte Geflüchtete auf die *Allegra* kommen. Über 100 Menschen sind vor dem Transfer von Bord der *Open Arms* gesprungen und zum Teil an Land geschwommen, zum Teil von anderen Schiffen gerettet worden. Sie haben Angst, nicht an Land gebracht zu werden. Die verbleibenden 140 Menschen treten nun hier ihre Quarantäne an. Unter ihnen auch der 15-jährige Abou Diakité, den die *Open Arms*-Besatzung schon als kranke Person meldet. Dennoch wird er nicht an Land gebracht. Abous Gesundheitszustand verschlechtert sich, einige Covid-19 Tests fallen negativ aus. An Bord kann nicht festgestellt werden, woran Abou leidet. Doch bis die Ärzt*innen des *Roten Kreuzes* schließlich Hilfe erhalten ist es für den jungen Ivorer zu spät. 19 Tage sind seit seiner Rettung vergangen. Abou stirbt im Krankenhaus in Palermo.

Erst nachdem Abous Schicksal bekannt wird, kommt auch die Geschichte des minderjährigen Abdallah Said ans Tageslicht. Er stirbt am 15. September nach seinem Aufenthalt an Bord des Quarantäneschiffs *Azzurra*, welches im Hafen von Augusta auf Reede liegt, im Krankenhaus Cannizzaro in Catania. Marco, der Freiwillige auf der *Azzurra*, ist frustriert: „Ich dachte immer, das alles hier ist ein großes Theater, eine Inszenierung. Man hätte die Menschen besser an Land isolieren können, wo ihnen auch eine Unterstützung gewiss gewesen wäre. Doch stattdessen lässt man sie mitten auf dem Meer.“

Das schöne, blaue Meer. Ein Meer, dass die italienische Flüchtlingspolitik von der unendlichen Weite auf zwei Quadratmeter reduziert hat.<







Wenn Migrant*innen und Geflüchtete gewaltsam verschwinden

Die Internationale Konvention gegen das Verschwindenlassen verpflichtet Staaten zum Schutz, zur Suche und zur Aufklärung. Von Barbara Lochbihler

An den Außengrenzen der EU sind es menschenunwürdige und überfüllte Lager, gewaltsame Push-Backs und Leichen an den Mittelmeeresstränden. In Zentralamerika sind es tausende Menschen in Flüchtlingskarawanen mit dem Ziel USA, die auf ihrem Weg der Gewalt durch guatemaltekische oder mexikanische Sicherheitskräfte und organisierte Kriminelle ausgesetzt sind. In Asien arbeiten Menschen ohne jegliche Absicherung für einen Hungerlohn auf Großbaustellen oder in Privathaushalten. Dies sind nur die besonders sichtbaren Beispiele dafür, welche Gefahren Menschen auf sich nehmen, um Krieg, Gewalt und Armut zu entkommen und ein besseres Leben zu finden. Ihre Wege werden gefährlicher, weil die Migrationspolitik weltweit immer restriktiver wird und legale Migrationswege zunehmend versperrt werden. Der aggressive Diskurs gegen Migrant*innen, Geflüchtete und Asylsuchende und der ihnen oft verwehrt Zugang zu Recht verstärken die Verletzlichkeit dieser Menschen zusätzlich. Je mehr sie in Medien und Politik nur noch als amorphe Menge statt als Individuen wahrgenommen werden, umso geringer wird die Bereitschaft von Staaten nach ihnen zu suchen. Das Risiko für Migrant*innen und Menschen

auf der Flucht, Opfer von gewaltsamem Verschwindenlassen zu werden, ist in den vergangenen Jahren deutlich größer geworden.

Viel beschworene und wenig beachtete Verpflichtungen

Schon als Abgeordnete des Europaparlaments von 2009 bis 2019 habe ich mich viel mit der europäischen Flüchtlingspolitik und der Menschenrechtslage von Geflüchteten und Migrant*innen weltweit beschäftigt. Ich weiß um die Tausende von ihnen, die jedes Jahr auf dem Weg in das Zielland verschwinden. Diese Zahlen werden zukünftig eher noch steigen, auch wenn längst nicht alle Opfer von gewaltsamem Verschwindenlassen sind. Die Dunkelziffer ist sehr hoch, auch weil bei den vielen Haftzentren, in denen Migrant*innen gefangen gehalten werden, es nahezu unmöglich ist, Fälle von gewaltsam Verschwundenen Migrant*innen zu belegen.

Die UN-Arbeitsgruppe zum erzwungenen oder unfreiwilligen Verschwindenlassen (WGEID) nannte das gewaltsame Verschwindenlassen von Migrant*in-

nen in einem Bericht 2017 eine Realität unserer Zeit und ließ keinen Zweifel daran, dass dieses komplexe Phänomen dringend mehr Aufmerksamkeit bedarf:

„Die Staaten und die internationale Gemeinschaft als Ganzes scheinen diesem Thema nicht die notwendige Aufmerksamkeit zu schenken“. Der Globale Pakt für sichere, geordnete und reguläre Migration greift das Problem ebenfalls auf und fordert unmissverständlich „koordinierte internationale Bemühungen um vermisste Migranten“

im Einklang

mit internationalen

Recht (Global

Compact on

Migration, Ziel

8). Auch die

Resolution der

UN-Gener-

alversamm-

lung zum

Schutz von

Migranten vom Dezember 2019 erinnert an die Verpflichtung der Staaten, die Menschenrechte von Migrant*innen entsprechend internationaler Menschenrechtsstandards zu schützen. Dabei gilt ein vermisster Migrant oder eine Migrantin dann als gewaltsam verschwunden, wenn es zu dem unbekannten Aufenthaltsort auch Anhaltspunkte gibt, dass dafür Dritte verantwortlich sein könnten.

Meinen Blick auf diese viel beschworenen und wenig beachteten Verpflichtungen habe ich mitgenommen in meine Arbeit im UN-Ausschuss gegen das gewaltsame Verschwindenlassen (Committee on Enforced Disappearances, CED), in den ich 2019 als unabhängige Expertin gewählt wurde. Aufgabe dieses Gremiums ist es zu überwachen, dass und wie Staaten die Internationale Konvention gegen das gewaltsame Verschwindenlassen umsetzen. 63 Staaten – noch zu wenige – haben bisher dieses Menschenrechtsabkommen unterzeichnet, das 2010 in Kraft getreten ist. Sie haben sich damit verpflichtet, Menschen vor dem gewaltsamen Verschwindenlassen zu schützen oder nach ihnen zu suchen und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen.

Als gewaltsam verschwunden gilt ein Mensch, wenn ihm* ihr die Freiheit entzogen wird durch Staatsbedienstete oder Personen, die mit der Erlaubnis, Unterstützung oder Duldung des Staates handeln, und wenn dann die Freiheitsberaubung nicht bestätigt oder der Aufenthaltsort beziehungsweise die Situation der verschwundenen Person verschleiert wird, und sie so

dem Schutz des Gesetzes entzogen wird (Artikel 2 der Konvention). Somit ist auch jede Freiheitsberaubung von Migrant*innen und Geflüchteten gefolgt von der Weigerung, diesen Freiheitsentzug anzuerkennen, und/oder dem Verschweigen des Schicksals oder des Aufenthaltsortes der Person ein erzwungenes Verschwinden, unabhängig von der Dauer und dem Ort, an dem es stattfindet. Als Opfer gilt im Sinne der Konvention „jede natürliche Person, die als unmittel-

bare Folge eines Verschwindenlassens geschädigt worden ist“ (Artikel 24), also auch nach ihnen suchende Angehörige.

Was so

technisch klingt, bedeutet für jeden einzelnen betroffenen Menschen eine oft lange und manchmal endlose Leidensgeschichte. Dem Schutz des Gesetzes entzogen zu sein bedeutet, sich nicht wehren zu können gegen Folter und Haft, keine Nachricht an Familie und Freunde schicken zu können, noch zu leben oder zu sterben, aber niemand weiß davon. Angehörigen werden Antworten verweigert, in Ungewissheit und oft materieller Not gelassen. Müttern, Vätern, Großeltern, Geschwistern, Kindern, Freundinnen und Freunden wird die Trauer verwehrt, wenn die Gewissheit fehlt. Täter bleiben unbeholden, weil ihnen Schuld nicht nachgewiesen werden kann oder soll.

Der Ausschuss hat sich in den vergangenen Jahren zunehmend, wenn auch noch nicht systematisch mit dem gewaltsamen Verschwinden von Menschen im Migrationskontext befasst. So betreffen mehrere derzeit offene Dringlichkeitsaktionen Menschen, die auf dem Weg von Honduras nach USA verschwunden sind. Mit dem Instrument der Dringlichkeitsaktion fordert der Ausschuss den betreffenden Vertragsstaat auf, Auskunft zu geben beziehungsweise konkrete Maßnahmen zum Auffinden der Person zu ergreifen. In die 2019 angenommenen *Leitprinzipien für die Suche nach Verschwundenen* hat der Ausschuss das erhöhte Risiko des Verschwindenlassens von Personen im Kontext von Migration aufgenommen. Angemahnt wird, dass „die betroffenen Staaten spezifische koordinierte Maßnahmen ergreifen, um das Verschwinden von Personen in solchen Situationen zu verhindern“, und die Zusammenarbeit zwischen den

zuständigen Behörden in den Herkunfts-, Transit- und Zielländern schnell und sicher zum Auffinden der verschwundenen Person beitragen soll (Prinzip 9).

Die Leitprinzipien heben die zusätzlichen Hindernisse hervor, mit denen die Angehörigen von verschwundenen Migrant*innen und Geflüchteten bei der grenzüberschreitenden Suche konfrontiert sind. Zivilgesellschaftliche Organisationen, in denen sich Opfer und Aktivist*innen zusammengeschlossen haben, berichten uns immer wieder, wie überaus schwierig es für Familienangehörige ist, über Grenzen hinweg nach verschwundenen Menschen zu suchen.

Mich haben diese Berichte darin gestärkt, dass die Problematik noch weit mehr Aufmerksamkeit bedarf und dass die Staaten konkreter in die Verantwortung genommen werden müssen.

Verpflichtungen aus der Konvention gegen das Verschwindenlassen

Vor diesem Hintergrund habe ich eine juristische Studie initiiert, um die relevanten Verpflichtungen aus der Internationalen Konvention gegen das Verschwindenlassen in Bezug auf Migrant*innen und Geflüchtete genauer herauszuarbeiten. Diese Studie stellt klar, dass die Konvention gegen das

Der Begriff gewaltsam verschwunden beinhaltet auch eine Ursache, eine (rechtliche) Verantwortung für das Verschwunden sein

Verschwindenlassen konkrete Verpflichtungen zum Schutz von Migrant*innen vor dem Verschwindenlassen enthält. Sie erläutert, wie die Staaten gemäß der Konvention suchende Angehörige unterstützen müssen. Außerdem verweist die Studie auf Fragen, die einer Interpretation der Konvention durch den Ausschuss gegen das Verschwindenlassen bedürfen.

Dabei ist zunächst wichtig, das gewaltsame Verschwindenlassen von Migrant*innen und Geflüchteten zu unterscheiden von der Diskussion um vermisste beziehungsweise verschwundene Migrant*innen im primär humanitären Kontext. Während der Begriff vermisst nur die Situation beschreibt, dass der Aufenthaltsort einer Person unbekannt ist, beinhaltet der Begriff gewaltsam verschwunden auch eine Ursache beziehungsweise eine (rechtliche) Verantwor-

tung für das Verschwunden sein.

Hieran wird deutlich, dass Humanitäres Völkerrecht und internationale Menschenrechtsabkommen in Bezug auf (gewaltsam) verschwundene Migrant*innen und Geflüchtete gleichermaßen wichtig sind. Beim Verschwindenlassen von Personen infolge bewaffneter Konflikte haben die Staaten sowohl nach der Konvention gegen das Verschwindenlassen als auch nach dem Humanitären Völkerrecht Verpflichtungen im Hinblick auf die Suche nach diesen Personen und die Information ihrer Familien.

In der Studie geht es um Fälle von Verschwindenlassen, die durch Bedienstete/Beauftragte eines Staates auf dem Gebiet eines anderen Staates geschehen, und um Fälle in Haftzentren für Migrant*innen wie zum Beispiel in Libyen. Welche konkreten Verpflichtungen haben Staaten, die der Konvention beigetreten sind in solchen Fällen? Wie müssen sie grenzübergreifend nach Verschwundenen suchen? Welche Rechte haben Familienangehörige von verschwundenen Migrant*innen gegenüber diesen Staaten? An wen können sie sich wenden und wo können sie mutmaßliches Verschwindenlassens eines/einer Migrant*in anzeigen, was gemäß Konvention ein wichtiges Recht ist? Wie verhält es sich, wenn das Verschwindenlassen durch

nicht-staatliche Akteur*innen, aber mit dem Wissen von staatlichen Bediensteten geschieht, etwa in Fällen von Menschenhandel?

Diese Fragen rechtssicher zu beantworten ist oft schwierig. Dies beginnt bereits damit, dass in grenzüberschreitenden Situationen möglicherweise niemand nach der verschwundenen Person fragt, und Nichtregierungsorganisationen, die nach Verschwundenen suchen, die Auskunft oft verweigert wird. In jedem Fall gelten die Verpflichtungen aus der Konvention so lange, wie ein gewaltsames Verschwinden nicht ausgeschlossen werden kann. Wenn es hinreichende Gründe für die Annahme gibt, dass ein Mensch gewaltsam verschwunden wurde, ist dieser Staat verpflichtet, von sich aus die Suche zu veranlassen. Hinreichende Gründe sind jedoch im Migrationskontext noch schwerer zu präzisieren als ohnehin schon. Notwendig ist es, die rechtliche Verantwortung eines oder gar mehrerer Staaten für das Verschwindenlassen festzustellen. Im Migrationskontext ist das vor

Barbara Lochbihler
*ist Mitglied im UN
 Ausschuss gegen das
 Verschwindenlassen.
 Von 2009 bis 2019
 war sie für die
 Grünen Mitglied im
 Europaparlament.*

allem dann herausfordernd, wenn eine stillschweigende Mitwisserschaft oder Beihilfe nachgewiesen werden muss, etwa in Bezug auf nichtstaatliche Akteur*innen beim Menschenhandel. Solch eine Duldung von rechtswidrigem Handeln muss von Fall zu Fall geprüft werden. Aber selbst wenn einzelne Staaten nicht rechtlich verantwortlich gemacht werden können, müssen sie bestimmte Verpflichtungen erfüllen.

Dazu gehört im grenzüberschreitenden Kontext besonders das Recht, ein mutmaßliches Verschwindenlassen den zuständigen Behörden anzeigen zu können, was häufig mit großen Hindernissen verbunden ist. Dieses Recht, mutmaßliches Verschwindenlassen anzuzeigen, muss allen Personen unabhängig von ihrem rechtlichen Status im jeweiligen Staat gewährleistet werden. Doch möglicherweise wissen Personen, die ein Verschwindenlassen anzeigen wollen, nicht genau, in welchem Land der Mensch gewaltsam verschwunden ist. Bei welchem Staat und welcher Behörde müssen sie also vorsprechen? Die Konvention verpflichtet die Vertragsstaaten, zusammenzuarbeiten und einander größtmögliche gegenseitige Hilfe zu leisten, bei der Unterstützung der Opfer, zu denen auch die suchenden Angehörigen gehören. Das Kooperationsgebot betrifft sowohl die Suche nach gewaltsam Verschwundenen als auch die Exhumierung, Identifizierung und Rückführung von Leichen sowie die Ermittlung und Bestrafung der Verantwortlichen. Wie diese Zusammenarbeit und Unterstützung nach Artikel 14 und 15 der Konvention genau zu geschehen hat, ist dort nicht näher spezifiziert. In den Leitprinzipien hat der Ausschuss jedoch drei wesentliche Maßnahmen identifiziert: Staaten sollen zuständige Behörden einrichten, Kooperationsvereinbarungen ausarbeiten und Mechanismen etablieren, die eine wirksame Beteiligung von Familien aus dem Ausland gewährleisten. Schließlich sind die Staaten auch verpflichtet, den Opfern Entschädigung und Wiedergutmachung zu gewährleisten, was unter anderem die Garantie der Nichtwiederholung beinhaltet. Auch dies ist im Migrationskontext alles andere als trivial.

Hausaufgaben für den Ausschuss gegen das Verschwindenlassen

Wie bei allen internationalen Menschenrechtsabkommen ist es auch bei der Konvention gegen das gewaltsame Verschwindenlassen zwar wünschenswert, aber alles andere als selbstverständlich, dass Staaten ihre internationalen Verpflichtungen in die Praxis umsetzen und die Menschen in ihrem Verantwortungs-

bereich bestmöglich vor Menschenrechtsverletzungen schützen. Voraussetzung dafür ist eine kritische Öffentlichkeit und eine engagierte Zivilgesellschaft, die gemeinsam mit Opferverbänden Rechte einfordert. Notwendig ist außerdem eine Instanz, die den Staaten sehr genau auf die Finger schaut und sie zugleich bei der Erfüllung ihrer Verpflichtungen unterstützt.

Genau dies ist Aufgabe des Ausschusses gegen das Verschwindenlassen. Der Ausschuss hat nun gefordert, die beschriebenen und weitere juristische Unsicherheiten in der Konvention jeweils von Fall zu Fall oder generell zu klären. Die besonders verletzliche Situation, in der sich Migrant*innen und Flüchtende befinden, einerseits und der zunehmende Abwehrreflex von Staaten beim Stichwort Migration andererseits, machen diese Aufgabe für unseren Ausschuss nicht einfacher, aber umso dringlicher. Wir werden dabei eng mit anderen UN Gremien zusammenarbeiten, wie etwa dem Ausschuss für die Rechte von Wanderarbeitnehmern, dem Sonderberichterstatter für Migration oder der Sonderberichterstatterin zu Menschenhandel. Wir wollen Diskussionen anstoßen in der Fachöffentlichkeit und bei politisch Verantwortlichen und dazu beitragen, dass wichtige völkerrechtliche Fragen in politisches Handeln übersetzt werden.

Dabei geht es nicht darum, neue rechtliche Verpflichtungen zu schaffen, wie manche Staaten befürchten mögen. Es geht darum, längst bestehende Verpflichtungen klarer herauszuarbeiten und deutlich zu machen, was die Staaten tun müssen um zu verhindern, dass Migrant*innen und flüchtende Menschen verschwinden. Das sind wir nicht zuletzt den Verschwundenen schuldig und den Menschen, die nach ihnen suchen.<



Notdurft Donnersbergerbrücke



Dschungel Candidplatz



Quartier Ludwigshafen

Fotos: Carolin Dümmler, Restraum in Ludwigshafen (für Unbestimmte Räume in Städten. Der Wert des Restraums)

Hinterland



Deponie Donnersbergerbrücke

Schorschs Rakete

Dieser Text spielt mit dem Feuer. Denn gerade, wenn sie nicht im Fokus sind, werden unbestimmte Stadträume zu wertvollen Raumreserven für das Seelenleben einer Stadt. Von Dorothee Rummel

Unerforschtes Land war bis etwa 1900, als bereits fast die ganze Erdoberfläche entdeckt und kartographiert war, zumeist mit einem weißen Fleck auf den Landkarten gekennzeichnet und häufig mit dem Kommentar „terra incognita“ versehen. Auf sehr alten Karten wurde die geographische Lücke zuweilen kaschiert. Wohl aus Furcht vor dem Nichts haben die Kartenzeichner*innen dann willkürlich ein Meer oder ein Gebirge eingesetzt, oder die Fehlstelle gar mit einem schrecklichen Ungeheuer übermalt. Manche Abenteuerlustigen hat das abgeschreckt, bei anderen hingegen wurde das Bedürfnis, unentdeckte Schätze aufzuspüren oder sich (herrenloses) Land anzueignen, dadurch eher befeuert.

Städtischer Restraum ist ein bisschen terra incognita. Die einen meiden ihn lieber, die anderen erobern ihn und in manchen Städten wird er langsam rar. Mit Restraum ist hier die Ansammlung in der Stadt verstreuter, weder genau definierter noch registrierter Orte gemeint: Zonen unter Brücken, Flächen entlang von Bahngleisen, Nischen zwischen Gebäuden, Bereiche neben Großstrukturen. Sonderbare Gebilde, von den städtischen Diensten links liegen gelassen, von der Geschäftswelt ignoriert. Aber zuweilen mit attraktivem Ambiente, ungewöhnlichen ästhetischen Qualitäten und jedenfalls mit praktischen Eigenschaften ausgestattet.

Schorsch und Anne

1980 schreibt der Schweizer Spaziergangswissenschaftler Lucius Burckhardt, der diesen Restraum „Niemandsländ“ nennt, und sich besonders für das Geschehen an diesen Orten interessiert: „Niemandsländ ist das Land wo der Schorsch seine selbst gebastelte Rakete zündet und die Anne ihren ersten Kuss bekam.“ Was den beiden

Stadtmenschen Schorsch und Anne an solchen Orten gefällt, ist das Informelle, also ungestört zu sein und Dinge tun zu können, die anderenorts als unschicklich oder gar als unerlaubt auffallen würden. Hier lässt sich etwas ausprobieren, was als Geheimnis bewahrt werden kann – auch falls es schief laufen sollte.

Es geht aber nicht darum, das Treiben im Restraum zu romantisieren oder zu verabscheuen, sondern die Optionen zu erkennen, die sich im Niemandsländ bieten und die von allen genutzt werden können. Dieses Angebot seitens der Stadt ist ebenso unbeabsichtigt wie gratis. Wohlhabende wie Bedürftige können darauf zugreifen, Gesetzestreue ebenso wie Kriminelle. Die Bandbreite der Nutzungsmöglichkeiten ist groß.

Geringschätzung ist nicht angemessen

Was man in einem Ort sieht, verändert sich den Umständen entsprechend. So nimmt beispielsweise ein Jugendlicher die Uneinsehbarkeit und die Tatsache, dass ein Stadtraum selten frequentiert ist, als wertvoll wahr. Später als Vater aber rät er seiner Tochter, diesen Raum zu umgehen, da er für sie gefährlich sein könnte. Die Funktionalität des Raumes hat sich für ihn nicht verändert, aber er nimmt ihn durch die veränderte Lebenssituation anders wahr.

Wie Leute die Qualität eines unbestimmten Stadtraumes beurteilen, hängt davon ab, für welchen Zweck sie ihn nutzen (wollen). Je nach Standpunkt sehen sie dann in Restraum ganz unterschiedliche Komponenten als wertvoll an, wird er für sie zum Beispiel Abenteuer oder Zuflucht. Was die Menschen in ihm so alles sehen, legt offen, wofür sie die Stadt jenseits der Arbeitsstelle, der Wohnstätte oder der Einkaufszentren brauchen, wofür sie sie schätzen,

lieben und eventuell hassen. Alle eint, dass sie sich ein Stück Stadt für ihre persönlichen Präferenzen passend machen können. Sie können sich sicher sein, die gleichen Grundbedingungen anzutreffen, gratis und ohne Aufsicht, ganz als gehöre einem ein kleines Stück Großstadt.

Dieses Talent, spezielle Bedarfe zu decken und beinahe vergessene Bedürfnisse zu befriedigen kann man als Ausdruck einer engen Beziehung von Menschen mit ihrer Stadt verstehen. Zehn Raum-Welten, die Restraum zu bieten hat – und es gibt sicherlich viele weitere.

1. Abenteuer im Dschungel: Expeditionen in einen Restraum-Dschungel versprechen Kindern und Jugendlichen Abenteuer. Gerade wild bewachsenen Räume werden als spannend zu erkunden wahrgenommen, weil sie nicht überschaubar sind. Das Erlebnis, solch unvertraute und seltene, Stadtstrukturen zu erforschen, wird noch größer, wenn der Zugang erschwert ist oder zunächst unmöglich scheint und man das Gefühl hat, eine Grenze zu überschreiten.

2. Eroberungsfeldzüge: Restraum kann Erweiterungsraum für individuellen Flächenbedarf sein. So manche nutzen ihn als zusätzlichen Lager- und Abstellraum. Die Zusatzfläche ist gratis und wird gepflegt und bewacht. Für Jugendliche ist die praktizierte Eroberung angeblich wichtiger Bestandteil ihrer Entwicklung. Sie zielen nicht auf den Nutzwert der gewonnenen Quadratmeter, sondern vielmehr auf den Triumph. Sprayer und andere Künstler*innen sehen die Eroberung als kulturellen Ausdruck, sie gewinnen einen Teil von Stadt für sich und verändern ihn – und das verändert wiederum die Stadt.

3. Zufluchtsort: Schutz ist eines der Hauptbedürfnisse eines Menschen. Wem solche Orte nicht zur Verfügung stehen, sucht aus dieser Not heraus Zuflucht. Für Obdachlose und Süchtige funktioniert Restraum als Schutzraum. Die Tatsache, dass es dort Bereiche gibt, die zumindest teilweise vor Regen, Wind und Kälte schützen, und auch vor zu vielen Blicken, ist in dieser Situation wertvoll. Es ist gewissermaßen auch ein

Schutzraum vor der Öffentlichkeit, zu der sie gehören, aber von der sie oft nicht akzeptiert werden.

4. Endlose Entfaltungsfreiheit: Der freie Raum (im Sinne von umsonst, aber auch im Sinne von leer, benutzbar und geräumig) macht Restraum zu Entfaltungsraum. Er wird als Hobbyraum interpretiert, an dem die Raketen vom Schorsch getestet werden können und an dem man ungehemmt das Trompetenspielen üben kann. Niemand stört sich an Kleberresten auf dem Boden, Farbspritzern an der Wand oder schiefen Tönen. Es ist dort vielleicht ohnehin laut, und Boden und Wände müssen gar nicht vorzeigbar sein.

5. Tolerante Deponie: Als „zu mehr nicht wert“ würden manche Restraum bezeichnen und damit begründen, dass sie ihren Müll dort entsorgen. Diese Öko-Faulen sind froh um einen, ihnen auf diese Weise dienenden

Stadtraum,
gleich ums
Eck. Sie
erkennen
ihn in dieser
Eigenschaft
jedoch nicht
als
wertvollen
Stadtraum.
Erleichterung

Sie gewinnen einen Teil von Stadt für sich und verändern ihn

empfinden Passant*innen mit dringenden Bedürfnissen, wenn sie das schützende Gebüsch an der Ecke sehen.

6. Geheimer Treffpunkt: Restraum bietet uneinsehbare Bereiche, die für geheime Treffen zu illegalen Geschäften genutzt werden. Es gibt ungestörte Ecken, in denen Leute, die vielleicht keine Wohnung haben, die vielleicht alkohol- oder drogenabhängig sind, gemeinsam Zeit verbringen und aus dem Hintergrund ihr Umfeld beobachten können. Und es gibt coole Orte, die durch ihre Atmosphäre, aber auch durch ihre Entrücktheit vom regulären städtischen Leben, Jugendliche anziehen. Diese sehr soziale Komponente des Restraums verbindet ihn als Raum der Öffentlichkeit mit der Stadt, liefert er doch Öffentlichkeit für jene, die sich im Öffentlichen Raum oft ausgegrenzt fühlen.

7. Analoges Chatroom: Restraum ist ein Ort für den Austausch – für sozialen, für kommerziellen, für materiellen oder für visuellen. Gerade kreative Disziplinen suchen Kontakt. Sie sind auf die Widerspiegelung ihrer Darbietung angewiesen, egal ob sie diese als Wandgemälde, Performance, Lesung oder



Eroberung alte S-Bahnstation Olympia

Konzert anbieten. Sie alle sehen in Restraum die ideale Bühne, die ihrem Werk das richtige Szenenbild stellt. Jugendliche tauschen sich über Dialoge aus, die sie beim täglichen Vorbeigehen an die Wände sprayen.

8. Passage: Für die große Mehrheit ist Restraum lediglich eine Möglichkeit, Wegstrecken abzukürzen. Passant*innen queren die Flächen, um von der einen vertrauten Struktur zur anderen zu wechseln. Sie nehmen diese Passage durch die unwirtliche Umgebung für den Zeitgewinn in Kauf.

9. Juristische Grauzone: Manche Benutzer*innen nehmen nicht in erster Linie die Raumeigenschaften wahr, sondern die Aura, die an ihnen haftet. Sie sehen in Restraum eine Grauzone, in dem Dinge möglich sind, die sich am Rande der Legalität bewegen, hier aber geduldet werden. Für diese Benutzer*innen ist Restraum Möglichkeitsraum für alle möglichen

Tätigkeiten, die sie sonst nirgends in der Stadt ausführen (dürfen). Das trifft auf die Öko-Faulen zu, die sich hier ihrer alten Röhrenfernseher entledigen, auf die Autoschrauber*innen, die sorglos den Ölwechsel machen, und auch auf die Künstler*innen und Jugendlichen, die großflächig Wände bemalen. Hier kommt nicht zuletzt die Planer*innen ins Spiel: Sehen sie Restraum, nehmen sie ihn als Möglichkeitsraum wahr, sehen die Möglichkeit nachzuverdichten und dabei ungewöhnliche Mittel einzusetzen, die nur in einer Grauzone eine Chance haben.

10. Image fürs Image: Obwohl viele den Restraum als Schandflecken, Angstraum oder Schmutzdecke sehen, erkennen einige ihn aber auch als Repräsentationsraum auf Grund der speziellen Optik. Das Bild von Restraum changiert zwischen dem Kontrast des üppigen, undurchdringlichen Grüns und des glatten, harten Betons. Dieses Angebot an räumlicher Szenerie

wird von Branchen, deren Geschäft die Ästhetik und die schönen Dinge sind, gerne als Hintergrund benutzt, da sie vom Gegensatz zehren können. Auch gewisse Szenen (die Graffiti-, die Musik- oder die Skater-Szene) finden in Restraum die Optik, die ihr Image unterstützt.

Das bürgerliche Innenleben

Restraum als Abenteuer Raum, Erweiterungsraum, Zufluchtsraum, Entfaltungsraum: Hierin drückt sich eine beachtliche Palette von heterogenen Ansprüchen der Bewohner*innen an Stadtleben aus. Die bemerkenswerte Fähigkeit von unbestimmtem Stadtraum eine solche Vielfalt an Raumfunktionen übernehmen zu können wird sichtbar. Ein baulicher Rahmen für den Blick in ein Segment des bürgerlichen Innenlebens der Stadt. Die Deutung der Nutzungsarten erlaubt Rückschlüsse auf die gesellschaftliche Grundsituation der Stadt insgesamt. Finden sich nämlich auffallend viele gesellschaftliche Aktivitäten im Restraum wieder, die eigentlich in die öffentlichen Räume der Stadt gehören, so ist nach der Eignung und Qualität des öffentlichen Raumes zu fragen: Ist er dysfunktional gestaltet? Wird er exzessiv kontrolliert? Wird er übertrieben kommerziell definiert? Das Abwandern aus den Haupt- in die Nebenräume der Stadt kann ein Indikator für eine mehr oder weniger große Unzufriedenheit der Bürgerschaft sein.

Es ist am Ambiente im und um den Restraum ablesbar, welches Klima in der Stadt insgesamt herrscht. Was lässt die Stadt im Restraum zu? Ist die Stadt schlicht indifferent oder bewusst liberal? Oder gibt sie sich liberal, versucht aber in Wirklichkeit, unleidige Probleme auf billige Weise im Restraum abzuladen?

Bedürfnisse der Stadtgesellschaft können an diesen ungewöhnlichen Orten abgelesen werden, so das Statement dieses Textes. Er will aber vor allem auf den Verlust aufmerksam machen, der entstehen könnte, falls solche verborgenen Innovations- und Rückzugsräume in der Stadt zerstört würden, entweder weil sie als solche offiziell plakatiert oder, schlimmer noch, den städtischen Pfleger*innen des öffentlichen Raums überantwortet würden. Lust auf Restraum zu machen, ist daher ein Spiel mit dem Feuer: „Niemandland gibt es nicht, wenigstens nicht in einer anständig geplanten Stadt. Niemandland ist ein Produkt der Planung: ohne Planung kein Niemandland. Aber wenn die Planer merken, dass sie Niemandland geplant haben, ist es aus mit dem Niemandland. – Dann wird schon der Name geändert: Es heißt dann ‚dysfunktionale Flächen‘. Aber das kümmert den Schorsch und die

Anne noch nicht; sie ärgern sich erst, wenn die städtischen Equipen das Gebüsch niederbrennen, das Bachufer begradigen, die Wiese periodisch mähen und einen Sitzplatz mit Grill errichten“, beendet Burckhardt seinen Gedanken über Niemandland. Gepflegter Grillplatz. Ein solch transformierter Restraum hätte für Schorsch und Anne seinen Wert verloren. Anne knutscht dann nicht mehr dort und Schorsch zündet seine Rakete lieber woanders.<

Dorothee Rummel
ist Architektin und Stadtplanerin. Sie lebt und arbeitet in München und mag Restraum. Darüber, wie wertvoll er ist, schreibt sie in „Unbestimmte Räume in Städten. Der Wert des Restraums“, KIT Scientific Publishing 2019. Viele Passagen dieses Artikels stammen aus dem Buch.



Chatroom Donnersberger Brücke

*Um den roten Mülleimer liegt im Halbrund ein Schlafsack.
Braunes Haar lugt aus dem Schlafsack hervor. In Kopfhöhe
daneben eine Plastiktüte. Vollgestopft mit Habseligkeiten.*

Gib mir den Rest.

WIR GEBEN DEM MÜLL EINEN KORB.

www.stadtreinigung.hamburg



„Meldeadresse, erstes Schaufenster links“

*„Sonntags kommen Leute mit geschnittenen Broten, und neulich hat mir einer eine Flasche Wein
hingestellt. Da bin ich aufgewacht und die stand einfach da. Ich dachte, es ist Weihnachten.“*



„Aber der Hafen, wenn ich den sehe, dann geben mir die Augen auf.“



Meldeadresse: Erstes Schaufenster links

Die Liebe weg, damit auch die Wohnung und der Job. Jonny berichtet vom zermürbenden Leben auf der Straße. So wie ihm, kann es jedem gehen. Von Sarah McHardy

Um den roten Mülleimer liegt im Halbrund ein Schlafsack. „Gib mir den Rest“, klebt in Schwarz-Weiß auf dem knalligen Rot. Braunes Haar lugt aus dem Schlafsack hervor. In Kopfhöhe daneben eine Plastiktüte. Vollgestopft mit Habseligkeiten.

Der Januar macht alles grau. Die Straßen, die Luft, den Regen. Jonny kauert auf einer Sitzgelegenheit aus Metall und Beton. Die Sitzfläche aus geflochtenen Gittern fassen seitlich zwei Betonquader ein. Das Gitternetz bohrt sich durch die dünne Jeans in die Haut und hinterlässt einen Abdruck. Jonny ist schwach. Sein Oberkörper hat nicht die Kraft, sich aufrecht zu halten. Eine Rückenlehne gibt es nicht.

Im krummen Rücken ein Kaufhaus, im rechten Bein ein nervöses Zucken. Er zieht die abgewetzte Lederjacke enger um die Schultern. Die Lippen schimmern kälteblau.

„Lieber unbequem sitzen, als so liegen“, sagt er und macht eine Kopfbewegung in Richtung Schlafsack. Ein paar Passant*innen hasten ihrer Wege und ins Warme.

Jonny hat keinen Schutzraum. Rissige Hände suchen in den Jackentaschen nach Wärme und finden Tabak. Drehen eine filterlose Zigarette. Zittern.

„Das kommt von der Kälte“.

Das Haar fällt ihm aus, seit er Anfang 20 ist. Mehr als ein paar Millimeter lässt der Haarschneider nicht stehen. Macht er den Rücken grade, kommt er auf stattliche 1,80 Meter. Dunkle Ränder unter Augen und Fingernägeln. Die Kleidung nie ganz passend für den Körper. Für seine Größe zu schmal.

„Meldeadresse, erstes Schaufenster links“, sagt er in breitem bayerischem Dialekt. Der Mann, der aus der Nähe von Ingolstadt stammt, ist vor mehr als fünf Jahren nach Hamburg gekommen.

„Vielleicht hab' ich gedacht, ich kriege hier einen Fuß auf den Boden.“ Jonny erzählt seine Geschichte in kurzen Sätzen. Sie beginnt mit einer Krise und endet vorläufig am ersten Schaufenster links.

Wie er von Ingolstadt nach Nürnberg kam, darüber spricht er nicht. Seine Familienverhältnisse, die Beziehung zu den Eltern, ob es Geschwister gibt, behält er für sich.

„Manches geht niemanden etwas an, weil es privat ist.“

An das Übersehen werden kann er sich nicht gewöhnen

Als er in Nürnberg ankommt, findet er Arbeit auf dem Nürnberger Christkindlmarkt. Eine feste Anstellung und die Arbeit auf dem weltberühmten Weihnachtsmarkt erfüllen ihn mit Freude und Stolz. In den Gassen der Stadt trifft er die Liebe. Zusammen mit seiner Lebensgefährtin richtet er eine gemeinsame Wohnung ein. Der Mietvertrag läuft auf ihren Namen.

„Am Anfang, die ersten Jahre, da war alles gut. Dann kamen der Alkohol und der Streit.“

Jonny's blassblaue Augen liegen tief in ihren Höhlen. In seinem Arbeitsumfeld fühlt er sich zusehends weniger wohl. Der Chef gängelt ihn. Abends mit den Kollegen auf ein paar Bier. Zuhause droht der nächste Kampf. Seine Partnerin wirft ihm vor, zu viel zu trinken.

„Unrecht hat sie nicht gehabt“, sagt er. Rückblickend betrachtet würde er andere Entscheidungen fällen. Damals konnte er nicht anders. Er trinkt, sie schimpft. Schließlich setzt sie ihn vor die Tür, nimmt ihm das Zuhause. Fast zeitgleich verliert er seinen Job.

„Nürnberg ist ein hartes Pflaster.“ Jonny empfindet die Menschen als abgewandt und unfreundlich.

Der Sommer schleicht sich langsam aus der Stadt. Die Nächte werden allmählich unwirtlich kühl. Jonny bekommt Schlafsack und Isomatte von ehrenamtlichen Helfern. Er nimmt sich vor, den Glauben an eine Zukunft nicht zu verlieren. Der Asphalt unter der Isomatte ist klamm. Feuchtigkeit kriecht in den Schlafsack. Die Nächte haben wache Augen. Die Erschöpfung schlägt der Hoffnung eine blutige Nase.

Abschätziges Blicke kassiert er viele, aber nur wenige Cent in dem Becher zu seinen Füßen.

Das Betteln fällt schwer. An das Übersehen werden kann er sich nicht gewöhnen.

Die Verachtung erträgt er. Die Missachtung hält er nicht aus.

„Einen wie mich darf's nicht geben, weil's jeden treffen kann, verstehst'e? Deshalb gucken die weg. Der Mensch ist ein soziales Wesen. Nur einer wie ich darf das nicht sein.“

Zweckgemeinschaften abseits der Bürgerlichkeit. Gebildet, um Isolation und Einsamkeit zu entkommen. Die Verlässlichkeit notgedrungen und zerbrechlich.

„Wir passen aufeinander auf. Wenn einer einen Euro kriegt, dann teilen wir den. Da hat jeder ein

Auge auf den Anderen. Ich hab' nichts mehr als das, was da ist.“

Mal sind sie zu dritt, mal nur zu zweit auf der „Platte“.

Die Männer, mit denen er Schlafstelle und Zigaretten teilt, wechseln.

Ihm fehlt der Austausch über den belanglosen Alltag.

Eine Isomatte, ein paar Klamotten, ein Schlafsack. Jonny nennt es seinen Hausrat. Passt in einen Wanderucksack.

Jonny bemüht sich um Gelegenheitsjobs.

Der gelernte Metzger bietet sich als Putzhilfe und Zeitungsausträger an. Er scheitert an der Meldeadresse oder seiner Erscheinung.

„Heruntergekommen“, fühlt er sich.

Schließlich finden seine Tage einen eigenen Rhythmus. Zwischen Kälte und Alkohol.

„Du wirst abgeurteilt. Die Leute interessiert das Wieso und Warum nicht. Aber sie sollten mal nachfragen. Das wünsch' ich mir.“

Ihm fehlt der Austausch

Hamburg begeistert ihn

Er will sich nicht aufgeben. Drückt das Kreuz durch.
Die Lösung liegt auf der Straße einer anderen Stadt.
Jonny nimmt Anlauf und sich mit.

Kurz vor der Abfahrt springt er in einen Zug nach
Hamburg.

Die Angst vor Entdeckung – er versteckt sich auf der
Zugtoilette. Ohne Fahrkarte steht er an vielen Bahn-
höfen auf dem Weg in den Norden. Schnorrt sich ein
paar Euro
Reisegeld und
manchmal
eine Packung
Zigaretten.
Das Ziel
verliert er
nicht aus den Augen. Katzenwäsche an niedrig
hängenden Waschbecken. Viel Zeit verbringt er
gebeugt an einem Handtrockner, bis die Nässe aus
dem Gewebe der Socken entwichen ist. Aufwärmen in
einem Schnellrestaurant.

„Der Kaffee ist billig und wenn du den Kopf nicht auf
die Tischplatte legst, lassen sie dich manchmal ein
paar Minuten schlafen.“

Hamburg begeistert ihn. Viele Menschen sind hilfs-
bereiter als in Nürnberg.

„Sonntags kommen Leute mit geschmierten Broten,
und neulich hat mir einer eine Flasche Wein
hingestellt. Da bin ich aufgewacht und die stand
einfach da. Ich dachte, es ist Weihnachten.“

Er sucht und findet einen Platz im ungeschützten
Raum – unterhalb des Schaufensters in der Fußgänger-
zone.

„Die Nächte sind diebisch.“

Zur Ruhe kommt er kaum. Wo tagsüber das Leben
herrscht, macht sich mit der Dunkelheit die Gefahr auf
dem schlecht beleuchteten Gehsteig breit. Ran-
dalierende Jugendliche treten im Vorbeigehen nach
ihm. Der Versuch, seinen Kopf zu treffen, scheitert
knapp. Sein Körper verschmilzt mit den Klinkersteinen
der Fassade. Lebensnotwendige Unsichtbarkeit.

Geschäftsleute feiern einen Abschluss. Jonny spürt
warme Feuchtigkeit durch den Schlafsack sickern. Der
Mann im Anzug schließt den Reißverschluss. Die

Hosenträger und die Kumpel schnalzen. Nachts ist der
öffentliche Raum ein Pissoir.

„Der Penner war im Weg.“ Die Gruppe schüttet sich
aus vor Lachen.

Den zwecklosen Gang zur nächsten Polizeidienststelle
spart er sich. Die Erfahrung lässt ihn hilflos zurück.

„Aber der Hafen, wenn ich den sehe, dann gehen mir
die Augen auf.“ Die Schönheit der Landungsbrücken,
die beleuchteten Kräne in der Dämmerung – daran
kann sich der
Bayer nicht
satt sehen.

Die Nächte sind diebisch

In einer
Tagesaufen-
thaltsstätte
hört er davon, dass auch die Stadt Hamburg Notun-
terkünfte im Rahmen des sogenannten Kälteschutzes
anbietet. Von Anfang November bis Ende März. Zu
festgelegten Uhrzeiten. Abends rein, morgens raus. Die
Regeln, die Mehrbettzimmer, die Fremdbestimmung
stören ihn. Strengstes Alkoholverbot trifft wechselnde
Belegung der Betten und Zimmer.

„Die schieben dich rum wie eine Schachfigur.“

Sehnsucht nach Ruhe

Nächte im Negativbereich. Minusgrade. Er versucht,
sich in der Großunterkunft zu akklimatisieren. Lärm
rauscht durch die Gänge. Streit und Geschrei. Aus der
Jackentasche seines Zimmergenossen blitzt ein Messer.
Waffen sind nicht gestattet. Der Sicherheitsdienst am
Eingang hat seine Wodkaflasche einkassiert.

Er wählt das falsche von 400 Betten. Die Faust trifft ihn
unvermittelt in die Magengrube. Gewalt und Diebstahl.

Jonny trifft eine Entscheidung. Er bleibt draußen;
sommers wie winters.

Die Sehnsucht nach Ruhe treibt ihn tagsüber kilome-
terweit durch die Stadt.

Der April bringt frühe Wärme und sanfte Farben.
Gelbe Narzissen, erste zartrosa Kirschblüten. Das
„erste Schaufenster links“ ist leer; Jonny im Strom der
Stadt scheinbar verschwunden.

In einem anderen Viertel taucht er wieder auf. Weit
von der Innenstadt entfernt. Er ist gelaufen. Gemein-

sam mit einem Verbündeten. Geld für die Bahn haben sie nicht übrig. Zu oft ohne gültigen Fahrausweis erwischt werden, kann Haft bedeuten.

„Wir wollten mal Urlaub machen, von der Innenstadt. Mal was anderes sehen.“

In sein Lachen mischt sich trockener Husten. Die „Platte“ vor dem Kaufhaus wurde geräumt. Die Saison beginnt, Hamburg erwartet die ersten Touristen. Das sichtbare Elend ist im Weg.

Jonny hat seinen Hausrat gerettet. Andere haben nicht so viel Glück.

Auf behördliche Anordnung wandern Habseligkeiten und die Reste eines Lebens auf die Mülldeponie.

Seine Tage sind lang. Jonny weiß, wo er in der Stadt ein warmes Mittagessen bekommt, welche Einrichtung er aufsuchen muss, um seine Wäsche zu waschen. Die neue Schlafstelle liegt in einem Park. Eine Gruppe Halbwüchsiger hat ihm den Rucksack geklaut.

„Abgezockt haben sie mich. Einen wie mich abzocken, das ist das Letzte!“

Statt des Wanderrucksacks trägt er jetzt eine Sporttasche. Neue alte Kleidung gibt es in einer Kleiderkammer. Die Hose ist zu weit, der Gürtel braucht zwei Löcher mehr. Die Straße frisst seine Statur.

Das Viertel ist weniger belebt als die Fußgängerzone. Münzgeld klimpert kaum in seiner Hosentasche. Kein Mülleimer, den er nicht bis auf den Grund untersucht. Pfand ist wertvoll und zahlt in ausreichender Menge den Kaffee im Schnellrestaurant oder das Bier aus dem Kiosk. Sein Alltag lässt ihm wenig Zeit, von einer Zukunft zu träumen. Die Beschaffung von Nahrung und Kleidung, der Weg zu einer der Einrichtungen mit Dusche und Waschmaschine, die Suche nach einer Schlafgelegenheit, die einen Rest Privatsphäre verspricht, füllen seine Stunden.

Die Wangen eingefallen. Die Haut unter den Augen liegt in rissigen Falten.

„Das kommt von der Sonne.“

Der Sommer brennt die erste Hitzewelle des Jahres in den Asphalt. Jonnys Kopfhaut schlägt Blasen. Er zieht dem Schatten der Bäume hinterher.

Über Jonnys linkem Auge verkrustet eine Platzwunde.

Die Hose ist auf Höhe der Knie rostrot gefärbt.

„Ach, Bordsteinkante verpasst“, winkt er ab. Er ist erschöpft.

In ein Krankenhaus hat er sich nicht getraut.

„Nicht wartezimmerauglich“, fühlt er sich. Seit Tagen keine Möglichkeit zu duschen. Die Wärme tut ein Übriges.

Jonny flickt seine Wunden nach Möglichkeit selbst. Die körperlichen wie die seelischen. Er möchte niemandem zur Last fallen, keinen belästigen.

Glücklich ist er nicht.

„Zufrieden, vielleicht.“

Das System verweigert ihm die Hilfe nicht aktiv. Es bietet sie ihm nur nicht passend an. Jonny weiß, dass er Anspruch auf Unterstützung hat. Vor den Anspruch hat der Staat Bedingungen und Formulare gesetzt. Die Spalten und Kästchen überfordern seinen strapazierten Geist. Die Bedingungen entmündigen ihn. Er soll beweisen, dass er Wohnraum verdient. Mit Wohnraum verantwortlich umgehen kann.

„Ich bin doch kein Kleinkind, dem man sagen kann ‚du musst jetzt das oder das machen.‘“

Die Frustration sitzt tief und hält den Vertrauensverlust bei der Hand.

An manchen Tagen nimmt er noch einmal Anlauf und sich abermals mit. Jonny scheitert immer wieder. Er lebt dieses Leben seit 15 Jahren.

„Irgendwo bin ich im Leben falsch abgebogen. Ich weiß gar nicht, ob ich noch mal eine Wohnung will. Aber ich hab‘ die Hoffnung nicht aufgegeben, dass ich wieder auf die Füße komme. Die Hoffnung stirbt zum Schluss. Aber sie stirbt.“<

Jonny hat die Autorin im Rahmen ihrer ehrenamtlichen Arbeit für den Verein „Wooligans – gemeinsam sträkeln für eine warme Gesellschaft e.V.“ kennengelernt. Zuletzt hat sie Jonny in einer Einrichtung für kranke obdachlose Menschen gesehen, in der er behandelt wurde. Gerücheweise heißt es, er habe einen Platz in einer Einrichtung bekommen, Das ließ sich nicht abschließend verifizieren.



Sarah McHardy
gründet 2017 die Initiative „Wooligans – gemeinsam sträkeln für eine warme Gesellschaft e.V.“ und wird 1. Vorsitzende. Seit 25 Jahren liegt der Schwerpunkt ihres sozialen Engagements im Umgang mit Obdachlosigkeit.

Vom Wohntraum und fehlendem Wohnraum

„Bitte bleiben Sie, wenn immer möglich, zu Hause, an Ihrem Wohnort“, mahnte die Bundeskanzlerin Angela Merkel Mitte Oktober 2020 in ihrem Video-Podcast anlässlich der steigenden Corona-Infektionszahlen. Doch wie zuhause bleiben und sich und die anderen schützen, wenn man kein Zuhause, keinen privaten Wohnraum hat? Für Menschen, die in beengten Wohnverhältnissen oder in Not- und Gemeinschaftsunterkünften leben, bedeutet die Corona-Pandemie eine enorme Herausforderung, die schon unter regulären Bedingungen schwer zu bewältigen ist. Ein Bericht von Corinna Höckesfeld.

Seit dem Frühjahr 2020 spitzt sich die Wohn- und Unterbringungssituation für Menschen, die sich schon bis dato in prekären Lebenslagen befanden, mit jedem weiteren Lockdown-Tag immer weiter zu. Wie lernen und online am Deutschunterricht teilnehmen, wenn Wohn- und Esszimmer zugleich Schlaf- und Kinderzimmer sind und man sich dieses all-in-one-Zimmer mit vier Weiteren teilt?

Mehr denn je zeigt sich gerade in Zeiten von Home-schooling und stay-at-home-Geboten wie wichtig privater Wohnraum ist, da sich räumliche Enge, mangelnde Privatsphäre oder fehlende Lern- und Rückzugsräume nicht nur auf den Gesundheitszustand negativ auswirken. Auch Lern- und Schulerfolge wie ganz allgemein die Möglichkeit gesellschaftlicher Teilhabe leiden darunter.

Integration beginnt mit einem Zuhause

Wohnen ist nicht nur ein Grundbedürfnis und in Artikel 11 des Internationalen Pakts über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte als Menschenrecht deklariert. Die Wohn- und Unterbringungssituation wirkt sich auch entscheidend auf den Integrationsprozess und den Alltag von Geflüchteten aus. Dass die Unterkunft für viele Geflüchtete über Jahre hinweg zu einer Ersatzwohnung wird, stellte schon vor Corona gerade vulnerable Gruppen, wie Opfer von psychischer und physischer Gewalt, Menschen mit Behinderung, aber auch Familien und Alleinerziehende vor erhebliche Schwierigkeiten. Kontaktbeschränkungen und Quarantänemaßnahmen kommen nun erschwerend hinzu.

Etwa die Hälfte der Geflüchteten, die derzeit noch in staatlichen oder kommunalen Unterkünften leben, dürfte eigentlich privaten Wohnraum beziehen. Angesichts des angespannten Wohnungsmarktes und einer Reihe bürokratischer und struktureller Hürden rückte dieser Schritt aber schon vor der Pandemie oftmals in weite Ferne und bleibt für viele auch in diesen Krisenzeiten mehr nur ein Wunschtraum.

Mietenwahnsinn trotz(t) Corona

Gerade hinsichtlich des Zugangs zu privatem Wohnraum wirkt Corona wie ein „Kontrastmittel“, das „sichtbar macht, was in unseren Gesellschaften fehlt, was wir fahrlässig geschwächt haben, welche Ungleichheiten toleriert [...]“ werden, schreibt die Autorin Carolin Emcke Ende März 2020 in ihrem Corona-Tagebuch in der *Süddeutschen Zeitung*. So fehlt es längst nicht mehr nur in Ballungszentren an bezahlbarem Wohnraum. Auch in ländlicheren Räumen steigen die Miet- und Immobilienpreise immer weiter an. Selbst im

Krisenjahr ist keine Entspannung auf dem Wohnungsmarkt zu verzeichnen und die Mietpreise sind vielerorts sogar noch weiter explodiert. Seit 2014 hat Augsburg neben

Das Recht auf Wohnen ist oft nur noch theoretisch vorhanden

München in Bayern den höchsten Preisanstieg zu verzeichnen. Die durchschnittliche Nettokaltmiete pro Quadratmeter liegt in der drittgrößten Stadt in Bayern damit knapp 3,47 Euro über dem bundesweiten Durchschnitt, während gleichzeitig das zur Verfügung stehende Einkommen rund 16 Prozent unter dem bayerischen Schnitt liegt. Das Recht auf Wohnen ist somit oft nur noch theoretisch vorhanden. Für viele Geflüchtete ist die Lage sogar noch prekärer und die Wohnungssuche endet sogar schon am Telefon. Erfahrungen aus Projekten zur Vermittlung von Wohnraum für Migrantinnen und Migranten haben gezeigt, dass diese neben strukturellen Hürden häufig mit Ängsten und Vorbehalten der Vermieter*innen konfrontiert und deswegen vom Konkurrenzkampf um bezahlbaren Wohnraum besonders stark betroffen sind. Fehlendes Systemwissen über Behördenabläufe oder Worthülsen wie ZKB und Bruttokaltmiete, komplexe Anträge sowie mangelnde Sozialkontakte kommen zudem erschwerend hinzu, sodass Geflüchtete bei der Wohnungssuche oft am Ende aller Interessenten stehen.

Ohne Unterstützung wird es schwer

Viele Vermieter*innen haben Vorbehalte gegenüber Geflüchteten. Das Engagement und die Unterstützung von Haupt- und Ehrenamtlichen stellen daher eine wichtige und notwendige Stütze dar und können helfen, zwischen Ämtern, Vermieter*innen und

Corinna Höckesfeld
arbeitet als Integrationslotsin bei der Tür an Tür-Integrationsprojekte gGmbH im Wohnprojekt Augsburg und beschäftigt sich auch wissenschaftlich am Lehrstuhl für ethnologie/Volkswissenschaften der Uni Augsburg mit dem Thema Wohnen und Unterbringung von Geflüchteten.

Wohnungssuchenden zu vermitteln. In Augsburg schlossen sich daher Mitarbeiter*innen der Diakonie und von *Tür an Tür* 2017 zum *Wohnprojekt Augsburg* zusammen, um Geflüchtete bei der Wohnungssuche zu unterstützen. Angepasst an die individuellen Bedürfnisse der Geflüchteten, die auf Wohnungssuche sind, haben sie ein mehrstufiges Konzept entwickelt, das unterschiedliche Beratungs-, Schulungs- und Informationsangebote sowohl für Geflüchtete wie auch für Haupt- und Ehrenamtliche und Vermieter*innen anbietet. Sie bilden damit eine Schnittstelle zwischen Wohnungssuchenden, Unterstützenden sowie Wohnungsanbieter*innen, mit dem Ziel, eine gleichberechtigte Teilhabe und selbstständige Orientierung von Geflüchteten auf dem Wohnungsmarkt zu fördern. Da vielen Geflüchteten das Wissen fehlt, wie und wo sie eine Wohnung suchen können, werden im Rahmen von sogenannten Mietkursen oder persönlichen Beratungsgesprächen wichtige Tipps und Informationen zur Wohnungssuche und zu den Rechten und Pflichten als Mieter*in vermittelt. Ehrenamtliche begleiten und unterstützen zusätzlich bei der Recherche im Internet oder gehen mit zu Besichtigungsterminen.

Mit den Covid-19-Maßnahmen verlagerten sich Beratungs- und Unterstützungsangebote. Die Arbeit des Wohnprojekts musste von einem Tag auf den anderen in virtuelle Räume verlegt oder zum Teil vorerst ganz ausgesetzt werden. Gerade die Tatsache, dass die Türen von Ämtern und Behörden von heute auf morgen für den Besucherverkehr geschlossen wurden und Anträge und Formulare nur noch telefonisch oder digital ausgefüllt werden konnten, stellte viele Geflüchtete auch im Bereich der Wohnungssuche vor große Herausforderungen. Nicht nur, weil Geflüchtete oftmals nicht über die nötigen sprachlichen oder digitalen Fähigkeiten verfügen. Häufig scheitert es auch schon an der technischen Ausstattung oder der nötigen Medienkompetenz, um ein Formular online auszufüllen oder einen Termin digital vereinbaren zu können. Durch die räumliche und persönliche Distanzierung sind die Aufgaben weitaus komplizierter und zeitaufwendiger geworden.

Corona wirkt wie ein Brennglas

War die Wohnungssuche schon vor Corona nicht einfach, hat Corona viele Herausforderungen noch verstärkt und wirkt dabei wie ein Brennglas, das schon bestehende Missstände und Ungleichheiten sichtbar macht und verschärft. Deutlich wird auch, wie wichtig das Thema Medienkompetenz für eine gleichberechtigte Teilhabe von Geflüchteten ist. Da

vielen Geflüchteten das Wissen, wie sie einen Computer oder einen E-Mail-Account bedienen sollen, bislang fehlt, bräuhete es entsprechende Computerkurse oder persönliche Unterstützungsangebote, die ihnen nicht nur bei der Wohnungssuche helfen, sondern wichtige Voraussetzung für eine immer weiter digitalisierte Alltagswelt darstellen.

Denn wie schon Stephan Dünwald in der letzten Hinterland-Ausgabe in seinem Artikel *Ausgangssperre* verdeutlichte, macht das Virus in der Tat nicht alle gleich und werden gerade bei der Wohnungssuche wiederum die benachteiligt, die es schon vor der Pandemie auf dem Wohnungsmarkt nicht leicht hatten und von Mehrfachdiskriminierungen betroffen sind.

Selbstbestimmtes Wohnen statt fremdbestimmter Unterbringung

Das Recht auf Wohnen darf daher längst nicht mehr nur theoretisch vorhanden sein, sondern muss endlich auch in Form von politischen Maßnahmen und Handlungen alltäglich gelebte Realität werden. Ansätze und Projekte wie die des *Wohnprojekts Augsburg* können hier ein wichtiger Baustein sein, um Vorurteile und Diskriminierungen abzubauen und Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten. All diese Angebote und Unterstützungsstrukturen aber helfen nichts, wenn Mietobjekte immer mehr zur Spekulationsware und bezahlbare Wohnungen immer weniger werden. Neben der Schaffung und Sicherung von bezahlbarem und sozial verträglichem Wohnraum könnten erste Schritte schon in der Einführung eines mehrstufigen Unterbringungskonzepts samt Mindeststandards sein. Etwa solche, wie sie das Bayerische Staatsministerium 2010 aufgestellt hat und die nebst der Vorhaltung von Lern- und Sozialräumen zumindest sieben Quadratmeter pro Person vorsahen, sodass auch eine kurzfristige oder befristete Unterbringung in einer Sammelunterkunft dem Leben in Wohnungen nahekommt. Denn feststeht: Wohnen ist nicht nur ein Grundbedürfnis, das nicht nur in Pandemiezeiten Sicherheit, Schutz und Geborgenheit bietet. Gerade für Menschen, die ihre Heimat aufgrund von Krieg und Verfolgung verlassen mussten, ist der Umzug in die eigene Wohnung wieder ein wichtiger Schritt in Richtung Normalität.<





„Man leiht sich gegenseitig den Rasenmäher aus“

Seit dem Spätsommer 2015 wurden in Markt Schwaben bis zu 340 geflüchtete Menschen untergebracht und vom eigens dafür gegründeten *Aktivkreis Flüchtlinge* betreut. Aus dem losen Zusammenschluss Freiwilliger gründete sich später ein eigenständiger Verein mit gemeinnützigem Anspruch: *Seite an Seite e.V. – Wegbegleitung für Flüchtlinge*. Der Verein sieht menschenwürdiges Wohnen als eines der Schlüsselkriterien in der Unterstützung Geflüchteter. In Markt Schwaben wohnten viele Geflüchtete monatelang in einer Turnhalle oder in Containern zwischen Bauhof und Feuerwehr – einige aber auch in einer gemeindeeigenen Wohnung. Nach und nach wurden die Unterkünfte aufgelöst und die dort untergebrachten Menschen in Oberbayern verteilt. Die Wohngemeinschaft in der gemeindeeigenen Wohnung aber besteht weiter und wird inzwischen durch *Seite an Seite* unterstützt. Tobias Vorburg, einer der Vorstände, stellt hier den Verein und das Wohnprojekt vor. Das Interview führte Hedwig Fuß.

Bitte stelle doch euren Verein *Seite an Seite* kurz vor.

Seite an Seite ist aus einem Helferkreis entstanden. Ein Kollege und ich haben ihn 2015 initiiert. Wir waren ein klassischer Helferkreis, der überwiegend vor Ort gewirkt hat.

Wir hatten dann die Situation, dass bei uns die Notunterkünfte aufgelöst und die Menschen bayernweit verteilt wurden. Mit vielen dieser Menschen sind wir diesen Weg mitgegangen. Unser Kontaktkreis wurde dadurch größer. Wir sind dann sehr schnell überregional tätig geworden, vor allem in der Einzelfallhilfe. Wir haben dann beschlossen aus dem lockeren Bündnis *Aktivkreis*

Flüchtlinge rauszugehen und gründeten einen völlig unabhängigen e.V.: *Seite an Seite*. Ziel war auch, als e.V. eine juristische Person zu sein. Damit konnten wir Mietverträge – zum Beispiel für das von uns betreute Wohnprojekt – abschließen, was uns als lockeres Bündnis nicht möglich gewesen wäre.

Was sind die Schwerpunkte und Ziele des Vereins?

Aktuell verfolgen wir drei Schwerpunkte: Zum einen die Einzelfallarbeit. Wir sind damit in ganz Bayern tätig, die nördlichste Klientin ist in Lichtenfels, die südlichste in Passau. In diesem Punkt unterscheiden wir uns nicht sehr vom *Bayerischen Flüchtlingsrat*. Wir

werden auf Fälle aufmerksam gemacht, nehmen diese an, versuchen, sie rechtlich in eine gute Bahn zu bringen und die Menschen auch psychosozial zu begleiten.

Bezogen auf den Landkreis Ebersberg machen wir sehr viel politische Arbeit in Bezug auf Asyl und Flucht. Das ist unser zweiter Schwerpunkt. Und drittens haben wir ein Wohnprojekt: ein Reihenhauses als Wohnmöglichkeit für Geflüchtete. Dieses Haus gab es schon vor der Gründung von *Seite an Seite*. Von vornherein aber war das Ziel, dass der Verein *Seite an Seite* dieses Haus als Hauptmieter übernehmen wird, mit den Bewohner*innen als Untermieter.

Die Gemeinde Markt Schwaben hat euch als Helfer*innen für Geflüchtete die Möglichkeit gegeben, ein Wohnprojekt zu verwalten? Das ist keine selbstverständliche Entscheidung für eine Gemeinde. Wie konntet ihr das erreichen?

Markt Schwaben ist ein sehr offener und pluraler Ort. In Markt Schwaben leben seit Jahrzehnten über 70 Nationen zusammen, Einwanderung gehört zu unserem Ortsbild dazu. Ich erinnere mich, dass es bereits in meiner Schulzeit selbstverständlich war, dass Ausländer*innen in der Schule integriert waren. Markt Schwaben ist historisch ein Ort, der sehr bunt ist – und das macht sich auch im politischen Klima bemerkbar. Wir haben bereits seit 2015, als bekannt wurde, dass Geflüchtete nach Markt Schwaben kommen, ein sehr gutes Verhältnis zur Gemeinde. Wir arbeiten eng zusammen. Die Gemeinde unterstützt uns mit wichtigen Ressourcen, zum Beispiel mit Räumlichkeiten, wo wir ein Büro einrichten konnten und unsere Beratungsgespräche durchführen können. Und mit unserem Wohnprojekt. Das Haus musste ja erst über die Gemeinde angemietet werden. Es gab zu dieser Anmietung auch einen Gemeinderatsbeschluss. Es wurde dann an uns übergeben. Wir haben Hand in Hand gearbeitet. Auch nach den letzten Kommunalwahlen, mit einem komplett neu zusammengesetzten Gemeinderat klappt die Zusammenarbeit immer noch sehr gut.

Welche Partei stellt die Mehrheit im Gemeinderat aktuell?

Jetzt die CSU und die Zusammenarbeit trotzdem.

In Markt Schwaben wurde ein Reihenhaus angemietet, statt eine Unterbringung in einem Lager zu

fordern, wie in den meisten Gemeinden üblich. Wie kam es dazu?

Ein Reihenhaus bedeutet ein Stück weit Normalität. Der Hausverwalter selbst kam auf mich zu, ob wir Interesse hätten, das Haus anzumieten. Der Vermieter wollte aber nicht an die Bewohner*innen direkt Mietverträge vergeben, sondern an eine Zwischeninstanz. Das Reihenhaus hat den Vorteil, dass alle Bewohner*innen ihr eigenes Zimmer haben. Die Menschen können ein Stück Normalität erfahren. Viele lebten lange Zeit in Camps oder Notunterkünften, hier hat jeder seinen Rückzugsraum, seinen geschützten Bereich und auch die Möglichkeit, seine ganz persönlichen Ziele wieder zu verfolgen, wie Schulbildung oder Arbeitssuche – und dafür auch die Ruhe. Die Menschen können sich wieder stabilisieren.

Beschreibe doch die konkrete Wohn- und Lebenssituation der Bewohner*innen.

Das Haus hat 160 Quadratmeter. Es gibt einen Gemeinschaftsbereich, eine Gemeinschaftsküche, einen großen Garten und Einzelzimmer für alle Bewohner*innen. Es finden häufig Gemeinschaftsaktionen statt. Es ist nicht nur eine Zweck-WG, sondern hier sind auch Freunde untergebracht, die ihren Alltag gemeinsam gestalten. Besuch ist herzlich willkommen. Wir freuen uns sehr, wenn das Haus voll ist und traditionelle Feste gefeiert werden. Sowohl unsere Feste als auch Feste aus deren Kultur. Wir feiern gemeinsam.

Wer bewohnt das Haus? Stelle uns doch kurz die Bewohner*innen vor?

Aktuell wohnen dort fünf Erwachsene und zwei kleine Kinder. Drei

Männer, zwei Frauen, ein dreijähriges Mädchen und ein einjähriger Junge. Der älteste Bewohner ist Mitte 40 und wohnt bereits seit 2017 im Haus, die weiteren Mitbewohner*innen sind Mitte 20. Die Situation der Menschen ist sehr unterschiedlich. Die Mitbewohnerin, die jüngst eingezogen ist, musste in den unterschiedlichsten Unterkünften leben, wurde immer wieder umverteilt, musste immer wieder ihren Wohnort wechseln. Sie war psychisch sehr belastet. Durch ihre neue Wohnsituation kann sie endlich an einem Ort ankommen und wirkt immer lebensfroher.

Wie wurden die Bewohner*innen des Hauses auf euer Angebot aufmerksam?

Wir haben ja, wie gesagt, bereits vor diesem Projekt einen engen Kreis von Geflüchteten oft jahrelang begleitet. Als wir das Hausangebot erhielten, haben wir in diesem Kreis nachgefragt, ob es Interesse an dem Projekt gibt, mit uns einen Mietvertrag abzuschließen. Es handelt sich um eine Gruppe von Menschen, die sich lange kannten und sie hatte Interesse an einem Einzug. Vier von den Erstmieter*innen sind bereits wieder ausgezogen. Alle von ihnen haben den Schulabschluss gemacht und sind inzwischen in Ausbildung. Jetzt wird das Haus bereits von der quasi zweiten Generation bewohnt. Aber auch unter den jetzigen Bewohner*innen gibt es einen starken Zusammenhalt.

Kommen auch die jetzigen Mieter*innen aus der Gegend von Markt Schwaben?

Nein eigentlich nicht. Eine Bewohnerin kam aus Mühlendorf, eine aus Erding und einer aus München.

Aber ich möchte die Frage gerne wiederholen, wie erfahren die Menschen dann von eurem Projekt? Wie werden die Bewohner*innen ausgewählt?

Wenn ein Platz frei wird, entscheiden wir im Kollektiv, wer diesen Platz bekommen soll. Eine Entscheidung, die weder alleine von den Bewohner*innen noch allein vom Verein getroffen wird. Es werden dann gezielt Leute angesprochen, die Interesse an einem Zimmer haben könnten. Auch der Verein machte gezielte Vorschläge: Die letzte Bewohnerin, die eingezogen ist, war dem Verein bekannt, wir kannten ihre prekäre Situation und ihre große psychische Belastung und haben sie als Mitbewohnerin vorgeschlagen. Die Bewohner*innen waren damit einverstanden und auch bereit, sie in ihrer Situation zu unterstützen und in die Gemeinschaft aufzunehmen. Auch dies ist nicht immer einfach, wenn sich jemand in einer solch schwierigen Situation befindet. Das kann die Dynamik einer Gruppe stark beeinflussen. Es gab ein gemeinsames Kennenlernen und die Bewohner*innen haben sich dafür ausgesprochen, dass die Frau einziehen konnte.

Die Bewohner*innen haben also auch immer ein Vetorecht?

Immer. Wir sind nicht Teil des Landratsamtes oder der Regierung, die vorgeben, wie es läuft. Wir sind ein partizipatives Projekt, wir wollen die Menschen in ihrer Selbständigkeit fördern. Das bedeutet, dass wir nicht über die Menschen entscheiden, sondern gemeinsam mit ihnen.

Sind auch Bewohner*innen oder ehemalige Bewohner*innen im Verein Seite an Seite aktiv?

Ja und Nein – nicht als Mitglied. Wir arbeiten ja mit den Bewohner*innen und haben auch ein entsprechend professionelles Verhältnis. Es wäre quer, wenn die Bewohner*innen dann Mitglieder wären und wir uns plötzlich auf kollegialer Ebene begegnen würden. Das wäre eine komische Situation auf beiden Seiten. Allerdings gestalten wir sehr viel gemeinsam mit den Bewohner*innen, zum Beispiel regelmäßig einen Stand auf dem Markt in Markt Schwaben. Wir verkaufen Kuchen, da sind die Bewohner*innen mit dabei. Das Geld, das eingenommen wird, wird auch zur Finanzierung des Wohnprojekts verwendet. Aber ein organisiertes Mitarbeiten im Verein, wäre in dieser Rolle auch schwierig.

Warum nehmt ihr in das Haus nur Menschen auf, die aus den gleichen Herkunftsstaaten stammen?

Es handelte sich ja anfangs um eine feste Gruppe, die alle aus dem gleichen Herkunftsland kamen: aus Eritrea. Es stand auch nie zur Debatte, dass Menschen aus einem anderen Land einziehen möchten beziehungsweise dürften. Es wurde von den Bewohner*innen auch immer klar geäußert, dass es Bewohner*innen gleicher Nationalität bleiben sollen. Wir werden von unserer Seite aus nicht versuchen, dies zu ändern. Wenn sich aber die Bewohner*innen entscheiden würden jemand aus einem anderen Herkunftsland aufzunehmen, würden wir dies mittragen.

Es ist keine feste Regel, dass nur Menschen ein und derselben Nation dort wohnen können. Aber es ist auch der Wunsch der Bewohner*innen. Kultur hat ja viel mit Identität zu tun. Unser Wohnprojekt ist auch ein Raum, wo deren Kultur und Identität gelebt werden kann. Man kann landestypische Feste feiern, man kann

landestypisch kochen, man kann sich in der Muttersprache unterhalten. Wir interpretieren Integration nicht als eins-zu-eins Anpassung an unsere Lebensformen. Die Bewohner*innen sollen einen Raum haben, wo sie ihre Kultur leben dürfen, ihre Identität entfalten können ohne ihre Herkunft zu leugnen. Das ist für uns auch der Vorteil, wenn nur eine Nationalität das Haus bewohnt.

Die Mitarbeit der Bewohner*innen im Verein siehst du als schwierig, weil der Verein auch ein professionelles Verhältnis zu den Bewohner*innen einnimmt. Wie sieht dieses Verhältnis aus, welche Unterstützung erhalten die Bewohner*innen durch euch?

Die meisten, die bei uns im Verein mitarbeiten, sind auch Fachkräfte oder werdende Fachkräfte. Das hat auch Auswirkung auf die Arbeit mit den Bewohner*innen. Es gibt also ein Professionsverständnis des Hilfesuchenden und des Hilfegebenden. So ein Verhältnis kann man sehr ungleich gestalten aber auch sehr gleich gestalten. Nach unserem Professionsverständnis versuchen wir, dies sehr gleich zu gestalten. Infolgedessen bestimmen die Menschen selbst, welche Form der Unterstützung sie von uns erhalten wollen. Es gibt eine freie Entscheidung uns zu kontaktieren. Es kann sich dabei um rechtliche Probleme handeln, um psychosoziale Schwierigkeiten. Wir sind ansprechbar, aber es gibt keinen Zwangskontext. Wir haben das Verständnis, der Mensch ist Experte über sich selbst. Er weiß selbst am besten, was ihm guttut, was er braucht. Wir beraten dann sehr individuell, wie wir das Problem angehen oder eventuell weiterverweisen müssen.

Ist es nicht ein Widerspruch, auf Augenhöhe miteinander arbeiten zu wollen, aber ein Professionsverständnis zu verfolgen, das in Hilfesuchende und Hilfegebende differenziert?

Ich sehe darin keinen Widerspruch. Ein professionelles Arbeiten auf Augenhöhe gelingt dann, wenn derjenige, der Machtquellen – wie beispielsweise Wissen – hat, sein Gegenüber mit dieser Macht ausstattet und ihm so Handlungsfähigkeit gibt. Der Mensch kann dann Entscheidungen, die ihn selbst betreffen, freiwillig und selbstbestimmt treffen. Den Bewohner*innen ist es selbst überlassen, unsere Begleitung in Anspruch zu nehmen. Den Umfang und die Form des Unterstützungsprozesses geben wir nicht vor, der wird gemeinsam geklärt.

Möglicherweise siehst du hier die Gefahr eines Ungleichgewichtes. Das ist richtig, der Grad zur Übergriffigkeit ist in der Praxis oftmals schmal. Hier kommt es aber vor allem auf die Haltung der Hilfegebenden – also uns – an.

Wie wird das Projekt in Markt Schwaben diskutiert?

Das Projekt wird von den Menschen in Markt Schwaben kaum kommentiert. Wir wollen auch keine Diskussion darüber anfeuern, es soll ein Stück Normalität sein. Es gibt ein Haus, da wohnen Menschen. Und Ende. Da muss man nicht diskutieren, wohnen da jetzt Geflüchtete oder Einheimische. Es wohnen da einfach fünf Leute.

Wie ist der Kontakt zur direkten Nachbarschaft? Ein Reihenhaus wird in eine feste Siedlung oder in den Ortskern eingebettet sein.

Bezüglich auf die direkte Nachbarschaft, hatte ich eines meiner schönsten Erlebnisse in meiner Flüchtlingsarbeit. Anfänglich kamen die Klischees: „Was soll ich mit meiner Frau machen, jetzt ziehen hier fünf Männer ein.“ Der Vermieter und auch die Hausverwaltung haben sich Gott sei Dank auf diese Diskussion nicht eingelassen, sondern sehr straight die Vermietung nicht in Frage gestellt. Nach zwei Monaten hat sich der Nachbar für diese Äußerungen entschuldigt. Er hat erfahren, es sind Menschen wie du und er. Mittlerweile ist es ein tolles nachbarschaftliches Zusammenleben und man leiht sich gegenseitig den Rasenmäher aus. Alle Klischees wurden revidiert. Man kann das als Integrationserfolg sehen: aufeinander zugehen, miteinander leben.

Hat euer Projekt in Markt Schwaben Ausstrahlung auf eine kritische Sicht zum Thema Gemeinschaftsunterkünfte.

Nein überhaupt nicht. Es gab damals eine kurze Diskussion im Gemeinderat, ob das Haus angemietet wird oder nicht. Es war kein einstimmiger Beschluss, es gab auch ablehnende Äußerungen. Grund war aber eher, dass man zusätzliche Kosten befürchtete, beziehungsweise, dass Kosten nicht beglichen werden. Markt Schwaben ist eine sehr klamme Gemeinde, eine der wenigen Gemeinden, die Stabilisierungshilfe durch die Regierung von Oberbayern erhält. Die Befürchtungen haben sich aber nicht bestätigt. Wir haben sehr darauf geachtet, dass auf die Gemeinde keine zusätzlichen Kosten zukamen. Eine generelle Diskussion über Unterbringungsstrukturen ist aber nicht entstanden.

Die Entscheidung der Gemeinde, ein Reihenhaus anzumieten, hatte demnach pragmatische Gründe, weil das Gebäude zur Verfügung stand?

Ja. Es war klar, dass Geflüchtete untergebracht werden müssen. Es war allen klar, dass es auch ein Katalysator für Integration ist. Es gab das Angebot, dieses Haus anzumieten und einen wohlwollenden Bürgermeister, der sich dafür stark gemacht hat. Und es sind für dieses Kernziel alle Gemeinderät*innen unterschiedlicher Couleurs mitgegangen.

Kann dieses Projekt ausgeweitet werden? Können weitere Häuser für Geflüchtete angemietet werden?

Schwierig. Der Immobilienmarkt ist ähnlich angespannt wie im ganzen Ballungsraum München, die Mietpreise sind sehr hoch. Es fehlt nicht am Willen, sondern am Angebot. Auch für uns als rein ehrenamtlicher Verein bedeutet dieses Projekt sehr viel Aufwand und wir müssen auf unsere begrenzten Ressourcen achten. Wenn ein Angebot kommt, werden wir das prüfen, ob wir das stemmen können, ob wir die Verantwortung tragen wollen. Wir sind die Hauptmieter – und damit tragen wir auch ein gewisses finanzielles Risiko. Hier müssten viele Faktoren diskutiert werden, ob wir ein weiteres Objekt mieten könnten.<



#saytheirnames



140qm Kampf gegen den Normalzustand

Von Hanau sollte nicht nur Anteilnahme und Trauer bleiben, sondern Wut und der Impuls für einen politischen Aufbruch zu einer Gesellschaft, in der wir alle ohne Angst leben können. Das Ladenlokal der *Initiative 19. Februar* möchte dazu beitragen. Von Karin Zennig

Kommt man herein, ist immer jemand da. Oft gibt es Treffen, Leute sitzen in unterschiedlichen Ecken und reden, machen sich einen Tee, überarbeiten einen Text, diskutieren eine Idee, tauschen sich über die Erlebnisse und ihr Befinden während der vergangenen Tage aus. Zu Anlässen wie dem Jahrestag neulich ist der Laden voller Leben, drei Kamera- oder Presseteams arbeiten in und vor dem Laden gleichzeitig, während andere Menschen den nächsten social media post vorbereiten oder an einer Abrechnung sitzen.

Wir sprechen von der Krämerstraße 24 in Hanau, dem Ladenlokal der *Initiative 19. Februar*, die sich nach dem rassistischen Mordanschlag vor mittlerweile über einem Jahr in Hanau gegründet hat.

Den Laden gibt es seit Anfang Mai 2020. Er ist zum Dreh- und Angelpunkt für die Arbeit der Initiative geworden. In ihm kommen nicht nur Angehörige der Mordopfer, Überlebende und die Nachbarschaft zusammen, es treffen hier auch unterschiedliche politische Prozesse der letzten Jahre und Jahrzehnte aufeinander: von der Anti-Abschiebep Praxis über die Arbeit mit Geflüchteten auf Lesbos und entlang der Fluchtrouten bis zum *NSU Tribunal* und *Wellcome-united*. Er entstand und lebt von der Entscheidung Einzelner, ihr Leben radikal zu verändern und den bisherigen Kalender wegzuerwerfen. Und von der Erfahrung, den Kontakten und Fertigkeiten eines Netzwerks, das dieser Entscheidung beispielsweise durch eine Spendenkampagne und Medienarbeit eine

finanzielle und öffentliche Materialität organisiert. Der Laden ist eine beispiellose räumliche Verdichtung sozialer und politischer Prozesse.

Auch die lokal enge Vernetzung beispielsweise mit dem *Autonomen Zentrum Metzgerstrasse*, der *Föderation Demokratischer Arbeitervereine e.V. (DIDF)*, dem *Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB)* und der *Diakonischen Flüchtlingshilfe* bildet eine wichtige Voraussetzung dafür, Dinge schnell und unkompliziert auf die Beine stellen zu können.

Die Entstehung eines sozialen Raums

Die Arbeit der Initiative beginnt am Morgen nach dem Anschlag mit der Kontaktaufnahme zu allen Angehörigen und mit deren Unterstützung. Mit den Mahnwachen am Freitag und der Demonstration am Samstag, auf der auch bundesweit Betroffene und Angehörige anderer Anschläge sprechen, die die Taten miteinander in Verbindung setzen. Das ist der Ausgangspunkt für die Arbeit der Initiative. Es geht um nicht weniger als lückenlose Aufklärung, Gerechtigkeit, angemessene Erinnerung und politische Konsequenzen. Es geht darum, dass die Angehörigen und Überlebenden gehört werden und einen Raum zum Sprechen haben, es geht um die systematische Aufarbeitung der Tat in Hanau, die in einem gesellschaftlichen Kontext und einer Geschichte offenen und strukturellen Rassismus in Deutschland steht. Viele der Angehörigen haben formuliert, dass Hanau keine Überraschung war, sondern Station in

einer Kontinuitätskette rechter Gewalt von Mölln bis Halle, von Kassel nach Köln, von Celle bis Wächtersbach.

Die kurze Zeit später entstandene Idee eines Ladens folgte zum damaligen Zeitpunkt lediglich einer Intuition und bestätigt sich im Nachhinein als genial. Denn der Laden ermöglicht in ganz anderer und neuer Weise eine Auseinandersetzung der Betroffenen, Angehörigen und Überlebenden mit sich und untereinander, mit Politiker*innen und Öffentlichkeit, mit ihrer eigenen Trauer und ihren Forderungen. Durch Zufall ist es möglich, einen Ort in unmittelbarer Nähe eines der Tatorte in der Hanauer Innenstadt anzumieten. Der Raum ist damit auch direkt Erinnerungsort. Mindestens für die nächsten drei Jahre soll er hier auch Mahnmal im öffentlichen Raum sein, denn es soll nicht vergessen werden.

Kurz nach dem Anschlag kommt Corona. In Hanau werden alle Einrichtungen geschlossen, alle Betreuung und Begleitung eingestellt. Das trifft auch die dreistellige Anzahl traumatisierter Menschen. Sie sind allein, auf sich gestellt, individualisiert.

Zu diesem Zeitpunkt gibt es den Laden noch nicht ganz oder schon ein bisschen. Es wird renoviert. Das Zusammenkommen miteinander vor und um den Laden bildet den Rahmen, um sich gegenseitig Halt zu geben. Nicht allein zu sein, nicht nur auf sich selbst zurückgeworfen zu sein. Ein sozialer Raum zwischen den Familien entsteht, in dem miteinander gesprochen wird, sich gegenseitig gestützt wird, im Reden Aufarbeitung stattfindet und Trost gefunden wird. Der Raum existiert, bevor er sich verräumlicht.

Der Laden als Raum der Sicherheit

Mit der Existenz des Ortes selbst bekommt der Prozess einen Schub. Der Laden wird zum Wohnzimmer, in dem man sich ein kollektives Moment der Aufarbeitung geschaffen hat. Das ist etwas, das Traumabearbeitung selten gelingt und das zur gegenseitigen Ermächtigung und Stärkung führt. Erinnern heißt verändern: Mit sich und der Trauer umgehen, Verbindungen suchen, Wut haben, sich artikulieren, sich organisieren, die Welt um einen herum verändern, dabei selbst wachsen.

Aber es ist nicht immer gleich viel Konjunktur vor Ort. Immer wieder gibt es Phasen, in denen sich einzelne oder viele der Angehörigen, Überlebenden, Betroffenen entfernen, wochenweise nicht anwesend sind, kaum Gespräche stattfinden. Sie werden abgewechselt von Phasen großer Intensität der gemeinsamen Arbeit, von Phasen der Einhelligkeit und Phasen der Auseinandersetzung. Vielleicht klingt es banal. Aber durch die Existenz dieses physischen Raumes gibt es die Möglichkeit, Nähe und Distanz, Geschwindigkeit und Intensität von Trauer, Aufarbeitung, politischer Bearbeitung, von Alleinsein und Zusammensein selbst bestimmen zu können. Der Laden ist da und bleibt da, auch wenn man selbst geht, es gibt etwas, zu dem

man immer zurückkommen kann. Nur auf der Grundlage dieser Gewissheit kann man

überhaupt gehen, loslassen, sein Verhältnis ändern; weil es einen Fixpunkt gibt.

Im Laden werden nicht nur große Fragen behandelt, es geht auch um anderes Wesentliches, um das Alltägliche, um Anträge und Behörden, um Briefe, um Wohnungen, um Lebensunterhalt: um die Frage, wie das Leben weitergehen soll.

Es gibt dort auch den Raum für strukturiertes Arbeiten, um beispielsweise offene Briefe an die hessische Landesregierung wegen ausbleibender beziehungsweise blockierter finanzieller Mittel zu formulieren. Es gibt Raum, Petitionen für einen Opferhilfsfonds für Opfer rechter Gewalt zu initiieren, da die hessische Regierung mitsamt SPD und FDP nur einen Opferhilfsfonds für Opfer allgemeiner Straftaten schaffen will – trotz der hessischen Zustände. Es gibt Raum für die akribische Recherche und Rekonstruktion der Tat, die man den Behörden eben nicht selbst überlassen kann und will. Es gibt Raum, Demonstrationen wie die vom 22.8.2020 zu organisieren und daraus in wenigen Stunden ein Ereignis zu machen, das in über 400.000 Wohnzimmern und bei knapp 100 dezentralen Aktionen auf den Plätzen anderer Städte zu hören ist, weil die gemeinsame Demonstration auf Grund von Corona abgesagt werden musste.

Der physische wie auch der im gemeinsamen Prozess entstandene politische Raum gibt auch Sicherheit. Weil man in ihm geschützt ist, ist es überhaupt erst möglich, sich auch mal zu streiten und dann wieder zusammen

Erinnern heißt verändern

zu finden. Dieses Rückgrat ermöglicht den Familien zu sagen, was sie sagen wollen, zurückzuweisen, anzuklagen oder sich darüber zu empören, was sie falsch finden und sich gegen Instrumentalisierung zur Wehr zu setzen. Sie sind keine Opfer, sie handeln.

Gleichzeitig ist es eine Herausforderung, den Laden zu einem Raum für alle zu machen. Es gibt nicht DIE Angehörigen. Sie wollen unterschiedliche Räume. Die verschiedenen Altersgenerationen von Betroffenen und Überlebenden haben nicht denselben Beat, nicht dieselbe Weise mit ihren Erlebnissen umzugehen, ziehen nicht dieselben Schlussfolgerungen.

Hanau ist überall

Dass Angehörige und Überlebende nicht nur sprechen, sondern auch gehört werden, ist weder ein Automatismus noch eine Selbstverständlichkeit, sondern etwas, was beispielsweise die Opfer des NSU oder der Brandanschläge in Mölln jahrelang einklagen mussten. Dass Hanau heute überall ist, ist auch ein Erfolg eben dieser Kämpfe. Hanau hat tatsächlich im öffentlichen Raum das Sprechen über Rassismus und die Rolle der Opfer rechter Gewalt geändert. Es wurde eingefordert und durchgesetzt, auch mit der Sichtbarkeit von *Black Lives Matter* und *Migrantifa* im Rücken.

Und gleichzeitig zeigt die Kette des Versagens von Behörden, Sicherheitsapparaten und Ämtern vor, während und nach der Tat beispiellos, wie rassistisch der Normalzustand verblieben ist. Wie konsequenzlos alles Gesprochene auch ein Jahr danach verhallt. Ein Normalzustand, in dem migrantisches Leben kriminalisiert wird, in dem rassistische Stereotype handlungsleitend dafür sind, wer zum Problem gemacht wird, wer täglich von der Polizei kontrolliert wird, wer im Fadenkreuz von Ermittlungen steht und wer im Normalzustand abtauchen kann. Eine Normalität, in der Nazinetzwerke weitestgehend problemlos inner- und außerhalb der Staatsapparate agieren können, in dem Hetzreden weiterhin den öffentlichen Raum einnehmen können und damit Ermutigung und Zustimmung zu Gewalttaten sind. Hessen ist das Bundesland mit der höchsten Zahl an Todesopfern rassistischen und rechtsextremen Terrors. In Deutschland gab es seit 1990 mindestens 213 Todesfälle durch rechte Gewalt.

Das ist der politische Raum, in dem wir kämpfen müssen. Wir können uns dabei nicht auf staatliche Behörden oder Gerichtsurteile verlassen. Wir sind selbst auf der Straße. In Hanau, in Halle, in Aschaff-

burg und Chemnitz, in Magdeburg und Flensburg. Wir sind überall. Wir verteidigen die Gesellschaft der Vielen. Unsere Arbeit in der Initiative und über sie hinaus ist ein Kampf für eine Gesellschaft, in der alle ohne Angst leben können. Sie ist ein Kampf gegen den Normalzustand.<

Karin Zennig ist Aktivistin und engagiert sich in der Initiative 19. Februar seit ihrer Gründung durch Angehörige und Unterstützer*innen im März 2020.





hausen, wüste, jungle

Dieser Text führt in die koloniale Praxis des Hausens ein. 1914 für ihren transnationalen Pazifismus angeklagt, verteidigt sich Rosa Luxemburg mit einem Gegenangriff auf den deutschen Imperialismus. Dabei spricht sie Hausen als Inbegriff kolonialer Gewalt an, ein Wort, das synonym mit Verwüsten steht. Nicht nur wurde 1904 - 1908 der Genozid im heutigen Namibia durch physisches in die Wüste Hetzen verübt, auch manifestiert sich in den todbringenden spatial politics Europas nach wie vor ein eigentümliches Ineinandergreifen von Hausen und Hetzen. Durch das philologische Auseinanderlesen eines Wortes lassen sich diese historischen Kontinuitäten im Umgang mit und im beherrschenden Zugriff auf Raum auch sprachlich aufzeigen. Von Miriam Rainer

20. Februar 1914. In Frankfurt steht an diesem Tag Rosa Luxemburg vor Gericht. Sie ist aufgefordert, sich vor der Frankfurter Strafkammer zu dem Vorwurf zu äußern, sie habe bei mehreren Reden Arbeiter*innen „maßlos“ zur Kriegsverweigerung „aufgehetzt“. In der Anklage heißt es, sie spiele mit dem Massenstreik, sie animiere zum Mord an Vorgesetzten und sie fordere zur Meuterei auf dem Schlachtfeld auf.

In ihrer Antwort geht sie insbesondere auf den Aspekt der Hetze ein, indem sie fragt: „Denn was heißt ‚hetzen‘? Habe ich etwa den Versammelten einzuschärfen versucht: Wenn ihr im Kriege als Deutsche in Feindesland, zum Beispiel nach China, kommt, dann haust so, daß kein Chinese nach hundert Jahren wagt, einen Deutschen mit scheelen Blicken anzusehen? Hätte ich so gesprochen, dann wäre das allerdings eine Aufhetzung. Oder habe ich vielleicht in den versammelten Massen den nationalen Dünkel, den Chauvinismus, die Verachtung und den Hass für andere Rassen und Völker aufzustacheln versucht? Das wäre allerdings eine Aufhetzung gewesen. Aber so sprach ich nicht ...“ Wer allerdings so gesprochen hatte, war Kaiser Wilhelm II. in seiner sogenannten Hunnenrede, die er 1900 anlässlich der Ausschiffung deutscher Soldaten zur Niederschlagung des Boxeraufstandes in China gehalten hatte.

Hetzen und hausen: zwei Begriffe kolonialer Gewalt

Was heißt „hetzen“? Ein Blick ins Wörterbuch der Gebrüder Grimm legt nahe: Das Verb „hetzen“ ist ein dem Jagdjargon entnommener Ausdruck, der „jagen, verfolgen, treiben“ bedeutet, und sich im engeren Sinne auf die Hetzjagd von Wild, im weiteren Sinne auf jegliche Verfolgung eines Feindes bezieht. „Hetzen“ ging allmählich über in den Sinn „zur Verfolgung antreiben“, anspornen, und richtete sich dabei an die zur Verfolgung des Wildes eingesetzten Hunde. Daraus, wiederum, hat sich die übertragene Bedeutung ergeben, „aufstacheln durch Worte, aufhetzen“. Hetzrede oder hetz speech ist also eine Form der Hassrede (hate speech), die in den Zuhörenden den Wunsch wecken soll, diejenigen, die Gegenstand des Angriffs geworden sind oder werden sollen, feindselig zu verfolgen oder gar zu Tode zu hetzen.

Durch die Worte der Staatsanwaltschaft selbst der hetz speech beschuldigt, macht Rosa sich daran, mit nur wenigen Sätzen die lange deutsche Geschichte chauvinistischer und rassistischer Aufhetzung zu demonstrieren. Ihre Worte können nur dann als hetz speech verstanden werden, wenn man sie als destruktiv für das nationalistische Projekt betrachtet. Seitens des Kaisers hieß es noch: Haust so, dass ihr Deutschland einen Namen macht. Diese imperialistische Fantasie nimmt Rosa auseinander.

Wer Krieg führt, haust. Heutzutage verständlicher ist uns wohl die Verwendung von „hausen“ als eine Form des Wohnens, so etwas wie „unordentlich, unter schlechten Bedingungen leben“ oder „übel wirtschaften“. Auch Gespenster hausen. Worauf Rosas Verwendung des Wortes hingegen aufmerksam macht, ist eine Bedeutungsebene, der zufolge „Hausen“ Praktiken des Wohnens mit denen des Wütens und Verwüstens in Verbindung bringt. Raum hängt im deutschen kolonialen Denken also eng mit Vorgängen des Räumens zusammen.

In die Wüste getrieben

12. Januar 1904. Im kolonialen Deutsch-Südwestafrika, in Teilen des heutigen Namibia, kommt es wegen Paranoia seitens der deutschen Kolonisierenden zum ersten Kriegsgeschehen zwischen deutschen Militärs und einheimischen Hereros. Einige Monate später wird deshalb der in die Kämpfe in China verwickelte Lothar von Trotha als Befehlshaber in der afrikanischen Kolonie eingesetzt. Um sich einen Weg aus der Schlacht am Waterberg zu bahnen, fliehen

überlebende Herero im August vom Waterberg gen Nordosten, in die Omaheke-Wüste. Hatten sich Wüstengegenden und Sandfelder bis dahin als großes Hindernis für die Kolonisierung und militärische Kontrolle des Gebiets erwiesen, wird die Landschaft nun zunehmend militarisiert. Nicht nur schneiden die Deutschen den fliehenden Hereros jegliche Rückkehr in die Kolonie ab, sie besetzen oder vergiften auch die Wasserstellen in der Wüste.

Deutsche Soldaten lassen Frauen, Männer und Kinder in der Omaheke absichtlich verdursten. Sie instrumentalisieren die Wüstenregion, um ihr Vernichtungsvorhaben zu intensivieren. Dieses Sterbenlassen gilt als genozidale Technik, die an das „Hausen“ rührt. Im Hetzen der Herero in die Wüste vermengen sich „hausen“ und „hetzen“. Der militärische Generalstab quittiert das mit den lakonischen Worten: „Keine Mühen, keine Entbehrungen wurden gescheut, um dem Feinde den letzten Rest seiner Widerstandskraft zu rauben: Wie ein halb zu Tode gehetztes Wild war er von Wasserstelle zu Wasserstelle

gescheucht, bis er schließlich willenlos ein Opfer der Natur seines eigenen Landes wurde. Die wasserlose Omaheke sollte vollenden, was die deutschen Waffen begonnen hatten: die Vernichtung des Hererovolkes.“

„Bleib im Dschungel“

9. September 2019. Die kroatische Polizei drängt eine Gruppe marokkanischer Geflüchteter an der Grenze zwischen Kroatien und Bosnien und Herzegowina aus einem Transporter und scheucht sie in Richtung eines bewaldeten Landstrichs. „Sie sagen ‚lauf los, los, los‘ und du musst loslaufen. Wir rennen geradeaus und da sind vier andere Beamte hinter einem Baum versteckt, die kommen raus und beginnen mit Schlagstöcken auf uns einzuprügeln, alle auf einmal. Einer war mit dem Motorrad gekommen“ ... „Wir mussten den Hügel runter, hinter dem Baum. Einer der vier Beamten, der sich hinter dem Baum versteckt hatte, hatte eine Waffe. So eine, die laut knallt, dass man sich erschreckt. Er

schoss viermal. Einmal in die Luft, nach oben, und dreimal auf uns.“ Mit diesen Worten werden die Zurückge-drängten die Situation

Die europäische Grenze ist ein Ausdruck der todbringenden spatial politics eines Europas, das nach wie vor auf Varianten des hausenden Wüstens baut

später schildern. In dem Moment selbst wussten die Männer nicht mehr, wo sie waren, da ihnen die Handys abgenommen worden waren. Auch vergrößerte der Schock über die brutale Begegnung ihre akute Orientierungslosigkeit.

Die europäische Grenze manifestiert sich hier nicht etwa als abgesteckte geografische Linie, sondern vielmehr erst in den Handlungen dieser Grenzbeamt*innen. Sie ist ein Ausdruck der todbringenden spatial politics eines Europas, das nach wie vor auf Varianten des hausenden Wüstens baut. Das vom *Border Violence Monitoring Network* herausgegebene *Black Book of Pushbacks* (2020) dokumentiert verschiedenste Vergehen an der Grenze gegen mehr als 12.000 Menschen, die auf illegitime Weise abgefangen und zurückgeschoben wurden.

Am frühen Morgen des 1. August 2019 bricht eine Gruppe von zwölf algerischen Männern, alle zwischen 24 und 26 Jahre alt, gegen 5.30 Uhr von Šturlić in Bosnien und Herzegowina aus auf, um die kroatische-

bosnische Grenze zu überqueren. Neun Tage lang laufen sie durch Wälder und über Hügel im kroatischen Landesinneren, wobei sie größere Straßen meiden. Es ist sehr heiß und ihnen geht bald Wasser und Essen aus, sie trinken Regenwasser und teilen sich ein paar Dosen Fleisch. „Bleib im ‚Dschungel‘ – immer – denn die Leute sehen dich sonst. Und wenn sie kommen und dich sehen, dann wird die Polizei an der nächsten Station sein. Die Polizei kommt nicht zu dir hin, sie wartet an der nächsten Station auf dich.“ ... „Die Polizei sei auf eine Weise durch den ‚Dschungel‘ gefahren, um die Insassen des Autos gezielt zu verwirren, so der Befragte. Sie passierten mehrfach dieselbe Stelle und fuhren durch den Wald“ ... „Wir sind 6 Tage lang durch den Dschungel gewandert und haben versucht, alle Dörfer und Städte zu meiden, um keine Probleme zu bekommen. Wir waren so tief im Dschungel, dass wir eines Morgens sogar Bären sahen. Wir schrien und rannten weg“ ... „Wir liefen in den Dschungel. Es war ein bergiges Gebiet. Von dort aus sahen wir einen weißen Jeep und zwei Militäroffiziere mit grünen Uniformen und Ferngläsern auf einem hohen unbefestigten Weg. Wir versteckten uns eine Stunde lang in der Vegetation.“

Getarnte Grenzgegend

Auf dem Mittelmeer betreiben die Grenzbeamt*innen durch das Abfangen und Abtreiben sogenannter left-to-the boats ein Sterbenlassen, das an die Methodik des in die Wüste Hetzens erinnert. Aber auch die europäische Grenzregion an Land wird Geschehensraum solcher pushbacks. Wie sich aus den Zeugnisaussagen, die im *Black Book* versammelt sind, herauslesen lässt, versuchen Grenzbeamt*innen, die herankommenden Geflüchteten mittels vielfältiger Taktiken orientierungslos zu machen. Ihrer Handys beraubt, die als Instrumente der Ortung dienen könnten, werden die Ankommenden insbesondere in Gegenden zurückgestoßen, die schwer lesbar sind. So werden sie selten in Städten abgesetzt, sondern oftmals an Böschungen, in Wäldern, auf Feldern, an Flüssen. Das Herumfahren in fensterlosen Autos, samt schwindel- und übelkeitserregender Wendemanöver; das verunsichernde Vorenthalten von Übersetzungen von Dokumenten, die sie zu unterschreiben gezwungen sind; das absichtliche Täuschen bei Wegbeschreibungen; die Maskierungen der Wächter*innen; die körperlichen Übergriffe auf durch vorenthaltenes Essen und Trinken geschwächter Personen; das gezielte Streuen von Unwahrheiten und Gerüchten – all das bewirkt einerseits einen räumlichen Orientierungsverlust und dient andererseits zur Tarnung einer nicht oder kaum sichtbaren Grenze, die nicht

überschritten werden soll. Die Grenze findet vielmehr in den zurückweisenden Handlungen der – teils selbst camouflaged tragenden – Grenzbeamt*innen statt.

Oftmals schärfen die Beamt*innen den Geflüchteten ein, sie dürften ihnen nicht in die Augen schauen. Was den kaiserlichen Ausspruch ins Gedächtnis ruft. Die Grenze wird auf eine Weise bewacht, die sie nicht auffindbar machen, sie gewissermaßen, für den Moment, verschwinden lassen soll. Die Geflüchteten sollen nicht wissen, wo sie sind, wohin sie gehen, mit wem sie es zu tun haben, mit wem sie sprechen oder sprechen können. Dazu greifen Wächter*innen auf kriegerische Mittel des Hetzens und Hausens zurück.

Was sich in den Sätzen befragter Geflüchteter aus dem *Black Book* aber auch zeigt, ist die wiederkehrende Bezeichnung der Grenzgegend als „jungle“. Diese konsistente Benennung ist beachtlich, wenn man bedenkt, dass die gesammelten Aussagen von völlig unterschiedlichen und einander nicht bekannten Sprecher*innen kommen. Warum liegt es nahe, die Gegend als „jungle“ zu benennen? Das Wort „jungle“ – von dem sich das deutsche Wort „Dschungel“ herleitet – geht zurück auf Sanskrit „jaṅgala, trockener Boden, Wüste“. Wieder ein Wort für Wüste. Und erneut der Versuch, sie zu instrumentalisieren. Physische und psychische Hetze schlägt hier um in Verscheuchen, mit nicht weniger todbringender Intention. Die Gegend ist nicht leer, nicht öde, im landschaftlichen Sinne, aber wüst ist sie dennoch, insofern als sie im Zeichen der Umdeutungen oder einer Entdeutlichung steht. Für die, die durch sie hindurchgehen, als „jungle“ erfahren, bleibt etwas an der Gegend ungefügig.

Der „jungle“ bringt subversives Wissen hervor

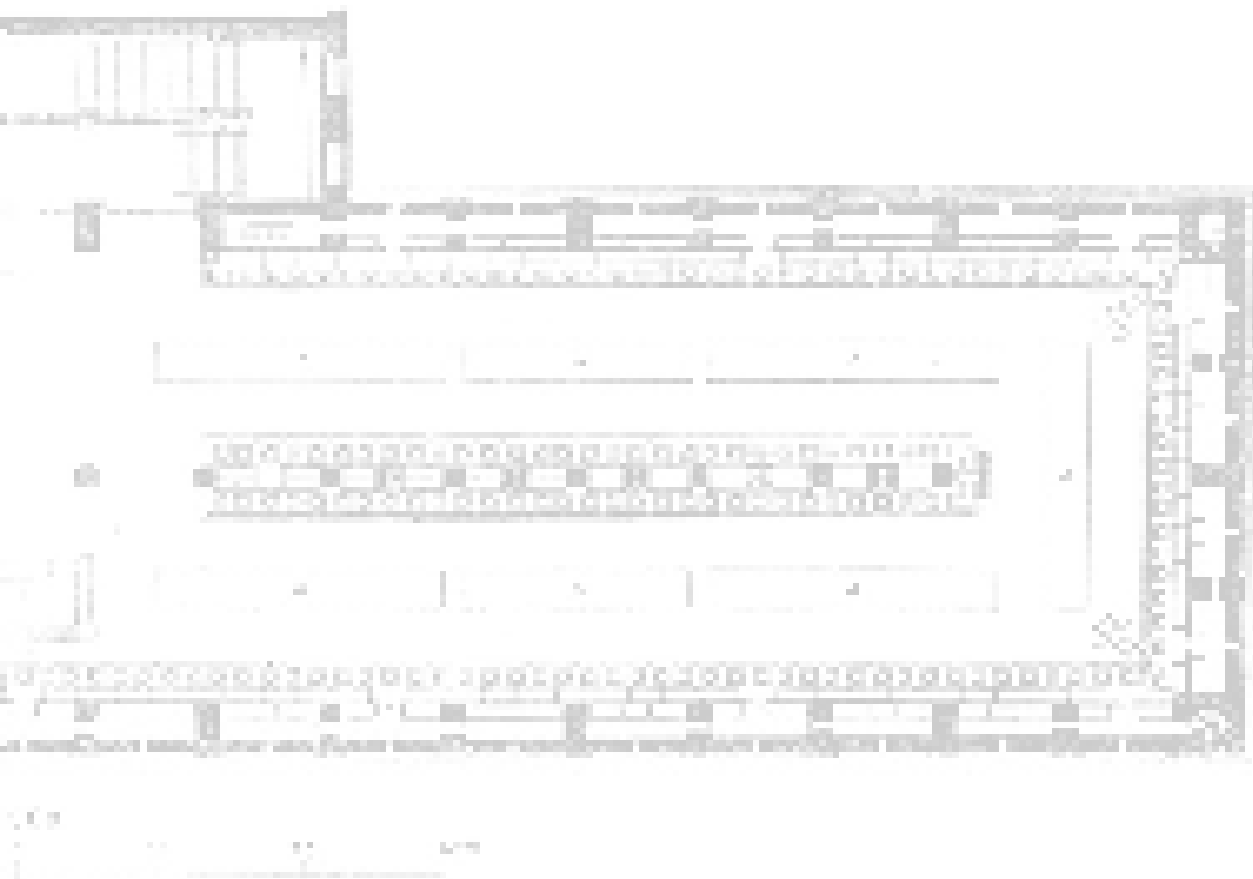
Strategien des Unkenntlichmachens durch die Grenz-wächter*innen steht die angebliche Unkenntnis der Umgebung seitens der Herankommenden entgegen. Doch so ambivalent – und lebensgefährlich – der jungle für die Letzteren bleibt, mehrt sich auch deren Wissen, dass es da, wo jungle ist, Deckung gibt. Jungle verstellt den Blick, aber nicht nur den der Herannahenden, sondern auch den der machthabenden Bewachenden. Denen, die technisch und ausrüstungsmäßig überlegen sind, können die Flüchtenden im jungle ausweichen, sie können sie umgehen. Durch derlei Bewegungen und Gegenbewegungen, in die Wächter*innen und Herannahende miteinander verwickelt sind, bringt die Grenzgegend des europäischen Abweisungsapparats ungewollt neue Formen der widerständigen Bezugnahme und des subversiven Wissens hervor.<

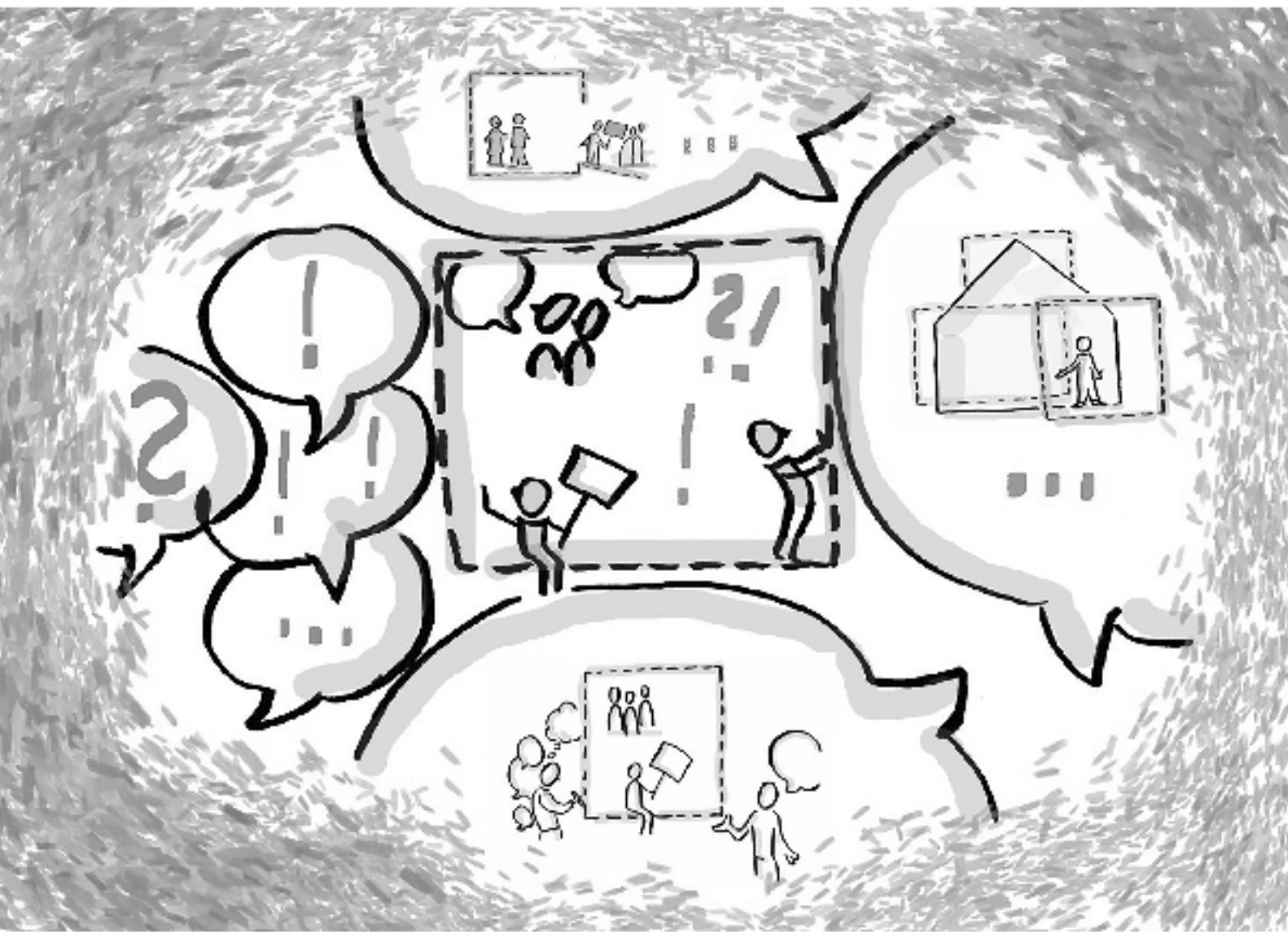
Miriam Rainer

*promoviert an der
Brown University zu
(anti)kolonialer
Gastlichkeit. Sie lebt
in Berlin und ist
Mitglied des deutsch-
syrischen Literatur-
kollektivs WIESE*

(Wie es ist):

www.moabit-mountain-college.com





Dies ist eine schöne Gedenkstätte
Lasst sie uns besetzen

Die Gedenkstätten, eine unendliche deutsche Erfolgsgeschichte?

Warum NS-Gedenkstätten und Dokumentationsorte zwar Räume für historisch-politische Bildung sind, aber noch lange nicht genug Platz für die verschiedenen Perspektiven bieten: Wir brauchen eine antifaschistische, radikal-demokratische Praxis der Gedenkstättenarbeit. Von Ines Brachmann, Cornelia Chmiel, Jennifer Farber, Jens Hecker, Anke Hoffstadt und Lisa Schank

Ein Bus auf der Rückfahrt von einem einwöchigen Seminar in der Gedenkstätte Auschwitz. Eine Schulklasse hat sich dort in Begleitung ihrer Lehrkräfte mit der Geschichte des Nationalsozialismus und des Holocaust auseinandergesetzt. Die Jugendlichen reden, schauen aus dem Fenster, hören Musik, manche schlafen. Ein Schüler möchte der Klasse über das Busmikrofon einen Witz erzählen, merkt gegenüber der Lehrerin aber an, dass der Witz nicht politisch korrekt sei. Sie lässt sich den Witz daher vorab erzählen – er ist zutiefst antisemitisch. Die in der Nähe sitzenden Freund*innen des Schülers lachen und feiern ihn für seine Coolness, die Lehrkräfte sind schockiert und diskutieren über Stunden: Wie kann es sein, dass der Schüler so einen Witz erzählt, wo er doch gerade eine Woche in Auschwitz war? Was ist nun zu tun, wie sollen sie damit umgehen?

Die geschilderte Situation veranschaulicht eine weit verbreitete, darum aber nicht minder problematische

Erwartungshaltung an Gedenkstättenbesuche. Sie werden offenbar als eine Art Schutzimpfung gegen antidemokratische Haltungen, gegen Antisemitismus und Rassismus gesehen. Das historische Lernen über die Verbrechen in den Konzentrationslagern, so die Idee, schütze vor Wiederholung und mache die Besuchenden zu aktiven Demokrat*innen – oder verhindere zumindest, dass sie in der Öffentlichkeit antisemitische Witze reißen. Angenommen wird wohl, dass alleine schon die Anwesenheit vor Ort und die Beschäftigung mit der Geschichte des Nationalsozialismus eine Art Immunisierung gegen rechte Ideologien und die Bindungskräfte neuer sozialer Bewegungen von rechts mit sich bringe. Doch das ist zu kurz gedacht, so funktioniert Lernen nicht.

Hinzu kommt, dass so eine vermeintliche Schutzimpfung vor allem für bestimmte Gruppen als notwendig erachtet wird, und zwar besonders für diejenigen, die in die ach so demokratische Gesellschaft eingegliedert

werden sollen. Wahlweise wird deswegen Jugendlichen, Geflüchteten oder auch Neonazis ein Besuch im KZ verschrieben. Allein die Unterschiedlichkeit der aufgezählten Zielgruppen zeigt die Absurdität solcher Vorstellungen.

Der Besuch und die Auseinandersetzung mit der Geschichte dieser Orte werden damit nicht als Wert an sich anerkannt, sondern nehmen den Charakter eines demokratischen Initiationsritus an. Die Überzeugung, die dahintersteht, ist relativ simpel: Hier soll gezeigt werden, dass Deutschland aus seiner schlechten Vergangenheit gelernt hat. Die Besuchenden werden im besten Falle vollwertige Mitglieder einer geläuterten und belehrten Gesellschaft. In regelmäßigen Abständen formulieren Politiker*innen in Debatten um Rassismus und Antisemitismus verpflichtende Aufenthalte in Gedenkstätten als Lösungsvorschlag, insbesondere für Zielgruppen, denen ein vermeintliches Demokratiedefizit zugeschrieben wird. Problematisch daran ist neben einer Bedeutungsüberfrachtung der Orte und Besuche, dass Antisemitismus und Rassismus nicht als strukturelle Probleme behandelt werden, die die ganze Gesellschaft betreffen und damit auch von allen angegangen werden müssen. Anscheinend gehen die meisten davon aus, dass ein Großteil bereits aus der Geschichte gelernt habe.

Erinnerungsarbeit muss gesellschaftskritisch bleiben

Die Erwartungshaltung einer schnellen Läuterung überfordert die Gedenkstättenarbeit und schränkt sie gleichzeitig ein: Wie sich die Besuchenden den Orten annähern, welche Lehren aus ihrer Geschichte abgeleitet werden sollen (und können), wie und zu welchen Anlässen darauf Bezug genommen wird, scheint zunehmend festzustehen. Dabei gäbe es gute Gründe, die gedenkpolitischen Rituale und Konventionen kritisch zu hinterfragen. So prägt beispielsweise das Wissen darum, dass am „Lernort Gedenkstätte“ ein entsprechend angepasstes Verhalten und vor allem eine vermeintlich angemessene Betroffenheit erwartet werden, wiederum die Besuchenden. In Gedenkstätten sind Trauer und Andacht daher nicht nur Ausdruck des Gedenkens an die Toten, sondern können auch

der Selbstvergewisserung dienen, auf der Seite der Guten zu sein. Die Besuchenden stehen damit unter dem Druck, die passenden Gefühle zu haben und sie auch zum Ausdruck zu bringen, denn an der Menge der verweinten Taschentücher scheint sich das Lernen aus der Geschichte messen zu lassen.

Als Aufgabe der Pädagogik sehen wir es allerdings nicht an, Rituale oder ein feststehendes Wertepaket weiterzureichen, sondern einen offenen Aushandlungsprozess zu ermöglichen: Aushandlungsprozesse,

die etwa helfen können, mit der beispielhaften Szene von der Rückfahrt von Oświęcim umzugehen, beispielsweise

Ist Deutschland vielleicht gar nicht „Erinnerungsweltmeister“?

wenn wir mit den Teilnehmenden der Studienfahrt in den Austausch darüber einsteigen, warum der Besuch einer Gedenkstätte vielleicht nur wenig dazu beitragen kann, dass es keinen Antisemitismus mehr gibt. Darüber, welche Bedeutung es für uns hat, uns überhaupt über Geschichte zu informieren, über den Holocaust nachzudenken oder etwas über den Nationalsozialismus zu erfahren. Wir könnten fragen, ob Deutschland tatsächlich erfolgreich darin war und ist, seine Geschichte aufzuarbeiten. Ist Deutschland vielleicht gar nicht „Erinnerungsweltmeister“? Was stimmt nicht mit dieser Erzählung einer abgeschlossenen Vergangenheitsbewältigung?

Genau diese Aushandlungsprozesse sind zwar notwendig, um eine anhaltende Auseinandersetzung zu ermöglichen, zugleich aber nicht gewünscht, weil sie die bestehende Ordnung ins Wanken bringen können. Statt diese Verunsicherung zuzulassen und Erinnerungsarbeit als gesellschaftskritische Praxis zu verstehen, wird das historische Lernen an Gedenkstätten zumeist in den Dienst der Stabilisierung von Herrschaft gestellt. Das produziert Ausschlüsse und Barrieren: Eine Teilhabe im Sinne von echter Partizipation und Mitgestaltung der Erinnerungsdiskurse hingegen ist nicht (oder nur selten) vorgesehen.

Gedenkstätten waren politisch gemeint

„Stabilisierung von Herrschaft“? Das steht aber so nicht in der Broschüre der Gedenkstätte. Sichert uns etwa der „richtige“ Umgang mit der Vergangenheit eine demokratische und menschenfreundliche Zukunft?

Um die Gemengelage an Gedenkstätten zu verstehen, lohnt sich ein Blick auf ihre Entwicklung. Viele sind noch gar nicht so alt. Bis sich Gedenkstätten von kleinen Räumen alternativen Gedenkens zu wichtigen, nationalen Institutionen veränderten, war es ein langer Weg. In Westdeutschland mussten bis in die 1960er Jahre vor allem die Verfolgten selbst für ihre Anerkennung und Entschädigung kämpfen – einige bis heute vergeblich. Explizit antifaschistische und kommunistische Gruppen wollten nicht nur über die Verbrechen aufklären, sondern klagten in den 1950er und 1960er Jahren faschistische Überreste in der Bundesrepublik an. Zur Zeit des Kalten Krieges standen sie damit auf verlorenem Posten, denn schließlich war und blieb der Kommunismus das Feindbild. Die neuen sozialen Bewegungen, gerne verkürzt als „die 68er“, schafften es dennoch, an vielen Grundsätzen der Nachkriegsgesellschaft zu rütteln. In diesem Klima konnten sich Initiativen bilden, die mit einem Blick von unten die Geschichten vor ihrer eigenen Haustür erforschten. So wurde ein Bewusstsein dafür geschaffen, dass nicht nur im fernen Auschwitz oder im abstrakten „Osten“ Verbrechen begangen worden waren, sondern sowohl Verfolgte als auch Täter*innen in der eigenen Region beheimatet waren. Diese Erkenntnis stellte nochmals fundamentale Fragen an den Umgang mit diesem Wissen und zu den daraus gezogenen möglichen Konsequenzen. So war die Gedenkarbeit der meist lokalen Arbeitskreise und Gruppen eine Intervention in bestehende (Miss-)Verhältnisse und Leerstellen. Sie meinten es politisch.

Wenig bis nichts deutete darauf hin, dass 40 Jahre später etablierte Politiker*innen in Regierungsverantwortung zum allumfassenden Pflichtbesuch in die Gedenkstätten aufrufen würden. Doch dann kam die Wende, also „die Wende“, wie hier die Revolutionen in Osteuropa hießen. Zwischen 1989 und 1991 löste sich nicht nur die Sowjetunion auf: Die DDR wurde Teil der Bundesrepublik. In der DDR hatte die Entwicklung von Gedenkstätten einen anderen Verlauf genommen als in Westdeutschland. Bereits ab den 1950er Jahren schuf man dort große staatliche Gedenkstätten – sogenannte Nationale Mahn- und Gedenkstätten –, denn die Erzählung des Siegs des Sozialismus über den Faschismus spielte eine zentrale Rolle für die

Selbstlegitimation des jungen Staates. Damit waren sie wichtige Orte antifaschistischer Selbstvergewisserung. Ganz selbstverständlich fanden dort gesellschaftliche Initiationsrituale statt. So wurden etwa in der Gedenkstätte Buchenwald angehende Polizist*innen auf die Weiterführung des „antifaschistischen Kampfes“ vereidigt und Jugendliche waren verpflichtet, die Gedenkstätten anlässlich ihrer Jugendweihe zu besuchen. Die zentrale Stellung, die die Gedenkstätten einnahmen, forderte den Preis einer politisch zugespitzten Darstellung der komplexen Geschichte der Konzentrationslager: Im Vordergrund stand das Leiden und der Widerstand der Kommunist*innen, andere Opfergruppen erhielten nicht die gleiche Aufmerksamkeit.

Neuausrichtung der Gedenkstätten

Nach 1990 gab es jetzt also im Osten große staatliche Gedenkstätten, im Westen befand sich mit wenigen Ausnahmen eine heterogenere Landschaft aus kleineren, wenn überhaupt kommunal unterstützten

Gedenkstätten. Dies wurde zugespitzt so verstanden: Die einen waren demokratisch in einer Demokratie erkämpft und die anderen staatlich in einer Diktatur gelenkt. Diese Schieflage sollte eine bundesdeutsche Gedenkstättenkonzeption ausgleichen. Die Gedenkstätten im Osten sollten ausgewo-

gener werden und die im Westen staatlich abgesichert und erweitert. Grundvoraussetzung war eine jeweilige nationale Bedeutung des Ortes und der späteren Gedenkstätte. Um 2000 fand also eine Neuausrichtung der Gedenkstättenlandschaft statt, die die Bundesrepublik auch außenpolitisch nutzte. Nicht zuletzt ging es darum, Europa und der Welt zu beweisen, dass hier ein geläutertes, demokratisches und weltoffenes Deutschland vereinigt worden war. Die Gedenkbewegung, die sich explizit als politisch und machtkritisch verstanden hatte, wurde nun Teil der Erzählung der vermeintlich guten und entnazifizierten Nation – mal vereinnahmt, mal aus eigenen Stücken.

Handlungsräume zwischen Feigenblatt und der (politischen) Kröte, die es zum wirtschaftlichen Selbsterhalt zu schlucken gilt, bleiben als Herausforderung bis heute.

Die Gedenkbewegung wurde nun Teil der Erzählung der vermeintlich guten und entnazifizierten Nation

Wir müssen reden

Mit manchen dieser Kröten müssen sich kritische Gedenkstättenmitarbeitende in ihrer täglichen Praxis beschäftigen. Ein Beispiel veranschaulicht, wie dies konkret aussehen kann, wenn Gedenkstätten zum willkommenen Hintergrundbild werden:

Nach dem Bekanntwerden zahlreicher extrem rechter Chatgruppen bei diversen Polizeidienststellen (nicht nur) in Nordrhein-Westfalen, erscheint im Januar 2021 das Magazin der Polizei in NRW *Die Streife* zum Schwerpunktthema „Rechtsextremismus in der Polizei“. Darin ein sechsseitiger Leitartikel, illustriert mit Bildern, auf denen sich Beamte in der Mahn- und Gedenkstätte Steinwache in Dortmund ablichten ließen. Der Ort findet in dem Artikel weder großartig Erwähnung noch wird erklärt, warum genau diese Hintergrundkulisse für die Bebilderung des Beitrags gewählt

wurde. Eine Publikation, die dazu noch vor allem der Selbstdarstellung der

Polizei als Hüterin der Demokratie

dient. Während darin die neonazistischen Netzwerke innerhalb der Polizei als verachtenswerte Einzelfälle abgetan werden, anstatt sie als Ausdrucksformen des strukturellen oder institutionellen Rassismus und Antisemitismus zu verstehen, werden gleichzeitig Menschen, die von Rassismus betroffen sind anhand rassistischer Stereotype beschrieben und ihnen ihre Diskriminierungserfahrungen als Übertreibungen und Schuldabwehr abgesprochen.

Es scheint fast so, als würde das bloße Betreten einer Gedenkstätte (beziehungsweise das sich darin ablichten lassen – pic or it didn't happen!) schon beweisen, dass es so schlimm nicht bestellt sein kann, etwa um die demokratische Grundeinstellung von Polizist*innen. Selbstreflexion oder Institutionskritik ist da natürlich nicht mehr nötig. Wie praktisch.

Dass der einmalige Besuch einer Gedenkstätte also nicht nur eine nachhaltige Wirkung in Sachen Demokratie und Menschenrechte erzeugen soll, sondern darüber hinaus noch benutzt wird, um das Image etwa von Institutionen wie Polizei und Bundeswehr zu verbessern, macht uns nicht gerade Hoffnung. Gedenkstätten sollten weder der Selbst-

darstellung dienen, noch lassen sich Machtkritik und Empathie für verschiedene historische Verfolgtengruppen und Menschen, die gegenwärtig Diskriminierung erfahren, in einem Kurzprogramm einimpfen. Statt als Quelle gesellschaftspolitischer Sicherheit, begreifen wir sie als Räume der Verunsicherung vermeintlicher gesellschaftlicher Gewissheiten. Darüber müssen wir reden.

Räume öffnen, Banden bilden: Perspektiven für eine neue Erinnerungsarbeit

Mit dem Arbeitskreis *Räume öffnen* haben wir uns einen Raum für Reflexion und Austausch geschaffen, indem wir genau dies tun. Ein Raum, den wir auch als Handlungsraum begreifen, um aus der Kritik erinnerungskultureller Entwicklungen Gegenstrategien zu entwickeln. Unser kontinuierlicher Austausch macht uns dabei immer wieder bewusst, dass wir aufmerk-

sam, hartnäckig und sperrig sein müssen, wenn wir etwas verändern wollen. Gleichzeitig haben wir gemerkt: Mit

unserer Kritik an der Etablierung und Instrumentalisierung von Gedenkstätten und insbesondere der Bildungsarbeit an den Orten stehen wir gar nicht so alleine da, wie es im pädagogischen Alltag erscheinen mag. Unsere Devise lautet deshalb: Bildet Banden!

Der Name unseres Arbeitskreises ist Programm. Gemeinsam verfolgen wir das Ziel, antifaschistische, verunsichernde und radikal-demokratische Räume zu öffnen. Wir wollen Teilhabe als Mitbestimmung leben, gegenhegemoniale Positionen (ein-)beziehen, eine inklusive Erinnerungskultur durchsetzen, rassistische und alle anderen diskriminierenden Realitäten stören und aktiv für eine solidarische Gesellschaft der Vielen eintreten.

Bildungsarbeit an Gedenkstätten und NS-Dokumentationszentren soll und muss kritische Fragen an die Gesellschaft, an Akteur*innen und Strukturen stellen und in diese hineinwirken. Dabei gilt es auch, Diskriminierung als gesellschaftliche Realität anzuerkennen, an der die Institutionen teilhaben, an denen wir arbeiten. Es bedarf eines (selbst)kritischen Blickes, der Ausschlüsse sichtbar macht und bekämpft.

Es bedarf eines (selbst)kritischen Blickes

Der Nationalsozialismus war das Resultat gesellschaftlich verankerter völkischer und somit rassistischer und antisemitischer Haltungen. In diesem Sinne können Gedenkstätten nur antifaschistische Räume sein. Dazu gehört auch der konsequente Ausschluss rechter Positionen und Akteur*innen. Nur so können unsere Institutionen offene Räume sein, in denen sich alle sicher fühlen können.

Die Gedenk- und Erinnerungskultur selbst bedarf einer Demokratisierung. Allen Personen, die sich an historischen Tatsachen orientiert mit den Verbrechen des Nationalsozialismus befassen und diese weder relativieren noch verherrlichen, sollte – unabhängig von Status und Position – der Zugang zu Mitgestaltung und Teilhabe über die Belange der Institutionen ermöglicht werden, etwa durch Mitarbeit in Gremien, Zugang zu Fortbildungen und Diskussionsräumen. Dabei müssen die Perspektive und die Teilhabe strukturell Benachteiligter, ihrer Geschichten und Geschichtsbilder, dabei sein, am liebsten: gemeinsam.

Wir wollen, dass Gedenkstätten wieder zu undisziplinierten Orten werden, unbequem für den (nationalen) Konsens einer wiedergutgewordenen Gesellschaft. Kurz gesagt: Wir begreifen Gedenkstätten als Orte der gesellschaftlichen Verunsicherung – und wir meinen es politisch!<

*Die Autor*innen
sind Teil des
Arbeitskreises
Räume Öffnen,
einem losen
Zusammenschluss
unterschiedlicher
Personen, die
pädagogisch zum
Themenfeld
Erinnerungskulturen
und Nationalsozial-
ismus arbeiten und
größtenteils
pädagogisch und
kuratorisch an
unterschiedlichen
Gedenkstätten und
NS-Dokumentations-
zentren im
deutschsprachigen
Raum tätig sind.*

Mind the gap oder: Was wir sehen, wenn wir nichts sehen

Wie der rosa Winkel aus dem *Internationalen Mahnmal* in Dachau verschwand und was diese Leerstelle sichtbar macht. Von Gabriele Fischer und Katharina Ruhland

Was haben die Proteste von trans*Personen, Schwulen und Lesben im *Stonewall Inn* in der Christopher Street in New York mit dem *Internationalen Mahnmal* der KZ-Gedenkstätte Dachau zu tun? Es handelt sich um zwei unterschiedliche Orte, um unterschiedliche Geschichten, die letztendlich jedoch miteinander verwoben sind. Das *Stonewall Inn* ist Ausgangspunkt und Referenzpunkt für eine weltumspannende Bewegung, die an vielen Orten Freiräume und Anerkennung für queere Personen erkämpft hat. Dachau steht, weltweit bekannt, für Terror und Vernichtung von Leben im Nationalsozialismus und wurde zu einem wichtigen Erinnerungsort in Deutschland – zu einem Ort also, an dem der Opfer gedacht und Erinnern an den Nationalsozialismus auch über Bildungsarbeit praktisch umgesetzt wird. KZ-Gedenkstätten spielen mittlerweile eine zentrale Rolle bei der Vermittlung von NS-Geschichte. Sie sind allerdings inzwischen selbst historische Orte des Erinnerns geworden. An ihnen bildet sich ab, wie sich Erinnern verändert und welche machtvollen Aushandlungsprozesse dabei eine Rolle spielen. Wir wollen in unserem Text nachvollziehbar und konkret machen, dass in diese Aushandlungsprozesse des sich Vergegenwärtigens soziale Ungleichheiten und Diskriminierungen einfließen, die sich im öffentlichen Raum niederschlagen. Wir wollen zudem zeigen, wie soziale Bewegungen, die zunächst überhaupt nichts mit dem Erinnern an den Nationalsozialismus zu tun haben, sich doch darauf auswirken.

Das *Internationale Mahnmal* und seine Initiator*innen

Das *Internationale Mahnmal* der Gedenkstätte Dachau hat ikonografischen Charakter: Die Skulptur der ineinander verschlungenen Menschen, die von Skeletten kaum zu unterscheiden sind, steht symbolisch für das Leid der Häftlinge im Konzentrationslager Dachau – und ist zum Symbol für die Gedenkstätte geworden. Nandor Glid, Künstler und Überlebender entwarf das Mahnmal. Mit seinem Entwurf gewann er einen Wettbewerb, den das *Comité International de Dachau* (CID) – die internationale Organisation der Überlebenden des Konzentrationslagers Dachau – ausgeschrieben hatte. Das Mahnmal wurde 1968 zentral auf dem ehemaligen Appellplatz des Lagers errichtet. Nur drei Jahre zuvor war der Ort des ehemaligen Lagers in eine Gedenkstätte umgestaltet worden. Fast 20 Jahre des Kampfes und des politischen Drucks von Seiten der Überlebenden gingen dem voraus. Das Denkmal ist als „Lehr- und Läuterungspfad“ konzipiert – beginnend und endend mit Appellen an die Besuchenden. Vor dem Betreten eines abschüssigen Weges trifft die*der Betrachtende auf eine Zugangsmauer mit einer mehrsprachigen Inschrift: „Möge das Vorbild derer, die hier von 1933 bis 1945 wegen ihres Kampfes gegen den Nationalsozialismus ihr Leben ließen, die Lebenden vereinen zur Verteidigung des Friedens und der Freiheit und in Ehrfurcht vor der Würde des Menschen.“ In der

Formulierung spiegelt sich die Zusammensetzung der Überlebenden des *Internationalen Dachau Komitees*. Seine Mitglieder waren zu dieser Zeit weitgehend ehemalige sogenannte politische Häftlinge, deren Selbstverständnis auf dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus basierte. Die Verfolgungskategorie „politischer Häftling“ umfasste gleichwohl eine sehr heterogene Gruppe von Personen, die im Laufe der zwölf Jahre des Bestehens des KZ Dachau an diesen Ort verschleppt worden waren. Die politische und soziale Heterogenität des Komitees war wie dessen transnationale und über die Grenzen des *Eisernen Vorhangs* reichende Ausrichtung eine Stärke im zähen Ringen um den Gedenkort. Ein Ringen mit der bayerischen Regierung, aber eben auch mit einer ganzen Gesellschaft in Westdeutschland, die mehrheitlich keinerlei Interesse an einer kritischen Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen und den eigenen Verstrickungen darin zeigte. Eine Gesellschaft, in der die überlebenden Opfer dieser Verbrechen nicht selten als Störenfriede wahrgenommen wurden. So klar für das Komitee die Errichtung einer Gedenkstätte und eines zentralen Mahnmals als gemeinsames Ziel war, so unterschiedlich waren die Ideen, wie genau diese aussehen sollten. Und ebenso heterogen waren die Vorstellungen dazu, was das „nie wieder“ bedeuten sollte, das am Ende des Weges durch das Mahnmal steht.

Das Winkelrelief mit Auslassungen

Am tiefsten Punkt des Denkmals findet sich an der Wand des Pfades, der Skulptur schräg gegenüberliegend, das sogenannte Winkelrelief. Auf an Ketten erinnernden Metallgliedern sind verschiedenfarbige nach unten zeigende Dreiecke abgebildet, die diese Winkel symbolisieren, die die Gefangenen ab 1937 auf ihrer Kleidung tragen mussten. Das „Winkelsystem“ war Teil des Terrors in den Konzentrationslagern und diente der SS dazu, die Häftlinge zu kategorisieren, zu markieren und zu hierarchisieren. Das rote Dreieck stand für „politisch Verfolgte“, grün für von der SS als „Kriminelle“ bezeichnete Häftlinge, schwarz für als „asozial“ verfolgte Menschen, rosa für als „homosexuell“ verfolgte Männer, lila für „Bibelforscher*innen“ (so wurden Zeug*innen Jehovas bezeichnet) und blau für „Emigranten“. Als „Juden“ verfolgte Menschen wurde einer dieser Winkel zugewiesen, ergänzt mit einem umgekehrten gelben Dreieck, so dass ein zweifarbiges Stern auf der Kleidung entstand. Das Winkelrelief des *Internationalen Mahnmals*, das für Solidarität zwischen den Häftlingen steht, enthält jedoch nicht alle diese Farben. Es fehlen die Winkelfarben Schwarz, Grün und Rosa.

Sichtbare Unsichtbarkeit

Der Künstler Nandor Glid sah in seinem Entwurf alle Winkelfarben vor. Die Generalversammlung des CID jedoch entschied sich entsprechend eines Vorschlags seines damaligen Generalsekretärs nach einer Diskussion mehrheitlich dagegen. „Das Denkmal soll das Andenken an die Opfer des Nationalsozialismus ehren und nicht jene Menschen, die nach allgemeinem Recht, wegen Homosexualität oder als Asoziale inhaftiert waren.“ Die vermutlich nur fragmentarisch überlieferte Debatte dazu enthält keine Beiträge zum rosa Winkel. Nandor Glid folgte der Forderung des CID, indem er die drei Winkelfarben aus dem Relief-Entwurf entfernte, die Formen jedoch ungefüllt beibehielt und damit die Leerstellen zum Ausdruck brachte.

Die Entscheidung des CID reproduzierte einen Ausschluss, der gesellschaftspolitische Realität in der Bundesrepublik war. Diejenigen, die als Kriminelle, als Asoziale und als Homosexuelle verfolgt worden waren, wurden offiziell nicht als NS-Opfer anerkannt und waren von Entschädigungsleistungen ausgeschlossen. Ihre Verfolgung galt nicht als NS-Unrecht. Diejenigen Betroffenen, die den NS-Terror trotz ihrer Position am unteren Ende der von der SS etablierten Lagerhierarchie überlebt hatten, wurden über 1945 hinaus stigmatisiert, sozial marginalisiert und häufig kriminalisiert. Der Paragraph 175, der Homosexualität unter Strafe stellte, besaß Anfang der 1960er Jahre in Westdeutschland noch volle Gültigkeit in der verschärften Fassung von 1935. Auch verschiedene Versuche scheiterten, dagegen gerichtlich vorzugehen und die Übereinstimmung mit dem Grundgesetz in Frage zu stellen. Homosexualität blieb verboten. Für die im NS verfolgten Männer bedeutete das, sie konnten ihre Geschichten nicht erzählen, ohne sich zu outen und sich damit der Gefahr der erneuten strafrechtlichen Verfolgung auszusetzen. Erzählungen und Erinnerungen konnten lediglich im vertrauensvollen Kontext und in der Szene selbst geteilt werden. Mit dem Verschwinden der Winkel aus dem *Internationalen Mahnmal* blieb ihre Verfolgungsgeschichte auch im öffentlichen Raum des Erinnerns an der Gedenkstätte unsichtbar. Ebenso wie das der als Kriminelle und der als sogenannt asozial verfolgten Menschen. Schon kurz nach der Einweihung des Denkmals jedoch entwickelte sich eine Auseinandersetzung um den fehlenden rosa Winkel, die eng verwoben ist mit der erstarkenden sozialen Bewegung für die Anerkennung queeren Lebens.

Kämpfe um Anerkennung

Ende der 1960er Jahre setzten erste Veränderungen der Strafverfolgung schwuler Männer in Westdeutschland ein. 1969 wurde der Paragraf 175 in Deutschland zum ersten Mal entschärft und Homosexualität stand nicht mehr unter Totalverbot. Damit wurde auch eine Organisierung schwuler Gruppen möglich, was relativ schnell geschah. Der Beginn der Schwulenbewegung in Deutschland wird auf das Jahr 1970 datiert, was sicherlich auf die rechtlichen Möglichkeiten zurückzuführen ist, aber auch auf die weltweite Mobilisierung in Solidarität mit den Aktivist*innen des *Stonewall Inn* in New York. Der *Christopher Street Day* entwickelte sich als

globale Bewegung für die Anerkennung queeren Lebens. Im Rahmen dieser Emanzipationsbewegung wurde auch das fehlende Erinnern an die Verfolgung homosexueller Männer thematisiert. 1976 äußerten schwule Aktivist*innen öffentlich ihre Kritik an dieser Leerstelle, konkret an den fehlenden rosa Winkeln im Relief des *Internationalen Mahnmals*. Auf ihre Anfrage antwortete ihnen das CID: „Das CID hat seine Auswahl auf die Winkel festgelegt, die als dekoratives Element des Mahnmals entsprechend der ‚Qualität‘ der Lagerinsassen stehen sollen.“ Haltung und Sprache der Antwort bringen zum Ausdruck, wie wenig die als Homosexuelle verfolgte Männer als Häftlinge, Opfer und Überlebende anerkannt wurden.

Die langsame Veränderung der gesellschaftlichen Anerkennungsverhältnisse in Bezug auf Homosexualität zeigte sich dann aber zunehmend auch im Erinnern im öffentlichen Raum. 1984 wurde ein Gedenkstein für als homosexuell verfolgte Häftlinge in der Gedenkstätte Mauthausen in Österreich eingeweiht, 1985 in Neuengamme. Dies ermutigte die Münchner Aktivist*innen, die Forderung nach einem sichtbaren Gedenken in Dachau zu wiederholen. Allerdings scheiterte auch 1985 der Wunsch, zum 40. Jahrestag einen Gedenkstein für die Häftlinge mit dem rosa Winkel an der Gedenkstätte zu installieren. Eine entsprechende Eingabe ans CID wurde schlicht nicht beantwortet. Deshalb starteten die Aktivist*innen eine Petition an das CID für die Installation eines Gedenksteins im Museum im ehemaligen Wirtschaftsgebäude. Der Verwaltungsrat des CID lehnte auch diese 1986 ab – nach wohl intensiver Debatte, aber

letztlich einstimmig. Davor blieb das Komitee lange eine Reaktion schuldig, tat sich schwer mit der Entscheidung und bat die Verwaltung der Schlösser, Gärten und Seen – von Regierungsseite zuständig für das Gelände der Gedenkstätte – um eine Stellungnahme. In dieser spiegelt sich der gesellschaftliche Wandel ebenso wie das Bestreben, die Forderung zu entpolitisieren. *„Der Antrag ist sicher nicht unproblematisch, zumal die moralische Beurteilung und damit die strafrechtliche Relevanz der Homosexualität dem Wandel der gesellschaftlichen Wertmaßstäbe unterliegt. Andererseits ist aber der Devotionalien-*

raum eigens eingerichtet worden, um einzelnen Personen oder Personenkreisen ein privates Gedenken ohne

Totgeschlagen. Totgeschwiegen. Den homosexuellen Opfern des Nationalsozialismus

Anspruch auf offizielle Anerkennung oder Bewertung zu ermöglichen. Selbstverständlich müßten [sic!] Text und Gestaltung einer Gedenktafel noch abgesprochen werden.“ Der hier angesprochene Devotionalienbeziehungweise Gedenkraum ist ein Raum im Museum, am Ende der Ausstellung, in dem Gedenken und Gedenksteine auf private und zum Teil auch individuelle Initiative hin installiert werden. Tatsächlich bleibt er am Ende der Ausstellung oft unbemerkt von Besucher*innen. Er ist zwar öffentlich zugänglich, aber nicht wirklich Teil des öffentlichen Gedenkens am Ort der Gedenkstätte.

Kämpfe um Sichtbarkeit im öffentlichen Raum

Nach zwei Jahren konfliktreicher Auseinandersetzung mit dem CID beschlossen die schwulen Aktivist*innen 1988 auch ohne das Einverständnis des Komitees einen Gedenkstein auf dem Gelände der KZ-Gedenkstätte zu installieren und damit die Verfolgung homosexueller Männer im öffentlichen Raum sichtbar zu machen. Sie wählten dafür das Areal der evangelischen Versöhnungskirche kurz vor dem Eingang zum ehemaligen Krematoriumsbereich. Es ist eine Besonderheit in Dachau, dass religiöse Mahnmale Bestandteil der Gedenkstätte sind. In diesem Fall nutzten die Aktivist*innen das Hausrecht und die Unterstützung der Versöhnungskirche und platzierten dort einen Gedenkstein mit rosa Winkel mit der Inschrift *„Totgeschlagen. Totgeschwiegen. Den homosexuellen Opfern des Nationalsozialismus. Die homosexuellen Initiativen Münchens.“* Die Aktion wurde unterstützt

von der damaligen Leiterin der Gedenkstätte, Barbara Distel, die sich damit gegen die Position des CID stellte. Der Stein blieb in den folgenden Jahren an der Versöhnungskirche. 1994 musste er aufgrund witterungsbedingter Schäden erneuert werden, ein Jahr später wurde er auch vom CID offiziell anerkannt und in den Gedenkraum des Museums überführt, wo er bis heute steht.

Die Geschichte des rosa Winkels auf dem Gelände der KZ-Gedenkstätte Dachau zeigt, wie umkämpft öffentliches Erinnern ist. Erinnern im öffentlichen Raum lässt sich stets als Ergebnis gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse beschreiben, in denen Machtverhältnisse wirksam und Ausschlüsse reproduziert werden, aber auch gesellschaftliche Veränderungen Erinnern überschreiben können. Dieser Akt wird also weniger als ein in die Vergangenheit gewendeter Moment des Einhaltens verstanden, sondern als ein Prozess, in den handelnde Akteur*innen eingebunden sind, durch die öffentliches Erinnern immer wieder neu hergestellt werden muss. Im Fall des rosa Winkels spielten schwule Aktivist*innen eine zentrale Rolle für die Neuaushandlung des Erinnerns.

Das Nicht-Sichtbare sehen

Das *Internationale Mahnmal* wurde bis heute nicht geändert. Welche Folgen hätte es, wenn die bisher leer

gebliebenen Winkel, jetzt rosa, grün und schwarz, gefüllt würden? Zwar würde das Leid der Menschen, die mit diesen Winkeln gekennzeichnet wurden, symbolisch in das Winkelrelief aufgenommen, unsichtbar würde dann aber, dass die Winkel mehrere Jahrzehnte gefehlt haben. Gerade für die Bildungsarbeit bieten die fehlenden Winkel sehr gute Möglichkeiten, ein Verständnis für den Aushandlungscharakter von Erinnern zu entwickeln. Rundgänge der Gedenkstätte mit Schulklassen beschäftigten sich am *Internationalen Mahnmal* oft mit der Feststellung, dass bei drei Winkeln die Farben fehlen und mit der Frage: warum? Und damit, wie mit diesem Fehlen heute umgegangen werden kann. So kann das Nicht-Sichtbare zum Anlass genommen werden, das in den Blick zu nehmen, was für eine kritische Auseinandersetzung mit Erinnern und Gedenken wesentlich ist. Und gleichzeitig können diejenigen gewürdigt werden, die sich dafür eingesetzt haben, dass sich etwas ändert: Zwar nicht das Winkelrelief des *Internationalen Mahnmals*, aber das Narrativ der Verfolgung als „Homosexuelle“ gekennzeichnete Häftlinge und deren Kampf, als Opfer des NS anerkannt zu werden.<

Gabriele Fischer ist Professorin für Soziologie an der Hochschule München und arbeitete längere Zeit als Referentin an der Gedenkstätte Dachau. Sie setzt sich in ihrer aktuellen Forschung mit Erinnerungspraktiken an Todesopfer rechtsextremen Terrors auseinander.

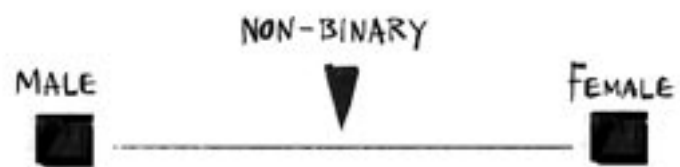
Katharina Ruhland arbeitet in der historisch-politischen Bildung. Sie war unter anderem als Referentin an der KZ-Gedenkstätte Dachau tätig und beschäftigt sich mit der Geschichte der Verbände der Überlebenden des Konzentrationslagers Dachau.

Mind the gap.

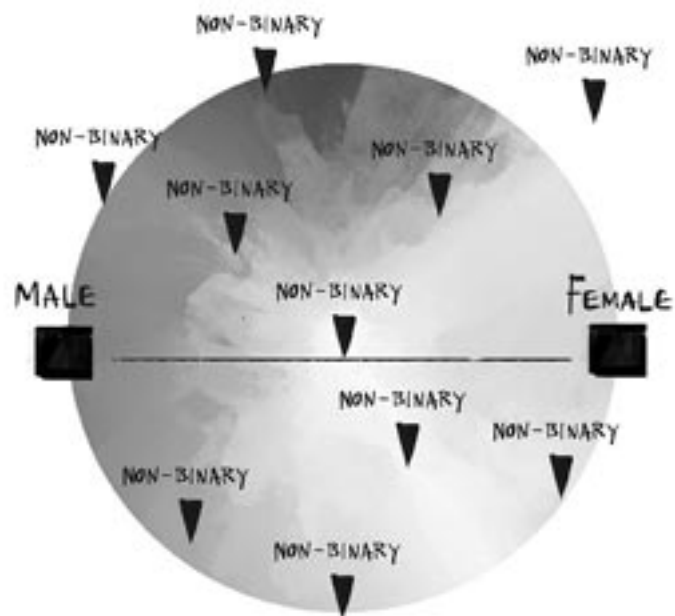
Winkelrelief als Teil des Internationalen Mahnmals der Gedenkstätte Dachau



What people think non-binary means:



What non-binary actually means:



Von Gendersternchen und anderen Türsteherinnen

In welchen Zwischenräumen, an welchen Rändern und auf welchen Geländern balancieren wir als nicht-binäre Menschen unsere Körper, Leben, Existenzen? Von Zara Jakob Pfeiffer

Die Veranstaltung beginnt in wenigen Minuten. Ich muss auf Toilette. Es gibt eine Toilette für alle Geschlechter. Es ist die Toilette, die am weitesten weg ist vom Veranstaltungssaal. Die Frauentoilette ist direkt um die Ecke. Ich bin nicht alleine unterwegs. An meinem rechten Arm ist eine Frau, die nicht sehen kann. Mit ihr unterwegs zu sein heißt, dass alles etwas langsamer geht und etwas schöner ist, weil ich aufmerksamer bin, die Welt anders ansehe und wir unsere Wahrnehmung teilen. Wir steuern also die nächstgelegene Toilette an. Eine Gruppe von Frauen steht davor. Ich werde von oben bis unten gemustert. Eine der Frauen lächelt und sagt: „Für dich hier nicht mehr“.

In der Garderobe keine Haftung für Gebärmütter und Prothesen

Geschlecht ist ein zentraler Ort an und über den Zugehörigkeit, Zugänge und Ausschlüsse verhandelt werden. Welche Körper werden anerkannt? Welche Identitäten respektiert? Unter welche Kategorien müssen wir uns unterwerfen, um akzeptiert zu sein? Wie müssen unsere Körper aussehen, um unversehrt bleiben zu dürfen? Wie genormt müssen wir uns

geben, um Zugang zu den medizinischen Leistungen zu erhalten, die wir brauchen? Wer definiert und entscheidet, wer wir sind und sein dürfen? Und was überhaupt ist Geschlecht?

Geschlecht ist ein tiefes inneres Wissen und Fühlen, eine Notwendigkeit, die jeder Mensch nur für sich selbst beantworten kann. Geschlecht ist mit unserem Sein verbunden, dem mit uns selbst Sein und dem in der Welt Sein. Geschlecht kann so viel mehr sein als die Kategorien Frau oder Mann. Körper sind so viel mehr. Geschlecht ist ein inneres und äußeres Wissen und Werden. Geschlecht ist nicht immer die kohärente Erzählung von uns selbst, die uns das gewaltsame Aufrechterhalten einer binären Geschlechterordnung abverlangt, um Anerkennung zu finden. Geschlecht kann sich nur aus sich selbst heraus verändern – Geschlecht lässt sich nicht verändern. Das Geschlecht einer anderen Person verändern wollen ist Gewalt. Geschlecht ist.

Die gesellschaftlichen Normen und Vorstellungen zu Körpern und Geschlechtern sind immer wieder, manchmal, nicht immer und hin und wieder auch gar nicht zutreffend. Körper sind vielfältig und ok wie sie

sind. Manchmal passen Körper und Sein nicht zusammen. Manchmal passt das, was in die Geburtsurkunde eingetragen wurde, nicht zu uns. Das eigene Geschlecht nicht leben zu können, keine Worte zu haben, nicht da sein können, nicht anerkannt werden als der

Mensch, der wir sind, stellt uns grundlegend in Frage.

Wir sollten behutsam sein mit dem Geschlecht anderer

Menschen, mit dem, was wir meinen, was sie sind und zu sein haben, mit unseren Vorstellungen zu Körpern, mit dem Wunsch nach Schutz. Warum sollten wir uns für unsere Narben und Prothesen schämen, wenn wir sie brauchen auf dem Weg zu uns selbst? Sie gehören zu uns und erzählen oft genug den guten Teil der Geschichte. Warum sollte es richtig oder auch nur sinnvoll sein, dass die Nicht-/Existenz einer Gebärmutter oder eines Penis über den Zugang oder Ausschluss zu Räumen entscheidet, wenn wir doch gar nicht wissen können, ob sie da sind oder nicht? Wer wollte wirklich nachsehen und was würde das bedeuten? Warum können nicht alle Menschen mit ihren vielfältigen Körpern und Geschlechtern willkommen und sicher sein?

Der endlose Abspann der binären Geschlechterordnung

Am 10. Oktober 2017 urteilte der erste Senat des Bundesverfassungsgerichts, dass auch die geschlechtliche Identität derjenigen geschützt ist, „die sich dauerhaft weder dem männlichen noch dem weiblichen Geschlecht zuordnen lassen.“ Dort wurde auch festgehalten, dass Artikel 3 Absatz 3 des Grundgesetzes nicht-binäre Menschen vor Diskriminierung schützt: „Zweck des Art. 3 Abs. 3 Satz 1 GG ist es, Angehörige strukturell diskriminierungsgefährdeter Gruppen vor Benachteiligung zu schützen [...]. Die Vulnerabilität von Menschen, deren geschlechtliche Identität weder Frau noch Mann ist, ist in einer überwiegend nach binärem Geschlechtsmuster agierenden Gesellschaft besonders hoch.“ Mit diesem Urteil wurde der Gesetzgeber aufgefordert eine gesetzliche Regelung zu schaffen, welche die Benachteiligung der betroffenen Personen beseitigt. Es folgte eine Änderung des Personenstandsgesetzes, die zum 22. Dezember 2018 in Kraft trat – seitdem stehen im

Gesetz vier Geschlechtsoptionen zur Auswahl: weiblich, männlich, divers, ohne Angabe.

Auch wenn die Zugänge prekär sind, auch wenn Horst Seehofer und das Bundesinnenministerium versuchen,

uns das Leben so schwer wie nur möglich zu machen, auch wenn wir weit davon entfernt sind, eine Gesetzeslage zu haben, die die Grun-

drechte von trans*, inter und nicht-binären Menschen anerkennt, auch wenn das unerbittliche und menschenrechtsfeindliche Transsexuellengesetz immer noch in Kraft ist, auch wenn wir immer noch kein Recht auf geschlechtliche Selbstbestimmung haben – das Urteil des Bundesverfassungsgerichts ist eine leise Revolution, welche die binäre Geschlechterordnung nachdrücklich erschüttert hat. Und weniger als ein Ende der ausschließlich und ausschließenden binären Geschlechterordnung und endlich ausreichend Raum für Frauen, Männer und alle weiteren Geschlechter werden wir nicht akzeptieren.

Gleichzeitig haben sich die Räume bisher nur wenig verändert. Gesetze und Formulare, Architekturen und Zugänge, Sprache und Gewohnheiten – die Welt, in der wir uns bewegen, ist in weiten Teilen binär strukturiert, für Frauen und Männer gemacht, nur schwer durchlässig für Transitionen, Übergänge und alle, die sich an den Rändern und in den Zwischenräumen jenseits dieser binären Ordnung zuhause fühlen.

Keine Angst vor Gendersternchen?

Gäbe es ein Zeichen für dieses Zuhause nicht-binärer Personen, wäre es – so die Vermutung – das Gendersternchen oder der Unterstrich? Der Unterstrich, der Raum lässt und Platz macht für alle Geschlechter jenseits von Frau und Mann. Der Genderstern als Markierung für die Vielfalt geschlechtlicher Identitäten – für Träumer_innen und Die-Welt-aus-den-Angeln-Heber*innen. Es wäre so einfach und wir könnten dafür kämpfen – für die Sichtbarkeit nicht-binärer Personen und gegen die ganzen Sprachbewahrerinnen und Meine-deutsche-Sprache-gehört-mir-und-darf-niemals-verändert-werden-Lamentierer. Überall könnten wir einen Genderstern machen (der Unterstrich wird in dieser Verwendung weniger gesichtet)

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts ist eine leise Revolution

und alle wären immer mitgemeint, angesprochen und gut.

Manchmal hängt der Genderstern aber hinter Wörtern wie Frauen* oder Männer* und dann wird es kompliziert, und ich zumindest ambivalent. Was genau heißt dieses Sternchen, das zum Beispiel in bestimmten, oft feministischen Zusammenhängen hinter Frauen* auftaucht? Verspricht es Offenheit für trans* Frauen? Trans* Frauen sind Frauen, sie brauchen keinen Stern. Ist es eine Einladung für nicht-binäre Menschen? Warum dann ein Stern und nicht einfach schreiben, dass Frauen und nicht-binäre Menschen gemeint sind und Zugang haben? Was genau soll der Genderstern hinter Frauen* ausdrücken? Wer ist gemeint? Und sollten wir ihn nicht einfach weglassen, wenn er so unklar ist und kompliziert? Ganz so einfach ist das nicht.

Neben Unterschieden und Ähnlichkeiten

Frauen sind nicht gleich, sondern vielfältig. Das heißt sie sind Schwarz, weiß, hetero, lesbisch, bisexuell, haben

Migrationserfahrung, sind dünn, alt, werden behindert, leben poly, verheiratet, allein-erziehend

und das alles und noch viel mehr in Abstufungen sehr unterschiedlich – auch gleichzeitig. Manche Frauen haben die Erfahrung gemacht, dass das bei ihrer Geburt zugeschriebene Geschlecht weiblich war und das für sie und ihr Empfinden passt. Andere Frauen haben die Erfahrung gemacht, dass sie bei der Geburt nicht dem Geschlecht zugewiesen wurden, das sie sind. Wieder andere Frauen haben Körper, die intergeschlechtlich kategorisiert wurden, und vielleicht deshalb sehr viel Gewalt erlebt, aber sie sind Frauen, weil sie sich als Frauen identifizieren.

Es gibt eine Erfahrung, die all diese Frauen gemeinsam haben, wenn auch in unterschiedlichen Ausprägungen und Formen. Sie haben Sexismus und Misogynie erlebt und erleben Sexismus und Misogynie mit all dem, was daran hängt. Und es gibt noch etwas, was sie verbindet: Sie fühlen sich angesprochen, vermutlich sehr unterschiedlich, aber doch irgendwie angesprochen von dem Begriff, der Kategorie Frau. Wenn wir von Frauenrechten reden, von Gleichstel-

lung von Frauen, Frauenräumen oder Befreiung von Frauen, dann wissen wir hoffentlich – und oft leider nicht genug – um die Gemeinsamkeiten und Unterschiedlichkeiten in den Lebensrealitäten, Erfahrungen, Perspektiven und Träumen von Frauen – ganz unabhängig davon, ob das Frausein ein politisches Statement, eine Utopie oder eigentlich nicht so wichtig ist. Wir können von Frauen schreiben und die Vielfalt von Frauen inkludieren, eben weil sich all diese Frauen in ihrer Unterschiedlichkeit – zumindest grundsätzlich – als Frauen verstehen.

Wir sind mehr als Sterne ...

Es gibt aber noch weitere Personengruppen, die die Erfahrung des Erlebens von Sexismus und Misogynie teilen. Das sind all die Personen, die mit einem weiblich zugeschriebenen Körper aufgewachsen sind – zum Beispiel trans* Männer und manche nicht-binäre Personen. Sie teilen die Erfahrung zugeschriebener Weiblichkeit und was alles damit verbunden sein kann – stereotype Zuschreibungen und Regulierungen, Sexismus, sexualisierte Gewalt, kein Selbstbestim-

mungsrecht bei Schwangerschaftsabbruch et cetera. Mit dem Begriff Frauen sind diese Personen nicht angesprochen.

Diese ganze Vielfalt ist schön kompliziert und gerade deshalb einfach schön

Wenn wir zum Beispiel Aktionen zum Selbstbestimmungsrecht machen, dann geht es auch um diese Körper, weil die Körper von trans* Männern und nicht-binären Menschen, die schwanger werden können, ein Recht haben sollten in der Welt zu sein und gesehen zu werden. Wenn trans* Männer und nicht-binäre Menschen und ihre Anliegen berücksichtigt werden sollten – und das sollten sie definitiv – dann müssen sie auch benannt werden. Sie unter dem Begriff, der Kategorie Frau mit zu meinen, wäre nicht nur unpassend, sondern auch gewaltvoll.

Und Frau*? Ändert das Gendersternchen hinter dem Wort Frau etwas? Für trans* Männer ist der Begriff Frau* ebenso ungeeignet wie für viele nicht-binäre Menschen. Trans* Männer sind Männer und nicht-binäre Menschen sind nicht-binär, agender, inter, genderfluid, neutrois, queer, genderqueer et cetera. Manche nicht-binäre Menschen haben keine Zuordnung zu einem Geschlecht, andere haben mehrere. Ja, es gibt nicht-binäre Menschen, die sich als nicht-binär

und als Frau oder als Mann oder als alles gleichzeitig identifizieren. Diese ganze Vielfalt ist schön kompliziert und gerade deshalb einfach schön.

... und keine Sterne sind auch keine Lösung

Sollten wir also wieder aufhören Sterne hinter Frauen und Männer und Jungen und Mädchen zu schreiben? Ja und Nein: Schreibt aus, wen ihr meint, wann immer es geht! Die binäre Geschlechterordnung ist ein Raum, in dem sich nur manche wohlfühlen, für andere ist er gefährlich – oft genug lebensgefährlich. Nicht ohne Grund versuchen und begehen so viele trans* Personen Suizid, nicht ohne Grund erleben so viele trans* Frauen Gewalt und werden ermordet.

Sichtbarkeit und Akzeptanz für trans*, inter und nicht-binäre Menschen ist ein Weg, der Brutalität von Binarität etwas entgegenzusetzen. Wir brauchen Sichtbarkeit, Schutz, Rechte, Strukturen, Räume. Wir sind mehr als Sterne, aber Sterne sind besser als nichts. Ich lese den Genderstern hinter Frauen* auch als freundliches Zeichen, als Versuch Offenheit zu signalisieren, der je nach Kontext, Bezug und Erklärung manchmal gelingt und manchmal ziemlich schief geht. Ich lese ihn aber meistens als Hinweis, dass Türsteherinnen, die trans*, inter und nicht-binären Personen den Zugang verweigern, nicht erwünscht sind. In Zeiten, in denen feministische Räume und Debatten von Transfeindlichkeit durchzogen sind, ist der Stern das Versprechen, in einem Raum immerhin keinem offenen Hass zu begegnen.

My Body – my Choice!

Ich stehe vor der Frauentoilette und der Herrentoilette und weiß nicht, welcher Ort mir mehr Angst macht. Wo bin ich weniger willkommen? Wie voll ist meine Blase und wie weit der Weg zur nächsten All-Gender-Toilette? Kann ich einfach mal in die nächstgelegene Toilette gehen, ohne für mein Geschlecht bewertet zu werden, sondern weil ich schlicht müde bin oder keine Lust habe, mir dazu Gedanken zu machen? Ist es legitim, auf die unisex Behindertentoilette zu gehen, wenn es gerade der Ort ist, der mir am wenigsten Angst macht? Warum sind die Diskussionen um Toiletten so unerbittlich? Warum zementieren wir Ausschlüsse, statt vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Bedarfe und Erfahrungen von sexisti-

scher, sexualisierter und transfeindlicher Gewalt auf Toiletten, diese für alle Menschen sicher und diskriminierungsfrei zu gestalten? Weil es um Schutz geht? Um Privilegien, die verteidigt werden? Um Deutungshoheit und Definitionsmacht?

Warum wird eine gleichberechtigte Teilhabe der Perspektiven von trans*, inter und nicht-binären Menschen von manchen immer noch als Verlust für Frauen diskutiert, statt als wichtiger und notwendiger Teil einer gemeinsamen feministischen Strategie? Wer definiert Zugehörigkeit im Streit um die Sichtbarkeit und Akzeptanz der vielfältigen Lebensrealitäten von Frauen und allen Menschen, die unter patriarchalen Verhältnissen leiden? Wie kann feministische Gleichstellungspolitik für alle

Geschlechter gedacht werden, ohne existierende Machtverhältnisse, Hierarchien und Privilegien auszublenden?

Misogynie Gewalt betrifft alle Frauen – und alle Menschen, die – ob sie es wollen oder nicht – mit der Kategorie Frau assoziiert werden. Patriarchale Gewaltverhältnisse sind strukturell, brutal und zäh, sie treffen uns individuell, ganz persönlich, gleichermaßen, wenn auch nicht gleich. Während zum Beispiel viele Frauen und Menschen, die schwanger werden können, die Gewalt erleben, über den Abbruch einer Schwangerschaft nicht selbstbestimmt entscheiden zu dürfen, werden behinderte Frauen und Menschen, die schwanger werden können, häufig gegen ihren Willen zum Schwangerschaftsabbruch gedrängt oder gezwungen. Geschlechtsspezifische Formen von Gewalt wirken nicht immer gleich, aber sie stabilisieren gleichermaßen ein patriarchales binäres Geschlechtersystem, das verwoben ist mit anderen Gewaltverhältnissen: Rassismus, Kolonialismus, kapitalistische Ausbeutungsverhältnisse, Ableismus, Heteronormativität – all das hindert uns daran gleichberechtigt, selbstbestimmt und frei zu leben.

Wenn Feminismus ein Raum wäre?

Es geht um Räume und Zugänge, Veranstaltungen, Orte, Definitionen. Darf ich als nicht-binärer Mensch in einen Frauenraum, in einen Frauen*raum, in einen Raum für Frauen und nicht-binäre Menschen? Wer entscheidet das? Wie verändert sich der Raum, wenn ich ihn betrete, wie verändert er sich, wenn nicht-

Wir sind mehr als Sterne, aber Sterne sind besser als nichts

Zara Jakob Pfeiffer

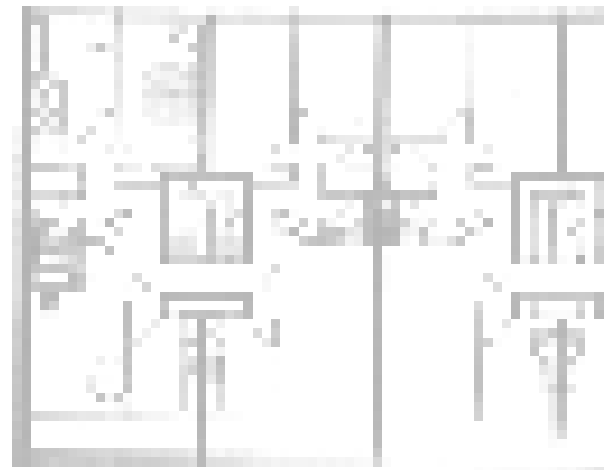
*ist Politikwissenschaftler*in. Im Podcast <http://beyond-binary.net> redet er mit unterschiedlichen Menschen über das Leben als nicht-binärer Mensch, binäre Strukturen und was das alles für Herausforderungen, Fragen und Perspektiven auf Geschlechterverhältnisse bedeutet.*

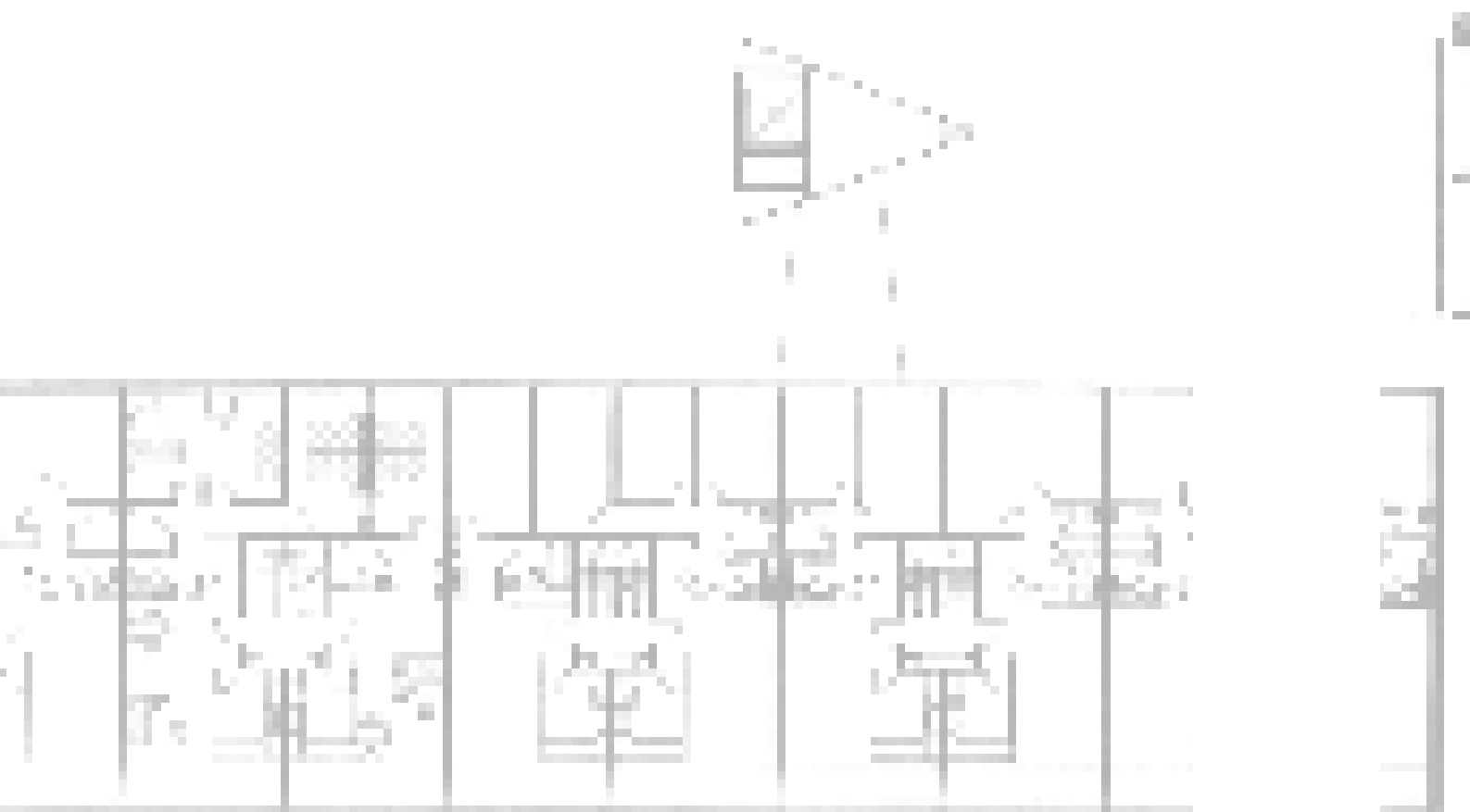
binäre Menschen ausgeschlossen werden? Was machen die rigiden Regeln des Zugangs mit denen, die dazugehören und mit denen, die ausgeschlossen werden? Wollen wir wirklich die binäre Geschlechterordnung, die so viel Ungleichheit, Unterdrückung und Gewalt mit sich bringt, zu einem unüberwindlichen Bezugs- und Ausgangspunkt feministischer Politik machen?

Was bedeutet es, wenn die Forderung nach selbstbestimmter Sexualität und dem Recht auf den eigenen Körper nur für manche Körper gelten soll und das Recht von trans* Personen auf ihren Körper und ein selbstbestimmtes Geschlecht von einigen Feministinnen erbittert bekämpft wird? Das Wir ist brüchig und muss immer wieder neu ausgehandelt werden. Es geht darum, nach den Rahmen und dem Schutz zu fragen, die notwendig sind, um die Ähnlichkeiten und Unterschiede der konkreten Erfahrungen, was patriarchale Gewalt und Machtverhältnisse strukturell und individuell bedeuten, zu hören und besprechbar zu machen.

Feminismus ist eine Utopie, eine soziale Bewegung (tatsächlich viele), das Versprechen, Unterdrückung entgegenzutreten, patriarchale Verhältnisse zu bekämpfen, Frauen zu befreien, alle Geschlechter zu befreien. Feminismus ist das, was wir daraus machen. Wir können nebeneinander-stehen, aber nicht neben allen Positionen, wenn wir gegen diese Gewalt kämpfen und für ein selbstbestimmtes und freies Leben von allen Menschen, die von dieser Form von Gewalt betroffen sind. Aber könnt ihr wirklich neben denen stehen, die trans* Frauen, trans* Männern und nicht-binären Personen das Recht auf ihr Sein absprechen – mit all der Gewalt, die das bedeutet? Privilegien sind ein Kuchen, der weniger wird, wenn wir uns ein Stück nehmen. Das Recht, Rechte zu haben, ist kein Kuchen. Solidarität wird nicht weniger, wenn wir sie teilen, sondern mehr.<

© Zara Jakob Pfeiffer, 2018







Krieg den Palästen in unseren Hütten

Unser Wohnraum, unser Zuhause, der Raum, der uns das intimste und persönlichste ist, ist auch Schauplatz der am tiefsten in unsere Gesellschaft eingeschriebenen und verinnerlichten Normen, Repressionen und Hierarchien. Das zeigen die Raumvisionen von Leon Witzel.

Hä? Paläste in Hütten? Zunächst einmal impliziert die Überschrift, dass Wohnraum etwas mit gesellschaftlichen Verhältnissen zu tun hat. Konkret mit Klassismus. Feministische Architektinnen der zweiten Frauenbewegung, wie Kerstin Dörhöfer, Christiane Erlemann, Myra Wahrhaftig und Ulla Terlinden, untersuchten dies bisher auch im Rahmen von Sexismus. Dass Machtverhältnisse in verschiedenen Bereichen unserer Gesellschaft wirken, ist mehr oder weniger allen bekannt. Sprache, Körper, Verhalten, Gesetze und Verordnungen et cetera sind durchzogen von Ableism, Adultismus, Antisemitismus, Homophobie/Homofeindlichkeit, Klassismus, Transphobie/Transfeindlichkeit, Rassismus, Sexismus und so weiter. Durch soziale Prozesse wird jede*r in dieses Machtgefüge, je nach der zugeschriebenen Positionierung, eingepasst, also hineinsozialisiert oder nachsozialisiert. Nachsozialisiert wird ein Mensch beispielsweise bei veränderter Verortung, also zum Beispiel durch Migrationsprozesse zwischen Nationen

oder bei Auf- oder Abstiegsprozessen zwischen Klassen/Schichten oder innerhalb geschlechtlicher Transitionsprozesse.

Was vielleicht neu, aber nicht verwunderlich sein könnte, ist, dass gesellschaftliche Verhältnisse ebenfalls in Wohnraum, so auch in seiner Physis, eingeschrieben werden. Meine Grundannahme, der ich in diesem Artikel folge, ist, wenn Klassismus und Sexismus in Wohnraum eingeschrieben sind, dann sind es auch alle anderen Machtverhältnisse. Die weiter oben genannten Machtverhältnisse, die ich hier metaphorisch als Paläste bezeichne, umgeben uns damit permanent, auch in unseren Wohnräumen. Die Schlussfolgerung daraus ist, es gibt keinen Erholungs-ort oder Safe Space, auch nicht dort, wo vielleicht einzelne Machtverhältnisse reflektiert werden, denn insbesondere die physische Umwelt gibt uns vor, wie viel Platz wir haben, welche Wege wir gehen und welche Aktivitäten möglich sind. Folgt man gedanklich

zum Beispiel Katharina Weresch und der von ihr untersuchten Entstehungsgeschichte von Wohnraum, so ist dieser, verkürzt dargestellt, lediglich ein Paläste-Abklatsch. Denn das Bürgertum orientierte sich beim Häuserbau an den Schlössern der Monarchie (WERESCH 2005). Das gemeine Volk wiederum

wetteiferte dem Bürgertum nach. So befindet sich zum Beispiel in der heutigen Zeit in Mietwohnungen in der Regel ein

Wohnzimmer, welches eins zu eins in seiner Funktion dem damaligen Empfangszimmer/Audienzsaal gleicht. Es ist meist das größte und am besten eingerichtete Zimmer, in das Gäste eingeladen werden können. Neben der Übernahme von Raumfunktionen und Strukturen wurden auch zum Beispiel Verhaltensnormen, so auch Geschlechterstereotype übernommen. Welches Zimmer wem zugeschrieben wurde und heute auch noch größtenteils wird, welches Zimmer wie groß ist und an welcher Stelle es innerhalb der Wohnung positioniert ist, aber auch, welches Intimitätslevel jedes Zimmer hat, das alles ist bereits im Grundriss festgelegt und verrät viel über in der Gesellschaft herrschende Machtverhältnisse. In der Regel ist das Zimmer mit dem größten Intimitätslevel das sogenannte Schlafzimmer. In den allermeisten Fällen wird es am Ende des Flures oder um eine Ecke gelegen sein. Gäste kommen dort nicht rein oder noch nicht mal in seine Nähe, da das WC näher am Wohnzimmer gelegen ist als am Schlafzimmer. Häufig ist das Schlafzimmer das mittelgroße Zimmer, kleiner als das Wohnzimmer, aber größer als das sogenannte Kinderzimmer. Ich schreibe hier in der Regel, da es abweichende Entscheidungen/Möglichkeiten bezüglich der Raumnutzung geben kann. In Wohngemeinschaften zum Beispiel haben häufig alle ein eigenes Zimmer. Oder es gibt erziehungsberechtigte Personen, die den Menschen mit dem größten Bewegungsbedürfnis das größte Zimmer geben.

Und was ist mit Kämpfen gegen in Wohnraum eingeschriebene Machtverhältnisse?

Hä? Ja, mir geht es ähnlich. Der mediale Mainstream berichtet darüber aktuell nichts. Wenn die Wohnraumfrage derzeit medial behandelt wird, dann mehrheitlich zu den Themen Marktmacht, zu hohe Mieten- und Bodenpreise, Mietendeckel und Enteignung. Auseinan-

dersetzungen à la: 30% des Einkommens für Miete ist okay, 30% Menschen mit niedrigem Einkommen dürfen in einem Haus leben, gehen mir persönlich jedoch nicht tief genug, um Fragen des Zusammenlebens zu erörtern. Warum gilt es als chic nur 30% bei neu gebauten Wohnungen an Menschen mit wenig

Einkommen zu vermieten? Warum nicht 50 % oder 100 %? Das alles sind wichtige Themen, die dringend verhandelt

werden müssen, aber sie vernachlässigen Fragen jenseits numerischer Diskussionen.

Wie würde ein intersektional durchdachter Wohnraum aussehen? Wie würde eine Wohnung aussehen, die für BpoC, Kinder, Jugendliche, von der Gesellschaft Behinderte gleichermaßen konzipiert ist?

Meiner Meinung nach ist das Aussparen sozialer Themen in Bezug auf Wohnraum eine direkte Folge einer Tabuisierung des Privaten. Denn die Übernahme bürgerlicher Wohn- und Lebensstandards hatte eine Trennung zwischen dem Privaten und Öffentlichen, auch in der Arbeiterklasse, zur Folge. Dabei ist es offensichtlich, dass existierender Wohnraum, aufgrund der eingeschriebenen (Macht-)Verhältnisse, die Bedürfnisse vieler Menschen nicht befriedigt. Oder wie viele Wohnungen kennst du, die für Menschen sind, die von der Gesellschaft behindert werden? Wie viele Wohnungen gibt es, die gleichgroße Zimmer haben, also zum Beispiel für Wohngemeinschaften gut geeignet sind? Wissenschaft könnte dabei unterstützen, diesen Umstand zu verändern, allerdings ist diese ebenfalls von Machtverhältnissen durchzogen. Dabei böte eine Auseinandersetzung mit der Frage, wie wollen wir leben, jenseits numerischer Diskussionen, in meinen Augen die historische Chance Veränderungsmöglichkeiten aufzudecken. Die sogenannte Wohnungsfrage ist und bleibt hoch aktuell, sollte aber dahingehend weitergedacht werden.

Die Theorie

Ein Theoretiker, der sich Gedanken darüber gemacht hat, wie Räume produziert werden, und folglich, wie gesellschaftliche Verhältnisse in Raum eingeschrieben werden, war Henri Lefebvre. Er entwarf diese Theorie zwar auf einem größeren Maßstab, denn er wollte

urbane Prozesse der Raumproduktion beschreiben. Meiner Meinung nach ist seine Arbeit dennoch anschlussfähig, um sie auf Wohnraum anzuwenden, da die Ebenen der Produktion die gleichen sind. Der Produktionsprozess besteht dabei aus drei dialektisch miteinander verbundenen Momenten. Dialektisch bedeutet, dass die drei Momente der (Re-)Produktion nicht getrennt voneinander betrachtet und analysiert werden können, sondern sich gegenseitig bedingen und beeinflussen. Die drei separaten, aber miteinander verbundenen Momente der Raumproduktion finden dabei auf drei Raumebenen gleichzeitig statt, auf der physischen, der mentalen und der sozialen.

Und was heißt das konkret? Wir denken, leben und erschaffen Wohnraum gleichzeitig. Es ist ein sozialer Prozess und muss ebenso behandelt und erforscht werden. Wir produzieren und reproduzieren Wohnraum jeden Tag so:

1. In unseren Köpfen (mentale Ebene): Durch verinnerlichte hegemoniale Konzepte, wie etwas zu sein hat (Kinderzimmer klein, Fenster macht man mit den Händen auf, Gabeln sind in einer Schublade, ein Haus hat Treppen et cetera). Es ist die Ebene des Planens. Dazu gehörst du, aber auch Architekt*innen, Städteplaner*innen.

2. Durch das was zwischenmenschlich passiert oder ist (soziale Ebene): Darin eingeschlossen sind alle tatsächlich stattfindenden Handlungen inklusive Nicht-Handeln, so auch Sprachhandlungen/Schweigen, unterlassene Hilfeleistung und Glotzen. Ebenfalls enthalten sind alle Möglichkeiten des Handelns, also auch Potenzial für gesellschaftliche Veränderung, Revolution und Konterrevolution.

3. Wird Wohnraum durch Menschen in seiner physischen Materialität hergestellt (physische Ebene): Irgendjemand hat das Konzept, den Bauplan umgesetzt und Wände aufgestellt, Fenster eingesetzt und Wasserleitungen gelegt. Oder jemand stellt Möbel um, reißt Wände ein, klebt ein Poster irgendwo hin. Gesellschaftliche Machtverhältnisse wirken dabei in jedem Moment der Raumproduktion, auf jeder

Raumebene.

Die Konsequenz aus all dem Vorhergesagten ist, dass Menschen, die privilegierte Positionen in Bezug auf herrschende Machtverhältnisse haben und an gängige Normen angepasst beziehungsweise assimiliert sind oder werden, vermutlich gut mit vorhandenem Wohnraum leben können. Sie merken nicht, dass dieser mehr oder weniger genau auf ihre Bedürfnisse zugeschnitten ist. Ähnlich wie bei Menschen, die rassistisch oder heteronormativ privilegiert sind. Sie bemerken ihre Privilegiertheit häufig nicht. Gelernte Skripte und mindsets müssen erst analysiert, erkannt und verändert werden. Die Anzahl der Zimmer, die Größe der Zimmer, die Nachbar*innen, die Anwesenheit und Höhe der Treppen, alles scheint zu passen. Darunter fällt meist auch die Zufriedenheit mit der Höhe von Arbeitsplatten in einer Küche. Merkwürdig wird es erst, wenn negative Effekte der hegemonial herrschenden Verhältnisse auftauchen. Die in den aller meisten Fällen statische Arbeitsplatte in der Küche ist nämlich für verschiedene Bedürfnisse ungeeignet. Für kleinere Menschen und/oder Menschen, die auf einen Rollstuhl angewiesen sind zum Beispiel.

Gesellschaftliche Machtverhältnisse wirken dabei in jedem Moment der Raumproduktion, auf jeder Raumebene.

Menschen, die innerhalb gesellschaftlicher Verhältnisse deprivilegiert sind, werden quasi genau am Punkt ihrer Deprivilegierung auf räumliche Probleme, auf die weiter oben

erklärt drei Raumebenen stoßen. Wenn es keine Erholung und kein Entkommen für von Ableismus, Adultismus, Ageism, Antisemitismus, Homophobie/Homofeindlichkeit, Klassismus, Sexismus, Transphobie/Transfeindlichkeit, et cetera für Betroffene gibt, nicht mal im eigenen Wohnraum, dann müssen Überlebensstrategien ebenfalls räumlich entwickelt werden, und zwar auf allen Raumebenen!

Was kann getan werden?

Ein erster Schritt könnte beispielsweise sein, zu analysieren, welchen Einfluss spezifische Machtverhältnisse auf Wohnumstände haben, und zum anderen, wie betroffene Menschen damit umgehen und umgehen müssen.

In Beton gegossener Ableismus ist zum Beispiel jede nicht anders deklarierte Wohnung. Ableistisch ist fast die gesamte von Menschen produzierte physische Umwelt. Wären plötzlich alle Menschen auch nur für eine Stunde auf einen Rollstuhl angewiesen, würde vielen sehr schnell bewusst werden, was alles noch getan werden müsste, um diesen Umstand zu verändern. Ideen wie Ableismus in Wohnraum zumindest auf der physischen Raumebene zu begegnen ist, gibt es im Bereich von Baunormen, die zum Beispiel Abstände regeln. Menschen, die von Ageism betroffen sind, können häufig darauf aufbauen. Da alle Machtverhältnisse in der Regel gleichzeitig gedacht werden müssen, und auch intersektional, könnte an dieser Stelle weitergefragt werden, wo es Homo- und Transphobie-/Transfeindlichkeitsfreie Wohnungen zu finden gibt. Derzeit gibt es jedoch keine Forschung dazu. Bisher hat meines Wissens nach kein Mensch dazu geforscht, woran Homophobie/Homofeindlichkeit, Transphobie/Transfeindlichkeit, Antisemitismus, Antiziganismus, Rassismus in Wohnraum konkret zu erkennen sind und wie dagegen vorgegangen werden kann. Klar ist, dass Machtverhältnisse vor der Wohnungstür nicht Halt machen.

Okay, es gibt vielleicht ein paar Wohnprojekte, die versuchen, verschiedene Ismen zu hinterfragen und zu analysieren, aber meinen Erfahrungen, Beobachtungen und Empfinden nach geschieht das überall verkürzt, da nicht alle Machtverhältnisse gleichzeitig mitgedacht werden: Was hätte ein BPoC Mensch davon, wenn Rassismus in Bezug auf Wohnraum reflektiert und aufgelöst wäre, dieser Mensch aber nicht in die Wohnung gelangen oder sich darin frei bewegen könnte, da er von der Gesellschaft behindert wird? Die Berliner Fachstelle gegen Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt sammelt zumindest Daten darüber, wie der Zugang zu Wohnraum derzeit organisiert ist.

Wie gehen nun Menschen mit eben diesen auch in den Wohnraumraum eingeschriebenen Machtverhältnissen um und welche Strategien entwickeln sie dabei?

Simplifiziert gesagt würde ich behaupten, dass die allermeisten Menschen eine Art Symptombehandlung als Strategie entwickeln. Dabei müssen diese Strategien auf allen drei Raumebenen entwickelt werden, also physisch, mental und sozial. Auf der physischen Ebene gibt es zum Beispiel für Kinder und/oder kleinere Menschen häufig Treppchen oder Miniaturausgaben von Gebrauchsgegenständen. Für Menschen, die von Ageism betroffen sind, gibt es teilweise elektrische Tools, die helfen, oder Griffe, die

nachträglich angebracht werden. Generika, die vielleicht Klassismus erträglicher machen, werden mithilfe von Produkten unter Verwendung von Mimikry angeboten. Dazu zählen zum Beispiel gleiche Wandfarbe, gleicher Look, ähnlicher Schnitt, aber billiger Preis und/oder Materialien. Auf der sozialen Ebene kann darüber nachgedacht werden, mit wem ich wie leben möchte. Im Umgang mit Sexismus hilft zum Beispiel ein Nachdenken darüber, wie Haus- und Care-Arbeit aufgeteilt sind. Um Adultismus etwas entgegenzusetzen, kann darüber nachgedacht werden, ob es sinnvoll ist, dass das kleinste Zimmer für junge Menschen wirklich geeignet ist. Beziehungsweise in welcher Entwicklungsphase.

Den auf der mentalen Ebene des Wohnens wirkenden gesellschaftlichen Machtverhältnissen kann über Reflexion des eigenen Handelns und Denkens begegnet werden. Fragen helfen hier, die scheinbare Natürlichkeit der Dinge aufzubrechen. Denkst du zum Beispiel, Hängeschränke in der Küche wären ausschließlich praktischer Stauraum?

Um jede*n Leser*in bei den eigenen Wohnverhältnissen abzuholen, erscheint es mir ab hier wichtig, zu erwähnen, dass es aufgrund der vermeintlichen Natürlichkeit von Wohnraum schwer ist, über die eigenen Wohnverhältnisse nachzudenken. Ähnlich schwer war es auch einmal in Bezug auf die scheinbare Natürlichkeit von Geschlecht. Ich finde, es ist an der Zeit, dies zu verändern.

Von daher werde ich diesen Artikel mit Fragen und Literaturhinweisen beenden, um jede*n anzuregen, über die eigene Wohnung und Wohnverhältnisse nachzudenken.

Wie wohnst du? Hast du überhaupt Obdach? Was magst du an deiner Wohnung? Was magst du nicht? Wer kommt dich besuchen? Wer kann dich nicht besuchen? Welche Tätigkeiten kannst du in deiner Wohnung/Wohnumgebung ausführen, welche nicht? Wie sieht dein Verhältnis zu deinen Nachbar*innen aus? Hast du eins? Wenn nein, warum nicht? Gibt es überhaupt Nachbar*innen? Welche Veränderungen möchtest du vornehmen, sind dir aber nicht erlaubt? Wohnst du ganz oben, oder ganz unten? Hast du Zugang zu einem Garten oder Park?<

Witzels Literaturempfehlungen

BERLINER FACHSTELLE GEGEN DISKRIMINIERUNG AUF DEM WOHNUNGSMARKT (Hrsg.) (2020): FAIR MIETEN FAIR WOHNEN - NEWSLETTER #2 2020.

CHOI, Y. (2013): *The Meaning of Home for Transgendered People*. In: (2013): *queer presences and absences*. Chippenham und Eastbourne: 118-141.

DÖRHÖFER, K. und U. TERLINDEN (1998): *Verortungen: Geschlechterverhältnisse und Raumstrukturen*. Stadtforschung aktuell, Band 66. Basel (Schweiz).

FLADE, A. (2008): *Architektur psychologisch betrachtet*. Bern.

FLADE, A. (1987): *Wohnen psychologisch betrachtet*. Bern.

INFORMATIONEN- UND DOKUMENTATIONSZENTRUM FÜR ANTIRASSISMUSARBEIT E.V. IN NRW (IDA-NRW) (Hrsg.) (2019): *Sprache Macht Rassismus*. In: *Überblick* (2): 9.

LEFEBVRE, H. (1991): *The production of space*. Oxford, OX, UK; Cambridge, Mass., USA.

MACHER, H.-J. (2007): *Methodische Perspektiven auf Theorien des sozialen Raumes*. München.

MÜMKEN, J. (1998): *WohnHaft - Wohnen als Technologie der Normalisierung*. Internet: <http://www.juergen-muemken.de/texte/vortrag01.htm> (18.01.2018).

WERESCH, K. (2005): *Wohnungsbau im Wandel der Wohnzivilisierung und Genderverhältnisse*. Hamburg * München.

Leon Witzel ist
Raumvisionär,
Katzenliebhaber,
leidenschaftlicher
Pflanzenpfleger und
promoviert derzeit in
Geographie.

Mietshäusersyndikat: Das Wohnprojekt Ligasalzstraße 8

Seit Jahren steigen die Mieten, vor allem in Metropolen wie München. Ein Ende ist nicht in Sicht und überzeugende Wohnideen fehlen. Matthias Weinzierl spricht mit York Runte, warum Projekte des Mietshäusersyndikats gute Lösungen für das Leben in der Stadt sind.



Thema der aktuellen *Hinterland* ist Raum. Wir setzen uns mit den unterschiedlichen Aspekten auseinander – physische wie psychische – also auch mit Architektur und mit Wohnformen. In der Redaktion fiel irgendwann der Begriff „Ligsalz“. Deswegen sitze ich jetzt mit dir hier. Zum einen interessieren wir uns für das Wohnprojekt, in dem du selbst lebst, die *Ligasalz 8*. Wie ist es dazu gekommen?

Die *Ligasalz 8* war viele Jahre lang das einzige Mietshäusersyndikatsprojekt in München. Wir wollten gemeinsam wohnen, und das auf Dauer, ohne von irgendwelchen Eigentümern abhängig zu sein. Wir haben uns umgeschaut und sind auf das Modell Mietshäusersyndikat gestoßen. Die Idee gefiel uns gut. Dann fingen wir an, nach einem Haus zu suchen, was in einer Stadt wie München nicht einfach ist.

Wann war das?

Die Entscheidung dazu fiel 2003. Da gab es Stefan Rost, einen inspirierenden Menschen aus der Gründerszene, ein Urgestein des Mietersyndikats, der leider letztes Jahr gestorben ist.

Und der hat einen Vortrag gehalten?

Ja. Den hatten wir eingeladen. Danach haben wir gesagt: „Das ist es. Das wollen wir machen.“ In einer Stadt wie München ist es nicht so einfach etwas zu finden. Über einen Zeitraum von vier Jahren haben wir gesucht und gesucht. Da schrumpft auch eine Gruppe, die sich dafür interessiert, immer mal wieder. Und wächst auch wieder. Einmal entdeckten wir eine ehemalige Druckerei in der Schillerstraße. Das Gebäude war zu groß und man hätte viel umbauen müssen. Wer weiß,

welche Altlasten es da gab. Das war uns ein bisschen zu heikel. Zudem gab es immer wieder Leute, die dann doch eher an den Stadtrand ziehen wollten mit ein bisschen Garten, manche nicht außerhalb des Mittleren Rings.

Wie groß war die Gruppe damals?

Das schwankte zwischen fünf und zehn Personen. Unser damaliger Mitstreiter las in der *Süddeutschen Zeitung* einen kleinen Zweizeiler: Haus zu verkaufen. Das waren Spekulanten, Immobilienmakler. Mit denen haben wir lange Zeit verhandelt, bestimmt ein halbes Jahr. Das Interessante daran: Das Haus war leer. Die meisten angebotenen Objekte sind vermietet. War auch ein bisschen unsäglich, bis es endlich zum Abschluss kam. Beispielsweise haben die uns 20 Stunden vor dem Notartermin angerufen und gesagt, dass sie es doch nicht für die angebotene Summe verkaufen würden. Darauf hatten wir uns vorher jedoch geeinigt. Kurzerhand legten wir noch mal 15.000 Euro drauf, gültig für zwei Wochen. Dann gab es offensichtlich einen Finanzbedarf, so dass sie es uns verkauften.

Das klingt echt wie ein Krimi, war wohl auch Glück im Spiel.

War auch ein Krimi, damals 2007. Zwei Wochen vorher weinten wir, weil wir es nicht kriegten. Dann weinten wir vor Freude! Hier im Laden sind wir gesessen. Anschließend sanierten wir den Bestand und bauten zwei Stockwerke obenauf.

Die meisten kennen euer Haus nicht. Beschreib es mal.

Im Erdgeschoss ist ein Laden. Für uns war es wichtig, eine Gemeinschaftsfläche, einen Gemeinschafts-

raum zu haben, wenn man so ein Wohnprojekt macht. Im ersten und zweiten Stock befindet sich sozusagen der Bestand. Da lebt jetzt jeweils eine Dreier-WG drin, und wir. Das Folgegeschoss und eine Mansardendachwohnung, das Aufgestockte also, bewohnt eine Sechser-WG. Über diesen zwei Etagen befindet sich noch ein Gästezimmer. Hinten gibt es unseren Anbau mit einem eigenen Sanitärbereich, in dem Gäste wohnen können. Das Ganze entsprach ziemlich genau unseren Vorstellungen.

Was musstet ihr damals bezahlen?

Mit Nebenkosten kam allein das Haus auf ungefähr 550.000 Euro. Für die Aufstockung kamen weitere 250.000 Euro hinzu, also rund 800.000 Euro. Danach haben wir den Anbau saniert – insgesamt waren es vielleicht so 840.000 Euro. Wir kalkulierten etwa acht Euro Kaltmiete pro Quadratmeter, wir mussten ja die Mietkosten errechnen für die Tilgung des Kredits, die Finanzierung des Gebäudes. Mit unseren Mieten war auch der Laden im Erdgeschoss abgedeckt. 2007 gab es durchaus noch Leute, die preiswerter wohnten. Da hörten wir aus unserem Freundeskreis: „Billig ist das nicht gerade!“ Aber dafür hatten wir eine Perspektive. Wir wussten, auch nach 20 Jahren können wir da leben, etwas entwickeln und machen, worauf wir Lust haben. Jetzt zahlen wir immer noch acht Euro Kaltmiete. Hier nebenan zahlen sie inzwischen rund 16. Das macht den Unterschied.

Nicht alle unserer Leser*innen wissen, was ein Mietshäusersyndikat ist. Kannst du das kurz erklären?

Ein Mietshäusersyndikat läuft genossenschaftsähnlich. Es geht darum, den Grund und die Gebäude dauerhaft der Spekulation

zu entziehen. Das kann man mit einer Genossenschaft auch machen. Wir haben uns damals für das Mietshäusersyndikat entschieden. Unserer Meinung nach hat das ein paar Vorteile. Zum einen hat man eine höhere Projektautonomie, das heißt die Leute, die im Haus wohnen, entscheiden nahezu alles, was mit dem Haus passiert. Mit einer Ausnahme: Sie können es nicht wieder verkaufen. Das ist was ganz Entscheidendes und Wichtiges. Durch den zweiten Gesellschafter in dieser GmbH, die Mietshäusersyndikat GmbH, ist das auf Dauer ausgeschlossen. Die ist bundesweit aktiv und wir haben derzeit 162 Projekte. Da wohnen mittlerweile mehr als 4000 Leute drin. Ungefähr eine gute Viertelmil- liarde Euro Finanzvolumen kommt da zusammen. Anders ausgedrückt ist es eine große dezentrale Genossenschaft.

Das ist deswegen wichtig, weil man aus Erfahrung weiß, dass viele Hausprojekte im Laufe der Zeit in Privateigentum übergegangen sind.

Genau. Wenn Vereine dafür gegründet wurden, werden solche Ansprüche weitervererbt. Irgend- wer hat plötzlich keine Lust mehr so zu wohnen und mit der entsprechenden Mehrheit ändert man die Vereinssatzung. Dann kann man das Objekt verkaufen. Was noch dazu kommt, was wenige Leute wissen und eigentlich nicht unwichtig ist: Genossenschaften verkaufen sehr wohl auch. Hartnäckig hält sich das Gerücht, dass Genossenschaften nicht verkaufen dürfen. Das ist schlichtweg falsch.

Genossenschaften können Häuser auch veräußern?

Klar. Nennt man Reprivatisierung, beispielsweise bei den Eisenbah-

nergenossenschaften. Da sind viele Objekte schon verkauft worden. Immer wieder passiert das. Teilweise mit dem Argument, dass man Finanzmittel braucht, um Neues zu bauen. Aber es führt trotzdem zum Verkauf. Nicht einmal ihren eigenen Genossen und Genossinnen, die darin gerade wohnen, räumen sie ein Vorkaufs- recht ein, sondern verhökern es meistbietend, zumindest stellen- weise. Es ist also ein Trugschluss, wenn Leute meinen, dass Genossenschaftswohnungen dauerhaft unverkäuflich sind.

Und damit verschwinden wieder mal bezahlbare Wohnungen.

Ja. Zudem haben Genossen- schaften den Grund auch mal für einen Appel und ein Ei bekommen. Ähnlich sieht es beim sozialen Wohnungsbau aus, mit seinen Bindungsfristen. Da jammern sie jetzt, dass die Bindung wegfällt. Doch wenn man Wohnungen baut, dann sollte den Verantwortlichen klar sein, dass man solche Projekte über viele Generationen betrachten muss, sie also nicht nur für eine Legislaturperiode beschließen kann. Das ist der Unterschied zu uns, dem Mietshäusersyndikat. Erst kürzlich hat die Stadt München darauf reagiert und findet das wunderbar, was wir gemacht haben. Unsere Intention war es nie, etwas in Erbpacht zu vergeben. Wir kaufen den Grund nur, um ihn zu sichern, dass damit nicht spekuliert wird. Aber Grund ist immens teuer. Wenn er bei der Stadt bleibt, ist uns das vollkom- men recht.

840.000 Euro ist eine gewaltige Summe! Für Münchner Verhältnisse aber eher ein Schnäppchen. Wie funktioniert das bei einer Gruppe von 10-15 Leuten?

Bei einer Genossenschaft ist es so, dass Genossen und Genossinnen sogenannte Einlagen zahlen, um überhaupt eintreten zu können. Bekommen sie eine Wohnung angeboten, dann zahlen sie noch mal anteilig pro Quadratmeter Beiträge. Gestern hatte ich ein Gespräch mit neuen Genossen- schaften. Mittlerweile sind die bei über 1000 bis zu 2000 Euro Zuzahlung pro Quadratmeter. Wer eine Genossenschaftswohnung von 50 qm erhält, kann im schlimmsten Fall bis zu 100.000 Euro an Genossenschaftsanteilen einzahlen. Das entspricht ziemlich genau dem Eigenkapitalanteil, wenn man Eigentum erwirbt. Wenn ich mir eine Wohnung kaufen möchte, die 500.000 Euro kostet, dann muss ich ungefähr 100.000 Euro bei der Bank zeigen, um die weiteren 400.000 von ihr als Kredit zu erhalten.

Wie ist das bei euch?

Bei uns ist die Finanzierungssphäre vollkommen getrennt von den Menschen, die bei uns einziehen. Hatte jemand Ersparnisse – damals als wir das Projekt gründeten –, dann hat er sie sinnvollerweise als Darlehen ins Projekt gelegt. Ansonsten sammelten wir soge- nannte Nachrangdarlehen in unserem Freundeskreis. Wir mussten und müssen also deswe- gen auch Öffentlichkeitsarbeit machen, Veranstaltungen organi- sieren. Leute, die gerade ein bisschen Geld zur Verfügung haben, geben es, statt der Bank in so ein Projekt. Das ist nicht weg. Sie leihen es uns für eine gewisse Zeit und, wenn sie es benötigen, bekommen sie es wieder. In der Zwischenzeit kann das Mietshäu- sersyndikat beispielsweise ein Haus kaufen. Menschen wohnen darin und ihre Mieten refinanzieren es und tilgen Kredite. In diesem Bereich ist es auch möglich, den

Kredit durch einen neuen zu ersetzen. Wir hatten damals das Glück, dass wir ein großes privates Darlehen erhielten und den Kauf ohne Bank tätigen konnten.

Super ...

... das ist auch super. Man steht besser da, wenn man nur die 250.000 Euro für die Aufstockung haben will. Dann bieten Banken bessere Konditionen. Was aber klar ist bei dieser Konstruktion – das ist immer so –, die Banken stehen im ersten Rang. Falls das Projekt also insolvent würde, würden die Banken bei einer Zwangsversteigerung zuerst zu hundert Prozent bedient werden. Dann erst folgen die privaten Kreditgeber*innen. Aber in so einer Stadt wie München – wie in vielen Gegenden Deutschlands – und bei der anhaltenden Entwicklung der Mietpreise und dem Bedarf an bezahlbarem Wohnraum gibt es nur zwei Gründe, warum so ein Projekt scheitern könnte: Der eine wäre, unterversichert zu sein, etwa wenn das Gebäude abbrennt. Oder alle Leute ziehen aus und keiner zieht mehr ein.

Diese Varianten sind überschaubar.

Eben. Wegen der Bundesfinanzauflage darf man das Mietshäusersyndikat-Projekt jedoch nicht als sichere Anlage bewerben. Da fällt mir nur Wirecard ein ...

Jetzt wohnst du selber hier, auch die anderen noch, mit denen ihr das gestartet habt?

Von den anfangs zwölf Menschen, die einzogen, leben noch drei hier. Lebenssituationen ändern sich immer wieder. Grob kann man sagen: Bei jüngeren Menschen liegt die Fluktuation ein bisschen höher. Die einen studieren noch, andere wollen vielleicht eine Familie

gründen. Funktioniert nicht so einfach in einem Gebäude, das voll ist. Ältere Leute, so wie ich, bleiben vielleicht nicht bis zur Rente in diesem Haus. Ich weiß aber, dass ich nächstes Jahr noch hier wohnen werde. Das Schöne ist, da hängt ziemlich viel Herzblut drin.

Andererseits gibt es eine gute selbstverwaltende Struktur. Irgendwann kann ich deshalb zufrieden gehen, wenn ich etwas anderes machen will. Man klebt nicht so daran, vor allem, weil diese Wohnung nicht Eigentum ist, nicht mal Teileigentum. Ich muss nicht darüber diskutieren, wer mir eine Ablöse zahlt und wer mir jetzt das Geld gibt. Eine Nachmieter*in finden muss ich auch nicht.

Wie ist das Leben in so einem Wohnprojekt: Mehr eine Wohngemeinschaft oder eher ein Nebeneinanderher wie in einem Studentenwohnheim?

Einen kleinen minimalen Zwang gibt es schon, nämlich mehr zusammen zu machen, weil dieses Projekt selbstverwaltet ist. Das ganze Haus. Wir kümmern uns darum, bei welchem Stromanbieter wir sind, wie viele Mülltonnen wir haben wollen und um den Zustand unseres Gebäudes. Ob wir beispielsweise im ersten Stock neue Fenster einbauen wollen, weil die alten nicht mehr richtig schließen. Alle zwei Wochen haben wir mittwochs Plenum, in dem wir solche Themen besprechen. Auch Veränderungen etwa in den WGs bereden wir zusammen und überlegen Lösungen. Gleichzeitig haben wir ein großes Interesse, ein bisschen über unsere eigene Idylle hinaus bei der Stadtentwicklung mitzumachen. Beispielsweise jetzt während der Corona Pandemie haben wir unterstützende Strukturen mit aufgebaut, um Menschen zu helfen, die Schwierigkeiten haben, weil sie alleine wohnen.

Beim Projekt Westendtafel sind wir dabei. In unserem Laden stellten wir kurzentschlossen Nähmaschinen hin und nähten Masken. Wir kümmern uns auch ein wenig um die Nachbarschaft, wir positionieren uns auch.

Wie sind die Bewohner*innen: divers, bunt, unterschiedlich?

Das ändert sich immer wieder mal. Wir hatten einen Mitbewohner aus Pakistan, jetzt noch einen aus Salvador. Die Bewohner*innen gehören schon ein Stück weit zur gehobenen gesellschaftlichen Mittelschicht: weiß und akademisch. Das ist leider so. Viele der Mitbewohner*innen kommen nach acht, neun Stunden Arbeit nach Hause, sind anderweitig politisch aktiv. Das ist anstrengend. Das kann dann mal zu unerlaubten Abkürzungen führen. Gemeinsam muss man sich überlegen, wie man damit am sinnvollsten umgeht.

Wir diskutieren auch immer wieder. Etwa, was ist Rassismus, was ist das für uns? Und stellen immer wieder fest, dass wir total unterschiedliche Vorstellungen dazu haben. Wir wollten schon längst jemanden dazu einladen, der uns das Thema näherbringt. Um dann wieder eine neue Diskussionsbasis zu haben, um da weiter miteinander zu reden. Oft bleibt im Alltag zu wenig Zeit dafür. Nur ein Beispiel, wie die Situation ist. Schön finden wir es, als Projekt auch mal gemeinsam einen Ausflug zu machen. Dafür erstellen wir einen Doodle und dann kommt dieser Termin vielleicht in fünf, sechs Monaten zustande.

Und das bei zwölf Leuten?

Da kann man nur sagen, die sind alle sowas von beschäftigt. Das heißt aber auch was. Dennoch, wenn irgendetwas anbrennt, oder

es einem von uns schlecht geht, kann man sich hundertprozentig auf die anderen verlassen.

Wenn dich jetzt jemand fragen würde: Du dürftest es dir aussuchen, wo du wohnst. Wie würdest du dich entscheiden?

Ich habe früher nicht schlechter gewohnt, immer in WGs. Der große Unterschied ist, mal ganz einfach gesprochen, dass man zur Miete wohnt. Aber was ich unbedingt noch sagen möchte: Seit zwei Jahren haben wir ein solidarisches Mietmodell. Wir verdienen sehr unterschiedlich, der eine im Pflegebereich, die andere als Kinderärztin. Zudem wissen wir exakt, was wir im Monat brauchen, um das Haus abzubezahlen und unsere laufenden Kosten zu

decken. Diesen bestimmten Betrag kann man durch zwölf teilen. Machen wir nicht mehr, wer mehr verdient, gibt mehr in den Topf. Das klappt gut. Da haben wir viel Vertrauen zueinander.

Da ihr die räumlichen Möglichkeiten habt, seid ihr ein wichtiger Knotenpunkt für das, was in der Stadt so passieren kann, etwa ein Treffen, auch wenn das Corona gerade verhindert.

Treffpunkte sind total wichtig in so einer Stadt. Nichtkommerzielle Räume gibt es nicht mehr. Wo können sich Jüngere treffen, Leute, die sich etwa im Kampf gegen den Klimawandel engagieren oder in der Gesellschaft? Im Sommer funktioniert das ohne Konsumzwang im Park. In einer

Wirtschaft geht das nicht. Im Moment planen wir ein Neubauprojekt und auch da geht es wieder um so einen Laden wie bei uns. Von Anfang an ist bei uns klar gewesen, dass jeder, der den nutzen will, für den Abend rund 50 Euro Miete zahlen muss. Wer mehr hat, gibt auch mehr. Nur solche offenen Räume lassen zu, dass sich spannende neue Dinge entwickeln.<



*York Runte (links) plus Gast
beim gemeinschaftlichem Entspannen vor der Ligsalz8*

Bezahlbares Wohnen kollektiv umsetzen

Die *Mitbauzentrale München* leistet im Auftrag der Landeshauptstadt München wichtige Vernetzungsarbeit und bietet ein umfassendes Informationsangebot für Wohnprojekte. Eine Einordnung von Simon Georg Fiedler.

Wohnprojekte beziehen sich allgemein gesprochen häufig auf das Prinzip der Selbsthilfe, mitunter für auf dem Wohnungsmarkt benachteiligte Gruppen – eine Idee, die bereits Ende des 19. Jahrhunderts zu Gründungen von Wohnungsgenossenschaften geführt hat. Aber kann das aktuell noch funktionieren? Führt das Konzept von Selbsthilfe in der heutigen Zeit nicht zwangsläufig dazu, dass sich nur diejenigen selbst helfen können, die bereits über die nötigen finanziellen, intellektuellen und zeitlichen Ressourcen verfügen, während andere auf der Strecke bleiben?

Ausführliche Erkenntnisse zu dieser Problematik liefert die 2018 von der Stadtsoziologin Dr. Annette Spellerberg herausgegebene Studie „Neue Wohnformen – gemeinschaftlich und genossenschaftlich“ mit eher kritischem Fazit: „Wegen der hohen finanziellen Anforderungen, die die Initiatorinnen und Initiatoren erfüllen müssen, wird diese Wohnform nicht die Lösung der Wohnungsfrage für einkommensschwächere Bevölkerungsgruppen bieten“.

In München soll das anders sein, und tatsächlich kann im Schnellversuch eine positive Bilanz gezogen werden: Einerseits streben zwar zehn von aktuell 28 in der Projektbörse der *Mitbauzentrale München* verzeichneten Projekte keinen EOF-geförderten Wohnraum an (Einkommensorientierte Förderung). Andererseits finden sich dort aber auch 14 weitere

Projekte, die ausdrücklich und sehr umfangreich solchen geförderten Wohnraum für Geringverdienende anbieten werden. Es sieht so aus, als seien die heutigen Wohnprojekte ausgerechnet im teuren München noch recht eng mit der Ursprungsidee von der sozialen Wohnraumversorgung verknüpft. „Ermöglicht wird dies durch entsprechende Förderprogramme der Stadt“, wie Natalie Schaller von der *Mitbauzentrale München* auf Anfrage erklärt.

Allgemeine Ausrichtung der Projekte

Stadt oder Land? Bestandsgebäude oder Neubau? Miete, Eigentum oder Gemeinschaftseigentum? Projekt-Neugründung oder Kooperation mit einer Trägerorganisation? Jeder dieser Punkte ist abhängig von einer Reihe von äußeren Faktoren und von der inhaltlichen Ausrichtung der Projekte. Die entsprechenden Entscheidungen prägen bereits im Entstehungsprozess den späteren Charakter eines Wohnprojektes.

Wenn eine Projektgruppe nach einem Grundstück sucht, ist zunächst die Bodenpolitik der jeweiligen Städte und Kommunen ein wichtiger Faktor: Stehen entsprechende Grundstücke zu vertretbaren Preisen zum Verkauf oder verfügen die Gemeinden über Flächen, die vielleicht sogar für Wohnprojekte reserviert sind?

Eng verknüpft mit dem Standort ist auch die Frage, ob man neu baut oder ein bestehendes Gebäude in ein Wohnprojekt umwandelt. Gerade Projekte mit dem politischen Anspruch, dem Marktdruck sozusagen kämpferisch entgegenzutreten und Häuser dem freien Markt zu entziehen und zu vergemeinschaften, zielen oft auf den Bezug von Bestandsgebäuden in Innenstadtlage ab. Sie wollen gerade diese Häuser und Nachbarschaften aktiv vor Szenarien schützen, in denen Investor*innen teure Sanierungen durchführen und die Mietpreise in den Quartieren in die Höhe treiben.

Danach stellt sich die Frage, welche Form von Eigentümerschaft an den Wohnungen im Projekt die Gruppe anstrebt. Und die Form des Eigentums ist eng verknüpft mit der Entscheidungs- und Organisationsstruktur eines Projektes: Die Bandbreite reicht von

klassischen Eigentümer- oder Mietergemeinschaften bis zu gemeinschaftlichem Eigentum, welches die Wohnenden genossenschaftlich organisieren, um demokratische und gerechte Entscheidungsstrukturen zu verwirklichen. Neugründungen bieten hier und in jeder Hinsicht ein starkes Potential individuelle Wege zu gehen. Andere Initiativgruppen suchen den Anschluss an eine Trägerorganisation oder an ein bestehendes Projekt, um Erfahrungen auszutauschen und von früheren Projekten zu lernen.

Gemeinschaftliche Wohnprojekte als soziale Projekte

Auch wenn keine so umfangreiche Förderung wie in München stattfindet, gibt es durchaus passende Lösungen, um Wohnprojekte sozialverträglich zu machen. Und die Projekt-treibenden können mit bestimmten Entscheidungen aktiv dazu beitragen.

Es zeichnet sich beispielsweise in der oben genannten Studie von Dr. Annette Spellerberg ab, dass Wohnprojekte in Partnerschaft mit einer Wohnungsbaugesellschaft als Bauträger oftmals zu günstigeren Mieten wohnen als frei finanzierte Projekte. Denn Wohnungsbaunternehmen verfügen über wichtige Erfahrung im

Bereich der Kostenplanung, wovon unerfahrene Projektgruppen profitieren können. Mögliche negative Folgen solcher Partnerschaften können eine weniger individuelle Architektur sein, aber auch Kompromisse und Einsparungen an Gemeinschaftsflächen oder anderen ursprünglichen Zielen einer Gruppe.

Ohne zusätzliche Förderung kann eine Gruppe vereinfacht gesagt entweder sozialverträglich und kostengünstig bauen und wohnen oder individuell und teuer. Und es liegt an den Projektgruppen selbst, die richtigen Entscheidungen zu treffen und ihr Projekt in die angestrebte Richtung zu lenken. Besonders, wenn Wohnprojekte kostengünstiges Wohnen anbieten wollen, ist die anfängliche Planung rich-

tungsweisend. Wohnungsunternehmen können durchaus geeignete Partner für ein solches Unterfangen sein.

Aber die Planungs- und

Bauphase ist nicht das einzige Kriterium. Die Projektfertigstellung markiert den eigentlichen Beginn eines Wohnprojektes und ab hier gilt es, die Projektziele aktiv umzusetzen. Dabei kann es auch helfen, sich als Initiativgruppe einer zum Projekt passenden übergeordneten Organisation wie einer Bestands-genossenschaft, dem *Mietshäuser Syndikat* oder einer bestimmten Stiftung anzuschließen, um eine langfristige Zweckbindung zu erreichen.

Mit dem Beginn der Wohnphase tritt die Frage der nachbarschaftlichen Beziehungen und der inhaltlichen Ausrichtung in den Vordergrund. Wenn ein Projekt beispielsweise stark auf das Thema Gemeinschaft ausgerichtet ist, muss diese aktiv gepflegt werden. Der Übergang in eine mögliche zweite Projektgeneration, die nicht an der anfänglichen Projektumsetzung beteiligt war, stellt dabei einen besonders kritischen Punkt dar, weil eine zweite Generation sich möglicherweise weniger mit dem Projekt als Ganzem identifiziert. Es gilt sicherzustellen, dass die sozialen Ziele nicht nach und nach in Vergessenheit geraten.

Kostengünstiger Wohnraum und der soziale Charakter, den Wohnprojekte im besten Fall ausbilden, sind in jedem Fall der Eigeninitiative der Projekt-treibenden zu

Es gilt sicherzustellen, dass die sozialen Ziele nicht nach und nach in Vergessenheit geraten

verdanken. Wobei das allein mancherorts nicht ausreicht, wie sich am Beispiel von München zeigt.

Wohnprojekte in München

„Ohne Subventionen wäre nichts davon möglich“, erklärt Natalie Schaller von der *Mitbauzentrale*. Die Stadt München subventioniert wegen der hohen Grundstückspreise den Wohnungsbau und setzt dabei verstärkt auf Wohnprojekte, überwiegend in Form von Genossenschaften. Die Bodenpreise erfordern dabei eine derart weitreichende Förderung, dass die Stadt München neben der Förderung für Haushalte mit geringem Einkommen (EOF) auch eine Förderung für die Mittelschicht betreibt (*München Modell*) – und seit einiger Zeit auch für preisgünstige freifinanzierte Mietwohnungen oberhalb der Grenzen der Wohnraumförderprogramme.

Dass Genossenschaften und Baugruppen bei der Grundstücksvergabe angemessen berücksichtigt werden, ist mit dem Verfahren der Konzeptvergabe von Anfang an sichergestellt. So entsteht eine breit gefächerte Förderlandschaft, in der auch Geringverdienende zum Zuge kommen. Der Preis dafür sind, wie Natalie Schaller sagt, die teilweise überregulierten Rahmenbedingungen, die diese Förderung mit sich bringt, mit vorgegebenen Wohnungsgrößen, die eher konventionelle Bauweisen hervorbringen.

Auch die soziale Mischung innerhalb des Projektes ist teilweise durch die entsprechenden Förderkriterien vorgegeben. Teils werden 60 Prozent der Bewohner*innen nach den Kriterien des Wohnungsamtes bestimmt. „Eine Herausforderung für die Gemeinschaftsbildung, wobei eine stabile Gruppe das leisten kann“, so Schaller. Was aber unverständlich sei, sei die Regelung, dass in WGs die verschiedenen Förderstufen nicht gemischt möglich wären. Dennoch ist es eine beachtliche Leistung, dass Wohnprojekte in München eben durch diese Förderung auch Geringverdienendenhaushalten offenstehen.

Für bestimmte Qualitäten, wie klimaschonende Holzbauweise, Schallschutzmaßnahmen oder intensive Begrünung, vergibt die Stadt Zuschüsse, ebenso für Gemeinschaftsräume und Fahrradabstellräume. Bei den Münchener Projekten muss daher nicht am falschen Ende gespart werden. Die Langfristigkeit der Projekte ist ebenfalls sichergestellt: Mittels Erbpacht und Aufteilungsverbot behält sich die Stadt eine gewisse planerische Kontrolle und gewährt den Projekten dennoch die Selbstverwaltung.

Haushalten mit geringem Einkommen, die Interesse an Wohnprojekten haben, empfiehlt Frau Schaller sich an die *Mitbauzentrale* als Schaltstelle für Projekte in und um München zu wenden: „EOF-Haushalte haben bei der Bewerbung gute Chancen.“ Generell geschehe alles in einer sehr kooperativen Atmosphäre der Zusammenarbeit, die Akteure kennen sich teilweise seit langem, über die Jahre habe sich ein sehr positives Klima entwickelt.

Einzig bei der Frage, ob Wohnprojekte in ihrer ganzen behördlichen Regulierung aktuell auch dem Wohnen für Geflüchteten dienen, muss Frau Schaller eingestehen, dass dies „weniger als wir uns das anfangs vorgestellt hatten“ der Fall ist. Zur Erklärung: Die *Mitbauzentrale* ist ein Angebot im Auftrag der Landeshauptstadt München, wohingegen das Wohnen für Geflüchtete vom Freistaat Bayern koordiniert wird. Das große integrative Potential der Projekte wird für Geflüchtete bisher nicht ausreichend ausgeschöpft.

Wenn man genau hinsieht, findet sich in den Konditionen für die EOF-Wohnungen ein Verweis auf das Vorschlagsrecht der Genossenschaften – so könnte ein Projekt eigentlich gezielt Geflüchtete für einen Teil der EOF-Wohnungen vorschlagen und so in Eigeninitiative einen Beitrag leisten.

Das wirkt vergleichsweise kompliziert und so bleiben diese Möglichkeiten ungenutzt.

„Wir achten darauf, dass Stärkere und Schwächere [...] miteinander kooperieren und sich gegenseitig stützen. Dazu gehört insbesondere die Integration von Menschen und Gruppen mit Einschränkungen und erschwertem Zugang zu bedarfsgerechtem Wohnraum“, sagt die *Mitbauzentrale* auf ihrer Homepage über sich. Es bleibt zu hoffen, dass die kooperative Zusammenarbeit bei dem Thema Geflüchtetenarbeit in Zukunft noch weiter ausgebaut werden kann.<

Simon Fiedler,
M.Sc. Architektur in Darmstadt, schließt sich der Forderung an, das Menschenrecht auf Wohnen uneingeschränkt umzusetzen.







MY
MY
BOU
CHOICE

PAPA, schau

Ich bin ein Junge

Fundis von der Straße fegen – Alerta Feminista!

Warum wir den öffentlichen Raum nicht radikalen Abtreibungsgegner*innen überlassen dürfen. Von der *Antisexistischen Aktion München (asam)*

Das Recht auf einen sicheren Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen und die damit verbundene Möglichkeit der körperlichen Selbstbestimmung stellt ein konfliktreiches Feld historischer und politischer Aushandlungen dar. Ende 2020 wurden Schwangerschaftsabbrüche in Argentinien legalisiert, was als Erfolg jahrzehntelanger feministischer Kämpfe gefeiert wird. Im selben Jahr wurde in Polen das ohnehin sehr restriktive Recht auf Abtreibungen weiter verschärft, woraufhin Zehntausende ihr Unverständnis und ihre Wut auf die Straße trugen. Die Ärztin Kristina Hänel wurde im Januar 2021 in Deutschland rechtskräftig nach §219a Strafgesetzbuch (StGB) wegen der öffentlichen Werbung für Schwangerschaftsabbrüche verurteilt und zieht nun vor das Bundesverfassungsgericht. Der §218 StGB feiert dieses Jahr sein 150-jähriges Bestehen in der Bundesrepublik. Das Recht auf Abtreibung bleibt also umkämpft und es wird deutlich, wie dringend es auch heute noch modifiziert werden muss. Denn ein Ausruhen auf dem Status Quo kommt nicht in Frage, vor allem nicht, wenn immer zu befürchten bleibt, dass bereits erkämpfte Rechte weiter beschnitten werden. Verschiedenste antifeministische Akteure haben dies im Fokus, darunter die sogenannte Lebensschutz-Bewegung, welche auch in Bayern und München aktiv ist.

Antifeminist*innen machen es sich in München gemütlich

Die selbst ernannte Lebensschutz-Bewegung speist sich aus konservativen bis extrem rechten sowie christlich fundamentalistischen Spektren unserer Gesellschaft. Ihr Ziel ist es, Schwangerschaftsabbrüche zu verunmöglichen und Personen mit Uterus zu kontrollieren, indem ihnen die Entscheidungsmöglichkeit über den eigenen Körper verwehrt wird. Ihre antifeministische Ideologie geht dabei häufig mit völkischen, rassistischen, homo- und transfeindlichen sowie antisemitischen Elementen einher. In einer Pressemitteilung über radikale Abtreibungsgegner*innen verdeutlicht die *Fachinformationsstelle Rechtsextremismus München (firm)*, wie facettenreich die Szene in Bayern und München ist. Neben 16 eingetragenen Vereinen spielen extrem rechte und konservative Parteien, katholische Fundamentalist*innen und Evangelikale sowie gut vernetzte und finanzstarke Einzelpersonen eine tragende Rolle. Die *firm* warnt vor einer wachsenden Struktur dieser sich als Lebensrechtler*innen bezeichnenden Gruppen, die alleine in München jährlich rund 20 Veranstaltungen durchführen.

Jeden 25. des Monats findet beispielsweise ein „Gebetsvigil“ statt, bei dem zehn bis 30 Teilnehmende

betend mit einer Marienikone sowie manipulativen Schildern („Danke Mama, dass ich leben darf!“) durch die Münchner Innenstadt bis vor Beratungsstellen und Abtreibungskliniken ziehen. Organisiert wird das Rumgebet von der *Aktion Lebensrecht für Alle (ALFA)* und dem Verein *Helfer für Gottes kostbare Kinder*. Auch bei den Mahnwachen der Initiative *40 Tage für das Leben* werden betend, singend und anklagend Schwangere belästigt. Seit 2016 stehen die radikalen Abtreibungsgegner*innen zwei Mal im Jahr 40 Tage lang von früh bis spät vor dem in Freiam gelegenem *Medicare Zentrum* sowie der staatlich anerkannten Beratungsstelle von *Pro Familia* in der Maxvorstadt. Zusätzlich zu den Belästigungen vor Abtreibungskliniken und Beratungsstellen finden auch Demonstrationen, wie beispielsweise der *1000-Kreuze-Marsch*, organisiert von den christlichen Fundamentalist*innen *Euro Pro Life*, statt. Am 20.3.2021 fand in München zum ersten Mal ein *Marsch fürs Leben* statt. Der Verein *Stimme der Stillen* ist ein relativ neuer Akteur im Fundi-Gewimmel, jedoch sind die dafür verantwortlichen Personen bestens in der Lebensschutz-Szene vernetzt, was ein hohes Mobilisierungspotenzial birgt. Zu dem Berliner Pendant *Marsch für das Leben* kommen seit 2016 jedes Jahr mehrere tausend Teilnehmende.

Zugang zu sicheren Schwangerschaftsabbrüchen und die stadtpolitische Debatte in München

Nicht nur auf Münchens Straßen, sondern auch in den gut situierten Räumlichkeiten in der Widemayerstraße 16 breiten sich radikale Abtreibungsgegner*innen aus. Dort wird die Fake-Beratungsstelle *Pro Femina* betrieben. Der Verein gibt an Schwangerschaftskonfliktberatung anzubieten, jedoch handelt es sich dabei nicht um eine staatlich anerkannte Beratungsstelle. Einen für einen Schwangerschaftsabbruch notwendigen Beratungsschein erhalten ungewollt Schwangere dort nicht. Die Gruppe *Kritische Medizin München* beschreibt in einem im Januar 2021 veröffentlichten Erfahrungsbericht die Beratung als emotional übergriffig und manipulativ. Wie kann es sein, dass der Verein weiterhin in Betrieb sein darf, wenn dieser anstatt eines sicheren Raums für ungewollt Schwangere eine Gefahr für eben diese darstellt?

Im September 2020 haben deshalb die Stadtratsfraktionen *DIE LINKE* und *Die PARTEI* einen Antrag eingebracht, um *Pro Femina* schließen zu lassen. Die Antwort ist ernüchternd. München sei hierfür nicht zuständig und verweist auf das *Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat (BMI)* und die Regierung von Baden-Württemberg, wo der Vereinssitz

von *Pro Femina* liegt. Es soll überprüft werden, ob die Selbstbezeichnung als Schwangerschaftskonfliktberatung weiterhin verwendet werden dürfe. Das erscheint wie ein schlechter Witz, da *Pro Femina* nicht das geringste Interesse daran hat, in ihren Beratungen einen Raum zu schaffen, in dem Schwangere ernstgenommen werden und in dem sie dabei unterstützt werden, selbstbestimmt eine eigene Entscheidung zu treffen. Der manipulative Charakter dieser Scheinberatungsstelle zeigt sich auch in der bewusst gewählten Verwechslungsgefahr des Namens zu *Pro Familia*.

Für einen weiteren Stadtratsantrag zur Versorgungslage mit Schwangerschaftsabbrüchen in München wurde im Oktober 2019 vom *Referat für Gesundheit und Umwelt (RGU)* eine Befragung durchgeführt. In dieser geben sowohl Ärzt*innen wie auch Berater*innen an, dass sie bei ihrer Arbeit zunehmend Probleme mit radikalen Abtreibungsgegner*innen haben. Im Beschluss vom 12.11.2020 wird daraus zwar das Resümee gezogen, dass es zu einem drohenden Versorgungsengpass bei der Durchführung von Abbrüchen kommen könnte, die Gefahr durch Fundis wird dabei jedoch nicht ernstgenommen. Die Lage in manchen Regionen ist sehr drastisch, was auch daran liegt, dass Schwangerschaftsabbrüche kein verpflichtender Teil der medizinischen Ausbildung sind und die betreffenden Ärzt*innen damit rechnen müssen, von Abtreibungsgegner*innen rechtlich, medial und durch physische Präsenz vor Ort unter Druck gesetzt zu werden. Für ungewollt Schwangere bedeutet dies zum Teil sehr weite, d.h. zeit- und kostenintensive Anreisewege und wenig Wahlmöglichkeiten. Rechtlich angreifbar sind Ärzt*innen dabei übrigens vor allem durch das in §219 geregelte Werbeverbot, dass den Zugang zu wichtigen Informationen stark erschwert. In keinem anderen Fall wird das Informieren über medizinische Eingriffe als Werbung diffamiert.

Am 28.9.2020 hätte das Münchner Rathaus am *Safe Abortion Day* – symbolisch für die Bereitstellung der medizinisch notwendigen Versorgung für Menschen mit Uterus, die sich für einen Abbruch entscheiden – lila angestrahlt werden sollen. Dieser Antrag der Stadtratsfraktionen *SPD/Volt* und der *Grünen/Rosa Liste* wurde vom Oberbürgermeister Dieter Reiter unterstützt. Daraufhin äußerte die *CSU* allerdings Bedenken, dass die Beleuchtung das Neutralitätsgebot verletzen könnte. Zudem kam viel Kritik aus der katholischen Kirche. Schließlich untersagte die Regierung von Oberbayern die Lila-Aktion per Weisung, woraufhin diese nicht stattfinden konnte. Die Absage der symbolischen Aktion, die für körperliche Selbstbestimmung stehen sollte, zeigt exemplarisch

auf, wie weit der Einfluss von Einzelpersonen der Lebensschutz-Szene bis in die Politik reicht.

Kurzer Blick in die Geschichte

Obwohl christlich fundamentalistische Abtreibungsgegner*innen durch ihre öffentliche Präsenz versuchen, die Abschaffung des Abtreibungsgesetzes zu verhindern und wesentlich zur Stigmatisierung und Tabuisierung von Abtreibungen beitragen, blieb dieser reaktionäre Blick auf reproduktionsfähige Körper von Anfang an nicht unwidersprochen. Anschaulich wird dies am Beispiel der Geschichte des §218, der die Kriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen seit 1871 gesetzlich verankert. Gleichzeitig formierte sich Protest von Seiten der ersten Frauenbewegung. Trotz aller Widerstände trugen diese Feminist*innen ihre Forderungen immer wieder in den öffentlichen Raum und stellten mit Protestaktionen dessen Ordnung und vermeintliche Selbstverständlichkeiten in Frage. Dadurch entstand ein breites gesellschaftliches Bewusstsein für patriarchale Unterdrückungsstrukturen. So wurde der feministische Protest für die Abschaffung des §218 schließlich zu einer Massenbewegung. Alle erkämpften Lockerungen des Abtreibungsverbotes, so gering sie auch waren, wurden allerdings durch das NS-Regime vollständig zunichte gemacht. Dessen völkische Ideologie legte Mutterchaft als die größte Bestimmung der Frau fest und ließ Abtreibungen ausschließlich als Instrument für eine rassistische, antiziganistische, antisemitische und eugenische Auslese zu. Das dahinterstehende reaktionäre Frauen- und Familienbild wirkt bis heute nach.

Erst die zweite Frauenbewegung schaffte es Ende der 60er Jahre, den Kampf für das Recht auf körperliche Selbstbestimmung öffentlichkeitswirksam weiterzuführen. Sie beschränkten ihren Protest dabei nicht nur auf den Straßenraum, sondern eigneten sich auch das Potenzial der medialen Verbreitung von Forderungen und Informationen und zur überregionalen und globalen Vernetzung an. Besonders große Wellen schlug dabei die 1971 im *Stern* erschienene Selbstbezeichnungskampagne *Wir haben abgetrieben*. Diese symbolische Auflehnung gegen die Kriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen diente vor allem dazu, das andauernde Schweigen über Abtreibungen in der öffentlichen Debatte zu brechen und damit Stigmatisierungen entgegenzuwirken. So trugen die unermüdlichen Kämpfe für das Recht auf Abtreibung wesentlich dazu bei, dass Schwangerschaftsabbrüche heute in Deutschland grundsätzlich möglich sind. Allerdings sind sie immer noch nicht legal, denn der §218 besteht weiterhin und regelt die Bedingungen,

unter denen Schwangere straffrei abtreiben dürfen. Eine dieser Bedingungen ist die Pflicht zur Beratung, die Schwangeren die Fähigkeit zu selbstständigen Entscheidungen über den eigenen Körper abspricht. Die Bevormundung von Personen mit Uterus muss aufhören und der Zugang zu allen relevanten Informationen zum Thema Abtreibung muss gewährleistet sein. Gleichzeitig zeigt der Blick in die Geschichte allerdings leider auch sehr eindrücklich, wie Abtreibungsgegner*innen immer wieder bereits Er kämpftes angreifen und zunichtemachen.

Was hat das eigentlich alles mit Raum zu tun?

Raum ist ein soziales Produkt, das fortwährend hervorgebracht, reproduziert und angeeignet wird. Räume sind zum Teil stark normiert, sie erfüllen bestimmte Funktionen und haben verschiedene, etablierte Nutzungs- und Verwendungsweisen. Das kann auch zu Konflikten und Kämpfen um Räume führen. Im Straßenprotest wird der Konsens darüber, welche soziale Bedeutung der öffentliche Raum hat oder welche Verwendungsweisen er erfahren darf, radikal in Frage gestellt und bestehende Regeln außer Kraft gesetzt. Die Frage, wer die Deutungshoheit über einen Raum hat, ist eben immer auch eine Machtfrage.

Nicht selten erfährt die Kategorie Raum eine Unterteilung in öffentlich und privat. Die öffentliche Sphäre als Ort der politischen Macht und Einflussnahme ist ein umkämpfter Raum, den sich männlich gelesene Personen auch heute noch viel selbstverständlicher aneignen. Weiblich gelesene Personen bzw. weiblich konnotierte Tätigkeiten werden hingegen in die private Sphäre gedrängt. Aus feministischer Perspektive müssen wir dieser Einteilung entschieden widersprechen, denn das Private und Politische sind keine Gegensätze, sondern: das Private ist politisch! Reproduktionsfragen werden zwar fortwährend privatisiert und in einen individuellen Verantwortungsbereich verschoben, sie sind aber niemals privat, weil der Staat mit den Gesetzen §218 und §219 stets seine Finger im Spiel hat. Wenn die Öffentlichkeit der Ort ist, an dem das Interesse der Einzelnen zu einem gesamtgesellschaftlichen Interesse gemacht wird, dann müssen wir uns diese aneignen!

Nach wie vor unterliegt das öffentliche Sprechen über die eigene Abtreibung einer starken Tabuisierung und Stigmatisierung. Doch diese Kultur des Schweigens muss gebrochen werden. Radikale Abtreibungsgegner*innen nutzen jede Gelegenheit dazu, ihre menschenverachtende Hetze und Mythen zu verbreiten. Beispielsweise behaupten christliche

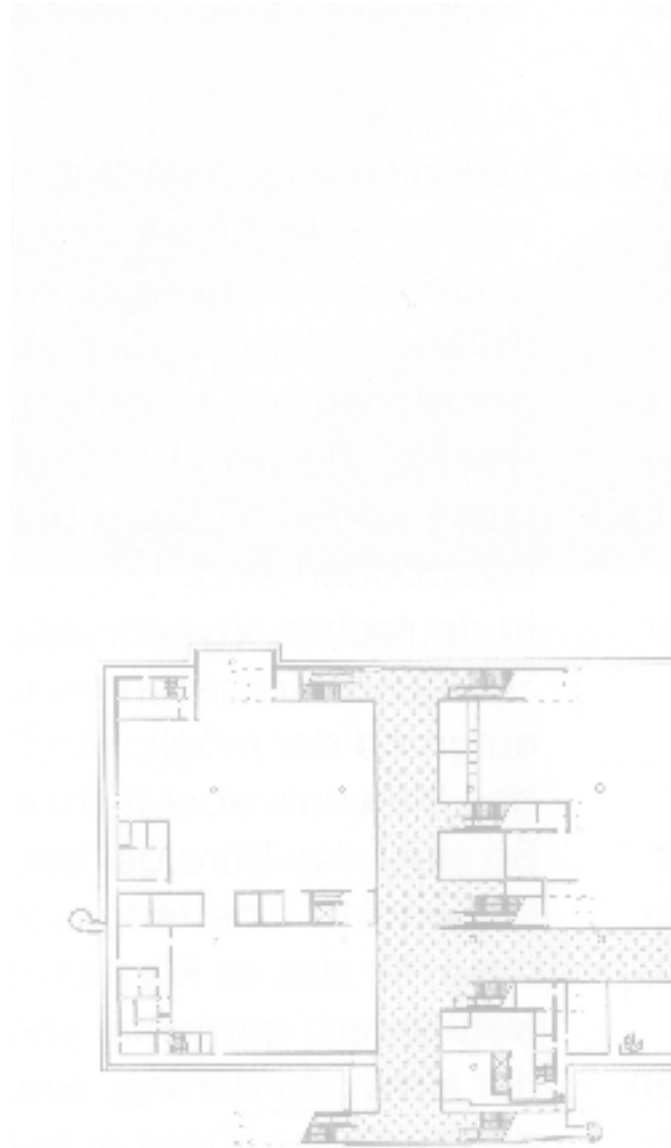
Die Antisexistische Aktion München ist eine feministische, linksradikale Gruppe in München, die sich mit Themen rund um Pro Choice und Antifeminismus beschäftigt. Für mehr Infos: <https://asam.no-blogs.org>

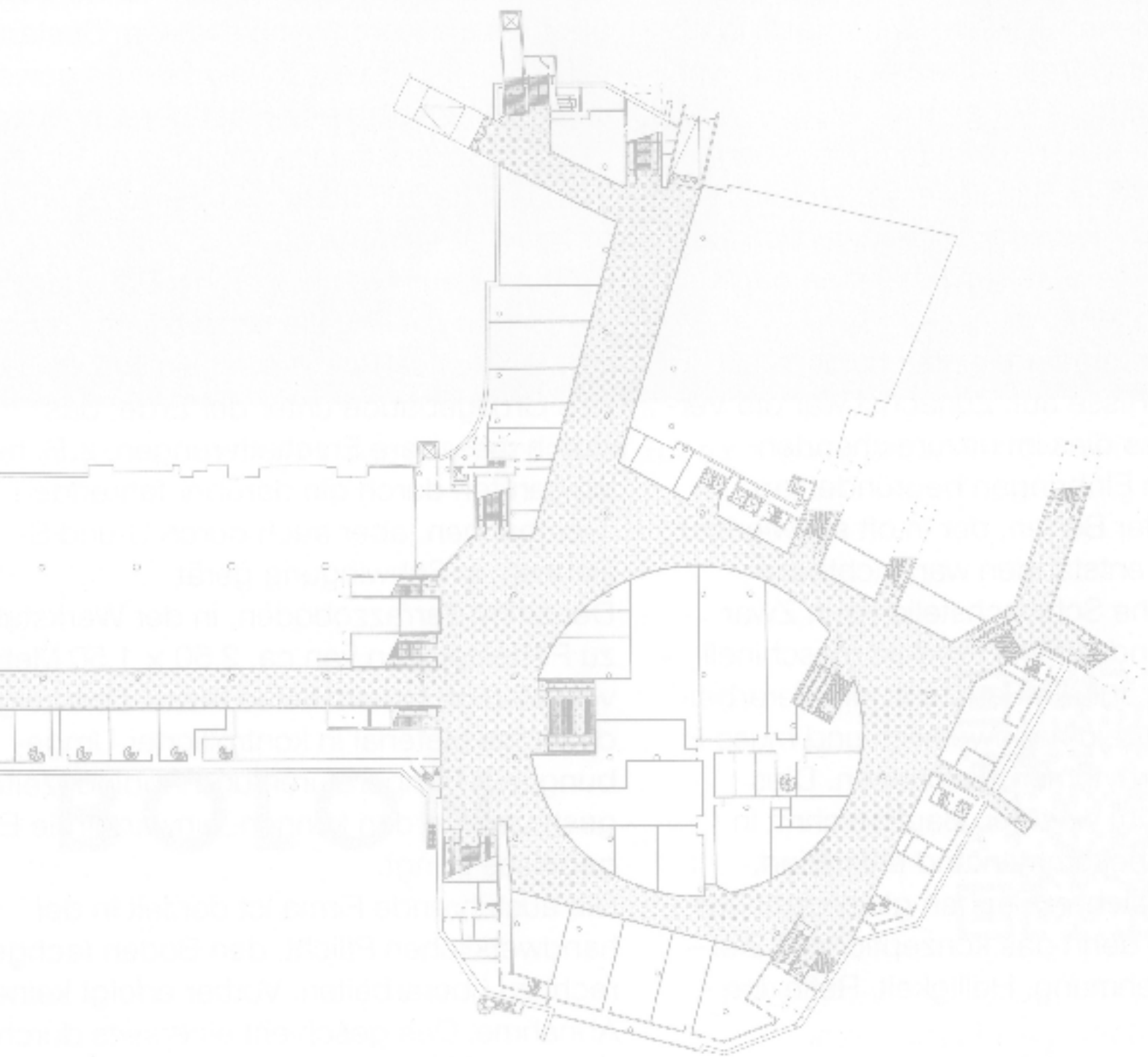
Fundamentalist*innen, es gäbe ein Post Abortion Syndrom, unter dem ungewollt Schwangere nach einer Abtreibung leiden würden. Das ist allerdings Unsinn - eine Studie aus den USA belegt, dass das Post Abortion Syndrom schlichtweg einfach nicht existiert. Die Behauptung einer Gefahr durch das angebliche Syndrom dient also lediglich der Verunsicherung ungewollt Schwangerer und setzt sie bei ihrer Entscheidung weiterem unnötigen Druck aus. Deshalb müssen wir gemeinsam einen wirkmächtigen Gegendiskurs etablieren. Während die individuellen Handlungsmöglichkeiten nämlich beschränkt bleiben, kann die kollektive Organisation und Mobilisierung Veränderung bringen. Dies zeigt auch das bereits angeführte Beispiel der Selbstbeziehungskampagne, die nur deshalb so erfolgreich sein konnte, weil sie von einem Kollektiv getragen wurde.

My Body My Choice! Was können wir tun?

Konkrete Handlungsoptionen und kollektive Praxis gegen eine Institutionalisierung und damit einhergehende Einflussnahme radikaler Abtreibungsgegner*innen zeigen beispielsweise Pro-Choice Aktivist*innen gemeinsam mit Kommunalpolitiker*innen in Berlin auf. In Charlottenburg-Wilmersdorf hat der *Pro Femina* Ableger gut ein Jahr nach seiner Öffnung im Juli 2019 wieder schließen müssen. Die Bezirksversammlung hat dort mit großer Mehrheit den Beschluss gefasst, einseitige Schwangerschaftskonfliktberatung zu unterbinden. Zusätzlich haben Aktivist*innen die Räumlichkeiten mehrfach besucht und mit Pro Choice Graffitis verschönert, was wahrscheinlich dazu beigetragen hat, dass das Mietverhältnis aus Rücksicht auf die anderen Mietparteien nicht verlängert wurde. Ein weiteres Positivbeispiel ist der im August 2019 für Hessen beschlossene Erlass, der Gehsteigberatungen verbietet. Radikale Abtreibungsgegner*innen dürfen ungewollt Schwangere nicht mehr vor Beratungsstellen und Kliniken belästigen, es darf kein Sicht- oder Rufkontakt mit den Räumlichkeiten bestehen. Das ist wichtig, weil so ungewollt Schwangere auf ihrem Weg zur Klinik nicht mehr der direkten moralischen Verurteilung durch Fundis ausgesetzt sind. In Bayern sind sie allerdings weiterhin erlaubt.

Es gibt also noch viel zu tun gegen das Patriarchat und seine Fans. In München gibt es auch aktiven feministischen Gegenprotest, der mit radikalen Abtreibungsgegner*innen aufräumt. Denn wir werden ihnen auf keinen Fall die Straße oder sonstige Räume überlassen!<





92

Zunächst ist zu betonen, dass Gewaltschutz nicht ausschließlich Frauen betrifft. Am Ende profitieren alle davon. Der Grund für die frauenspezifische Fokussierung auf das Thema liegt jedoch nicht in den Konsequenzen gelingenden Gewaltschutzes, sondern im Ursprung geschlechtsspezifischer Gewalterfahrungen.

Frauen flüchten zwar genauso wie Männer vor lebensbedrohlicher Repression, vor Krieg, Willkür, Armut und somit Gewalt. Doch eine Vielzahl der Frauen flüchtet auch vor geschlechtsspezifischer und sexualisierter Gewalt, vor Vergewaltigung als militärische Strategie, vor sexueller Ausbeutung, vor Übergriffen aufgrund ihrer gleichgeschlechtlichen Lebensweise, vor weiblicher Genitalbeschneidung oder vor Zwangsverheiratung.

Auch während der Flucht sind Frauen und Mädchen in erhöhtem Ausmaß von Gewalterfahrungen, sexualisierten Übergriffen, von Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung und Zwangsprostitution betroffen.

Warum ein Blick in den Raum allein nicht reicht

In Deutschland leben geflüchtete Frauen nach ihrer Ankunft in Erstaufnahmeeinrichtungen oder wie in Bayern, Sachsen und dem Saarland in ANKER-Zentren. Im Anschluss werden sie in Gemeinschaftsunterkünfte verteilt. Die Lebensbedingungen in diesen Lagern sind enorm belastend. Bereits im Fundament der oft ehemaligen Kasernen finden sich gewalt- und konfliktfördernde Strukturen.

Mit hunderten Bewohner*innen herrscht dort ein hoher Grad an Anonymität. Gleichzeitig leben hier Menschen unter einem sehr hohen Lärmpegel auf engstem Raum zusammen, teilen sich Zimmer und Sanitäranlagen, die häufig nicht absperrenbar sind. Es mangelt an Privat- und Intimsphäre sowie einer Tagesstruktur. Stattdessen sind die Bewohner*innen ständigen Kontrollen, auch der Privaträume, durch Personal und Polizeirazzien ausgesetzt. Sie leben isoliert, ihrer Autonomie beraubt, unter großem Stress und in der ständigen Angst vor Abschiebung. Geflüchtete sind per Gesetz verpflichtet, über Monate und sogar Jahre hinweg in diesen konflikt- und gewaltfördernden Strukturen zu leben.

Blessing ist 25 Jahre alt und mit ihrem Sohn aus Nigeria geflüchtet. Sie lebte ein Jahr und neun Monate im ANKER-Zentrum in Ingolstadt/Manching. Sie erzählt über diese Zeit: „Es ist sehr schlimm, in ein

anderes Land zu kommen, dort ein Jahr und neun Monate in einer furchtbaren Situation zu leben, nichts zu tun zu haben, nicht zu arbeiten, nicht das Recht zu haben, in eine andere Stadt zu fahren.“

In den letzten Jahren ist der Anteil an Frauen in Unterkünften gestiegen. Wenn es sich nicht um Unterkünfte handelt, denen speziell vulnerable Gruppen oder Familien zugewiesen sind, überwiegt allerdings nach wie vor der Anteil männlicher Personen. Dies spiegelt sich auch in der Nutzung öffentlicher und gemeinschaftlicher Räume wider. Schutz- und Rückzugsräume für Frauen gibt es nur selten.

„Ich war nackt und habe mich gewaschen, dann kam plötzlich ein Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes ins Zimmer. Er hat einfach die Tür geöffnet und ist reingelaufen. Ich habe zu ihm gesagt: ‚Was machen Sie hier? Das ist ein Bereich für Frauen‘“, berichtet Gloria aus dem ANKER-Zentrum Manching/Ingolstadt 2019 in dem Podcast *Der Funkstreifzug des Bayerischen Rundfunks*. Blessing betont in derselben Reportage, dass dies schon mehreren Frauen passiert sei und sie nicht mehr an einen Zufall glaubt: „Wenn wir uns bei den Sicherheitsmitarbeitenden beschwerten, lachen sie uns aus, als ob wir dumm wären, als ob wir Müll erzählen würden. Dieses Lager ist ganz, ganz schlimm. Dort gibt es keine Gerechtigkeit. Sie machen einfach, was sie wollen. Sie wissen, dass sich niemand für uns einsetzt.“

Eine Bewohnerin aus dem ANKER-Zentrum in Geldersheim schildert in einem offenen Brief im Mai 2020 auf der Website anker-watch.de die fehlende Privatsphäre in dem Lager: „Die Unterbringung in unserem Zentrum ist ein Horror, denn wir leben mit fünf Frauen pro Zimmer, ohne jegliche Privatsphäre, mit einer sehr prekären sanitären Situation, zumal sich einige Frauen während ihrer Aufenthalte in Libyen oder Marokko als sexuelle Sklavinnen mit übertragbaren Krankheiten angesteckt haben.“

Doch der Blick in den Raum allein reicht nicht aus. Vielmehr müssen auch außerräumliche Strukturen miteinbezogen werden. So berichtet dieselbe Frau aus Geldersheim über die Beschneidung ihrer Rechte: „In diesem Zentrum steht uns, wie die Verantwortlichen sagen, fast alles zur Verfügung. Aber die Verantwortlichen unterlassen es zu sagen, dass uns ein Grundrecht vorenthalten wird: die Freiheit. Zum Beispiel dürfen wir den Bezirk nicht verlassen. Diejenigen, die die schlechte Idee hatten, dies zu tun, wurden gezwungen, ihr gesamtes Verfahren wieder-

aufzunehmen, einschließlich meiner Zimmernachbarin, die seit mehr als einem Jahr im Zentrum lebt.“

Wenn Frauen innerhalb der Unterkunft durch Partner*innen, Mitbewohnende oder Personal, Gewalt zugefügt wird, ist der Zugang zum Hilfesystem und zu Schutzrichtungen durch Residenzpflicht und Wohnsitzauf-

lage oft eingeschränkt. Der Zugang zu einem Frauenhaus ist theoretisch wie praktisch möglich und kann über das Asylbewerberleistungsgesetz finanziert werden. In der Praxis jedoch bleibt eine Kostenzusage durch die Leistungsträger häufig unsicher und bürokratische Wege stehen einem akuten Schutzbedarf unverhältnismäßig stark entgegen. Dies kann auch dazu führen, dass die Aufnahme in ein Frauenhaus verwehrt bleibt.

Wie in einem Fall aus Hessen, der, wie im *GREVIO*-Schattenbericht vom November 2020 geschildert – *GREVIO* ist eine unabhängige Expert*innengruppe des Europarates für die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt, von *DaMigra*, dem bundesweiten Dachverband der Migrantinnenorganisationen –, diese bürokratischen Hürden eindrücklich aufzeigt: „Anfang 2020 konnte eine Frau mit zwei Kindern, die eine Wohnsitzauflage für einen Landkreis in Hessen hatte, dort aber keinen freien Frauenhausplatz finden und flüchtete deshalb in ein Frauenhaus in NRW. Die dortige Ausländerbehörde widersprach dem Zuzug aufgrund der Wohnsitzauflage und der hessische Landkreis forderte sie auf, einen Frauenhausplatz in Hessen zu suchen. Leider ist dies kein Einzelfall. Oft müssen Frauen* sogar zurück in den Bereich, in dem sich auch der Täter befindet, vor dessen Gewalt sie geflohen sind.“

In den Unterkünften mangelt es zudem an Beschwerdemöglichkeiten, vertrauensvollen Ansprechpersonen und häufig ist das Wissen über die eigenen Rechte und Unterstützungsmöglichkeiten nicht vorhanden.

Gewaltschutz in einem gewaltvollen Raum

Die prekären Strukturen in Unterkünften blieben glücklicherweise nicht unbemerkt. Zahlreiche

Akteur*innen und Organisationen haben vielfach auf die Problematik aufmerksam gemacht, sich für Gewaltbetroffene engagiert und Projekte zur Unterstützung für geflüchtete Frauen auf die Beine gestellt. Migrationspolitische Interessen, wie die Ausweitung der Lagerpflicht, blockieren allerdings einen tatsächlichen und effektiven Gewaltschutz.

Dennoch wurde in den letzten Jahren frauen-spezifischen

Bedarfen und dem Schutz vor Gewalt mehr Aufmerksamkeit geschenkt. So gibt es auch einige Fortschritte auf internationaler und nationaler Ebene.

Die *Istanbul-Konvention* – ein Hebel für gewaltfreie Räume?

Das Übereinkommen des Europarats zur „Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt“ – kurz *Istanbul-Konvention* – ist ein internationales rechtsverbindliches Instrument, das einen umfassenden rechtlichen Rahmen zum Schutz von Frauen vor jeglicher Form von Gewalt schafft. Als rechtlich bindender Menschenrechtsvertrag ist die Konvention im Februar 2018 in Deutschland in Kraft getreten und somit national gültig.

Der Konvention liegt ein weitreichender Gewaltbegriff zu Grunde, welcher „alle Handlungen geschlechtsspezifischer Gewalt, die zu körperlichen, sexuellen, psychischen oder wirtschaftlichen Schäden oder Leiden bei Frauen führen oder führen können“ (Artikel 3) umfasst. Entsprechend sind die Staaten verpflichtet, Maßnahmen in der Prävention, Beratung und Intervention, Schutzmaßnahmen sowie der Nachsorge bis hin zu Anforderungen an das Straf- und Ausländerrecht umzusetzen.

Bereits in der Präambel der *Istanbul-Konvention* zeichnet sich ihr umfassender Charakter ab. Die Mitgliedstaaten des Europarates und alle Unterzeichner*innen bekennen sich nicht nur zur Verurteilung aller Formen von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt. Sie erkennen außerdem an, dass „die Verwirklichung der rechtlichen und der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern ein wesentliches Element der Verhütung von Gewalt gegen Frauen ist; (...) Gewalt gegen Frauen der Ausdruck historisch

gewachsener ungleicher Machtverhältnisse zwischen Frauen und Männern ist, die zur Beherrschung und Diskriminierung der Frau durch den Mann und zur Verhinderung der vollständigen Gleichstellung der Frau geführt haben; (...) Gewalt gegen Frauen als geschlechtsspezifische Gewalt strukturellen Charakter hat, sowie der Tatsache, dass Gewalt gegen Frauen einer der entscheidenden sozialen Mechanismen ist, durch den Frauen in eine untergeordnete Position gegenüber Männern gezwungen werden; (...).“

Die Bestimmungen der *Istanbul-Konvention* gelten für alle Frauen, unabhängig ihrer Herkunft, Religion, finanziellen Situation oder ihres Aufenthaltsstatus. Geflüchtete Frauen werden zudem als besonders schutzbedürftig anerkannt. Einzelne Artikel beziehen sich speziell auf ihre Lebenssituation. So ist auch eine Verpflichtung zu geschlechtersensiblen Asyl- und Aufnahmeverfahren in Artikel 60 Absatz 3 verankert. Der Bund, die Länder und auch die Kommunen sind zur Umsetzung der *Istanbul-Konvention* verpflichtet.

Die *Istanbul-Konvention* ist eine bedeutende Errungenschaft im Kampf um Gleichberechtigung und gegen Gewalt an Frauen und dem Engagement der Frauenbewegung. Der Ausstieg der Türkei aus dem Abkommen ist ein schockierender und besorgniserregender Angriff auf die Menschenrechte von Frauen und von LGBTIQ*.

Aber wie sieht es mit deren Umsetzung in Deutschland aus?

Gewaltschutz auf Bund und Länderebene

Mensch mag es kaum glauben. Der Schutz vulnerabler Gruppen in Aufnahmeeinrichtungen und Sammelunterkünften wurde mit dem umstrittenen *Hau-ab-Gesetz* in das Asylgesetz aufgenommen. Seit 2019 ist es also zumindest gesetzlich festgeschrieben: Die Bundesländer sollen Maßnahmen treffen, um bei der Unterbringung Asylbegehrender den Schutz von Frauen und schutzbedürftigen Personen zu gewährleisten (§ 44 Abs. 2a und § 53 Abs. 3, AsylG).

Dieser gesetzlichen Neuerung bereits vorausgegangen ist die vielversprechende Bundesinitiative „Schutz von geflüchteten Menschen in Flüchtlingsunterkünften“. Ins Leben gerufen wurde sie 2016 durch das *Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend* (BMFSFJ), das *Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen* (UNICEF), zahlreiche Wohlfahrtsverbände und zivilgesellschaftliche Organisationen. Mit dem Ziel, einheitliche Standards zu etablieren, wurden Mindeststandards, als Leitlinie zur Entwicklung und Umsetzung von einrichtungsspezifischen Schutzkonzepten, entwickelt. Die Mindeststandards umfassen die Bereiche Personal, bauliche Rahmenbedingungen, interne und externe Kooperation, sowie Prävention, Umgang mit Gewaltsituationen und Risikomanagement. Die Vorgaben enthalten außerdem die Notwendigkeit, die Umsetzung der Gewaltschutz-

maßnahmen zu überwachen und überprüfen. Für einen effektiven Gewaltschutz muss also an vielen Fäden gleichzeitig gezogen werden.

Wichtiger Bestandteil hierbei sind Schulungen aller

Mitarbeitenden einer Unterkunft, einschließlich der Hausmeister*innen und Sicherheitsmitarbeitenden. Ebenso wie die Abschließbarkeit der privaten Räume, Trennung sanitärer Anlagen nach Geschlechtern, aber auch die Vernetzung mit Fachstellen des Hilfesystems zur Unterstützung von Frauen und eine interne und externe Beschwerdemöglichkeit.

Vieles an den Mindeststandards klingt wahnsinnig gut und ist bei der Expertise, die dahintersteckt als von hoher Qualität zu bewerten. Leider ist der Name missverständlich. Es handelt sich dabei nicht um Standards, die mindestens umgesetzt werden müssen. Es handelt sich um Empfehlungen. Die Unterbringung von Geflüchteten liegt in der Verantwortung der einzelnen Bundesländer. Von der Bundesinitiative eingesetzte und finanzierte Gewaltschutzkoordinator*innen sollten diese Mindeststandards zumindest als Modellprojekte in die Bundesländer tragen. Diese Stellen wurden von einigen Ländern übernommen und erweitert. Mittlerweile haben alle Bundesländer eigene Gewaltschutzvorgaben für Geflüchtetenunterkünften entwickelt.

Es handelt sich dabei nicht um Standards, die mindestens umgesetzt werden müssen

Simone Eiler ist
Mitarbeiterin beim
Bayerischen
Flüchtlingsrat im
Projekt **We talk!**
Gewaltschutz für
geflüchtete Kinder
und Mütter.

Ein unübersichtlicher Flickenteppich

Die Vorgaben zum Gewaltschutz unterscheiden sich jedoch immens in ihrer Qualität und sind häufig nicht rechtsverbindlich. Die Praxis ist vielfältig und unübersichtlich. Eine aktuelle Studie von *UNICEF* und dem *Deutschen Institut für Menschenrechte* zeigt die Pluralität an Gewaltschutzmaßnahmen der einzelnen Bundesländer auf. Ein fehlendes systematisches Monitoring, und somit fehlende Kontrolle bei der Umsetzung von Gewaltschutzvorkehrungen bleibt allerdings allen Gewaltschutzkonzepten als gemeinsamer Nenner.

Das bayerische Gewaltschutzkonzept stellt beispielsweise ein administratives Rahmenkonzept dar. In einer schriftlichen Landtagsanfrage Ende 2020 konnte die Staatsregierung immerhin beantworten, in welchen Unterkünften Gewaltschutzkonzepte verschriftlicht wurden. Zum Umsetzungsstand der Gewaltschutzmaßnahmen konnte sie hingegen keine Auskunft geben – der Verwaltungsaufwand diese Daten zu erfassen sei zu groß.

Das Bayerische Gewaltschutzkonzept ist eine Verwaltungsvorschrift und entsprechend liest es sich. Die empowernden und vielschichtigen Worte der *Istanbul-Konvention* lassen sich schwerlich damit in Verbindung bringen. So wird es im bayerischen Konzept gar nicht erst als notwendig erachtet, Notfall- und Handlungspläne bei Vorfällen sexualisierter Gewalt zu erstellen. Die Identifizierung vulnerabler Personen soll vom Verwaltungspersonal übernommen werden. Private Räumlichkeiten können nur abgeschlossen werden, wenn dies dem Brandschutz nicht entgegensteht. Einen Verweis auf die Mindeststandards der Bundesinitiative sucht mensch vergeblich.

Gewaltschutz und eine Politik der Abwehr sind nicht vereinbar

Solange es Räume wie Sammelunterkünfte gibt, braucht es einen effektiven Gewaltschutz. Die aktuellen Erfolge und Entwicklungen müssen entsprechend weitergeführt werden. Vor allem aber braucht es bundesweit einheitliche und rechtsverbindliche Gewaltschutzkonzepte in allen Unterkünften, im städtischen und ländlichen Raum. Zudem müssen die Konzepte flächendeckend und systematisch überprüft und stetig weiterentwickelt werden. Der Zugang ins Frauenhaus und eine schnelle Trennung vom Täter muss auch für geflüchtete Frauen so unbürokratisch wie möglich gestaltet werden.

Diese Forderungen dürfen jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass bereits die Rahmenbedingungen an sich gewaltvoll sind. Die gewaltfördernden Strukturen von Unterkünften, Abschiebungen, die eingeschränkten Rechte und der mangelnde Zugang zu Unterstützungs-, Hilfe- und Gesundheitssystemen von geflüchteten Frauen stehen im Widerspruch zum Schutz vor Gewalt und der Aufarbeitung bereits gemachter Gewalterfahrungen.

Gewaltschutz innerhalb gewaltfördernder Strukturen kann daher nur bedingt umgesetzt werden. Abwehrpolitik und Gewaltschutz sind bereits im Kern nicht miteinander vereinbar. Geflüchteten Menschen müsste also vielmehr der Zugang zum Wohnungsmarkt ermöglicht werden, sowie rassistische und finanzielle Hürden dort abgebaut werden. Es ist eine Rückbesinnung notwendig, dass Unterkünfte nur einer vorübergehenden, kurzweiligen Notunterbringung dienen. Das fundamentale Problem eines aufrichtigen und effektiven Gewaltschutzes ist die aktuelle Asylpolitik und die Massenunterbringung an sich.<





hinter – grund – risse

>16/2.1 – XII. aggregat<

sein wohnen und damit die raumnahme ist im menschlich-körperlichen angelegt – das planen und bauen, also das gestalten von raum und umwelt; höhle, jurte, zelt und garage – alles raum. kindergarten, knast und swimmingpool – räume in einem soziologischen sinn – definiert, akzeptiert, oft unreflektiert. die hier abgebildeten grundrisse von menschlichen bauten sind nur platzhalter für die jeweilige idee – mit dem realen bauwerk haben sie wenig gemein – es sind nur grau-schwarz-weiße flächen und striche; es ist nur eine vorstellung, die sich im raum zwischen unseren ohren ausbildet – und so möchte ich sie/euch auch weiterleiten zu anderen arbeiten, welche bei mir halt so im hirnkastl-ra/um schlingern.

rasso rottenfusser

„sezieren, verdichten, komprimieren und neu formulieren des vorgefundenen, des materials und der bezüge an einem ort, so kann man vielleicht die arbeit von rasso rottenfusser beschreiben (...) denn bei der betrachtung seiner arbeit können wir unserem eigenen wahrnehmen, denken und bezüge-schaffen bei der arbeit zusehen“

(christopher kramatschek, 2014)

zur person:

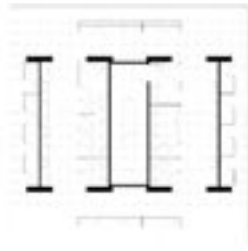
rasso rottenfusser, geb. 1966 in münchen, lebt in münchen und bei riva del garda; seit 99 studien an der akademie der bildenden künste, münchen und hochschule der künste, berlin. raumgreifende installationen, welche stets im bezug zum umraum stehen - z.b. in dresden (ostrale 2013), pavillon im alten bot garten münchen (2014), >biern i fori – abort 2/8.6-I< Das Klohäuschen, münchen (2016), >rally 57 9/11.6-VI aggregat<, studio im hochhaus, berlin, (2016/17), >cervelat 29/4.7 –IIV< (haus der kunst münchen 2017),

>otto neurath – 1. Aktivierung<, kunstraum münchen (2019), > memorialitäten< zu einem verschwundenen denkmal von mies van der rohe, museum lichtenberg, berlin (2019), „exhibition on a flash drive“ - bangalore (venkatappa art gallery – mit goethe-institut) (2019) und „responsive curating“ kunstraum münchen (2020) parcourartige installationen in den städten/stadtteilen u.a von. barcelona, berlin, bologna, rom, paris, zürich etc.

mit susanne schmidt, anja uhlig und katharina weishäupl AK GRÜN – arbeitskreis zur resozialisierung von gemeinem grün - führungen, workshops, parcours im stadtraum und maximiliansforum münchen 2017/18/19

zuletzt erschienen katalog / künstlerbuch >aggregat 13/9.3-III linsen mit bayr. grün an 5200 K<, 2017, 144 seiten

www.rasso-rottenfusser.com

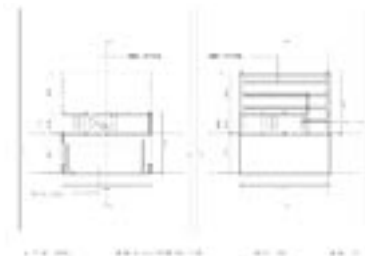


hinter grund risse

seite 13
gemeinschaftstoiletten und – duschen
ilya kabakov – the toilet – documenta IX, kassel



seite 14
wachtturm umgenutzt in england
(gebaut gegen napoleon)
w.g. sebald – die ringe des saturn



Seite 30
bus stop mit aussicht
sibylle berg – die fahrt



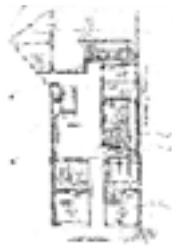
Seite 32
exarchia, stadtteil von athen, airbnb spots
homer, odysee, 17. gesang ff



seite 35
kanzlerbungalow in bonn von sep ruf
rainald goetz – kontrolliert oder
wolfgang koeppen – das treibhaus



Seite 36
romantikhotel weisses kreuz und zum löwen,
burgeis am reschenpass
pedro barceló – hannibal



seite 39
valentinstüberl münchen
simone de beauvoir – die mandarins von paris



seite 46
gemeinschaftstoiletten und -duschen
ilya kabakov – the toilet – documenta IX, kassel



seite 50
bibliothek saint genevieve, paris
franz xaver baier – der raum



seite 57
friedhof skogskyrkogården, stockholm
joseph beuys – zeige deine wunde



seite 69
scheibenhochhaus von oskar niemeyer
im hansaviertel berlin
alfred döblin – berlin alexanderplatz



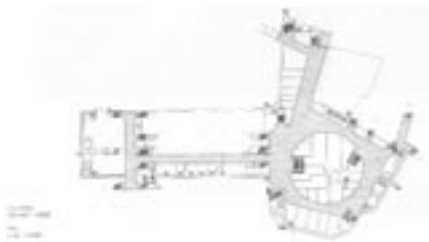
seite 70
sassi matera (höhlenwohnungen)
carlo levi – christus kam nur bis eboli



seite 74
speichersee im norden von münchen
david foster wallace – this is water



seite 89
station hungerburgbahn innsbruck von zaha hadid
thomas mann – der zauberberg



seite 91
stachus untergeschoss
karin sander – astroturf floor piece / floor



seite 92
jva stadelheim, bereich freigang neue krankenstation
jim jarmush – down by law



seite 97
shopping mall in ffm
émile zola – au bonheur des dames



seite 106
dacha – modern?
l'architecture engagée – manifeste zur veränderung der gesellschaft, münchen 2012





EPILEPTOPIA.

Abseits der medikalen Dominanz

Als Kriminelle, Sexualobjekte oder nationale Gefahr – Menschen mit Epilepsie wurden über Jahrhunderte als 'Abnorm' stigmatisiert und deshalb räumlich segregiert. Eine wichtige Rolle nahm und nimmt dabei die Schulmedizin ein. Doch abseits der medikalen Dominanz ist alternativer Raum – eine EPILEPTOPIA – imaginierbar. Von Lisa Ness

*Aber wir können ja nicht alle dieses 'Außer-Kontrolle-Sein' zu unserem Geschäft machen. Oder? Dafür sind wir doch schlichtweg zu viele Epileptiker*innen auf der Welt. Und alle ihr, die keine Epilepsie habt, stellt euch mal vor, wir würden das zu unserem business erklären. Wir als Epileptiker*innen würden – nachdem wir uns Jahrhunderte lang hinter euren Zuschreibungen versteckt haben – uns in unserem 'Kranksein' anerkennen und nun endlich ein business daraus machen. Am Ende sogar noch die Weltmenschchaft übernehmen. Das wäre doch wahrlich utopisch.*

Immer diese Tagträumereien ...

Wo kommen wir denn da hin?!

Etwas in eine Welt, die (endlich) ...

... Beziehungskonstrukte kennt, in denen Menschen mit chronischen Erkrankungen sich nicht nur/immer wieder wie eine Belastung fühlen?

... versteht, dass Gedächtnisverlust nicht gleich Dummheit/Unaufmerksamkeit/Desinteresse/(fill the gap with things you hate) heißt?

... akzeptiert, dass mein Gehirn manchmal seine eigene Party macht? Mit (vermutlich) stillem hartem Techno, von dem mein Körper sich danach erholen muss.

... Menschen mitdenkt, die nicht nur neoliberale Produktionsmaschinen sind?

... Räume schafft, in denen ich mich nicht immer für meine Epilepsie erklären und entschuldigen muss?

Ich schreibe diesen Text vor ungefähr einem Jahr. In einem Moment, in dem ich wütend bin. Ich habe erneut einen Krankenhausbesuch in der Neurologie hinter mir. Allzu bekannte Wände haben mich umgeben. Eine Atmosphäre aus weißem Schweigen, klinisch-cleanem Abgewandt-sein, distanzierte, sich unehrlich anfühlende Fürsorge – oder eher kapitalistische Self-Care/Lohnarbeit? Scham der ebenfalls wartenden Menschen vermischt sich mit Frustration und Stress der umher huschenden Arbeitenden. Hilflosigkeit wabert zwischen den Stühlen. In diesen Räumen wird nicht gesprochen. Es herrscht Ruhe. Und es scheint ein unausgesprochenes Gesetz, dass diese nicht durchbrochen werden darf. Höchstens durch ärztliche – *weiße*, männliche – Anweisung. „Frau Ness!“ – Das war eine Frage. Wortlos stehe ich auf,

folge. Ich habe hier eine klare Rolle: Kranke, Epileptikerin, Bittstellerin, Versicherungszahlerin.

Lese ich meine geschriebenen Worte heute, erkenne ich zwischen den Zeilen den Drang, diese Wut fruchtbar machen zu wollen. Denn solche Orte sind mir nicht unbekannt. Seit meiner Kindheit betrete und verlasse ich Krankenhäuser, (vermeintliche) Orte für 'Kranke'. Doch was bedeutet die Präposition 'für' in Bezug auf das ebenfalls problematische Adjektiv 'krank'?

Räume 'für' Kranke?

Dass wir im 21. Jahrhundert solche medikalen Räume haben, konstruiert als Mega-Institution, häufig isoliert vom Rest der Gesellschaft auf noch größeren Mega-Campi, kommt nicht von ungefähr. Denn wie sich Gesellschaften räumlich strukturieren, ist immer auch an die soziokulturelle Vorstellung von Ordnung gekoppelt – an Strategien der In- und Exklusion, grenzüberschreitende und -herausfordernde Konzepte. Repräsentiert werden sie etwa in oralen Mythen, Bildern, Texten oder Statistiken. Sie ordnen Menschen klare Räume, aber auch Rollen zu. Aber wer erstellt diese Ordnung?

In *Representing Epilepsy. Myth and Matter* (2010) untersucht Jeannette Stirling historische Aufzeichnungen zu Epilepsie, wobei deutlich wird, wer bisher das Sagen hatte: Nachdem über Jahrhunderte hinweg verschiedene Theologien die Deutungshoheiten für sich beanspruchten, sollte spätestens im 18. Jahrhundert die Schulmedizin die Oberhand zur genauen Beschreibung und Kategorisierung des 'Epileptischen' gewinnen. Gemessen an einem ableistischen Konstrukt von physischer, psychischer und sozialer Norm, unterlagen Epileptiker*innen dabei immer wieder dem sogenannten medical gaze, einem Blick, der zwischen Ehrfurcht, Voyeurismus und Pathologisierung schwankte. Eingebettet in rassistische, sexistische, klassistische Gesellschaftsstrukturen, finden sich Assoziationen und Narrative, die Epilepsie sowohl mit Gefahr, Ekelhaftem und Deviantem, Hyper- oder Asexuellen, Kriminellem, Gewaltvollem, Unheimlichem, Übernatürlichem und Spirituellem verbanden. Und die stets durch die neuesten Erkenntnisse der Medizin legitimiert wurden.

So vielseitig dieses Spektrum sein mag, es handelt sich immer um Stigmata, um Fremdzuschreibungen, die das Bild einer 'Abnorm' kreier(t)en. Und für die es dann einen Ort inner- oder außerhalb der Gesellschaft zu finden galt.

Dabei wurden verschiedene Konzepte der Segregationspolitik entwickelt, etwa die sogenannten epileptic colonies in Großbritannien, den USA oder Australien Ende des 19. Jahrhundert. In Zeiten, in denen das nationale Wirtschaftswachstum an immenser Wichtigkeit gewann, galt der epileptische Körper wegen seines diagnostizierten Makels als ineffizient oder gar unbrauchbar. Er wurde oft mit der Arbeiter*innenklasse, häufiger noch mit erwerbs- oder obdachlosen Menschen in Verbindung gebracht. Der ihm zugewiesene Ort war meist die Straße. Um ihn aus dem urbanen Raum – den Zentren der Industrialisierung und des kulturellen Lebens – zu entfernen, wurden Menschen mit Epilepsie in Arbeitslagern auf dem ländlichen Raum isoliert. Dort dienten sie zudem als Objekte für medizinische Forschung. Diese entzog sich durch räumliche Trennung ihrer ethischen,

Epileptiker*innen wurden spätestens ab 1939 in Vernichtungslager abtransportiert und systematisch ermordet

gesellschaftlichen Verantwortung und wahrte durch Unsichtbarkeit die Komfortzone der 'gesunden' Normgesellschaft.

Die Degradierung zum medizinischen Forschungsgegenstand findet sich dieser Zeit auch in Frankreich unter der Frage, was die 'wahre' Epilepsie sei. Die ausschließlich männliche Szene der Schulmedizin widmete sich dazu der Unterscheidung von Epilepsie, Hystero-Epilepsie und Hysterie. Da Letzteres als weibliches Charakteristikum konstruiert wurde, stand fest, dass lediglich Frauen zu begutachten seien. Dazu wurden Patientinnen in Lehrvorlesungen theatralisch dem Blick von Männern ausgesetzt. Sie wurden genötigt, krampfartige Bewegungen vorzuführen, Geräusche von sich zu geben, teils wurden Anfälle provoziert. Mit der objektivierenden Zurschaustellung, die oft an Missbrauch, Sterilisation und Verstümmelung gekoppelt war, ging ein ambivalentes Verhältnis der Sexualisierung von Epilepsie einher. Frauen mit Epilepsie wurden nach Bedarf als hyper- oder asexuell definiert. Gleichzeitig wurde männlich gelesenen Personen ein 'Kranksein' abgesprochen oder durch die Diagnose feminisiert und somit marginalisiert.

Zur Zeit des Nationalsozialismus wurden in Deutschland die Ansätze der Eugenik ausgebaut und Epilepsie unter anderem als Erbkrankheit eingestuft. Wie Martin

et al. in ihrem Artikel *Neurologie und Neurologen in der NS-Zeit* (2016) ausführen, führte die Diagnose der Epilepsie – damals Fallsucht genannt – zumeist zur Zwangssterilisationen oder Schwangerschaftsabbrüchen. Gemäß der 'rassenhygienischen' Ideologien fand so das *Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses* aus dem Jahr 1933 Anwendung. Insbesondere sogenannte Kranken-, Heil- und Pflegeanstalten wandelten sich damit zu Orten staatlicher Exekutive. Den perfiden und gewaltvollen Höhepunkt erreichten diese Entwicklungen mit der Durchführung der sogenannten Euthanasie-Aktion T4, bei der Epileptiker*innen spätestens ab 1939 in Vernichtungslager abtransportiert und systematisch ermordet wurden. Lebensraum war für Menschen mit Epilepsie in der NS-

Gesellschaft nicht mehr vorgesehen.

Diese historischen Fragmente sind Teil einer Raumpolitik, die Menschen mit Epilepsie

immer wieder von Gesellschaften ab- und ausgrenzte; um so – über das Konstrukt des*der 'Anderen' – das Ideal einer 'gesunden', zumeist cis, hetero, männlich, *weißen* Normgesellschaft festigen zu können.

Back to norm ... stop: reality

Heute gibt es diese extremen Formen der physischen Segregationspolitiken glücklicherweise nicht mehr. Allerdings finden sich immer wieder Spuren derselben. Und das kollektive Unwissen wie auch die Mythenbildung wirken fort.

So wird das Sprechen über 'Kranksein' in öffentlichen Sphären zugunsten der anerkannten Lebenswelten der (vermeintlich) 'gesunden' Mehrheit weiterhin lieber tabuisiert. Resultat: Wenn das Thema dann doch auf den Tisch kommt, sind alle verunsichert und aus ihrer Komfortzone geholt. Der*die Epileptiker*in wird plötzlich Expert*in für alle Epilepsie-Fragen: Wie war das noch mit dem Exorzismus und der Epilepsie? Wenn du krampfst, steck ich dir dann ein Stück Holz zwischen die Zähne, damit du dir nicht die Zunge abbeißt? Musst du keinen Helm tragen? Es gibt da diesen Film, wo die Person Kopf und Augen verdreht, blau anläuft – kannst du dabei sterben? Ich habe Angst um dich, können wir darüber reden?

Klingt anstrengend? Ist es auch oft. Denn nicht nur hätte ich niemals eine Expertin für eine vermeintlich pauschale Epilepsie-Erfahrung sein können oder wollen – die gibt es eh nicht. Die wiederkehrenden Fragen sorgen auch dafür, dass ich mir stets überlege, in welchen Räumen und Kontexten ich überhaupt erzählen kann, dass ich Epilepsie habe. Abgesehen davon gibt es in meinem Leben noch einiges anderes zu tun.

Zum Beispiel mich mit der Dominanz respektive suggerierter Allwissenheit medikaler Institutionen auseinanderzusetzen. Neben dem Krankenhaus gibt es da beispielsweise noch die Krankenkasse. Die sieht sich per se in tiefer Verbundenheit zu Menschen mit chronischen Erkrankungen. Nicht. Ist dafür aber extrem Raumnehmend.

Sowohl was meine monatlichen Ausgaben, aber auch den Energieaufwand zur Bewältigung der Zettelwirtschaft angeht. Irgendwie müssen all die medizinischen Daten und Wörter – der diagnostizierte Grand mal – schließlich in money übersetzt und für die Pharmaindustrie fruchtbar gemacht werden. Ich werde in Zahlen- und Buchstabenkombinationen transformiert. In eine Sprache, die ich nicht verstehe; aber die wohl ganze Bücher über mich und mein großes Leiden füllen könnte. Wenn es um Geld geht, wird problemlos (Sprech-)Raum für Epilepsie geschaffen. Solange wir nicht emotional werden und bei den Fakten bleiben. Ein Hoch auf Bürokratie und Kapitalismus!

Natürlich gibt es auch ein Abseits von Krankenkassen, Neurologie, Pharma und Co. Und hier gibt's bisweilen Urlaub vom Medikalen und der ständigen Konfrontation mit den Bedürfnissen von Nicht-Epileptiker*innen:

Wenn ich tief genug in die virtuellen Sphären ein- dringe, stoße ich auf kleine Inseln zur Selbsthilfe von und für Epileptiker*innen – was de facto auch immer meint, dass eine Art Safer Space nötig ist, weil eine ableistische Gesellschaft auf normabweichende Bedürfnisse nicht klarkommt; beziehungsweise be- hinderte und chronisch erkrankte Menschen Pausen von diskriminierenden Strukturen brauchen. In diesen Räumen eröffnen sich analoge wie digitale Welten voller Erfahrungen, von denen ich lange nicht

wusste, dass es sie gibt: Austausch über den Umgang mit Epi-Hunden, die Angst, eine Belastung für den Beziehungsmensch zu werden, oder die Freude, dass (erneut) die letzten Tage bis zur Anfallsfreiheit gezählt werden können.

Je weiter ich in diese Soli-Strukturen eintauche, desto mehr entdecke ich: Gedichte, Kurzgeschichten, Filme, Theaterstücke von Menschen mit Epilepsie. Plötzlich erscheint es okay zu sagen, dass mein Bett ein wichtiger Ort für mich ist. Also abseits der classic work-work-work-(life)-balance. Dass ich es mag, mit Menschen auch über Epilepsie lachen zu können. Schon allein, weil ich nicht immer nur ranten kann, ich

den sorgen- den Blicken, den mansplaining- Momenten im Krankenhaus und vergossen- nen Tränen etwas entgegense-

zen muss. Und dafür die Tonnen Schoki und mein appropriated Yoga by Madi alleine nicht ausreichen.

Da war ja noch die Utopie ...

Natürlich könnte ich den Text an dieser Stelle beenden und sagen: Hej, toll, mach ich doch einfach häufiger Urlaub! Aber damit wäre das Problem nicht gelöst. Die ableistischen Strukturen und die Dominanz der Medizin würden weiter bestehen.

Also abschließend nochmal zurück zur Utopie. Ich erkenne schon, dass es weniger Sinn macht, die Übernahme der Weltmenschenschaft zu planen. Allerdings lohnt es sicher, nach all der Fremdbezeichnung, Raumzuweisung oder -verweigerung an analogen wie digitalen Orten, den Diskriminierungserfahrungen in Krankenhäusern oder im Nicht-Epi-Freund*innenkreis über Alternativen nachzudenken. Und wie Räume safe für ALLE sein können. Um uns von ableistischen Strukturen zu verabschieden, sollten wir dringend über neue Körperpolitiken sprechen. Und welche Räume sie benötigen, ein- und herausfordern oder auch verwerfen.

Die Künstler*in und Aktivist*in Patty Berne etwa dekonstruiert mit dem Konzept der *Disability Justice* (2015) das 'Kranksein' und 'Andersartigkeit' von disabled Personen im Verhältnis zu einer 'gesunden' Normgesellschaft, indem ALLE Körper als bedürftig,

ALLE Körper werden als bedürftig, aber auch stark betrachtet

aber auch stark betrachtet werden. Eingebettet in vergangene wie bestehende Machtstrukturen variieren dabei die Bedürfnisse und Lebensrealitäten jeder Person und müssen berücksichtigt werden. Um mit diesen Strukturen umzugehen und sie letztlich zu durchbrechen, definiert Berne zehn Prinzipien, die Grundlage für methodisches und inhaltliches Arbeiten an der Zukunft bieten sollen: Intersectionality, leadership of the most impacted, anti-capitalism, commitment to cross movement organization, recognizing wholeness, sustainability, cross-disability solidarity, interdependence, collective access, collective liberation.

Führe ich diesen Ansatz weiter, gleiche ihn mit historischen Lebensrealitäten und gegenwärtigen Erfahrungswelten von Betroffenen ab, stellt sich die Frage, wie so etwas konkret aussehen kann – also, in real life. Ich fange an, über Zukunftsräume, (m)eine EPILEPTOPIA nachzudenken ...

... es gibt vielseitige Informationsräume, die von Epileptiker*innen mitgestaltet werden. Spätestens in der Schule lernen Menschen – mehrsprachig, niedrigschwellig, interdisziplinär – über Epilepsie und können gemeinsam mit Betroffenen eigene Ideen für Sensibilisierungsmöglichkeiten entwerfen.

... Lohnarbeitsräume sind so konzipiert, dass es okay ist, als Mensch mit Epilepsie gegebenenfalls nicht oder weniger arbeiten zu können; ohne verurteilt zu werden oder in emotionale und finanzielle Abhängigkeiten zu rutschen.

... zumeist un- oder schlecht bezahlte Care-Arbeit inner- wie außerhalb medikaler Räume, von Pflegekräften, Familien, Freund*innen, Mitbewohnern und Beziehungsmenschen, wird gesamtgesellschaftlich wertgeschätzt. Und solange wir den Kapitalismus noch nicht abgeschafft haben, vor allem auch monetär.

... Es gibt Narrative von Epilepsie-Erfahrungen jenseits des medical gaze. Erzählt von FLINTA Epi-Punk Bands, geprägt durch kulturwissenschaftliche Erkenntnisse, vertreten von Epilepsie-Gewerkschaften, die Geschichts- und gegenwärtigen Handlungsraum fordern.

... Medikale Räume werden intersektional, transdisziplinär und ganzheitlich gestaltet: So können zum Beispiel Jugendliche aller Gender und sexuellen Orientierung erfahren, was es bedeutet, mit Epilepsie schwanger und/oder Elternteil zu werden.

Da sich diskriminierende Strukturen durch alle gesellschaftlichen Räume ziehen, könnte ich diese Liste ewig weiterführen. Das mag vielleicht utopisch, nach einer Tagträumerei, einem Gedankengespinst klingen. Aber for real: Der Ist-Zustand ist keine Option. Endlich an EPILEPTOPIA zu arbeiten lohnt sich. Und das sicher nicht nur für mich.

sonst müsste ich am Ende doch noch über die Übernahme der Weltmenschenschaft nachdenken. Nicht so schwer, wenn 0,1 Prozent der Bevölkerung diagnostizierte Epilepsie und 5 bis 10 Prozent aller Menschen mal einen Krampfanfall haben.<

Lisa Ness ist
Kunsthistorikerin
und -vermittlerin.
Momentan arbeitet
sie vor allem zu
künstlerischen
„Gegen-Geogra-
phien“ im Migra-
tionsdiskurs, sowie
Diskriminierungser-
fahrungen im Kunst-
und Kulturbetrieb.





Jeder Lichtstrahl zählt

Straßenlaternen, Leuchtreklame und blinkende Satelliten – die Lichtverschmutzung steigt weltweit rapide an. Sie macht die Nacht zum Tag. Darunter leiden Pflanzen, Tiere und der Mensch.

Von Sebastian Schulke

In den Straßen von München. Es ist 23:15 Uhr. Die Nacht hat sich über die Stadt gelegt. Kaum ein Mensch ist zu sehen, kaum ein Auto zu hören. Nur ein Nachtfalter flattert aufgeregt hin und her, umkreist unermüdlich das grelle Licht einer Laterne. Immer und immer wieder. Er verwechselt die Lampe mit dem Mond, an dem er sich normalerweise orientieren würde. Und so flattert und flattert das Insekt wild umher, wird von dem Lichtschein angezogen.

Das kleine nächtliche Drama kann Stunden dauern. Bis der Nachtfalter vor Erschöpfung stirbt. Oder ein Vogel sich das geschwächte Insekt schnappt. So hart ist das Leben, die Natur. Mit natürlichen Kräften hat das allerdings wenig zu tun. Das künstliche Licht hat seine Finger im Spiel, verwirrt, irritiert und blendet das Insekt. Aber auch immer mehr Tiere, Menschen und Pflanzen leiden unter Lichtverschmutzung. Doch die Nächte auf dem Planeten Erde werden immer heller und greller. Straßenlaternen, Leuchtreklame, Sky-beamer, Flutlichtstrahler und Hausbeleuchtungen machen aus dem Dunkel der Nacht ein Lichtermeer, das sich auf der Welt immer weiter ausbreitet und fast sämtliche Lebensräume überflutet.

Lichtverschmutzung – zu viel Licht für Mensch und Tier

„In der Nacht bestehen die natürlichen Lichtquellen im Großen und Ganzen aus Mondschein und Sternen“, sagt Dr. Franz Hölker. „Wenn künstliches Licht durch Laternen und andere Beleuchtungen dazu kommt, redet man von Lichtverschmutzung.“ Und diese nimmt weltweit immer weiter zu. Laut Studien jedes Jahr um etwa zwei Prozent. Hölker ist Ökohydrologe am *Leibniz-Institut für Gewässerökologie und Binnenfischerei* in Berlin und war Leiter des interdisziplinären Forschungsverbundes *Verlust der Nacht*. Aktuell befasst er sich mit dem transformativen Projekt *Tatort Straßenbeleuchtung* – dabei geht es um „Artenschutz

durch umweltverträgliche Beleuchtung“, kurz *AuBe* genannt. Wissenschaftler*innen und Bürger*innen treffen dort zusammen, tauschen sich aus und arbeiten gemeinsam an Lösungen. „Unsere Städte, Gemeinden und Straßen sind übersät mit Laternen, die ihre Lichtstrahlen nicht nur auf den Boden, sondern auch ziemlich unkontrolliert in alle Himmelsrichtungen werfen“, so Hölker. „Mit einer besseren Abstrahlungs-geometrie, Lichtfarbe und Beleuchtungsstärke könnte man bereits viel erreichen und die Lichtverschmutzung reduzieren. Was sich entsprechend positiv auf Mensch, Tier und Pflanzen auswirken würde.“

Die Laternen sind vielerorts mit weißen LEDs ausgestattet, die es erst seit gut sechs Jahren auf dem Markt gibt. Und die wie Pilze überall auf der Welt aus dem Boden schießen – in Form von Straßenlaternen, an Häusern, in Gärten und in den eigenen vier Wänden. Denn die Licht emittierende Diode ist recht günstig und energieeffizient und löst die gelbliche Natrium-dampf-Lampe fast überall als Straßenlaterne ab, in großen Städten wie kleinen Dörfern. Die Europäische Union zahlt sogar Subventionen dafür.

Immer mehr Menschen klagen jedoch über Schlafstörungen, Stresssymptome und gesundheitliche Probleme. „Die weißen LEDs haben einen hohen Blauanteil“, erklärt Hölker. Das Licht würde so dem Körper vermitteln, dass er sich am helllichten Tage unter blauem Himmel bewege. Und das wiederum hemme die Bildung des Hormons Melatonin, das den Menschen müde und schläfrig macht. Die Folge daraus kann sein: Häufiges Aufwachen in der Nacht, Müdigkeit am Tage und sogar Stoffwechselprobleme – das sagt zumindest die *American Medical Association*, der größte Ärzteverband in den USA. Die steigende Lichtverschmutzung stört den natürlichen Tag-Nacht-Rhythmus von Menschen. Genauso wie von Tieren und Pflanzen.

Bäume, die jede Nacht aufs Neue angestrahlt werden, werfen beispielsweise sehr spät ihr Laub ab. Weil sie sich nicht mehr an dem natürlichen Lichtverlauf der Jahreszeiten orientieren können, der ihnen sagt, ob nun Frühling, Sommer, Herbst oder Winter ist. Selbst Fische wie der Flussbarsch können sich der Lichtverschmutzung nicht entziehen. Ihre Organismen reagieren ebenso sensibel auf Kunstlicht. Das zeigt sich in Flüssen, die durch dauerbeleuchtete Städte fließen. Die hellen Nächte machen den tagaktiven Fischen sehr zu schaffen, stören ihren natürlichen Biorhythmus und ihre Fortpflanzung massiv. Genauso leiden auch viele Säugetiere darunter, die nur im Schutz der Nacht zur Ruhe kommen und neue Kraft für den kommenden Tag sammeln können.

Künstliche Beleuchtung verdrängt die Nacht

Eine Studie des *Deutschen GeoForschungsZentrums* (GFZ) zeigte bereits 2018, dass in den meisten Bundesländern die Nächte immer heller werden, die Lichtintensität dort pro Jahr um bis zu vier Prozent steigt. „In afrikanischen Ländern gibt es Steigerungen von bis zu 40 Prozent“, sagt Hölker. „Denn Licht ist nicht mehr so teuer.“ Da könnten nun vielmehr Regionen auf der Welt ebenfalls erstrahlen. Doch die Schattenseiten des Lichtes würden dabei gerne übersehen. „Zumal es sich hier ja nicht nur ums Beleuchten dreht“, meint Hölker. „Licht steht für Wohlstand, Ästhetik, Sicherheit und wirtschaftliche Stärke. Besonders in unserer digitalen und visualisierten Welt.“

Der von einem internationalen Wissenschaftler*innenteam herausgegebene *Weltatlas der Lichtverschmutzung* dokumentiert, wie stark künstliche Beleuchtung die Nacht auf unserem Planeten verdrängt: Mehr als 80 Prozent der Weltbevölkerung lebten demnach bereits 2016 unter einem lichtverschmutzten Himmel. In Europa und den USA sind es sogar 99 Prozent. Besonders in Westeuropa gibt es kaum noch Gegenden, die nicht durch künstliche Beleuchtung erhellt werden. Nur in Schottland, Schweden, Norwegen, Österreich und Spanien findet man noch vereinzelt Regionen, die im Schutze der Nacht schlummern.

„Das Problem sind eigentlich nicht die LEDs, sondern wie sie genutzt werden“, meint Hölker. „Das sehen wir weltweit immer mehr. Wir haben zwar einen Technologiesprung gemacht. Doch wie so oft entstehen daraus keine nachhaltigen Konzepte, sondern ein Rebound-Effekt. Weil die weiße LED energiesparend ist, wird sie völlig unkritisch und ausschweifend genutzt.“ Außerdem müssen LED-Lampen gar nicht so

hell sein. Sie könnten auch warmes Licht erzeugen, so Hölker. Und sie sollten nur nach unten strahlen, nicht den gesamten Raum erhellen.

Besonders in Millionenmetropolen wie London, Paris oder Madrid, die mit pompösen Wolkenkratzern und großen Sehenswürdigkeiten protzen, die nachts von Flutlichtstrahlern in Szene gesetzt werden, ist die Lichtverschmutzung sehr hoch. In denen große und zahlreiche Verkehrsadern niemals schlafen und im Lichtschein fließen. Wie auch zahlreiche Fabrikhallen an Stadträndern, die außen wie innen stark beleuchtet sind, damit Menschen in ihnen unermüdlich arbeiten können.

Licht, Licht, Licht – selbst Autobahnen wie in Belgien werden dauerbeleuchtet. Warum? Aus Gründen der allgemeinen und öffentlichen Sicherheit, heißt es. Auch wenn diese Form der Sicherheit am Ende der Gesundheit von Mensch, Tier und Pflanzen mehr schadet. Wofür die Automobile überhaupt noch Schweinwerfer haben, die ebenfalls die Nacht mit weißem LED-Licht erhellen, wird nicht weiter erörtert. Hauptsache Licht. Hauptsache Sicherheit.

Beleuchtung

– eine ordnungspolitische Maßnahme

Erste dauerhafte und flächendeckende Risse bekam das Dunkel der Nacht in Paris. 1667 wurden dort erstmals Gassen beleuchtet. Wien erließ 1687 die erste Verordnung zur Illuminierung von Straßen und Plätzen mit Talglichtern. Ende des 17. Jahrhunderts erhellen in Paris Öllampen wichtige Straßen. Daran hatte Ludwig XIV. ein besonderes Interesse. Er wollte so das öffentliche Treiben besser kontrollieren können. Später wurden die Straßen mit Petroleum, Walöl und Leuchtgas beleuchtet. 1879 sorgte Werner von Siemens in Berlin für die ersten elektrischen Straßenlaternen.

Mittlerweile leuchtet es nicht nur in Städten, sondern überall auf der Welt. Auch die OLEDs (Organic Light Emitting Diode) in Smartphones und Tablets erhellen den Lebensraum der Menschen – in der Nacht und am Tag. Drinnen wie draußen. Ständig brennt Licht. So, als ob man es gar nicht mehr merken würde und wissen wollte, dass es immer noch natürliches Licht gibt und gerade auch die Dunkelheit etwas sehr Wichtiges ausstrahlt – nämlich Ruhe und Frieden.

Viel wichtiger scheinen jedoch Kontrolle und Sicherheit zu sein – wie an Landesgrenzen zu sehen ist. Die Europäische Kommission plant beispielsweise für den Zeitraum 2021 bis 2027 über neun Milliarden Euro im

Vorsicht! Sebastian Schulke schreibt nicht im Dunkeln, läuft dafür nachts im Dunkeln durch seine Wohnung und durchs Treppenhaus.

Rahmen eines neuen integrierten Grenzschriftfonds bereitzustellen. Die „Festung Europa“ soll dadurch noch höhere und mehr Grenzzäune bekommen sowie hochmoderne Beleuchtungsanlagen.

Allein 20 Milliarden Dollar hätte nach Schätzungen die Grenzmauer, die der ehemalige US-Präsident Donald Trump zwischen den USA und Mexiko bauen lassen wollte, gekostet. Ebenfalls mit umfassender Beleuchtung, die sich durch Wüsten und unbewohnte Regionen zieht – um vor allem Migrant*innen abzuschrecken und zu stoppen. Die Bauarbeiten wurden durch seinen Nachfolger, Joe Biden, gestoppt.

Zurück nach München. Weiße Wolken bedecken den Nachthimmel. Sie leuchten hell und leicht orange durch das künstliche Licht, das unten auf der Erde von den Straßen und aus den Häusern nach oben strahlt. Aber auch wenn diese helle Wolkenschicht nicht da wäre, das große Firmament mit tausenden Sternen und der Milchstraße, das dem Menschen immer wieder vor Augen führt, wie klein und unbedeutend er eigentlich in diesem Universum ist, verschwindet hinter dem Lichtsmog. Nur noch ein paar Lichtpunkte sind zu sehen – wie das Sternbild vom Großen Wagen oder der Polarstern. Zudem funkeln beziehungsweise blinken Flugzeuge, Hubschrauber und Satelliten durchs Dunkel der Nacht.

Von den künstlichen Sternen namens Satellit umkreisen Anfang Januar 2021 mehr als 3.300 die Erde. Hinzu kommt Weltraumschrott, bestehend aus zehntausenden herumfliegenden Teilen. Relativ große Schrottteile sind von der Erde aus sogar mit bloßem Auge zu erkennen – weil sie Sonnenlicht reflektieren. Dieses diffuse Leuchten durch Satelliten bezeichnen Wissenschaftler als „Skyglow“. Dieser verhält sich ähnlich wie die Milchstraße und hebt sich etwas heller vom Nachthimmel ab. Eine im wahrsten Sinne des Wortes intergalaktische Vermüllung und Verschmutzung. Doch auch das stört einige Menschen recht wenig bis gar nicht. Unternehmen wie Space-X wollen Mega-Konstellationen ins Weltall befördern, also zehntausende Satelliten in die Erdumlaufbahn schießen, um schlecht angebundene Regionen ans Internet anzuschließen. Allein im März hat Space-X 240 Mini-Satelliten ins All gebracht.

Aktiv gegen Lichtverschmutzung

Doch es gibt noch Licht am Ende des Tunnels, natürliches Licht. „Jeder Lichtstrahl zählt“, sagt Franz Hölker, „jeder künstliche Lichtstrahl, den wir Menschen hier unten auf der Erde ganz einfach einsparen

können.“ In dem man beispielsweise darauf achtet, im Garten oder am Haus keine Lichtfestivals mit blinkenden Ketten aus weißen LED-Leuchten zu veranstalten. Und für Smartphone, Tablet oder den Computer Farbfilter benutzt, die den Bildschirm nicht so grell leuchten lassen. Außerdem sollte man den Kindern immer wieder zeigen, was und wie die Nacht eigentlich ist – kein finsternes Monster, sondern ein Schutzraum: für Tiere, Pflanzen und Menschen. „Viele Kinder, besonders in den Großstädten, haben noch nie einen funkelnden Sternenhimmel gesehen“, sagt Hölker.

Aber auch Städte und Regionen können etwas tun und aktiv gegen Lichtverschmutzung angehen. So wurde Fulda bereits 2019 von der *International Dark Sky Association*, die in den USA 1988 gegründet wurde, zur ersten „Sternenstadt“ in Deutschland ernannt. Daneben gibt es Sterneparks im Westhavelland, der Rhön, der Eifel und der Winklmoos-Alm in den Chiemgauer Alpen. Alles Orte, die darauf achten, dass die Lichtverschmutzung nicht weiter zunimmt und die Sterne nicht völlig aus dem Sichtfeld des Menschen geraten.

Selbst die Bundesregierung scheint das Thema langsam ernster zu nehmen. Das Aktionsprogramm der Bundesregierung zum Insektenschutz, das im Juni 2018 beschlossen wurde, hat den Punkt „Lichtverschmutzung eindämmen“ aufgenommen. „Ein kleiner Schritt nach vorne“, so Hölker. Und er hat noch einen Tipp: „Wenn Straßenlaternen in Wohngebieten die nächtliche Ruhe stören“, meint Hölker, „können die Anwohner*innen das auch bei der zuständigen Gemeinde melden und darum bitten, dass die Laterne ab einer gewissen Uhrzeit ausgeschaltet wird. Dürfte eigentlich kein Problem sein.“

Vom Bavaria Park in München, der kein Sternepark ist, geht es wieder zurück in die Straßen der Großstadt. Es ist 00:50 Uhr. Der kleine Nachtfalter flattert immer noch unermüdlich um die Laterne herum. Wie viele Insekten tatsächlich im Lichtermeer sterben, wissen die Forscher noch nicht. Allerdings konnten sie aus den Daten der Krefelder Studie zum Insektensterben einen wichtigen Hinweis herausfiltern: Nicht nur das Klima und der schwindende Lebensraum ist für den Rückgang verantwortlich, sondern auch die Lichtverschmutzung – ein bisher vernachlässigter Aspekt. „Der hoffentlich bald auch die Industrie in die Pflicht nimmt“, meint Dr. Franz Hölker. „Jeder sollte seinen Teil zum Erhalt der Nacht beitragen.“ Jeder Lichtstrahl und jeder Stern zählt.<



*A woman with a bike,
crossing the way in Ritsona*

Who is a refugee?

Aus dem griechischen Auffanglager in Ritsona schickt der Blog *Birds of Immigrants* die Stimmen von Geflüchteten in alle Welt. Text Nummer 19 vom März 2020 reflektiert darüber, wer oder was das ist, ein*e Geflüchtete. Von Parwana Amiri

A refugee is someone who, once, had a normal life, a home for his family, a school for his children, a hospital. He enjoyed respect and dignity. He had friends, relatives and basic humans' rights. He had dreams, hopes, plans for the future. What he did not have was safety. That was taken from him by political and economic games.

A refugee is that brave father and that courageous mother, who pluck their courage to protect their family and chose to leave their country and undertake a voyage with death lurking along the way.

A refugee is a person who struggles many years, in many countries, his safety always threatened, his days filled with the sounds of bombs and explosions. A refugee is a person who has seen the hospitals and schools destroyed under fire.

A refugee is a person, who amid the bombs, the explosions, the fires, he does not give up his hopes for a new life for himself and his children, for safety, for peace, for nights with dreams rather than nightmares. A refugee dreams of a day when the news does not report numbers of killed or injured, does not recount bloody suicide attacks.

A refugee is a human being who is as normal as thousands of other human beings who constitute the population of this world. The difference between him and those others is the place where his luck decided he would be born.

A refugee is a mother who gives birth to children whose lives she will not enjoy. She does not rejoice at their birth. A pregnant refugee woman can listen to the heartbeat of her baby inside her, but she cannot hear her child's laughing or crying in the crowded, noisy and chaotic world of refugee life.

Parwana Amiri,
eine junge afghanische Frau, verbrachte Monate im völlig überfüllten Lager Moria, bevor sie mit ihrer Familie in das kleinere Lager Ritsona aufs Festland ziehen konnte, weil ihr Vater schwer krank ist. Sie veröffentlicht weiterhin Geschichten, die Menschen in Moria erleben, auf ihrem Blog. Nachzulesen hier: birdsofimmigrants.jogspace.net/

A refugee is that powerful, courageous and freedom seeking member of a family, who cannot accept that his rights and freedom are repressed. A refugee is an orphan child, a single mother, old parents, vulnerable people, victims of wars who gathered all their courage in a backpack and who, holding their children's hands, passed thousands of miles of distance, walked over mountains, often losing their way, tolerated hunger and thirst, crossed borders, faced all sorts of difficulties, including humiliations and indecencies by border guards who treated them as criminals. The women, among them, faced the worst physical violence, being raped not only during the voyage, but even in the camps where they found themselves enclosed. Those women did not face violence from strangers alone. Even more tragic, they faced the violence from their fathers, brothers and husbands, violence unleashed, in them, by the horrible conditions of their lives.

Yet, in spite of all these hardships, a refugee is the one who did not resign, but held in the back of his mind the promise of light that for millions of refugees was the light called Europe. Thus, a refugee is someone who after many failed attempts, after a number of pushbacks, even deportations, insists on reaching that promised light, that Europe.

And what does any and every refugee find reaching that promised land of Europe? Certainly not a new life! What awaits him are discrimination, inequality, repression, segregation as if prisoners, exclusion and deprivation of the most basic human rights — all these in a climate of total uncertainty about their future. A

refugee is a single woman, an unaccompanied girl who is put in the so called 'safe zones' where life is threaten by those very people who live inside such a zone. A refugee is single mother living in a tent near a tent of men who drink alcohol and lose control over their actions.

A refugee is a fighter who struggles to keep his hopes and not to give up. Yet even those fighters can be

And what does any and every refugee find reaching that promised land of Europe?

defeated and find solace in suicide. But there are dreams behind their clenched fists, there are demands behind their

repressed voices. There are pains behind their smiling faces. There is passion in their writings, there are sparkles in their eyes, there are wings in their soul, there are screams in their strained throats.

A refugee is a girl like me, who is writing every night what she experiences every day. Every night, before she falls asleep, she proclaims her dreams in the hope that she will reach them one day. She is fighting against injustice, like many who are fighting against repression.<

Die deutsche Übersetzung des Textes findet ihr auf unserer Website unter www.hinterland-magazin.de



Fațadă/Fassade

Der Podcast *Fațadă/Fassade* begleitet eine gleichnamige Ausstellung über Rom*nja-Baukultur aus Rumänien, die von Oktober 2020 bis April 2021 im Hartware MedienKunstVerein (HMKV) in Dortmund zu sehen war, oder eher: zu sehen gewesen wäre. Wegen des Lockdowns seit letztem November konnte das Kulturzentrum Dortmunder U, in dem sich die Ausstellungsräume des HMKV befinden, keine Besucher*innen empfangen. Elena Stingl hat mit Olga Felker, der Produzentin und Moderatorin des Podcasts, über ihren Blick hinter die Fassaden von hartnäckigen Klischees über Rom*nja und Sinti*zze gesprochen.



Die Ausstellung *Fațadă/Fassade* entstand ausgehend von einem kollaborativen Kunstprojekt in der Dortmunder Nordstadt, der Werkstatt Mallinckrodtstraße, deren Beteiligte teils selbst Rom*nja sind und sich seit Längerem mit Baukulturen von und für ihre Community auseinandersetzen. Im September 2019 haben diese die Neugestaltung einer Hausfassade übernommen, die sich von den umliegenden Bauten durch Farben, Formen, ausgefallene Embleme und Reliefs abhebt, und dadurch zum Hingucker des Viertels avanciert ist. Auch die Häusermodelle für die Ausstellung wurden in der Werkstatt Mallinckrodtstraße gebaut. In den Ausstellungsräumen des HMKV sollen sie,

begleitet von Audio- und Videomaterial, für die Vielfalt, aber auch Konflikte sensibilisieren, die das Wohnen und den Alltag von Rom*nja und Sinti*zze ausmachen.

Aufgrund der Pandemie-bedingten Einschränkungen wurde die Ausstellung in den digitalen Raum verlegt. Auf Instagram gab es Live-Führungen zu sehen und über die Website Filmscreenings. Die Website des HMKV lädt auch nach dem Ende der Ausstellung zu einem virtuellen Rundgang ein. Im dazugehörigen Podcast wiederum spricht die freie Journalistin Olga Felker mit den Initiator*innen der Ausstellung, mit Dortmunder Stadtplaner*innen und mit Expert*innen für Fragen der Geschichte von Rom*nja und Sinti*zze im Ruhrgebiet, der Bundesrepublik und in Europa. Ausgestrahlt werden die Sendungen zwar für die Dauer der Ausstellung. Das Anliegen jedoch ist weitreichender: *Fațadă/Fassade* wendet sich an alle, die mehr darüber erfahren möchten, wie Rom*nja und Sinti*zze ihren Wohnraum gestalten; auf welche sozialen Widerstände sie dabei stoßen; und mit welchen Mitteln sie dafür kämpfen, in Frieden gelassen zu werden und selbstbestimmt zu leben.

Hallo Olga. Warum heißt der Podcast, wie die Ausstellung, *Fațadă/Fassade*?

Einerseits, damit er der Ausstellung zuzuordnen ist. Andererseits weil ich es so sinnbildlich fand: ‚Fassade‘ ist etwas, das wir umgangssprachlich verwenden, um aufzuzeigen, dass man nur etwas Äußeres von jemandem kennt. Man ‚baut sich eine Fassade auf‘, um Menschen nicht nah an sich ranzulassen. Und genau da wollte ich mit dem Podcast dahintergucken. Was befindet sich ‚hinter

der Fassade‘ der Klischees, die wir über Rom*nja und Sinti*zze haben? Klischees, die extrem negativ behaftet und sehr weit verbreitet sind. Und auch noch stark akzeptiert. Es gibt keine Minderheit in Europa, die so geächtet wird, wie Rom*nja und Sinti*zze. Es ist zwar inzwischen bei vielen Menschen angekommen, dass man die rassistische Fremdzuschreibung für Schwarze Menschen nicht mehr nutzt. Aber das Z-Wort wird munter im öffentlich-rechtlichen Fernsehen zu besten Sendezeiten rausgehauen. Und genau das, diese Fassade, wollte ich aufbrechen. Dafür schien mir der Begriff sehr prägnant. Abgesehen davon mag ich die Art, wie das rumänische Wort „Fațadă“ geschrieben ist. Das geschwungene *ț* trägt das Verspielte der Ausstellung in der Orthographie mit.

Wie bist du auf das Thema gestoßen und wie kam es zu dem Podcast?

Ich habe mit dem Netzwerk *Interkultur Ruhr* schon einmal einen anderen Podcast gemacht, so kam der Kontakt zu den Co-Kurator*innen der Ausstellung zustande. Es sollte einen Podcast geben, der die Ausstellung begleitet und ihre Akteur*innen vorstellt. Die zweite Staffel des Podcasts haben wir spontan gemacht, als klar wurde: Die Ausstellung kann auch weiterhin nicht öffnen. Und als sich parallel angebahnt hat, was im WDR passiert ist. (Anm. d. Red.: Gemeint ist die von vielen Seiten scharf kritisierte Wiederausstrahlung der Sendung *Die letzte Instanz* am 29. Januar 2021, in der vier Gäste die Verwendung antiziganistischer Sprache diskutieren, die keine Expert*innen für dieses Thema sind respektive selbst rassistischer Diskriminierung nicht ausgesetzt sind.) Ich hatte Lust, in die Thematik tiefer einzutauchen.

Auch mein Bild von Rom*nja und Sinti*zze war extrem klischeebelastet. Mein journalistischer Ansatz ist es, Menschen eine Stimme zu geben, die sonst nicht gehört werden. Das fand ich spannend an dem Podcast: Mit Betroffenen selbst, statt nur über sie zu sprechen.

Kannst du mehr über die Gäste deines Podcasts erzählen: Wen interviewst du, und woher kennst du sie?

In der ersten Staffel ging es darum, die Ausstellung nachzuzeichnen. Wieso ist sie entstanden? Wieso ist sie wichtig? Die Stadt Dortmund hat ja ein Haus in der Nordstadt gekauft, in dem hauptsächlich Rom*nja und Sinti*zze wohnen, und die Kosten für Bauarbeiten übernommen. Ich hatte die Sorge, dass es Menschen gibt, die sich denken: Die machen doch bloß Probleme, warum kriegen die jetzt auch noch ein Haus geschenkt? Deswegen war mir wichtig, mit den Verantwortlichen der Stadt zu sprechen, dem Kulturdezernenten und Kämmerer der Stadt Dortmund, Jörg Stüdemann, um aufzuklären, wie es dazu kam. Dann habe ich, um den sehr langen Weg nachzuzeichnen, der zur Ausstellung geführt hat, mit den Co-Kurator*innen Inke Arns und Fabian Saavedra-Lara gesprochen, den Künstlern Christoph Wachter und Mathias Jud, die sich in ihren Arbeiten seit längerem mit den Themen der Ausstellung befassen; und schließlich mit den Künstler*innen aus der Rom*nja Community selbst, die die Modelle gebaut haben. Für die zweite Staffel habe ich mich noch mal tiefer in die Thematik eingelesen, die europäische und deutsche Geschichte der Rom*nja und Sinti*zze. Hätte die Ausstellung normal stattfinden können, hätte es einen Diskursort für Gespräche

zwischen verschiedenen Parteien gegeben. Die eingeladenen Gäste dieser Veranstaltungen habe ich für den Podcast angefragt, zum Beispiel die beiden Aktivist*innen Tomas Wald, Vorstand des Roma Büro Freiburgs, und Hassan Adzaj, Vorstand von Romano Than und Initiator des RomaKidsClub in Dortmund. Auf die Schauspieler*in Simonida Selimović hingegen bin ich zufällig gestoßen, weil sie mit ihrer Schwester Sandra eine Spielzeit am Dortmunder Stadttheater gehabt hätte. Gast der Auftaktfolge für die zweite Staffel, am Jahrestag der Anschläge in Hanau, war die Kulturwissenschaftlerin und Rom*nja Dr. Delia Grigore, die auch die Einleitung für das Ausstellungsmagazin schrieb.

Mit Delia Grigore sprichst du über Strategien für mehr Anerkennung von Rom*nja und Sinti*zze in den europäischen Mehrheitsgesellschaften. Beispielsweise müsse ihre Geschichte in schulischen Lehrplänen mehr, oder überhaupt, berücksichtigt werden. Ein weiteres wichtiges Instrument beim Abbau von Klischees und dem Kampf gegen rassistische Stigmatisierung sei kulturelle Repräsentation. Was ist damit gemeint?

Es ist wichtig, dass wir anerkennen, wie sehr Rom*nja und Sinti*zze Teil unserer Gesellschaft sind. Wie stark sie diese geprägt haben. Wir feiern in der Musik Künstler*innen, zum Beispiel Django Reinhardt oder Marianne Rosenberg, negieren aber dabei, welcher Minderheit sie angehören. Und wie sehr wir diese unterdrücken, indem wir ihre kulturelle Leistung nicht als solche anerkennen. Das hat etwas mit Schulbildung zu tun. Also erst einmal zu lernen, wie lange Sinti*zze schon Teil unserer Gesellschaft sind. In Deutschland leben sie schon seit über 600 Jahren. Viele Bilder, darunter das

des ‚fahrenden Volkes‘, sind falsch und beruhen auf Repressalien, die ihnen von uns, der Mehrheitsgesellschaft, auferlegt sind. Statt das Wissen jener Menschen als minderwertig anzusehen, sollten wir die Geschichte der Repressalien gegen sie aufarbeiten. Wir müssen lernen, Menschen aus marginalisierten Gruppen, und damit meine ich nicht nur Rom*nja und Sinti*zze, als Individuen zu sehen. Ohne dabei ihre ethnische Zugehörigkeit und den Kampf zu ignorieren, den sie bisher geführt haben. So können wir die kulturelle Arbeit, die sie leisten, annehmen als das, was sie ist. Im Podcast sollen vielfältige Stimmen gehört werden: Leute, die künstlerisch oder aktivistisch tätig sind, die Professuren haben, die fernab des Klischees rappen. Ohne den Podcast zu hoch hängen zu wollen, sollte er sichtbar machen, dass es ein kulturelles Spektrum, das für weiße Menschen ganz selbstverständlich ist, auch für rassifizierte und migrantisierte Minderheiten gibt oder geben sollte.

In der ersten Staffel des Podcasts ist mehrmals davon die Rede, dass die Bauwerke, die in der Ausstellung des HMKV zu sehen sind, eine irritierende Wirkung auf viele Besucher*innen haben, die eine „minimalistische Bauweise“ gewohnt seien. Was ist damit gemeint?

Bei der Ausstellungseröffnung habe ich ein paar O-Töne von Besucher*innen eingesammelt, wie die Ausstellung auf sie wirkt. Das waren sehr bürgerliche Leute, die nicht alle speziell für *Faṭadā/Fassade* gekommen sind, sondern das Dortmunder U besucht haben, eines der Wahrzeichen Dortmunder bürgerlicher Kultur. Und die meinten: „Ich kann damit nichts anfangen. Das war mir zu viel Kitsch, zu viel blingbling.“ Und ich



*Dieses Modell zeigt die Fassadengestaltung des Wohnhauses Schleswiger Straße 31, die im August/September 2019 von den Akteur*innen der Werkstatt Mallinckrodtstraße konzipiert und umgesetzt worden ist. Die Sichtbarkeit der Fassade im Stadtraum setzt ein Zeichen für eine positive Repräsentation von Roma-Baukultur in Dortmund und wurde von der Nachbarschaft des Nordmarkts positiv aufgenommen. Das geometrische Muster, die Farben und Spenglerarbeiten (Metallverzierungen aus Aluminium) verweisen auf ähnliche Gestaltungen in Rumänien. Die aus Gips gefertigten Medusenköpfe stellen Bezüge zu einer globalen Populärkultur und bekannten Marken (hier beispielsweise „Versace“) her. Das Haus wurde vor einigen Jahren zwangsversteigert und von der Stadt Dortmund erworben. Als Teil der Strategie der Stadt zur Verbesserung der Wohnverhältnisse am Nordmarkt wurde es vor der Fassadengestaltung modernisiert. Die beiden aufgesetzten Türme konnten aus baustatischen Gründen nicht an der Schleswiger Straße umgesetzt werden.*



Das auffälligste Charakteristikum der Roma-Bauten sind die Metallornamente an den Dächern: die mehrstufigen Pagodendächer, reich verzierten Türmchen und filigranen Spenglerarbeiten entlang der Dachrinnen. Die treibende Kraft hinter der Entwicklung dieser Formen sind die Kalderasch oder „Căldărari“, eine Gruppe innerhalb der Roma, die als Kupferschmiede und Spezialisten in der Metallverarbeitung eigene Techniken entwickelten. Auf ihr handwerkliches Geschick griff stets auch die Mehrheitsgesellschaft gern zurück: Schon seit dem Ende des 19. Jahrhunderts, als eine Nationalisierung der Bauformen in Rumänien Einzug hielt, sind es Roma-Handwerker, die unter anderem französische Elemente in die Bauweisen einbringen. Die Metallornamente sind daher nicht nur als spezifische Roma-Bauform zu verstehen, sondern als Teil einer allgemeinen rumänischen Baugeschichte. Auch in der Gestaltung ihrer eigenen Häuser pflegen die Familien daher keinen „Ethnostil“, sondern integrieren Elemente unterschiedlicher Herkunft – bis hin zu Emblemen aus der Populärkultur – wie Dollarzeichen oder Logos von Luxusmarken.

muss zugeben, als ich zum ersten Mal dort war, fand ich es schon auch ganz schön ‚in your face‘. Ich musste daran denken, dass wir in den letzten Jahren den Bauhausstil gefeiert haben. Im Wohnungsdesign wird generell sehr auf Minimalismus geachtet. Viele Menschen der Mittelschicht reden davon, dass sie ausmisten möchten. Dieselben Leute können es sich einfach erneut kaufen, wenn sie etwas wegwerfen und später wieder benötigen. Für Menschen, die am Existenzminimum leben, geht das nicht. Gefallen hat mir bei der Ausstellung der ‚empowernde‘ Aspekt der ‚kitschigen‘ Häuser. Als würden die Rom*nja, die die Häuser gebaut haben, sagen: Ihr denkt das doch eh über uns, dann können wir es auch total überspitzt darstellen und euch vor den Latz hauen. Einige Besucher*innen schienen sich verzweifelt überzeugen zu wollen: Wenn das im Dortmunder U ist, dann muss mir das doch gefallen?! Was gefällt mir nicht daran? Diese Dissonanz fand ich spannend.

Inwiefern sind die Modellhäuser der Ausstellung empowernd?

Es ist eine Ermächtigung, wenn eine Minderheit, die sonst als fast besitzlos, als ‚umherfahrend‘ gesehen wird, ein Haus dahinsetzt, gegen alle Widrigkeiten, das so viel Protz ausstrahlt. In Deutschland gibt es diese Kultur, dass wenn wir Geld haben, wir es nicht zeigen. Die Häuser in der Ausstellung sind das Gegenteil davon. Es sind Häuser der Gemeinschaft. Die wenigsten Räume werden von einzelnen Personen bewohnt. Der Großteil des Hauses ist für Gruppen. Es gibt da nicht: ‚meins‘ und ‚deins‘, du klingelst bitte und machst einen Termin, bevor du zu mir kommst. Wenn eine Ethnie keinen Zugang zu den Räumen der Mehrheitsgesellschaft hat, oder

öffentliche Räume nicht sicher für sie sind, wie wir in Hanau gesehen haben, dann muss man sich das selber schaffen. Das ist das Ermächtigende daran: Einen sicheren Raum für die Community zu schaffen, der dann auch noch schön ist.

In den Gesprächen geht es unter anderem darum, dass viele Rom*nja ungeahnte Expert*innen im Bau von Häusern sind – ungeahnt, weil sich in der deutschen Mehrheitsgesellschaft hartnäckig das Klischee hält, wie du erwähnt hast, dass Rom*nja und Sinti*zze Nomaden seien, also mit Sesshaftigkeit in Form von Hauserbau wenig am Hut haben. Dass sie tatsächlich, neben vielem anderen, über ausdifferenziertes architektonisches Wissen verfügen, ist für viele Ausstellungsbesucher*innen wohl neu. Was können die Zuhörer*innen deines Podcasts über diese Themen erfahren?

In der Ausstellung ist keine generelle Sinti*zze- oder Rom*nja-Baukultur zu sehen – so etwas gibt es nicht –, sondern eine spezifisch rumänische Baukultur, die sich nach der jahrhundertelangen Versklavung der Rom*nja und nach dem Sozialismus entwickelt hat. Als Sklav*innen mussten sie in Erdhöhlen wohnen und sich handwerkliches Wissen aneignen, um diese Höhlen lebenswert zu machen. Die Ausstellung räumt mit der weit verbreiteten Vorstellung auf, dass architektonische Expertise mit einem Studium erworben werden muss. Stattdessen wird sichtbar, welche handwerkliche Expertise durch das Leben unter extreme Repressalien entstehen kann. Das hat nicht nur etwas mit Rom*nja und Sinti*zze zu tun. Angehörige marginalisierter Gruppen müssen Wege finden, um sich ein lebenswertes Leben selbst zu schaffen.

In der ersten Staffel sagt einer der Initiator*innen der Ausstellung, von einer traditionellen Baukultur in Bezug auch auf die Modellhäuser zu sprechen, würde missachten, was Rom*nja ohnehin gemacht haben. Als Sklav*innen in Rumänien haben sie seit Jahrhunderten traditionelle Häuser, Kirchen, Klöster, feudale Höfe gebaut. Deren Stile greifen sie in der Bauweise ihrer eigenen Häuser wieder auf. Der Unterschied sei, dass sie heute die Häuser für sich selbst bauen, die sie früher für andere gebaut haben.

Genau. Und daher kommt die Wut auf die ‚Protzbauten‘ – die ja im Vergleich zu den Häusern mancher Deutscher überhaupt nicht protzig sind –, dass Rom*nja ihr Wissen jetzt für sich selbst nutzen. Und nicht mehr für die Menschen, die versklaven, oder die Menschen, die sie für einen Hungerlohn engagieren.

Was hat dich im Laufe der Podcast-Produktion besonders berührt?

Ich bin selbst migrantisiert und kenne einige der ‚struggles‘, um die es da geht – wenngleich auf einer ganz anderen Ebene, weil ich weiß bin. Aber was ich im Laufe des Podcasts gemerkt habe: Ich bin mit meinen Kämpfen, Ängsten, Sorgen, beschränkten Träumen nicht alleine. Der Austausch mit den Gästen hat mir dabei geholfen zu merken: Ich bin eine gute Journalistin nicht obwohl, sondern weil ich migrantisiert bin. Zu den Themen hatte ich einen persönlichen Zugang, deshalb konnte ein Austausch auf Augenhöhe stattfinden. Vor allem nach dem Gespräch mit Simonida (Anmerkung der Redaktion: Folge vom 5. März 2021) hatte ich das erste Mal in meiner journalistischen Laufbahn das Gefühl: Ich bin gut. Ich habe mich zum ersten Mal nicht mehr als Manko, als ‚fraud‘

gefühlt, der bald auffliegt. Wegen fehlender Vorbilder habe ich lange gedacht, ich könne keine Journalistin werden. So ging es auch vielen meiner Gäste, die sich früher dachten: Als Rom*nja kann ich keine Sängerin oder Schauspieler*in oder Professorin werden. Der Podcast ist wertvoll nicht nur für alle, die was über Rom*nja und Sinti*zzze wissen möchten, sondern auch für alle, die einen Einblick haben möchten, wie es ist, nicht Standard-Deutsch zu sein.<

*Quelle der Texte zu den Fotos auf Seite 118 und 119: HMKV Ausstellungsmagazin, erschienen anlässlich der Ausstellung Fațadă/Fassade, Oktober 2020 bis April 2021. © HMKV HartwareMedienkunstverein, Interkultur Ruhr; Herausgeber*innen: Inke Arns, Fabian Saavedra-Lara; Gestaltung: Manuel Bürger, Seb Holl-Trieu; Fotografie: Christian Hubn; Dortmund: Kettler, 2020.*

Wehrhafte Gäste – bleibender Eindruck

Lange fanden migrantische Kämpfe in Deutschland nicht die Beachtung, die sie verdient hätten. Doch die Entwicklung vom „Gastarbeiter“ zum politischen Subjekt in den 1960er und 1970er Jahren ist nicht nur spannend, sondern hat auch vieles bewirkt. Ein Blick auf vergessene Kämpfe und die wechselhaften Haltungen deutscher Gewerkschaften, ein Text der ein erheblich gekürzter Nachdruck aus der Zeitschrift *Arbeit-Bewegung-Geschichte. Zeitschrift für historische Studien* ist, Heft I/2021. Den Einblick gibt Simon Goeke.

Im April des Jahres 1966 legten mehr als 5.000 deutsche Metall-Beschäftigte in Baden-Württemberg spontan und ohne gewerkschaftliche Unterstützung die Arbeit nieder. Der Streik war eine Reaktion auf eine Schlagzeile der *Bild-Zeitung*. Die titelte am 31. März 1966: „Gastarbeiter fleißiger als deutsche Arbeiter?“ Hintergrund war die Rede des stellvertretenden Präsidenten der *Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgebervereine* (BDA), Hanns Martin Schleyer, auf einer Informationstagung zum Thema „Probleme der Ausländerbeschäftigung“.

Tatsächlich hatte Schleyer in seiner Rede einen Zusammenhang zwischen der durchschnittlichen Arbeitszeit und der Beschäftigung von Nicht-Deutschen hergestellt. Der Präsident des Arbeitgeberverbands führte aus, dass Migrant*innen selten krankgeschrieben und ebenso tüchtig wie Deutsche seien. Auch wenn Schleyer nicht eine der beiden Gruppen als fleißiger darstellte, wie es die *Bild*-Schlagzeile suggerierte, standen seine Äußerungen deutlich im Zusammenhang mit der seit einigen Jahren geführten Kampagne für eine Erhöhung der Arbeitszeit.

Die heftigen Reaktionen der deutschen Metallarbeiter*innen auf die Schlagzeile der *Bild-Zeitung* sind sowohl als eine Reaktion auf die Kampagne zur Arbeitszeiterhöhung, als auch als Ausdruck erheblicher Vorbehalte und Ressentiments gegen ihre ausländischen Kolleg*innen zu verstehen. Nach Ausbruch des Streiks versuchte die *IG Metall* mit ihren Hauptamtlichen und Vertrauensleuten beschwichtigend auf die Arbeiter*innen einzuwirken. An vielen

Orten wurde von handgreiflichen Auseinandersetzungen zwischen deutschen und ausländischen Arbeiter*innen berichtet.

Die *IG Metall* betonte die gemeinsamen Interessen aller Lohnabhängigen und appellierte an die Beschäftigten, sich nicht von der Kapitalseite gegeneinander ausspielen zu lassen. In einer Presseerklärung zum so genannten „Bild-Streik“ hieß es:

„Einmal behaupten die Arbeitgeber, die ausländischen Arbeitnehmer zerstörten den Ruf der deutschen Wertarbeit, das andere Mal loben sie die ausländischen Arbeitnehmer über den grünen Klee und stellen sie als Vorbilder der Arbeitsmoral hin. Beide Behauptungen sind unsachlich und unaufrichtig, sie sollen nur dazu dienen, einheimische und ausländische Arbeitnehmer gegeneinander auszuspielen.“

Die Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte sei für das weitere Wachstum und die Vollbeschäftigung notwendig, so die *IG Metall*. Auch die Befürchtung, die deutschen Unternehmen könnten Migrant*innen zur Unterwanderung der Solidarität während der Arbeitskämpfe nutzen, zerstreute sich bald. Meist zeigten sich die ausländischen Arbeiter*innen solidarisch mit den gewerkschaftlichen Tarifkampagnen.

1960er Jahre: Unterschichtung und Organisierung

Viele deutsche Lohnabhängigen profitierten von der Migration und vollzogen einen beruflichen Aufstieg. Denn während vor allem für einfache Tätigkeiten in

der Industrie und im Baugewerbe angeworben wurde, herrschte auch Fachkräftemangel, der durch betriebliche Schulungen beseitigt werden konnte.

Diesen auch als Unterschichtung bezeichneten Effekt untersuchte der Migrationssoziologe Friedrich Heckmann 1981 genauer. Nach seiner Berechnung konnten zwischen 1960 und 1970 etwa 2,3 Millionen deutsche Arbeiter*innen in Angestellten-Positionen aufsteigen, weil die un- und angelernten Tätigkeiten durch Migrant*innen besetzt wurden.

Auch wenn die Vorbehalte gegenüber der Arbeitsmigration innerhalb der Gewerkschaften nie vollständig abgebaut wurden, schienen die offensichtlichen Vorteile der sogenannten Ausländerbeschäftigung zu überwiegen. Die generelle Kritik daran wurde im Laufe der 1960er Jahre deutlich leiser.

Insgesamt blieb in den 1960er Jahren der Einfluss von Migrant*innen auf den gewerkschaftlichen Willensbildungsprozess stark beschränkt. Zwar waren die gewerkschaftlichen Sekretär*innen in den Abteilungen und Referaten für *Ausländische Arbeitnehmer* oft selbst eingewandert. Der Organisationsgrad in dieser Gruppe stieg stetig an. Eine verbindliche Interessenartikulation der migrantischen Minderheit innerhalb der Gewerkschaften fand aber nicht statt. Bei den Vertrauensleutewahlen der *IG Metall* 1967 wurden im gesamten Bundesgebiet nur 642 ausländische Vertrauensleute gewählt, was einem Anteil von unter einem Prozent an allen Vertrauensleuten entsprach. Dem gegenüber machten Migrant*innen zu diesem Zeitpunkt bereits rund fünf Prozent der gesamten Belegschaften aus. Erst 1971 nahm ein ausländischer Arbeitnehmer auf einem Gewerkschaftstag als Delegierter teil.

Stetige migrantische Selbstorganisation

Die nur allmählich wachsende Repräsentanz der Migrant*innen in den Gewerkschaften bedeutete jedoch nicht, dass sie schlechte Arbeits- und Lebensbedingungen widerstandslos hinnahmen. Bereits Ende der 1950er und Anfang der 1960er Jahre kam es zu diversen migrantischen Arbeitskämpfen. Diese waren durchaus kreativ. Sie legten nicht nur spontan die Arbeit nieder, sondern übten auch mit Rückkehrandrohungen und „Bummelstreiks“ Druck auf die Unternehmen aus.

Besonders die *IG Bergbau und Energie* (IGBE) bemerkte im Frühjahr 1962 zahlreiche „wilde Streiks“ von ausländischen Arbeitnehmer*innen. Meist endeten

die Arbeitsniederlegungen mit der Inhaftierung und Abschiebung der vermeintlichen Anführenden der Streiks. Die Gewerkschaften solidarisierten sich nur in Ausnahmefällen mit den Entlassenen und Ausgewiesenen.

Viele eindruckliche Beispiele belegen, dass es sich beim bekannteren Streik italienischer *Volkswagen*-Arbeiter*innen in Wolfsburg im November 1962 nicht um einen Einzelfall handelte, wie in geschichtswissenschaftlichen Auseinandersetzungen mit dem Streik häufiger behauptet wird.

Der *DGB* beobachtete eigenständige Proteste teilweise skeptisch. Sobald der Eindruck entstand, dass über die Aktivitäten gegen die südeuropäischen Diktaturen eine „kommunistische Infiltration“ der *DGB*-Gewerkschaften betrieben werden sollte, wurde die Solidarität verweigert. Um herauszufinden, inwiefern eine solche Gefahr bestand, gab der *DGB* sogar eine eigene Studie in Auftrag.

Dieser *Infiltrationsbericht* wurde 1965 abgeschlossen und kam zu dem klaren Ergebnis: „Insgesamt ist durch die Tätigkeit radikaler politischer Gruppen unter den ‚Gastarbeitern‘ die Sicherheit der Bundesrepublik nicht akut gefährdet.“

Dennoch blieb die skeptische bis ablehnende Haltung der Gewerkschaften gegenüber der politischen Aktivität von Migrant*innen weiterhin bestehen.

1970er Jahre: Massiver Streik im Ford-Werk Köln-Niehl

Trotz der repressiven Bestimmungen des Ausländergesetzes führte die wachsende Unzufriedenheit unter Migrant*innen zu Beginn der 1970er Jahre immer häufiger zu betrieblichen und außerbetrieblichen Kämpfen. Die Bereitschaft von Gewerkschaften und Betriebsräten, sich der Anliegen ausländischer Arbeitnehmer*innen anzunehmen, stieg allerdings nicht automatisch mit dem Organisationsgrad. Dies zeigt der Streik bei *Ford* in Köln-Niehl im August 1973 exemplarisch.

Trotz einer Organisationsrate im Betrieb von 90 Prozent unter den türkischen Arbeiter*innen und 500 ausländischen gewählten *IG-Metall*-Vertrauensleuten, waren nur drei der insgesamt 25 freigestellten Vertrauensleute Migranten.

Bei den Betriebsratswahlen 1972 fielen 46 Prozent der Stimmen auf Listen, die nicht von der *IG Metall*

aufgestellt worden waren, obwohl insgesamt 70 Prozent der Belegschaft Mitglied der *IG Metall* waren. Eine Liste mit nur einem Kandidaten, dem türkischen Arbeiter Mehmed Özbacı, erhielt 31 Prozent aller Stimmen. Dennoch wurde ihm von der Mehrheit der anderen Betriebsratsmitglieder die Freistellung verweigert, da er nicht über ausreichende Sprachkenntnisse verfüge.

Der Streik im August 1973 entzündete sich letztendlich an der Kündigung von mehr als 300 türkischen

Arbeiter*innen, die zum wiederholten Male nicht rechtzeitig aus dem Jahresurlaub zurückgekehrt waren. Schon drei Jahre vorher hatte

vor allem die türkische Belegschaft einen Warnstreik in die Länge gezogen. Sie forderten eine langsamere Bandgeschwindigkeit. Nun trat die türkische Belegschaft neben der Wiedereinstellung aller Entlassenen erneut für verbesserte Arbeitsbedingungen am Fließband ein – und forderten überdies eine Lohnerhöhung von einer Mark pro Stunde. Der Streik endete nach fast einer Woche mit der Stürmung des Betriebs durch wütende, meist deutsche Arbeitnehmer*innen, die wieder arbeiten wollten, gemeinsam mit der Polizei.

Für die *IG Metall* war die Ursache der Arbeitsniederlegung schnell gefunden. In ihren ersten öffentlichen Erklärungen machte sie „die wilde Agitation von aus dem ganzen Bundesgebiet angereisten Extremisten“ verantwortlich. Erst nach einer Sitzung mit Vertretern des Türkischen Gewerkschaftsbundes änderte sich die Haltung der *IG Metall*. Nun war die Unternehmensleitung im Zentrum der Kritik. Mehrere türkische Arbeiter*innen bezahlten indes ihren Aktivismus mit dem Verlust des Arbeitsplatzes.

Vergaserfabrik: Migrantinnen setzen Frauenrechte durch

Nur einige Tage vor dem „wilden Streik“ bei Ford hatten in der Vergaserfabrik der Firma Pierburg in Neuss Teile der Belegschaft die Arbeit niedergelegt. Die Migrantinnen, die den Kern des Arbeitskampfes ausmachten, forderten ein Ende der diskriminierenden Bezahlung von Frauen nach Leichtlohngruppen.

Bereits seit 1970 hatten die Arbeiterinnen bei Pierburg die Abschaffung dieser Leichtlohngruppen I und II gefordert, die de facto die verbotenen Frauenlohngruppen ersetzt hatten. Durch Streikaktionen hatte die Belegschaft bereits erreicht, dass die Leichtlohngruppe I abgeschafft wurde. Die Betriebsleitung hatte des Weiteren zugesagt, die Leichtlohngruppe II ebenfalls aufzugeben.

Nachdem sie diesem Versprechen nicht nachgekommen war, gingen die Arbeiterinnen im Juni und August

1973 erneut in den Ausstand. Gleichzeitig waren auch bei den Deutschen Telefonwerken und bei AEG spontane Streiks mit der

Die Migrantinnen bei Pierburg wurden zu Vorkämpferinnen gegen die Lohndiskriminierung

Forderung nach gleicher Bezahlung ausgebrochen. Obwohl sich die Streikenden in Neuss nicht an das bundesdeutsche Streikrecht hielten, erklärte die *IG Metall* sich solidarisch. Im Gegensatz zu den Streikenden bei Ford konnten sich die Arbeiterinnen auch auf die Unterstützung des Vertrauenskörpers und auf Teile des Betriebsrates verlassen. Auch die männlichen (Fach-)Arbeiter im Betrieb zeigten sich weitgehend solidarisch und legten die Arbeit nieder. Tatsächlich konnten die Frauen so gut wie alle ihre Forderungen durchsetzen. Sie erreichten sogar, dass die vier Streiktage von der Unternehmensleitung bezahlt wurden.

Die Migrantinnen bei Pierburg wurden mit ihrer Hartnäckigkeit zu Vorkämpferinnen gegen die Lohndiskriminierung in der Bundesrepublik. Eine Tatsache, die im starken Kontrast steht zu dem weit verbreiteten Klischee der ‚südländischen Gastarbeiterin‘, die sich widerstandslos alten Rollenmustern unterwerfe.

Reaktionen der allgemeinen Verfasstheit

Die Welle der „wilden“ Streiks 1973 waren von Migrant*innen geprägt. Es ist durchaus möglich, dass diese Streik-Aktionen für die Entscheidung der Bundesregierung verantwortlich waren, die Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte zu beenden. Stellten doch die Arbeitsniederlegungen die bundesrepublikanische Gesellschaft vor enorme Herausforderungen.

Nur wenige Wochen nach dem *Ford*-Streik forderte die IG Metall während der Tarifverhandlungen in Nordbaden-Nordwürttemberg Bandpausen, die Abschaffung von Niedriglohngruppen und die Möglichkeit, ab einem bestimmten Alter von der Bandarbeit freigestellt zu werden. Mit Einführung der sogenannten Steinkühlerpause wurde eine der zentralen Forderungen des Ford-Streiks dann im Tarifvertrag durchgesetzt.

Die tayloristisch-fordistische Arbeitsorganisation war in der Bundesrepublik in den 1960er Jahren auf ihrem Höhepunkt angelangt. Das heißt die Produktion war in möglichst viele leicht erlernbare Arbeitsschritte zerlegt, die Arbeit durch das Fließband getaktet und die Bezahlung nach Akkord. Den Arbeiter*innen wurde ein Maximum an Leistung abgepresst. Mit ihren Forderungen und Streikaktionen waren es nicht nur, aber insbesondere Migrant*innen, die Widerstand gegen diese Form der Arbeitsorganisation entwickelten.

Zeitgleich mit den Arbeitskämpfen nahmen zu Beginn der 1970er Jahre auch die Proteste außerhalb des Arbeitsplatzes zu. So wurde die Idee eines parlamentarischen Gremiums für Migrant*innen wieder aufgegriffen. In mehreren Städten bildeten sich ab 1971 so genannte Ausländerparlamente, die ein politisches Wahlrecht, zumindest auf kommunaler Ebene, forderten.

Während die Medien weitgehend positiv über diese Ansätze der politischen Vertretung berichteten, waren die Gewerkschaften weder für Forderung nach einem kommunalen noch nach einem allgemeinen Wahlrecht zu gewinnen. Die Ausländerparlamente stellten für sie vor allem „Konstrukte“ von Deutschen aus dem linksradikalen Milieu dar. Auch wenn die Ausländerparlamente meist nur einige Monate überlebten, waren sie die Grundlage für die meist einige Jahre später eingerichteten kommunalen Ausländer- und Migrationsbeiräte.

Während Migrant*innen sich am Arbeitsplatz schon in den 1950er Jahren gegen unzureichende Bezahlung, schlechte Unterbringung oder diskriminierende Behandlung zu Wehr setzten, wuchs mit der Aufenthaltsdauer auch die Bereitschaft, sich außerhalb des Betriebes für Verbesserungen der Lebensbedingungen einzusetzen.

Gewerkschaftliche Ambivalenz

An den immer häufiger und vehementer formulierten Forderungen von Migrant*innen kamen letztendlich

auch die Gewerkschaften nicht vorbei. Anfang der 1970er Jahre veröffentlichte der *DGB* einige programatische Dokumente, in denen die Gewerkschaften deutliche Positionen zur sogenannten Ausländerbeschäftigung und zur sozialen Gleichstellung einnahmen. Bereits 1969 hatte sich in den Gewerkschaften die Auffassung durchgesetzt, dass die Ausländerbeschäftigung nicht länger als ein Provisorium angesehen werden konnte. Der migrationspolitische Kurs der Gewerkschaften zu Beginn der 1970er Jahre lautete: Weitere Migration verhindern einerseits, und die Verbesserung der rechtlichen und sozialen Lage der ansässigen Migrant*innen andererseits.

So sahen die Gewerkschaftsfunktionäre in der 1973 formulierten und durchgesetzten Forderung nach einem Anwerbestopp auch keinen Widerspruch zu einer Politik, die einer Beschäftigung ausländischer Lohnabhängigen grundsätzlich positiv gegenüberstehe. Vielmehr sei – so Heinz Richter vom Bundesvorstand des *DGB* – der Anwerbestopp auch „ein Schutz für diejenigen ausländischen Arbeitnehmer, die bereits in der Bundesrepublik beschäftigt sind“. Denn schließlich seien ja auch die Arbeitsplätze der Migrant*innen durch eine weitere Zuwanderung gefährdet.

Kämpfe veränderten Gewerkschaften

Ende der 1960er Jahre setzte sich in den Gewerkschaften die Einschätzung durch, dass man es bei zumindest einem Teil der ausländischen Arbeiter*innen mit einer Einwanderungsbewegung zu tun hatte. Zu diesem Zeitpunkt waren schon viele Migrant*innen Mitglied geworden, denn von Anfang an war es den Gewerkschaften wichtig, die ausländischen Beschäftigten zu organisieren.

Allerdings reagierten die bundesdeutschen Arbeitnehmerorganisationen meist ablehnend auf die Forderungen von Migrant*innen und diskreditieren deren Arbeitsniederlegungen und Kämpfe in der Öffentlichkeit als ungerechtfertigt oder zu radikal.

Das hieß jedoch nicht, dass die Kämpfe keinerlei Wirkung zeigten – im Gegenteil. Rückblickend wird deutlich, dass migrantische Kämpfe durchaus Veränderungen bei den Gewerkschaften auslösten. So erhöhte sich auch nach dem Anwerbestopp noch die Repräsentanz von Migrant*innen in Betriebsräten sowie in gewerkschaftlichen oder kommunalen Gremien. Nachweislich bewirkten die „wilden Streiks“ einen Abbau von Diskriminierungen sowie Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen für alle.<

Simon Goeke ist Spezialist auf dem Gebiet der historischen Migrationsforschung in München.

Arbeit-Bewegung-Geschichte.
Zeitschrift für historische Studien
<https://www.arbeit-bewegung-geschichte.de/>

Flüchtlingsgespräche

Staffel 1 – Folge 8: Die afghanischen Brudis plaudern weiterhin hochintellektuell über dies und das.
Von Human

Benutzerhinweis: verstörender Text. Produktplatzierung.

DER UNTERSETZTE: Salam, Bruder.

DER GROSSE: Salam, hast du das gesehen? Die Taleban haben den Kapitol gestürmt.

DER UNTERSETZTE: Wie, was, wo? Wie damals die Türken vor Wien?

DER GROSSE: Nein, die amerikanischen Taleban. Goethes West-östlicher Divan geht in Erfüllung. Sie sind endlich eins. Amerika und Afghanistan. Ameristan.

DER UNTERSETZTE: Hey, was hast du denn geraucht? Ist Annalena schon Kanzlerin und hat den schwarzen Afghanen als Zeichen der deutsch-afghanische Freundschaft legalisiert oder trinkst du wieder Wodka Gorbatschow?

DER GROSSE: Nein, es ist nur ein Oettinger gewesen. Für mehr reicht das Asylbewerberleistungsgesetz nicht. Und sobald Annalena Kanzlerin wird, wird Deutschland zu eine Kompostierrepublik. Blut und Boden grün gestrichen. Unsere Essenspakete werden nur noch Bioprodukte enthalten und es wird Denttabs in kompostierbare Verpackungen geben. Pass auf Bruder, ich weiß genau, wovon ich rede. Und Gorbatschow haben mir meine Urahnen schon verboten zu trinken, weil Kommunisten.

DER UNTERSETZTE: Ja man, und dann können wir auch Lager-Gardening betreiben und so spart sich die Wirtschaft die langen Wege aus Nordafrika, Südsanien und Italien. Direkt vor Ort Sklaven zu halten ist viel geiler als an der Peripherie Europas. Und dann können trotz Arbeit weiter rum lungern. Wir sind ja auch Fehlbeleger. Erstens sind wir ein Fehler im

System und zweitens legen wir nur rum. Da kommt ein Oettinger gerade recht.

Aus der Bose-Box ertönt ein Prosit der Gemütlichkeit. Sie kippen das Bier in einen Rutsch weg. Soufian tappt ins Zimmer und rappt auf den Sound of Musik

Siehst du die Marokks (Huh!) aus Afrika-Nord?

Über Spanien gekommen mit Loch in Sneaker und in Socken

Tiefe Karrosserien, nicht finanziert, dacht' ich mir doch

Deal' am Haubi Rocks, Risiko ~ Siebener hocken

Arbiat-Platten, Fischschuppen, Weedknospen

Erste Siebung kostet, Grüne ist Schrott (Ahh)

Soufian der Marokk und dealen mein Job

La vida loca, bis mir einer schießt in mein'n Kopp'

DER UNTERSETZTE: Eh Nafri, du Untermensch. Verpiss dich. Hier ist unsere Block. Wir veranstalten hier unsere eigene Oktoberfest. Wir pflegen die Sitten und Brauchtum unserer Urahnen.

Soufian tappt aus dem Zimmer, Dosen fliegen.

DER GROSSE: Der Oktoberfest ist ausgefallen. Wir gleichen das hier nur aus.

DER UNTERSETZTE: Sagt dir der Oktoberfestattentat etwas?

Human Flüchtlingsgespräche

Reclam



DER GROSSE: Nein, im Wertekurs hatten wir es nicht.

DER UNTERSETZTE: Hätte mich auch gewundert. Da hat ein Verrückter einen Anschlag ausgeübt und mehrere Menschen gekillt und verletzt.

DER GROSSE: Du meinst die Einzeltäter wie die Soldaten der Friedenstruppe in Afghanistan, die nach ihrem Rausch in die Dörfer einmarschieren und ganze Familien niedermähen.

DER UNTERSETZTE: Ungefähr. Nur, dass die Soldaten traumatisiert sind.

DER GROSSE: Traumatisiert oder Mörder würde nun Tucholsky fragen.

DER UNTERSETZTE: Du verwirrst jetzt die Leserschaft. Die packen das nicht, wenn du Flüchtlinge mit Deutsche Hochkultur in Verbindung bringst.

DER GROSSE: Geflüchtete bitte schön. Genauso, wie es nun nicht mehr Menschen mit Migrationshintergrund heißen soll. Achte bitte auf deine Ausdruckweise.

DER UNTERSETZTE: Fuck, ich scheiße auf Kultur. Ich spreche wie und was ich will Man.

DER GROSSE: Pass bitte auf, sonst kommt der Autor aus seiner Assimilationshöhle herausgekrochen und schimpft.

DER UNTERSETZTE: Soll er kommen, ich spucke auf ihn.

DER GROSSE: Bruder, beruhige dich bitte. Du hast nur ein Grenzübertrittsbescheinigung. Du musst dich zusammenreißen, sonst kommt der Task-Force aus dem Landesamt für Asyl und Rückführungen und stempelt dich als Redelführer ab.

DER UNTERSETZTE: Ok, ok. Das ist der Oettinger.

Er nickt ein, zockt ganz wild mit den Armen und Beinen. Schreit leise und lacht bevor er wieder wach wird.

DER GROSSE: Was hast du denn geträumt?

DER UNTERSETZTE: Ich habe davon geträumt, wie unsere Lager von Nazis in Uniform getürmt wird. Wir kommen aus den Gebäuden raus und die Nazis schießen. Bevor ein Kugel mich trifft, schießt ein

Monster aus der Erde hervor und fängt die Kugeln ab. Das Ding ist riesig und hat eine riesige Fratze. Kommt mit zwei Zahnreihen daher, läuft auf ein Nazi zu und nimmt ihn auseinander. Ein Rabe kommt angefliegen sobald das Monster abgezogen ist und pickt mit sein Schnabel in den Gedärmen.

DER GROSSE: Geil, ich träume dagegen nur von Ratten auf Lesbos ...

DER UNTERSETZTE: ..., die kamen bei mir auch vor, wie sie die uranversuchte Kinder beißen, zu Riesenratten mutieren und ins Herz der Finsternis nach Mitteleuropa marschieren.

DER GROSSE: ... erfrorene Gliedmaßen in Lipa und aufgedunsene Körper im Mittelmeer.

DER UNTERSETZTE: Geh doch auch mal zu Dr. Freud beim Refugio vorbei.

*Human ist assimiliert
Ausländer und lebt an der
deutsch-afghanischen Grenze.*

DER GROSSE: Du meinst DR. D. beim Flüchtlingsrat. Ich lasse mir aber von Dr. Dre helfen.

DER UNTERSETZTE: Zurück zum Kapitol. Was labern die Kommentatoren eigentlich von Sturm auf das Herz der Demokratie? Wurden auf dem Kapitol nicht Kriege zugestimmt, so auch der Afghanistankrieg.

DER GROSSE: Richtig. Der amerikanische Geist, derjenige, der die Menschen aus der alten Welt in die Neue gerufen hat, damit sie erobern, aufbauen und zivilisieren. Und zerstört, was zerstört werden muss. Um die unbedeutenderen Rassen emporzuheben. Und wenn nicht emporzuheben, dann zu unterwerfen. Und wenn nicht zu unterwerfen, dann auszurotten. Die Bestimmung kraft göttlicher Vorschrift – der amerikanische Imperativ.

DER UNTERSETZTE: Aber jetzt ist Biden da, der die Amerikaner wieder vereinen wird. Agent Orange ist weg.

DER GROSSE: Agent Orange?

DER UNTERSETZTE: Ja, der Trump hatte doch immer einen orangenen Teint und war die Rache der Vietnamesen. Sie haben ihn geschickt um Amerika zu zerstören.

DER GROSSE: Ich dachte, der ist ein russischer Agent oder der Boss von QAnon. Aber vietnamesischer Fälscher ist auch nicht schlecht.

DER UNTERSETZTE: In Deutschland wird übrigens wieder geklatscht. Jetzt sind die Pflegekräfte dran, vor fünf Jahren waren es unsere Leute.

DER GROSSE: Genau, und jetzt werden sie wieder wie Dreck behandelt.

DER UNTERSETZTE: Genau wie der Kurde, der aus Eichstätt über Türkei in den Iran abgeschoben werden sollte. Exakt in der Woche als der Verfassungsschutz die AfD als rechtsextreme Verdachtsfall einstufen wollte. Also die Demokratiefeinde im Inland bekämpfen, aber Oppositionelle und Regimekritiker abschieben.

DER GROSSE: Mit demokratischen Regierungen lässt sich ja auch keinen Handel treiben, die wären aufmüpfig.

DER UNTERSETZTE: Was hältst du eigentlich von der AfD?

DER GROSSE: Ein Vogelschiss in der deutschen Geschichte. Und die sind alle 85411182114149189.

DER UNTERSETZTE: Das ist jetzt aber ein Rechenaufgabe für den Verfassungsschutz. Eher ein Oettinger-Schiss.

DER AUTOR: Jetzt ist aber Ruhe.

So laut, so überhört

Triggerwarnung: Dieser Text enthält Inhalte zu Gewalt gegen Frauen

Wie Frauen¹ immer noch systematisch unterdrückt, bedroht und mundtot gemacht werden, welche neuen Räume sich dafür im Internet bieten und welche Folgen dies haben kann. Von Bürokratie und Brutalität, von Femiziden und Dick-Pics. Ein Kommentar von Tabea Danner

Als Frau hast du nett auszusehen und dich nicht aufzulehnen, deinem Mann sein Frühstück, Mittag- und Abendessen zuzubereiten, die Kinder großzuziehen und wenn er dich zum Beischlaf verpflichtet, dann ist das sein gutes Recht. (Mit Frauen meinen wir alle Menschen, die sich diesem Geschlecht oder einem Ähnlichen zugehörig fühlen. Dies gilt natürlich auch gegenüber dem männlichen Geschlecht. Anm. der Redaktion).

Was altbacken und surreal klingt, ist leider im Jahre 2021 immer noch bittere Realität für einige Frauen, doch vor allem eine Überzeugung, die sich International wie Ungeziefer in den Köpfen vieler Männer einnistet und verbreitet. Dies allerdings ist nur ein Beispiel von unzähligen im Internet kursierenden Vorstellungen. So veraltet und erschreckend es auch klingen mag, ist das nur der Anfang. Die Liste ist noch viel länger: Die Liste von Vergewaltigungsfantasien, die Liste von Tätern, die Liste von Opfern. Dass ein Kommentar im Netz als ein einfacher, erboster und möglicherweise von dem stereotypen Klischee eines frustrierten, sexuell-unbefriedigten Menschen kommend wahrgenommen wird, der sich auf der Straße niemals trauen würde, solche Wörter in den Mund zu nehmen, ist eine fatale, wenn nicht gar naive Annahme. Hate-Speech besteht nicht mehr nur aus Kommentaren. Diese Aussagen wechseln gerne mal von der Kommentarspalte in den Briefkasten und enden zwar nicht oft, aber auch nicht selten mit traumatisierten, verängstigten und – lässt den Schein mich ruhig trügen – vorerst lebensunfähigen Frauen, welche erst mal wieder einen Weg in ihren Alltag und unsere Gesellschaft finden müssen.

Alle 33 Minuten ist eine Frau das Opfer

Eine Gesellschaft, welche nach all den Jahrzehnten des feministischen Kampfes immer noch von einer patriarchalen Norm geprägt ist und Frauen fragt, welche Kleidung sie trugen in dieser einen Nacht. Doch wie viele Nächte müssen noch Verstreichen, in denen wir paranoid, mit den Schlüsseln zwischen den Fingerknöcheln durch die Straßen laufen, bis Maßnahmen beschlossen und eingeführt werden, durch die wir uns ernst genommen und geschützt fühlen. Dass nicht genug geschieht, sehen wir tagtäglich. Die Zahlen von Femiziden in Deutschland gehen zwar zurück. Dennoch registrierte die Polizei beispielsweise 2019 alle 33 Minuten eine Frau, die Opfer einer vollendeten oder versuchten Körperverletzung in ihrem häuslichen Umfeld wurde, wie der *Spiegel* berichtete. Hinzu kommt eine nicht zu vergessende Dunkelziffer, sowohl im häuslichen Umfeld als auch von Opfern, welche allein aufgrund ihres Geschlechts physisch oder psychisch angegriffen wurden. Diese Angriffe finden aber nicht nur hinter zugezogenen Vorhängen und geschlossenen Türen statt, ganz im Gegenteil, Expert*innen bezeichnen misogynen Gewalt inzwischen als Terror. Übertrieben? Keinesfalls!

Die zugezogenen Vorhänge sind indes geschlossene Foren im Internet, in denen sich sogenannte MGTOW (*Men going their own way*) oder auch die allseits bekannte *Incel-Community* frohen Mutes über den Egoismus, die Rücksichtslosigkeit und die fehlende Treue der Frauen auslassen. Nicht zu vergessen, dass alle Frauen manipulativ und auf Lug und Trug ausgerichtet sind. Während MGTOW's „ihren eigenen Weg gehen“ und den Frauen die niedrigste Priorität in ihrem Leben zuschreiben, besteht die *Incel-Community* aus meist jüngeren Männern, welche unfreiwillig auf (sexuelle) Zuneigung verzichten, weswegen sie, wie sollte es auch anders sein, Frauen die Schuld an

ihrer Enthaltbarkeit geben. Diese Schuldzuschreibung ist keinesfalls zu verharmlosen.

Dogmatische Seelenverwandte

Seit 1989 werden mehr als zehn Attentate gegen Frauen der *Incel-Community* zugeordnet. Einer der wohl bekanntesten Fälle ereignete sich 2018 mit der Amokfahrt nach Toronto. Mehrere Menschen wurden getötet und die Community erschien damit das erste Mal im öffentlichen Licht. Zuvor brachte Elliot Rodger 2014 ein halbes Dutzend Menschen um und verletzte 14 weitere. Nach dieser Tat nahm er sich das Leben. Doch neben trauernden Angehörigen seiner Opfer hinterließ er außerdem sein ekelregen-des, entwürdigendes und erschütterndes Manifest, in dem er von einem „Krieg gegen Frauen“

schrrieb. Seit seiner Tat gilt Rodger für viele der Community als Ikone. Doch er ist nicht der Einzige, welcher durch seine willkürlichen Taten, ein selbst verfasstes Manifest proklamierte. Einige Jahre zuvor brachte Anders Breivik 77 Menschen in Norwegen um. Ein weiterer ideologischer, dogmatischer Seelenverwandter war Brenton Tarrant. 2019 verübte er zwei Terroranschläge gegen Moscheen in Neuseeland. Im selben Jahr geschah der Anschlag in Halle, dessen Täter ebenfalls antifeministisch geprägt war. Dieselben Motive verfolgte der Attentäter von Hanau 2020. Eine gewisse Affinität besaßen die meisten der verschiedenen misogynen Gruppierungen auch zum Rechtsextremismus, wie sich glasklar erkennen lässt. Opfer waren in erster Linie Frauen, dicht gefolgt von sich der LGBTIQ*-Community zugehörig fühlenden Menschen, Andersgläubigen wie Jüd*innen und Muslim*as und Menschen aus einem anderen Herkunftsland. Die Kombination aus diesen Zutaten ergibt somit ein gefundenes Fressen, aus dem sich die Mannosphere speist – und dies wird auch in aller Öffentlichkeit kundgetan.

Apropos Öffentlichkeit. Ein weiteres Ziel sind generell Frauen des öffentlichen Lebens, welche ihre Meinung in den Sozialen- aber auch Printmedien veröffentlichen. Diese entspricht – wie könnte es anders sein – nicht der des Haters. Neben Hass-Kommentaren und Nachrichten findet Belästigung auch in anderen Formen statt. Abgesehen von Dick-Pics im

Nachrichteneingang bei *Instagram*, sind auch Revenge Porns immer beliebter. Also das Posten eines leicht bekleideten oder nackten Körpers der (Ex-)Freundin aus Rache oder auch die Überwachung und Kontrolle des Partners durch sogenannte Spycams. All diese Dinge sind strafrechtlich zu verfolgen, dennoch passiert in dieser Hinsicht leider kaum etwas.

Frauen trauen sich nicht, Anzeige zu erstatten

Die große Gefahr, die sich hier verbirgt oder auch nicht, ist das Bestätigungs-Gefühl, aus welchem resultiert, dass Hater sich nicht mehr nur anonym im Internet äußern. Für die Strafverfolgung scheint das

ein großer Gewinn zu sein, dennoch gibt es immer noch eine zu große Zahl an Frauen, die sich nicht trauen, eine Anzeige zu

erheben. Eine Antwort der verschiedenen Bundes- und Landeskriminalämter an den *Spiegel* besagt, dass Gewalt gegen Frauen immer noch separiert aufgefasst, analysiert und ermittelt wird. Diese „Phänomene“ werden zum einen in Onlinehass oder Partnerschaftsgewalt aufgeteilt. Abgesehen davon nimmt die polizeiliche Kriminalstatistik misogynen Taten nicht gesondert auf, da sich verschiedene Ämter die Aufgaben gegenseitig zuschieben und somit sich auch kein Amt zu hundert Prozent verantwortlich für solche Vorfälle fühlt. Die Medien leisten dazu auch ihren mehr oder weniger sinnvollen Beitrag. Die Berichterstattung veröffentlicht in erster Linie „Liebes- oder Eifersuchtsdramen“, statt das Kind beim Namen zu nennen und es als Femizide zu betiteln. Man sieht, es gibt einige Hürden zu passieren und selbst dann bleibt die stetige Angst, weiterhin bedroht, verfolgt und mundtot gemacht zu werden.

Man sollte heutzutage einen mehr als deutlichen Zusammenhang zwischen digitalen und analogen Taten sehen und dies als Ausgangspunkt für fortlaufende Ermittlungen und Berichterstattungen nehmen.

Aus der Fülle der Informationen kristallisiert sich heraus, dass noch viel getan werden muss, um die Geschlechtergerechtigkeit voranzubringen. Der Schauplatz Internet hält viele Möglichkeiten des Vernetzens, Arbeitens und Lernens bereit, aber auch

Das Kind beim Namen zu nennen und es als Femizide zu betiteln

viele Gefahren und Versuche, unterschiedliche Gruppen zu marginalisieren und zum Schweigen zu bringen. „Optimismus ist Pflicht“, sagte der Philosoph Karl Popper. Auch in dieser Hinsicht. Es liegt an jedem und jeder Einzelnen, etwas zu verändern.

Immer mehr Feminist*innen versuchen, sich im Internet eine Stimme zu verschaffen, da dies, so geht es aus einigen Berichten hervor, der einzige Ort ist, an dem sie sich eine Gemeinschaft aufbauen können, gehört werden und Zustimmung erfahren. Dies hat vor allem auch die Pandemie mit sich gebracht. Dennoch gibt es zu viele Fehler im System, die Hate-Speech ermöglichen. Dies zeigen verschiedene Onlineforen aufgrund nicht ausreichender Moderation und Richtlinien in den Kommentarspalten. Wie wir alle wissen, sind Klicks und Likes mehr wert als das Wohlbefinden eines Menschen. Ein weiteres Mitbringsel von Covid-19 ist ein rauer Ton, der sich auch außerhalb von *Incels* und *MGTOs* in digitalen Räumen zuhauf finden lässt. Zahlreiche feministische Organisationen wie beispielsweise *Femen* haben provokante Aktionen gestartet, um diesen rauen Ton zu überstimmen. Mit entblößten Oberkörpern und beispielsweise der Aufschrift „Don't let history repeat“ stürmten sie im Februar 2020 das *Hofbräuhaus*. Mit der Kampagne *#sicherheit* setzten sich verschiedenste Prominente für die Sicherheit von Frauen ein. Und auch Joko und Klaas nutzten ihre gewonnene Prime-time für eine gelungene Konfrontation über sexuelle Belästigung on- und offline mit dem Titel *Männerwelten*.

Doch so sehr diesen Bemühungen Respekt gezollt werden muss, reicht dies leider nicht aus, um die misogynen Welle des Grauens zu stoppen.

Der Weg zu einer pluralistischen Gesellschaft

Der Mannosphere gilt es Steine in den Weg zu legen, denn was aus all diesen Geschichten und Taten resultiert, ist die Normalisierung und Abstumpfung unserer Gesellschaft hinsichtlich frauenfeindlicher Vorfälle und Gewaltexzesse. Daraus wiederum geht hervor, dass Rollenbilder und die Heteronormativität erneut gefestigt werden, Vorurteile werden reproduziert und der Rückschritt von Stellung und Freiheit der Frau ist vorprogrammiert.

Vorschläge gibt es viele: Ein Fachkommissariat einrichten, explizit gegen Gewalt an Frauen. Moderationsstellen ausarbeiten oder vergrößern, um Hate-Speech in Internet-Foren unter Kontrolle zu bekommen. Expert*innen an Schulen, Universitäten, Arbeits-

stellen – kurzum – an jeglicher Bildungs- und Arbeitsrichtung einzustellen, um Ansprechpartner*innen zu bieten, Aufklärungsarbeit zu betreiben und somit bewusst und bedacht gegen den Frauenhass vorzugehen und für die Gleichberechtigung zu kämpfen. Denn, wie so oft, ist Bildung der Schlüssel, welcher Türen öffnet und Möglichkeiten schafft, eine pluralistische Gesellschaft zu entwickeln.

Gleichzeitig sollte man versuchen, hinter die Kulissen von Frauenhassern, aber auch Extremist*innen jeglicher Art zu blicken, um deren Beweg- und Hintergründe herauszufinden und so präventiv und erfolgreich dagegen vorgehen zu können.

Es ist ekelhaft. Ekelhaft, wie manche Männer sich profilieren und beinahe schon deklarieren, wie die wahre Männlichkeit auszusehen habe. Es ist ekelhaft, dass es Menschen weltweit gibt, die sich über Vergewaltigungs- und Mordfantasien austauschen. Diese Taten, Verharmlosungen, die Differenzierungen von analog und digital, von physischer und psychischer Gewalt sind nicht nur Gefahren für Frauen und Migrant*innen global, sondern gefährden massiv unsere Demokratie. Auch wenn eine kleine Beleidigung scheinbar keinen immensen Einfluss auf das gesellschaftliche Zusammenleben hat, so geht es doch um ein immer größer werdendes strukturelles Problem. Es bleibt eben oft nicht nur bei einer verachtenden Aussage, sondern wie bereits gesagt: Auf viele Worte folgen Taten, wodurch Frauen nach wie vor systematisch marginalisiert werden und ihre Meinungen damit unter den Teppich gekehrt wird. Daher liegt es an uns, etwas zu unternehmen! Begleitet verängstigte Freundinnen nach Hause, macht auf sexistische Aussagen aufmerksam und sucht euch Hilfe, denn niemand ist alleine und wir schaffen das nur, indem wir zusammenhalten. Denkt an Olympe Marie de Gouges, die Begründerin der Frauenbewegung: „Welche Schranken auch immer man euch entgegensetzt, es steht in eurer Macht sie zu beseitigen; ihr müsst es nur wollen“<

¹ Dieser Text ist aus der Perspektive einer cis Frau geschrieben und behandelt einen spezifischen cis-heteronormativen Blick.



Tabea Danner ist 18 Jahre alt, arbeitet beim Bayerischen Flüchtlingsrat unter anderem beim Projekt **We Talk-Gewaltschutz für Geflüchtete Kinder und Mütter**, ist überzeugte Feministin und freut sich sehr über den Start ihrer eigenen Kolumne.



Riesige Wände aus Containern warten im Hamburger Hafen darauf, auf gigantische Frachtschiffe verladen zu werden.



Sind diese tausenden Tonnen Fracht, Stahl und Schweröl wirklich unabdingbar notwendig für den freien Welthandel.



*Nach der Arbeit ist vor der Arbeit. Auf dem Schiff bleibt das Umfeld immer gleich,
egal ob – wie hier – auf der Jean-François de la Pérouse oder anderswo...*



Überfahrt – im Containerschiff nach China

Als zahlende Passagiere auf einem Frachter machen Autor Roman Ehrlich und Fotograf Michael Disqué sich auf den Weg, berichten in ihrem Buch *Überfahrt* vom Leben auf dem Schiff und in den Weiten der Meere. Eine faszinierende Fahrt, die auch die dunklen Seiten solcher Weltreisen beschreibt. Eine Rezension von Christine Wolfrum.

„Es riecht nach Öl, Lack und Rost. Die Containertürme knarren ... Auf den Containerschiffen sind die Passagiere als Mitfahrer und zahlende Lebendfracht eine Art Zwischenwesen zwischen Touristen und Arbeitern“, stellen Roman Ehrlich und Michael Disqué fest. Autor und Fotograf besteigen im Hamburger Hafen den Frachter *Jean-François de la Pérouse*, um bei der Weiterreise in die chinesische Hafenstadt Qingdao, auf der Halbinsel Shandong, sich selbst und unbekannte Welten zu erkunden.

Dabei geht es ihnen nicht um traumhafte Strände, abenteuerliche Erfahrungen, fremd klingende Sehnsuchtsorte oder gar um leicht gesponnenes Seemannsgarn. Vielmehr beobachten beide den eintönigen Schiffsalltag, hören den Seeleuten aufmerksam zu, recherchieren, assoziieren, lesen in der inspirierenden Bordbibliothek, fragen und denken laut nach, was sie später in Impressionen, kleinen Szenen, historischen Ausflügen und Alltagsgeschichten in Worten und beeindruckenden Fotos festhalten. Während sie dieses eine Containerschiff samt Innenleben mit der Welt

*Roman Ehrlich,
Michael Disqué
Überfahrt, 338
Seiten, DE, Softcover
Spector Books,
Leipzig
22 Euro*

draußen zu verknüpfen versuchen. Das neue gemeinsame Buch *Überfahrt* von Ehrlich und Disqué ist eine unterhaltsame, zum Nachdenken anregende, berührende Lektüre.

Das Schiff – ein abgeschiedener Ort

30 bis 35 Männer sind mit ihnen an Bord – die Zahlen variieren durch vereinzelte Ab- und Neuzugänge –, nur wenige in solider Festanstellung, etwa der Kapitän, technische und nautische Offiziere. Alle übrigen wie Maschinisten und Öler kommen über Vermittlungsagenturen in Zeitarbeit an ihre Jobs, die normalerweise bis zu zehn Monaten dauern. Zwischen den Verträgen erhalten sie keinen Lohn.

Da die Liegezeiten in modernen Häfen oft nur wenige Stunden

betragen,

ähneln das

Leben auf

diesem Schiff

eher dem in

einem

Gefängnis als

dem in großer

Freiheit, wie

manche vielleicht vermuten mögen. Mit dieser Illusion räumen Autor und Fotograf auf: „Unterscheiden sich die ereignislose Wache auf der Brücke, die Stunden vor den Kontrollmonitoren im Maschinenraum, die unendliche Wiederholung derselben Handgriffe durch ihre Definition als *Arbeitszeit* (und den dafür ausgehandelten Stundentarif) tatsächlich qualitativ von der *Freizeit*, die auf sie folgt, wenn beide am selben Ort, im Stahlgebäude des Schiffes, verbracht werden müssen?“ Die zwei Mitreisenden liefern auch gleich die Antwort: „Da auf dem Schiff kein anderer Alltag vorgesehen ist als der der Beschäftigten, [haben] die richtigen Arbeiter auf dem Schiff in ihrer Freizeit nicht wirklich freie Zeit.“

Ein weiteres Klischee räumen sie gleichfalls aus: Obwohl Seeleute Weltreisende sind, bekommen sie auf ihren Transportrouten vor allem industrielles Hafengelände zu sehen. Nichtöffentlichkeit. Je nach Ort leicht verändert durch Regeln, Verbote, das Klima und die vielen Sprachen zum üblichen Minimalenglisch.

Fragwürdiger Welthandel

Der Frachter, auf dem sich die beiden Passagiere für Monate einquartieren, besteht im Wesentlichen aus Raum für Megatonnen an Waren. Allein ihr schwimmender Untersatz hat unvorstellbare 14.000 Container an Bord. In der Straße von Singapur, als die Zwei an hunderten anderen ebenso voll beladenen Frachtern vorbeiziehen, glauben sie für einen Moment, eine Ahnung von der unüberschaubaren weltumspannenden Warenbewegung zu bekommen, die jedoch sofort aufgehoben wird, als sie sich klar machen, dass das, was sie hier sehen nur ein Bruchteil des gigantischen Transports ausmacht. Beide zweifeln daran, ob diese tausenden Tonnen Fracht, Stahl und Schweröl wirklich unabdingbar notwendig für den freien Welthandel sind. Warum Gegenstände um die halbe Welt karren?

Gerne verfolgt man sie bei ihren Gedanken, dem unsinnigen Treiben ein Ende zu setzen. Schließlich verbraucht

Der Kontakt an Bord ist teuer: ein Dollar pro Megabyte Datenverbindung per Internet

allein ein mittelgroßes Containerschiff bei voller Ladung 300 Tonnen schmutziges Schweröl pro Tag: „Der ganze irrsinnig riesenhafte Kahn und seine schweineteure Mission, die Jahre und Jahrzehnte der auf ihm gelebten Leben, bleiben trotz physischer Überpräsenz Behauptung, abstrakt und unwirklich.“

Getrennte Welten – brüchige Verbindung

Täglich kommen Instruktionen und Informationen aus der Reedereizentrale. Wie Kommunikation abläuft, finden Ehrlich und Disqué grundsätzlich spannend, insbesondere mit den Familien oder engsten Nächsten. Dass das keine einfache Übung ist, wird deutlich, wenn man sich vorstellt, wie wenig sich die jeweiligen Welten und Erfahrungen der auf dem Festland Lebenden mit denen auf dem Meer decken. Auf ihrem Schiff bleibt die Besatzung für die Daheimgebliebenen fast unerreichbar, da der Kontakt an Bord teuer ist: ein Dollar pro Megabyte Datenverbindung per Internet.

Zumeist während der Liegezeiten in den Häfen versuchen die Seeleute über internationale SIM-Karten oder WLAN-Verbindungen in den Seemannsmissionen Kontakt zu ihren Familien und engen Freund*innen aufzunehmen. Ersehnte Gespräche als verstreute, vertraute Momente. Vielleicht zur Unzeit gewählt mit

langen Pausen oder gar quälendem Anschweigen? Was soll der Seemann auch Neues berichten aus seinem gleichförmigen Alltag? Ihm geht das Wissen der Festlandwirklichkeit ab. Folglich misslingt der Austausch öfter. Das führt, wie Roman Ehrlich schreibt, zu Resignation und zum Verstummen der Seeleute, wenn sie endlich ihre Lieben am Telefon haben. So fällt beispielsweise dann der „Ehefrau die Aufgabe des Erzählens zu ...“ Der Autor merkt an: „Die wenige Zeit, die die Seeleute an Land verbringen können, wird unverhältnismäßig lange imaginiert und ausgemalt, angefüllt mit Erwartung, mit Sehnsucht und Hoffnung, bis sie als tatsächlich eintretende Wirklichkeit nur noch Enttäuschung sein kann.“ Interessant übrigens: Niemand in der Belegschaft fragt sich, was ihr übliches Fehlen im Alltag an Land für ihre Verwandten, Partner*innen und Freund*innen bedeutet.

Zerfallende Zeit

Nicht nur die Belegschaft, auch die Mitfahrenden verändert das Leben auf dem Frachter im Irgendwo. Die ganz eigene Realität des Schiffes als unwirklicher, kaum in Worte fassbarer Raum lässt die Tage von Ehrlich und Disqué nur noch im Ungefähren wie der Horizont in der Ferne. „Die Zeit [verliert], tagsüber und nachts beim Blick aus den Fenstern, von der Reling, von Bug und Heck auf die Landschaft aus Wellen und Wasser ... ihre Form und Funktion, zerfließt in Unbestimmbarkeit und ist zu Orientierungszwecken nicht mehr zu gebrauchen.“ Und so sind Wetter, Wind und Wellen, „die übermäßig strahlenden Fischerboote in der Nacht ... fliegende Fische, Sturmvogel, Schaum ... zerfallende Zeit, Dunkelheit, Vergessen, Losgelösetheit vom Weltgeschehen“, die großen Ereignisse der Überfahrt. Ein Versuch, romantisierende Vorstellungen abzuwehren.

Wen wundert's, dass beide Passagiere sich völlig überfordert fühlen, nachdem sie in Qingdao in einer lauten, grellen Welt, voll fremder Zeichen und Gerüche gelandet sind: „Erst in dieser Überforderung wird den beiden Künstlern voll bewusst, wie weit zurückgezogen, weg und draußen sie auf ihrem Schiff tatsächlich gewesen sind“, schreiben sie. Mit diesem Begriff „Künstler“, der auf manchen Seiten mehrmals auftaucht und mit dem sie sich selbst bezeichnen, wollen beide möglicherweise eine klare Grenze ziehen zwischen den Arbeitern und Festangestellten auf dem Schiff einerseits und andererseits sich selbst. Schade, es wirkt manieriert, bremst den Lesefluss, die sinnliche Erfahrung. Denn das Buch hat Atmosphäre, verdichtet durch fantastische Fotos, von denen man sich wünschen würde, sie größer zu sehen. Disqué gelingt es

damit, die farbige Weite, Licht und Schatten, das erschöpfende Arbeiten, technische Details, Stimmungen und den Verfall des metallenen, enormen Schiffskolosses unmittelbar zu zeigen. Kluge, freche, ergreifende und tieftraurige Zitate aus Büchern der Bordbibliothek runden den Band ab. Fotograf und Autor wünschen sich: „gäbe es doch nur eine Möglichkeit, die Wiederkehr des Immerselben, die Leere, die wortlose Weite, erzählbar zu machen.“ Wer so reist, dem folgt man gern.<

Christine Wolfrum,
*Wissenschaftsjournalistin und
Buchautorin lebt in
München und im
Irgendwo.*

Lauf, Forrest, lauf!

Gedanken zu sozial unverträglicher Selbstertüchtigung. Von Jan Kavka



Jan Kavka ist prekär lebender Schriftsteller mit Schreibblockade.

Joggen hat so etwas Neoliberales. Diese Mischung aus kapitalistischer Pseudofreiheit und nutzenmaximierender Selbstoptimierung, der immer auch eine große Prise egoistischer Rücksichtslosigkeit innewohnt. Gerade auch in Zeiten der andauernden Corona-Pandemie. Während in den Krankenhäusern, den Supermärkten und den Amazon-Lagerhallen die Arbeitskraft der im vergangenen Jahr plötzlich als systemrelevant Erkannten und heute fast Vergessenen maximal ausgebeutet wird – bis zum buchstäblichen Tode –, versuchen diejenigen, die das große Glück haben, im Homeoffice zu arbeiten und sich auch sonst sozial distanzieren zu können – sich aber gerne darüber beschweren –, die Krise zu nutzen und am Ende gestärkt dabei herauszukommen. Gestärkt, um ihre ohnehin schon privilegierte Position im ständigen Wettbewerb weiter auszubauen. Wirtschaftlich wie körperlich. Körperlich, indem sie sich sportlich stählen und stärken.

Joggen war schon immer neoliberal, unterlag dem bis ins Privateste reichenden Drang nach Nutzenmaximierung. Jede freie Minute des Tages muss mit etwas scheinbar Sinnvollem und Nützlichem angefüllt werden, kein Moment, kein Augenblick darf ungenutzt verstreichen – und alles aus scheinbar freiem Willen, aus einer Position der vorgespielten Freiheit. Müßiggang ist der Todfeind des Kapitalismus. Doch nicht nur die Zeit muss optimal ausgenutzt werden, auch der Körper muss optimiert werden, damit er zu noch mehr Leistung bereit ist, noch effizienter arbeiten kann. Der Körper muss makellos und perfekt sein, um auf dem Markt bestehen zu können – auf dem Arbeitsmarkt, dem Partnermarkt und dem Markt der Eitelkeiten in den sozialen Medien. Und Joggen macht aus dem trägen – aber glücklichen – Körper des Lustmenschen den optimierten – und funktionierenden – Körper des Leistungsmenschen.

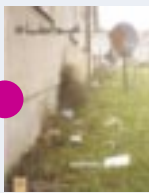
Fühlt sich der Mensch beim Joggen auch scheinbar frei, so ist diese Freiheit also nur eine illusorische, eine dem kapitalistischen Nutzen unterworfen. Und die eigene – ohnehin falsche – Freiheit führt dabei zur Unfreiheit anderer. Die egoistische Selbstoptimierung

gefährdet andere. So sind es nämlich vor allem Jogger*innen, die in Parks und auf Grünflächen, auf den schmalen Gehwegen der Städte rücksichtslos, nur an ihre eigene Fitness denkend, keine Mindestabstände einhalten und so nahe an Flanierenden, Spaziergehenden und zur Arbeit sich schleppen Müssenden vorbeilaufen, dass sie diesen ihren verschwitzten Virenatem direkt ins Gesicht hecheln. Selbst wenn der laue Frühlingswind das Aerosol des Jogger-Atems verweht, so verbreitet ihr angestrenktes Schnauben ihre sprühenden Spuckespritzer noch im Umkreis von Metern. Ein Ausweichen ist da nicht möglich.

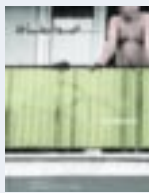
Und so gefährden die egoistischen Nutzenmaximierer*innen und Tröpfchenschleudern im exzessiven Selbstoptimierungsdrang alle anderen.

Das Gegenstück der neoliberalen Jogger ist die Spaziergängerin, die im Umherschweifen ohne Ziel und ohne Bestimmung – und ohne die Intention, ihren Körper für die Leistungsgesellschaft zu optimieren – das kapitalistische Prinzip der Nutzenmaximierung überwindet, die Neues am Wegesrand entdeckt und ihren Geist dadurch erweitert. Sie könnte Adornos Hoffnung leben: „Rien faire comme une bête, [spaziergehen] und friedlich in den Himmel schauen, ‚sein, sonst nichts, ohne alle weitere Bestimmung und Erfüllung‘ könnte an Stelle von Prozess, Tun, Erfüllen treten“. Doch in Corona-Zeiten ist selbst das Spaziergehen mit dem Optimierungswahn kontaminiert – und verkommt zum Sport.

So fröne ich – epidemiologisch ganz vorbildlich – meinem Müßiggang nun eben allein zuhause.<



1
Wobnen



2
Nachbarn



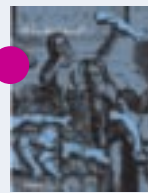
3
Anziehsachen



4
Sex



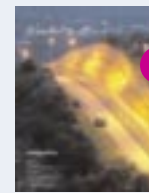
5
Bayern



6
Essen



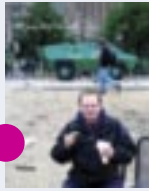
7
Rassismus



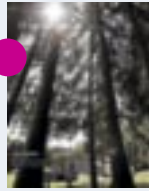
8
Integration



9
Arbeit



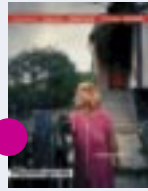
10
Polizey



11
Lager



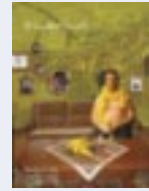
12
Links



13
Antiziganismus



14
Alter



15
Afrika



16
Sortieren



17
Jubiläum



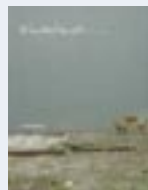
18
Grenze



19
Abschiebung



20
Paternalismus



21
Unterhaltung



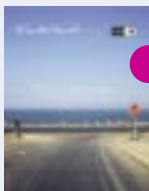
22
Vernetzung



23
Reisen



24
Sprache



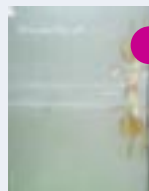
25
Asyl



26
Liebe



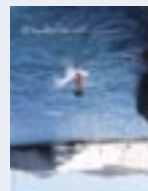
27
Fluchthilfe



28
Was tun?



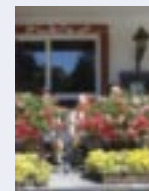
29
Dublin III



30
Was gibt?



31
Mob



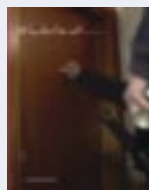
32
Sicher



33
Kaputt



34
Privat



35
Abschiebung



36
Strategie



37
Stadt, Land,
Flucht



38
Gender



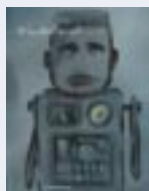
39
Europa



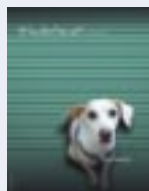
40
Bildung



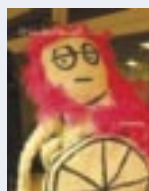
41
Abschiebehaft



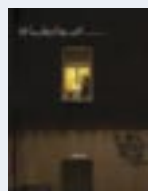
42
zweiundvierzig



43
kriminalisierung



44
behinderung



45
zubaute



46
jung sein



47
systemrelevant

Hinterland

Die markierten Ausgaben sind
leider bereits vergriffen

Sie ist kritisch, parteiisch und außerdem schön anzusehen - so wie ihre Leser*innen. Das menschenfreundliche Magazin des Bayerischen Flüchtlingsrats kreist immer wieder um die Themen Flucht und Migration, aber eben nicht nur. Die Hinterland gibt es nicht am Kiosk, also holt euch gleich ein Abo auf www.hinterland-magazin.de/bestellen/



**MIETEN
STOPP!**

**DENN DEIN
ZUHAUSE STEHT
AUF DEM SPIEL**

WWW.MIETENSTOPP.DE